

# ■ Berufsbildungspolitik in Österreich

Fortschritte in bildungspolitischen  
Schwerpunktbereichen der Berufsbildung

**Sabine Tritscher-Archan (Hrsg.)**

Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw)



*Dieser Bericht ist Teil einer Reihe von Länderberichten zu den Entwicklungen der nationalen Berufsbildungspolitik in den EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und Island. Er wurde als Beitrag zum vierten Policy Report von Cedefop erstellt, der die Fortschritte der beruflichen Bildung im Rahmen des Kopenhagen Prozesses analysiert. Die Meinungen in diesem nationalen Bericht spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung von Cedefop wider.*

*Die Erstellung dieses Berichtes wurde von der Europäischen Gemeinschaft und dem österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur kofinanziert.*

## Impressum

---

ISBN 978-3-902742-17-9

### Herausgeber:

ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft  
Rainergasse 38  
1050 Wien  
www.ibw.at



### Redaktion und Medieninhaber:

3s research laboratory  
Wiedner Hauptstraße 18  
1040 Wien  
www.3s.co.at



ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft  
Rainergasse 38  
1050 Wien  
www.ibw.at



Institut für Höhere Studien (IHS)  
Stumpergasse 56  
1060 Wien  
www.ihs.ac.at // www.equi.at



öibf – Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung  
Biberstraße 5/6  
1010 Wien  
www.oebf.at



© Copyright: Die veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

### Bibliografische Information:

Tritscher-Archan, Sabine (Hrsg. 2009): Berufsbildungspolitik in Österreich. Bericht im Rahmen von ReferNet Austria. Wien.

Wien, 2010

---

ReferNet Austria ([www.refernet.at](http://www.refernet.at)) ist ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschung Austria ([www.abf-austria.at](http://www.abf-austria.at)). Die unter diesem Dach kooperierenden Institute ibw, 3s, IHS und öibf fungieren als nationale Referenzstellen für das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop). ReferNet Austria wird kofinanziert von der Europäischen Kommission und vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.

# Inhaltsverzeichnis

*Sabine Tritscher-Archan (ibw)*

<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>5</b>
------------------------	----------

*Lorenz Lassnigg (IHS)*

<b>1. SOZIOÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BERUFSBILDUNGSPOLITIK .....</b>	<b>7</b>
1.1 Auswirkungen der Globalisierung auf die Berufsbildung.....	8
1.2 Auswirkungen des technologischen Fortschritts auf die Berufsbildung .....	11
1.3 Auswirkungen der demographischen Veränderungen und der internationalen Migration auf die Berufsbildung .....	16
1.4 Auswirkungen der Ökologisierung der Wirtschaft auf die Berufsbildung.....	20
1.5 Weitere Herausforderungen in der Berufsbildung .....	23

*Daniel Köster (ibw)*

<b>2. WIRTSCHAFTSKRISE – POLITISCHE MASSNAHMEN IM BEREICH DER BERUFSBILDUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE.....</b>	<b>25</b>
2.1 Initiativen zur Bewältigung der Krise.....	27

*Karin Luomi-Messerer und Monika Prokopp (3s research laboratory)*

<b>3. EFFEKTE UND AUSWIRKUNGEN DER ARBEIT ZU DEN EUROPÄISCHEN PRINZIPIEN UND INSTRUMENTEN.....</b>	<b>33</b>
3.1 Auswirkungen der Arbeit an den europäischen Prinzipien und Instrumenten auf die nationale Lifelong Learning Strategie und auf die Entwicklungen in der Berufsbildung.....	33
3.2 Förderung der transnationalen Mobilität von Lernenden und Lehrenden in der Berufsbildung .....	38

*Stefan Vogtenhuber (IHS)*

<b>4. STÄRKUNG DER VERBINDUNG ZWISCHEN DER BERUFSBILDUNG UND DEM ARBEITSMARKT .....</b>	<b>41</b>
4.1 Identifizierung des künftigen Qualifikationsbedarfs .....	41
4.2 Berücksichtigung des künftigen Qualifikationsbedarfs in der Berufsbildung.....	44
4.3 Involvierung von Stakeholder/innen des Arbeitsmarktes in der Berufsbildung .....	46
4.4 Förderung von arbeitsplatzbezogenem Lernen.....	48

*Norbert Lachmayr (öibf)*

<b>5. SCHAFFUNG VON CHANCENGLEICHHEIT, SOZIALER GERECHTIGKEIT UND AKTIVER STAATSBÜRGERSCHAFT .....</b>	<b>51</b>
5.1 Schaffung von Chancengleichheit in der Berufsbildung .....	51
5.2 Unterstützung von Benachteiligten .....	54
5.3 Aktive Staatsbürgerschaft .....	59

*Judith Proinger (öibf)*

<b>6. QUALITÄT, EXZELLENZ UND ATTRAKTIVITÄT DER BERUFSBILDUNG...</b>	<b>63</b>
6.1 Verbesserung der Qualität in der Berufsbildung.....	63
6.2 Förderung der Exzellenz in der Berufsbildung.....	68
6.3 Höheres Qualifikationslevel in der Berufsbildung .....	69
6.4 Erhöhung der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit im (Berufs)Bildungssystem .....	70
6.5 Lehrende in der Berufsbildung.....	73

*Daniel Köster (ibw)*

<b>7. STÄRKUNG DER KREATIVITÄT UND INNOVATION .....</b>	<b>77</b>
7.1 Kreativität, Innovation und Entrepreneurship in der Berufsbildung .....	78
7.2 Verbesserung der Qualität des Unterrichts.....	79
7.3 Innovationsfördernde Einrichtungen .....	82
7.4 Förderung von Kooperationen .....	83

*Stefan Vogtenhuber (IHS)*

<b>8. FINANZIERUNG DER BERUFSBILDUNG .....</b>	<b>87</b>
8.1 Verbesserung der Effizienz, Gleichheit, Finanzierungsebene der Berufsbildung .....	87
8.2 Einsatz von Mitteln des Programms für Lebenslanges Lernen (LLP) .....	91
8.3 Einsatz von Mitteln anderer EU-Programme .....	93
8.4 Verbesserung der Governance der Berufsbildung .....	96

*Arthur Schneeberger (ibw)*

## **9. FORTSCHRITT IN DER MODERNISIERUNG EUROPÄISCHER BERUFSBILDUNGSSYSTEME IM RAHMEN DES KOPENHAGEN PROZESSES UND PRIORITÄTEN FÜR KÜNFTIGE KOOPERATIONEN ..... 99**

9.1 Auswirkungen der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung auf die Entwicklungen der nationaler Bildungspolitik.....	99
9.2 Governance, Kooperation und Ownership der verschiedenen Stakeholder/innen im Rahmen des Kopenhagen Prozesses auf europäischer Ebene.....	104
9.3 Externe Dimension der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung .....	107

*Sabine Tritscher-Archan (ibw)*

## **10. BERICHTSINFORMATIONEN ..... 109**

10.1 Autorinnen und Autoren .....	109
10.2 Bibliographie .....	109
10.3 Abkürzungsverzeichnis .....	119

## Verzeichnis der Beispiel-Initiativen und -Maßnahmen

1.1	Das österreichische Außenwirtschaftsleitbild. Globalisierung gestalten – Erfolg durch Offenheit und Innovation	9
1.2	FIT – Frauen in der Technik	13
1.3	Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs – der Beitrag Österreichs	18
1.4	Österreichische Strategie zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE)	21
2.1	Kurzarbeit mit Qualifizierung	27
2.1	Pakt für Lehrlinge	30
3.1	NQR Pilotprojekte	36
3.2	ECVET Leitfaden	39
4.1	Handbuch Regionale Bildungsbedarfsprognose	43
4.2	Modularisierung der Lehrberufe	45
4.3	Standing Committee zum Qualifikationsbedarf	47
4.4	Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit	49
5.1	Modellversuch Neue Mittelschule	52
5.2	Überbetriebliche Lehrlingsausbildung – „Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre“	57
5.2	Integrative Berufsausbildung (IBA)	58
5.3	Pflichtgegenstand „Geschichte und Politische Bildung“ (Demokratiepolitische Bildung)	61
6.1	Qualitätsinitiative BerufsBildung (QIBB)	65
6.1	Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit	67
6.3	Lehre und Matura (Berufsmatura)	69
6.4	Weiterbildungsakademie (wba)	71
6.5	Informationsplattform <a href="http://www.ausbilder.at">www.ausbilder.at</a>	74
7.2	Unternehmerführerschein / Entrepreneur's Skills Certificate	78
7.3	Cooperatives Offenes Lernen („COOL“)	80
7.4	„kreativ & innovativ“: Zukunft in der Schule gestalten	82
7.5	Mentoring für Migrant/innen	83
8.1	Förderung von zusätzlichen Lehrstellen bzw. neuen Lehrstellen	90
8.2	Peer Review in der beruflichen Erstausbildung	92
8.3	mut! Mädchen und Technik	94
8.4	Bildungsstandards in der Berufsbildung	97
9.1	Bildungsstandards in der Berufsbildung	103

Sabine Tritscher-Archan (ibw)

## Einleitung

Der vorliegende **Bericht zur Berufsbildungspolitik** gibt einen Überblick über Maßnahmen, Initiativen und Projekte, die in Österreich, angestoßen durch den Kopenhagen Prozess (2002 – 2010), gesetzt bzw. durchgeführt wurden und werden. Er ist Teil einer Reihe von **Länderberichten über die Berufsbildungspolitik** in den EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und Island, die im Rahmen des ReferNet, des Referenz- und Informationsnetzwerkes von Cedefop, erstellt wurden. Die Inhalte dieser Länderberichte fließen in den vierten Policy Report von Cedefop ein, in dem die Fortschritte im Bereich des Kopenhagen Prozesses analysiert werden.

Der Bericht gliedert sich in **neun Themenbereiche**, die auf europäischer Ebene als prioritär für die Förderung und Weiterentwicklung der Berufsbildung identifiziert wurden: Kapitel 1 beschäftigt sich mit den **sozioökonomischen Herausforderungen** der Globalisierung, des technologischen Fortschritts, der demografischen Veränderungen sowie der Ökologisierung der Wirtschaft für die Berufsbildungspolitik. Das zweite Kapitel ist den Auswirkungen der seit Herbst 2008 anhaltenden **Wirtschafts- und Finanzkrise** gewidmet. Dabei werden Maßnahmen vorgestellt, die im Bereich der Berufsbildung zur Reduktion der krisenbedingten Effekte gesetzt wurden bzw. werden. Das dritte Kapitel gibt einen Überblick über die Arbeiten in Zusammenhang mit der Umsetzung der **europäischen Prinzipien und Instrumente**. Deren Entwicklung und Implementierung hat in Österreich einen hohen bildungspolitischen Stellenwert. Die **Stärkung der Verbindung zwischen der Berufsbildung und dem Arbeitsmarkt** steht im Mittelpunkt des vierten Kapitel. Dabei wird näher auf die Methoden zur Identifizierung des künftigen Qualifikationsbedarfs eingegangen, vor allem im Hinblick auf die Involvierung von Stakeholder/innen. Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit den Maßnahmen zur Schaffung von **Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und aktiver Staatsbürgerschaft**. Allen Personen soll der Zugang zur beruflichen Bildung durch die verschiedenen Initiativen, die in diesem Bereich gesetzt werden, ermöglicht bzw. erleichtert werden. Zentrale Aspekte der beruflichen Bildung, nämlich **Qualität, Exzellenz und Attraktivität**, werden im sechsten Kapitel angesprochen. Trotz der vergleichsweise hohen Teilnahmeraten in Österreich ist eine kontinuierliche Verbesserung der Berufsbildung ein wichtiges Ziel aller Stakeholder/innen. Die Förderung von **Kreativität und Innovation** steht im Mittelpunkt zahlreicher Projekte, die im siebenten Kapitel näher beschrieben werden. Der Fokus von Kapitel 8 liegt auf den verschiedenen **Finanzierungsmechanismen der Berufsbildung**. Thematisiert wird dabei nicht nur die Erhöhung der Effizienz und Chancengleichheit durch eine verbesserte Verwendung der Gelder, sondern auch der Einsatz von Mitteln aus dem Lebenslangen Lernen Programm sowie aus anderen EU-Programmen. Das abschließende Kapitel 9 fasst die Fortschritte in der **Modernisierung des österreichischen Berufsbildungssystems im Rahmen des Kopenhagen Prozesses** zusammen und nennt Prioritäten und Ziele künftiger Kooperationen.

Der vorliegende Bericht wurde unter Federführung des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) von **Autorinnen und Autoren** des 3s research laboratory, des Instituts für Höhere Studien (IHS) und des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (öibf) erstellt (vgl. Berichtsinformation, Kap. 10). Er baut maßgeblich auf den ersten Berufsbildungspolitikbericht aus dem Jahr 2008 (vgl. bibliografische Hinweise untenstehend) auf. Die Autor/innen der gegenständlichen Ausgabe möchten sich bei den Verfasser/innen des Berichtes aus 2008 für die Zurverfügungstellung der Informationen bedanken. Ebenso bedanken möchten sie sich für die Mitarbeit und hilfreichen Kommentare zu diesem Bericht beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK), insbesondere bei Frau Sonja Lengauer.

Diesen Bericht ergänzende Informationen über die österreichische Berufsbildung können den weiteren ReferNet-Publikationen, dem Bericht zur **Berufsbildungsforschung in Österreich** (*National VET Research Report*) sowie dem österreichischen Länderbericht zur **Berufsbildung in Europa** (*VET in Europa – Country Report*) entnommen werden (vgl. bibliografische Hinweise untenstehend).

#### **Berichte zur Berufsbildung in Österreich im Rahmen des ReferNet**

Luomi-Messerer, Karin und Vogtenhuber, Stefan (2009): Berufsbildungsforschung in Österreich. Bericht im Rahmen von ReferNet Austria. [National VET Research Report Austria. Report within the Framework of ReferNet.] Wien.

Download in DE und EN: <http://www.refernet.at/index.php/publikationen/forschung>

Tritscher-Archan, Sabine (Hrsg.) (2009): Berufsbildung in Europa – Länderbericht Österreich. [VET in Europa – Country Report Austria]. Wien.

Download in DE und EN: <http://www.refernet.at/index.php/publikationen/forschung>

Tritscher-Archan, Sabine und Mayr, Thomas (Hrsg.) (2008): Berufsbildungspolitik in Österreich. Fortschrittsbericht zu den Entwicklungen 2002 – 2008. [Austrian VET Policy Report. Progress report on developments 2006 – 2008.] Wien.

Download in DE und EN: <http://www.refernet.at/index.php/publikationen/policy-dokumente>

Archan, Sabine und Mayr, Thomas (2006): Berufsbildung in Österreich. Kurzbeschreibung. [Vocational education and training in Austria. Short description]. Cedefop Panorama series 124. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft.

Download in DE, EN und FR

[http://www.cedefop.europa.eu/etv/Information\\_resources/Bookshop/publication\\_details.asp?pub\\_id=425](http://www.cedefop.europa.eu/etv/Information_resources/Bookshop/publication_details.asp?pub_id=425)

Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)

## 1. Sozioökonomische Herausforderungen für die Berufsbildungspolitik

Die für den vorliegenden Bericht ausgewählten **sozioökonomischen Herausforderungen für die Berufsbildungspolitik** – Globalisierung, Technologie, Demografie und Migration sowie Ökologisierung – sind seit längerem bekannt und auch Gegenstand vieler politischer Dokumente und Initiativen auf europäischer, internationaler und nationaler Ebene. Zudem ist es üblich, bei verschiedensten politischen Vorhaben diese Themen einleitend als motivierend zu erwähnen. Oft ist es jedoch schwierig, zu unterscheiden, inwieweit es sich dabei um bloße Rhetorik handelt bzw. tatsächlich ein operativer Bezug zu diesen Herausforderungen in dem Sinne besteht, dass die (geplanten) Maßnahmen zu deren Lösung beitragen.

Eine Vielzahl an Maßnahmen lässt sich auf diese Herausforderungen beziehen. Ob und inwiefern diese jedoch erfolgversprechend sind, ist häufig schwer zu beurteilen. Um politische Initiativen sinnvoll einschätzen zu können, erscheinen **zwei Voraussetzungen** wichtig: Erstens ist eine Konkretisierung der Herausforderungen im Hinblick auf bearbeitbare Probleme in Qualität und Quantität erforderlich; zweitens ist eine Einschätzung des Aufwandes der gesetzten Maßnahmen im Hinblick auf das Ausmaß der Probleme nötig, um bloße Rhetorik identifizieren zu können und eine Vielzahl von kostspieligen „Tropfen auf heißen Steinen“ zu vermeiden.

Von diesen Überlegungen abgeleitet, ergeben sich folgende **Fragestellungen**:

1. Inwieweit sind die zu bearbeitenden Problemlagen hinreichend geklärt, um konkrete politische Antworten zu geben bzw. was wird/wurde zu dieser Klärung und Konkretisierung getan?
2. Inwieweit gibt es Grundlagen, um das Ausmaß der Probleme einzuschätzen und entsprechende Prioritäten zu setzen bzw. werden diese auch gesetzt?
3. Welche Maßnahmen werden gesetzt und sind diese auch entsprechend wirksam?

Bei der folgenden Bearbeitung der Themenbereiche wird nach diesen Fragestellungen vorgegangen. Es wird zudem bei der Auswahl der vorgestellten Initiativen eine Gewichtung nach den obigen Fragen vorgenommen, sodass die Klarheit/Konkretisierung und die Gewichtung/Prioritätensetzung als vorrangige Auswahlkriterien für Maßnahmen herangezogen werden. Auf diese Weise soll vermieden werden, dass mehr oder weniger beliebige bzw. zu schwache und wenig erfolgversprechende Initiativen überproportionales Gewicht zugeschrieben bekommen.

Eine Auswertung von **bildungspolitischen Programmen 2005-2008** (vgl. Lassnigg 2008) ergibt insgesamt eine deutliche Betonung von Herausforderungen aus der Migration, eine mittlere Betonung des Technologiebereiches und eher wenig Betonung der Herausforderungen aus der Globalisierung, der Ökologisierung und der Demografie insgesamt (abgesehen von Migrationsfragen). Die Auswertung kommt zu dem Schluss, dass die sozioökonomischen Aspekte eher auf Ebene der Rhetorik angesprochen werden und nur wenig operationelle Vorstellungen bestehen, wie den Herausforderungen tatsächlich begegnet werden kann. Es werden eher die seit langem bestehenden Themen der bildungspolitischen Diskussionen an die Rhetorik der neuen Herausforderungen angepasst, als dass umgekehrt operative Vorstellungen über erfolgversprechende Maßnahmen entwickelt werden.

## 1.1 Auswirkungen der Globalisierung auf die Berufsbildung

Österreich versteht sich als kleine offene Volkswirtschaft, die im internationalen Wettbewerb bestehen muss. In den Jahrzehnten seit der Befreiung vom nationalsozialistischen Regime hat Österreich einen eindrucksvollen wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess durchgemacht, in dem das Land nach den konventionellen Indikatoren zu den reichsten Ländern aufgeschlossen hat. Seit Jahrzehnten wird auch der Exportsektor als ein wichtiger Motor der Entwicklung gesehen.

Spätestens seit den 1980er Jahren wird jedoch immer wieder auf Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft hingewiesen, die einerseits eine Dominanz traditioneller Wirtschaftssektoren, andererseits auch eine Schwäche im Bereich der Forschung und Entwicklung (F&E) feststellen (vgl. dazu 1.2). Unter dem Gesichtspunkt der **Globalisierung** erscheint v.a. die Offenheit gegenüber dem internationalen Wettbewerb und die gesellschaftliche Nutzung und Verarbeitung dieser Entwicklung von Bedeutung. Aufgrund der Lage und Geschichte hat der Prozess der Öffnung in den neuen Demokratien osteuropäischer Staaten eine besondere Bedeutung für Österreich. Die Wirtschaft hat sehr erfolgreich in diesem Raum expandiert, während sich die Gesellschaft mit der Aufrechterhaltung beträchtlicher Mobilitätsschranken am Arbeitsmarkt gegenüber dieser Öffnung teilweise (immer noch) verschließt (vgl. dazu auch 1.3).

Wie erfolgversprechend Österreich in der Globalisierung aufgestellt ist, darüber gibt es teilweise unterschiedliche Einschätzungen: Die Faktenlage ist nicht besonders klar. Vordergründig ist die Position Österreichs auf Basis von vergleichenden Indikatoren wie dem BIP-Wachstum oder der Produktivität nahe beim Spitzenfeld bzw. im oberen Mittelfeld (vgl. BMWFJ 2009a). Aber, wie im Abschnitt zur Technologie näher gezeigt wird (vgl. 1.2), werden – v.a. ausgehend vom Paradigma der neuen Wachstumstheorie, in dem dem Innovationssystem zentrale Bedeutung zukommt – bestimmte Fragen zur Nachhaltigkeit oder längerfristigen Tragfähigkeit der vorhandenen Strukturen gestellt: Diese betreffen z.B. die geringe Ausstattung mit Hochschulqualifikationen und auch das geringe Gewicht von Hochtechnologie in der Wirtschaftsstruktur.

Aus Studien der OECD kann man herauslesen, dass möglicherweise die starke Expansion in den zentral- und osteuropäischen Raum **zweischneidige Folgen** mit sich gebracht hat: Einerseits wurden große wirtschaftliche Erfolge erzielt, andererseits hat diese Expansion teilweise in traditionellen Feldern stattgefunden, wodurch der Innovationsdruck temporär gemildert und ein stärkerer Nachholbedarf entstanden sein könnte.

Um die Fragen nach der Entwicklung der österreichischen Wettbewerbsposition politisch zu bearbeiten, wurde in den Jahren 2007/08 ein **Leitbild der Außenwirtschaft** (vgl. BMWFJ 2009b) entwickelt, das auf einer umfassenden Bestandsaufnahme der Wettbewerbsposition aufbaut und **zehn Anforderungen** formuliert, deren erste sich auf das Bildungswesen bezieht (vgl. BMWFJ 2009b, S. 9-11):

1. Den Stellenwert von Bildung erhöhen
2. Zum technologischen Vorreiter aufsteigen
3. Drehscheibe Zentraleuropas werden
4. Auf Zukunftsmärkte setzen
5. Das Potenzial des Dienstleistungssektors nutzen
6. Die Internationalisierung von KMUs vorantreiben
7. Intelligente Regulierung: Qualität erhöhen – Dichte reduzieren
8. Koordinationsprozesse effizient einsetzen
9. Entwicklung und unternehmerische Verantwortung fördern
10. ‚Marke Österreich‘ aufbauen

Abgesehen von dieser Initiative, die als Beispiel näher charakterisiert wird (vgl. Text untenstehend), spielen Aspekte der Globalisierung im österreichischen Bildungswesen bisher vor allem auf der Ebene der Bildungsinhalte eine Rolle, beispielsweise in den Bereichen Politische Bildung (vgl. 5.3), Wirtschaftserziehung und Verbraucher/innenbildung sowie in der Lehrer/innenaus- und -weiterbildung. Es handelt sich aber eher um ein Hintergrundthema, wobei es schwer zu sagen ist, welche tatsächliche Reichweite diese Impulse und Angebote haben bzw. inwieweit sie auch Wirkungen zeigen. Eine Studie über die Vorbereitung der jungen Menschen auf Anforderungen der Globalisierung in den Schulen (vgl. Schmid 2006) hat ein gemischtes Bild ergeben. Es gibt unter den Schüler/innen und Lehrer/innen teilweise positive Einstellungen und Bewertungen zur Globalisierung, es gibt jedoch auch in beträchtlichem Maße klar ablehnende Haltungen (bei einem Drittel der Lehrer/innen überwiegt die ablehnende/kritische Betrachtungsweise). Unter den Schüler/innen wird eine hohe Mobilitätsbereitschaft geäußert (drei Viertel können sich vorstellen, einige Zeit im Ausland zu leben). Ein Drittel der Schüler/innen fühlt sich zu wenig über Fragen der internationalen Wirtschaft informiert, die Hälfte äußert, dass diese Fragen im Unterricht selten vorkommen. Auch die Lehrmaterialien sind stark auf die nationale Wirtschaft konzentriert. Seitens der Lehrpersonen wird Internationalisierungsinitiativen ein hoher Stellenwert zugeschrieben. Insbesondere Englisch als Arbeitssprache wird sehr häufig, an den Schulen von zwei Dritteln der befragten Lehrkräfte, eingesetzt. Nur 20% der Lehrkräfte haben berufliche Erfahrungen im Ausland gesammelt. Die Hälfte der jüngeren Fremdsprachenlehrer/innen hat keine Auslandserfahrungen während ihrer Ausbildung gesammelt.

#### **Das österreichische Außenwirtschaftsleitbild:**

#### **Globalisierung gestalten – Erfolg durch Offenheit und Innovation**

**Hintergrund** der Maßnahme ist die große Bedeutung der Außenwirtschaft für Österreich, die mit den neuen Herausforderungen der Globalisierung konfrontiert ist. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Akteur/innen auf neue Bedingungen einstellen müssen und in vielen Bereichen nicht mehr weitermachen können wie bisher.

Die **Ziele** dieser Maßnahme bestanden darin, die neuen Herausforderungen zu klären, die bestehende Ausgangsposition Österreichs im globalisierten Wettbewerb festzustellen und für die verschiedenen Akteur/innen eine gemeinsame strategische Zielrichtung zu entwickeln. Wesentliche Herausforderungen werden darin gesehen, dass im Wissenschaftsbereich die Spitzenforschung forciert werden muss, dass die zentrale Lage genutzt werden muss, um zu einem zentraleuropäischen Logistikzentrum aufzusteigen und dass die Internationalisierung der Leistungen insbesondere in den Klein- und Mittelbetrieben sowie in der Produktion und im Export von wissensbasierten industrienahen Dienstleistungen verstärkt werden muss.

Die **Zielgruppen** dieser Initiative sind sehr breit angelegt und betreffen alle Akteur/innen und Institutionen, die mit der Außenwirtschaft zu tun haben: von den Unternehmen, über die koordinierenden Institutionen (z.B. der Sozialpartner sowie der Forschungs- und Innovationsförderung) und Governance-Systeme, bis zum Bildungswesen und der Forschung selbst.

Die **Implementierung** dieses umfassenden Maßnahmenkatalogs soll 2010 anlaufen. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Umsetzungsdauer schwer abzuschätzen.

#### **Wirkungsbereich**

Der **Wirkungsbereich** der Maßnahme liegt auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ist auch Teil des Regierungsprogrammes der laufenden Gesetzgebungsperiode.

Durch diese Maßnahme wird das **Bildungswesen** in einen größeren Kontext gestellt. Die erste der zehn formulierten Anforderungen lautet demnach auch, „den Stellenwert der

Bildung [zu] erhöhen“. Im Bereich „Human Resources“ werden die folgenden strategischen Ziele und Leitlinien formuliert (vgl. BMWFJ 2009, S. 249):

1. Österreich ist dann international wettbewerbsfähig, wenn das hohe Lohnniveau in einer entsprechend hohen Produktivität der Arbeit begründet ist.
2. Die Basis für die Produktivität der Arbeit wird in Aus- und Weiterbildung gelegt.
3. Investitionen in Bildung sind Zukunftsinvestitionen, die unter den Gesichtspunkten Effizienz und Chancengleichheit gesehen werden müssen.
4. Fachliches Know-how inklusive exportrelevantem Fachwissen und Fremdsprachenkenntnisse sind die benötigten „hard skills“ einer international orientierten Wirtschaft.
5. Die fachlichen Kompetenzen bedürfen einer breiten Basis an „soft skills“ und Grundeinstellungen. Dazu zählt insbesondere Offenheit gegenüber Internationalität und Interkulturalität im Allgemeinen sowie internationaler Wirtschaft im Besonderen.
6. Mobilität trägt sowohl zum Erwerb der von der Außenwirtschaft benötigten Kompetenzen als auch zur Optimierung der Allokation von Humanressourcen bei.
7. Unternehmen müssen ihre Internationalisierungsaktivitäten durch zielgerichtete und strategische Personalentwicklungskonzepte flankieren.
8. Bildung selbst kann und soll ein „Exportgut“ sein. Österreich soll als Bildungsstandort attraktiv sein und seine Bildungsprodukte auch auf ausländischen Märkten etablieren.
9. Die hohe Bedeutung von Bildung für Wirtschaft und Gesellschaft muss sich in einer neuen Verbindlichkeit von Bildungszielen und insbesondere in einer Reform der Schulverwaltung niederschlagen.

Die **Akteure und Akteurinnen** werden eher nur indirekt durch die Ziele und Herausforderungen benannt. Im Abschnitt „Human Resources“, der sich direkt auf das Bildungswesen bezieht, werden die Sozialpartner (hohes Lohnniveau muss mit entsprechend hoher Produktivität einhergehen), die Bildungsinstitutionen (Ausstattung der Bevölkerung mit Know-how sowie „hard“ und „soft skills“; Bildung als Exportgut), die Arbeitnehmer/innen (Mobilität), die Unternehmen (gezielte Personalentwicklung zur Stützung der Internationalisierung) und die Politik (Reform der Schulverwaltung) angesprochen.

### Evaluierung

Die Arbeitsgruppe „Human Resources“ hat eine **Evaluierung** des Standes der Berufsbildung vorgenommen: Das Qualifikationsniveau wird als gut, die Berufsbildung als exzellent eingeschätzt. Schwächen werden bei der Grundbildung und bei der geringen Zahl an technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungen gesehen. Handlungsbedarf wird in folgenden Bereichen identifiziert:

- Höherqualifizierung in mittleren und späteren Erwerbsphasen,
- Basisbildung (Alphabetisierung),
- internationale Themen und Fremdsprachen,
- interkulturelle und unternehmerische Kompetenzen,
- grenzüberschreitende Mobilität und Integration,
- Bildungsexport und Vernetzungen,
- Effizienzsteigerung durch Verwaltungsreform.

Diese Leitlinien müssen jedoch erst weiter konkretisiert werden.

Eine Evaluierung des gesamten Leitbildes ist für Frühjahr 2010 geplant. Die Durchführung bisheriger Maßnahmen bezieht sich auf die Unterstützung von Unternehmen für Exportaktivitäten, Forschungsaktivitäten im Bereich internationale Wirtschaft etc. Maßnahmen, die sich auf das Bildungswesen beziehen, betreffen größtenteils die Förderung von Mobilitätsaufenthalten für Schüler/innen, Lehrlinge und Lehrende.

### Schlussfolgerungen

Das wichtigste „**Hindernis**“, das die Durchführung der Maßnahme beeinflusst hat, ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, die zunächst beträchtliche Exporteinbrüche mit sich gebracht hat und den Fokus auf kurzfristige Maßnahmen (vgl. 2.1) verschoben hat.

Mittel- und längerfristig ist jedoch mit dem Leitbild eine Grundlage gegeben, auf der konkrete Initiativen und Maßnahmen im Bildungswesen aufbauen können. Es werden Prioritäten herausgearbeitet, wo Handlungsbedarf gesehen wird. Eine wesentliche **Herausforderung** wird aber sicherlich darin bestehen, die Akteur/innen im Bildungswesen von diesen Prioritäten zu überzeugen.

Im Hinblick auf die Ausgangsfragestellungen für diese Bewertung (vgl. Text obenstehend) kann festgestellt werden, dass im Außenwirtschaftsleitbild eine Klärung der Problemlagen, die sich aus der Globalisierung für die Berufsbildung ergeben, im Hinblick auf wirtschaftspolitische Strategien konsequent angegangen wird. Es wird auch eine gewisse Gewichtung vorgenommen, indem die bildungspolitischen Herausforderungen an die erste Stelle gesetzt werden. Eine nähere Konkretisierung und Umsetzung fehlt jedoch noch.

### Quellen

BMWFJ (2009b): Das österreichische Außenwirtschaftsleitbild. Globalisierung gestalten – Erfolg durch Offenheit und Innovation. Online: [http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/Internationalisierungsoffensive/Documents/Außenwirtschaftsleitbild\\_2910\\_minimiert.pdf](http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/Internationalisierungsoffensive/Documents/Außenwirtschaftsleitbild_2910_minimiert.pdf) (29.11.2009).

BMWFJ: Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“: <http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/Internationalisierungsoffensive/Seiten/KompetenzzentrumForschungsschwerpunktInternationaleWirtschaft.aspx> (29.11.2009).

Mende, Johannes (2007): Sekundärstudie „Export wissensbasierter Dienstleistungen“, Wien: I.S.E. Online: <http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/Internationalisierungsoffensive/Documents/StudieExportwissensbasierterDienstleistungen.pdf> (29.11.2009).

## 1.2 Auswirkungen des technologischen Fortschritts auf die Berufsbildung

Im Bereich des Verhältnisses von **technologischer Entwicklung und Bildung** gibt es seit langem einige offene Fragen über die Wirksamkeit des Innovationssystems und die Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft. Österreich hat ein starkes und diversifiziertes System der Berufsbildung mit einem klaren Schwerpunkt auf der Sekundarstufe. Spezifika bestehen darin, dass die Berufsbildung im Alter von 15 Jahren relativ früh beginnt, das System sowohl eine starke betrieblich basierte Lehrlingsausbildung als auch ein starkes vollzeitschulisches System der Berufsbildung enthält, und dass innerhalb der schulischen Berufsbildung auch von einem beträchtlichen Anteil der Jugendlichen eine volle Berechtigung zum Hochschulbesuch erworben wird. Das Hochschulsystem ist im Vergleich dazu eher schwach. Insbesondere der Bereich der Technik und Naturwissenschaften wird von einem relativ geringen und tendenziell auch rückläufigen Teil der Studierenden besucht bzw. absolviert. Seit langem gibt es Diskussionen über ein zu geringes Angebot an technisch-naturwissenschaftlich gebildeten Arbeitskräften. Der Fachhochschulsektor, der stark wirtschaftsorientiert ist, wurde erst in den 1990er Jahren eingerichtet. Dieser wird häufig von Absolvent/innen berufsbildender höherer Schulen (BHS) besucht, die dadurch oft eine acht- bis neujährige praxisorientierte technische oder wirtschaftliche Ausbildung erwerben. Der Hochschulsektor ist im quantitativ dominierenden Bereich der Universitäten durch lange Studienzeiten sowie durch unterschiedliche Studienbedingungen mit teilweise starker Überfüllung und chronische Unterfinanzierung gekennzeichnet. Diese Situation kommt auch in ungünstigen Wertungen österreichischer Universitäten in den diversen Rankings, wie auch in

einer – mit geringen Ausnahmen – ungünstigen Bewertungen der Forschungsleistungen zum Ausdruck.

Anknüpfend an diese Struktur, die sich in den letzten Jahren nur wenig geändert hat, hat Österreich in **vergleichenden Bewertungen des Innovationssystems** noch in der jüngeren Vergangenheit eher ungünstig abgeschnitten. In den letzten Jahren wurden bedeutende Investitionen in das Innovationssystem getätigt, die sich v.a. auf die Schnittstelle zwischen der Forschung und dem Unternehmenssektor konzentrierten. Die entsprechenden Strukturindikatoren wie auch die Position im Innovation-Scoreboard (vgl. EIS 2009) haben sich bedeutend gebessert und Österreich ist in diesem Bereich dabei, an die Spitzenländer anzuschließen.

Die **wirtschaftliche Struktur** ist dadurch gekennzeichnet, dass Österreich in seinem Aufholprozess lange Zeit Technologienehmer war, d.h. den technischen Fortschritt im Wesentlichen importiert hat. Bei jüngeren Auswertungen sind die österreichischen Betriebe v.a. überproportional dem Bereich der „Modifizierer“ von übernommenen Innovationen zuzurechnen, die Stärke liegt im Bereich von „medium-high-tech“. Es gibt einen beträchtlichen Anteil an nicht innovierenden Betrieben, die Hochtechnologie ist wenig entwickelt. Ein Spezifikum besteht auch darin, dass die innovativsten Unternehmen v.a. internationale Konzerne sind, die teilweise in Österreich Forschungsaktivitäten angesiedelt haben.

Vor dem Hintergrund dieser Struktur wird seit langem über das österreichische „**Wachstumsparadox**“ diskutiert, indem die wirtschaftlichen Erfolge eigentlich mit den Voraussagen der Wachstums- und Innovationsforschung nicht zusammenpassen. In der „neuen Wachstumstheorie“, die sich als theoretisches Paradigma zunehmend durchzusetzen scheint, wird die Innovationskraft zum wichtigsten Wachstumsfaktor. Davon wird eine notwendige Verschiebung der Qualifikationsstruktur in Richtung tertiärer Qualifikationen abgeleitet. Diese Argumentation wird auch von den einschlägigen Forscher/innen geteilt (z.B. vgl. Peneder et al. 2006, 2007). Es wird postuliert, dass sich die österreichische Wirtschaft auf einen neuen Wachstumspfad begeben müsse, was einen Wechsel vom Technologienehmer zum Technologiegeber bedeuten würde. In diesem Wechsel liegen die **Herausforderungen an das Bildungswesen** begründet. Allgemein stellen sich zwei Fragen: Erstens, ist die Forschung im Hochschulsektor ausreichend entwickelt, um zu diesem Übergang beizutragen und zweitens, welche Qualifikationen sind erforderlich, um diesen Übergang zu bewerkstelligen?

Leider gibt es auf diese Fragen keine ausreichend empirisch gestützten Antworten. Dies hängt auch mit der Komplexität des Innovationssystems zusammen. Es sind viele Faktoren – vom Innovationsklima über wirtschaftliche und regionale Strukturen bis zu den Arbeitsbeziehungen und Governance-Systemen – für ein funktionierendes Innovationssystem erforderlich, sodass es nicht eindeutig klar ist, welche Prioritäten für die Weiterentwicklung des Innovationssystems gesetzt werden müssen. So wird beispielsweise zwischen radikaler und inkrementeller Innovation sowie zwischen Produktion und Diffusion von Innovationen unterschieden. In der Innovationsforschung gibt es auch Ansätze, die stärker auf die Bedeutung der Diffusion setzen, die durch praktische Anwendungskompetenzen gefördert wird, wie sie in der mittleren Berufsbildung bereit gestellt werden. Die Fragestellung ist hier dabei, sich zu wandeln: anstelle des Entweder-Oder zwischen Hochschulbildung und mittlerer Berufsbildung tritt die Frage nach dem „richtigen Mix“. Die traditionelle Stärke der Technologienehmer könnte also auch unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen wirksam sein.

In Österreich wurden und werden die Prioritäten bisher nicht im Bereich der Bildung gesetzt. Es ist aber auch nicht klar belegbar, wo diese gesetzt werden müssen. Trotz der geringen Akademisierung gibt es keine eindeutigen Signale für einen effektiven Mangel an Akademiker/innen; trotz der Einschätzung, dass die BHS-Abschlüsse ein Substitut for Hochschulabschlüsse wären, studiert ein beträchtlicher Teil der BHS-AbsolventInnen anschließend weiter. Zudem bestehen deutliche Lohndifferenziale zu den Hochschulen innerhalb ver-

gleichbarer Spezialisierungen; die Unternehmen in qualifizierten Bereichen äußern viel weniger Probleme bei der Suche nach Arbeitskräften als Unternehmen in weniger qualifizierten Bereichen etc.

Eine klare **Innovationsstrategie** ist daher eine Frage politischer Entscheidungen unter beträchtlicher Unsicherheit: Es besteht weitgehende Einigkeit über eine deutliche Unterfinanzierung des Hochschulsektors: allein an den Universitäten wird von einem Zusatzbedarf von einer Milliarde Euro ausgegangen. Es gibt starke Evidenz dafür, dass die Bildungsreserven in der gegenwärtigen Struktur des Bildungswesens nicht ausgeschöpft werden (hoher Anteil an mangelnden Grundkompetenzen, starker Zusammenhang von Partizipation und Leistungen mit dem sozialen Hintergrund). Auch in der Berufsbildungsstruktur gibt es verschiedene Überlegungen in Richtung einer Reorganisation. Für all diese Problembereiche gibt es Vorschläge für Lösungsansätze, aber auch viele offene Fragen.

Ein Minimalkonsens kann darin gesehen werden, dass die Zahl an Studierenden und Absolvent/innen technischer und naturwissenschaftlicher Studien erhöht werden soll. Ein Weg, dies zu erreichen, wird darin gesehen, die weibliche Beteiligung in diesem Bereich zu erhöhen. Es gibt seit langem deutliche Anzeichen dafür, dass die geschlechtsspezifische Segregation in Österreich besonders deutlich ausgeprägt ist. Dies beginnt mit den geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bei den Leistungen und Interessen für Mathematik und Naturwissenschaften in der Pflichtschule, wie sie bei PISA ersichtlich wurden, geht über eine stark geschlechtsspezifische Wahl der beruflichen Spezialisierungen und endet bei großen geschlechtsspezifischen Diskrepanzen bei den Hochschulstudien. Eine Maßnahme, die hier gegenzusteuern versucht, wird im Folgenden beschrieben. Diese Maßnahme verweist auch auf viele umfassendere Problemstellungen im Zusammenhang mit der Geschlechtersegregation und der Wahrnehmung der Aufgaben der Beratung, Orientierung und Information für Bildung und Beruf (Guidance).

### **FIT – Frauen in die Technik**

**Hintergrund** der Maßnahme ist der seit langem bekannte große geschlechtsspezifische Unterschied beim Zugang von Frauen in Forschung und Technologie. Im Jahr 2002 wurde ein Programm (ffORTE - „Frauen in **F**orschung und **T**echnologie“) entwickelt, das auf verschiedenen Wegen gegensteuern soll. Eine Programmlinie ist für das Schulwesen vorgesehen, um die Technik auf verschiedenen Wegen für Schülerinnen attraktiv zu machen und sie darüber zu informieren. Neben einer Initiative, die sich auf die Berufsorientierung spezialisiert (mut! Mädchen und Technik, vgl. 8.3), soll das Programm FIT (Frauen in die Technik) das Interesse für technische und naturwissenschaftliche Studien wecken und damit stärker den Zugang eröffnen.

„**Ziel** dieses Projektes ist es, den Frauenanteil in technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungen und Berufen zu erhöhen. Dies erfolgt über Motivation und gezielte Beratung sowie Begleitung und Unterstützung junger Frauen hinsichtlich technisch-naturwissenschaftlicher Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten“ (vgl. <http://www.fforte.at/unterseite/10/fforte-schule.html>).

Schüler/innen ab der zehnten Schulstufe (d.h. nach der Pflichtschule) sind primäre **Zielgruppe** von FIT. Weitere Zielgruppen sind Lehrerinnen, Eltern und Betriebe.

Das Projekt wird seit 2002 österreichweit **umgesetzt**. Die wichtigsten Maßnahmen sind Informationsveranstaltungen an Schulen und Schnuppertage für Schülerinnen an Universitäten und Fachhochschulen zu technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungsangeboten. Sechs Hochschulstädte Österreichs sind einbezogen. Im Rahmen der Veranstaltungen wird Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. So genannte FIT-Botschafterinnen führen die Veranstaltungen an Schulen durch. Diese sind so ausgewählt,

dass sie aufgrund der ähnlichen Erfahrungshorizonte die Schülerinnen möglichst gut ansprechen können sollen, v.a. Studentinnen und Absolventinnen von technischen Studien. Es gibt an den sechs Standorten verschiedene zuständige Institutionen, die das Projekt umsetzen (siehe Webpräsenz FIT), und an den Hochschulen gibt es Kontaktpersonen in den technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen. Von einer Summe von etwa 90.000 Euro in den Anfangsjahren (gleichmäßig etwa 15.000 Euro pro Standort) ist die Förderung auf aktuell 280.000 Euro pro Jahr angestiegen (zwischen 35.000 Euro und 65.000 Euro pro Standort). Zusätzlich zur Projektförderung werden je nach Jahr und Größe des Standortes zwischen 10.000 Euro und 50.000 Euro als Fördermittel von Sponsoren eingeworben, oft gelingt das aber auch nicht. Durch die Veranstaltungen in Schulen werden insgesamt etwa 5.500 Schülerinnen erreicht (pro Standort liegen die Zahlen zwischen 500 und 1.000, sie sind in den letzten Jahren teilweise stark gestiegen), an den Schnuppertagen werden insgesamt etwa 1.500 interessierte Jugendliche erreicht (die Zahl variiert zwischen 100 und 500).

### Wirkungsbereich

Der **Wirkungsbereich** der Initiative ist national angelegt, sie wird jedoch auf regionaler Ebene umgesetzt. Es gibt Anlaufstellen in sechs der neun Bundesländer, die teilweise auch die umliegenden Regionen betreuen (z.B. Wien, Niederösterreich und Burgenland).

Es handelt sich um ein Projekt im Rahmen einer **breiteren Strategie** der Förderungen von Frauen in Forschung und Technologie, das auch von mehreren Trägern gefördert wird (Rat für Forschung und Technologieentwicklung, die Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung; für Wirtschaft, Familie und Jugend; für Verkehr, Innovation und Technologie sowie für Unterricht, Kunst und Kultur). Darüber hinaus gibt es verschiedene Sponsor/innen aus Forschung, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Die Initiative sieht sich „als Modell für umfassende Frauenförderung mit dem Anspruch, sich mit EU-weiten und internationalen Initiativen im Bereich ‚Frauen in Forschung und Technologie‘ zu vernetzen“ (aus fForte-Programm). In vier Teilprogrammen sollen Mädchen und Frauen an den verschiedenen Stufen der Bildungs- und Karrierewege (von der Bildungs- und Berufswahl bis zur Berufstätigkeit) und in verschiedenen Bereichen (Bildungswesen, Wissenschaft, Arbeitswelt) so gefördert werden, dass Karrierehindernisse entlang der gesamten Berufslaufbahn abgebaut werden.

Im Bereich der Schule und der FIT-Initiative sind die **Hauptakteure/-akteurinnen** das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur als Fördergeber, die Projektteams (die regional in unterschiedlichen Institutionen angesiedelt sind, z.B. an Gleichstellungsinstitutionen der Hochschulen, in Mädchen- bzw. Frauenprojekten, oder als eigenständige Projekte etc.), Institutionen der Bundesländer sowie die Schulen und Hochschulen.

### Evaluierung

Im Jahr 2009 wurde eine Evaluierung abgeschlossen, die responsiv als Rückmeldung und Feedback an die Sponsoren und Durchführenden angelegt war und vier Teilbereiche umfasst hat: Bestandsaufnahme der Umsetzung (vgl. Wroblewski, Leitner, Osterhaus 2009), Fallstudien zur vertiefenden Analyse der Umsetzung (vgl. Wroblewski und Leitner et al. 2009a), Akzeptanz bei Schülerinnen, Lehrkräften und Botschafterinnen (vgl. Wroblewski und Leitner et al. 2009b), Einfluss bei der Berufswahl (vgl. Leitner und Wroblewski et al. 2009). Es wurde ein qualitativ-quantitativer Ansatz gewählt.

Die Bewertung der **Effektivität** und der **Auswirkungen** der Initiative wurde in ein Konzept des Berufswahlprozesses eingebettet. Hier zeigt sich, dass mit dieser Initiative eine sehr wichtige Problematik für die österreichische Berufsbildung angesprochen wird, die jedoch durch sie nicht annähernd gelöst werden kann. Erstens sind die geschlechtsspezifischen Weichenstellungen im Lebensverlauf bereits weitgehend erfolgt, bevor diese Maßnahme einsetzt. Zweitens werden durch diese Interventionen einige Schwächen der Berufsorien-

tierung aufgedeckt, indem die Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Intervention oft nicht geschaffen werden: Die Schulen tun zum Teil zu wenig, um Berufswahlprozesse anzustoßen. Auch wird das Informationsniveau über berufliche Möglichkeiten oft nicht als Gegenstandsbereich schulischer Aufgaben gesehen. Aufgrund der sehr heterogenen Vorbedingungen der Berufsorientierung in verschiedenen Schulen sowie verschiedener Schüler/innen werden sehr unterschiedliche Bedürfnisse angesprochen, die jedoch teilweise durch den begrenzten Handlungsspielraum der Initiative nicht ausreichend abgedeckt werden können: Die Schülerinnen befinden sich in unterschiedlichen Phasen ihres Wahlprozesses (manche befinden sich in der Bewertungs- oder Entscheidungsphase, andere erst in der Such- und Vorauswahlphase) und haben sehr unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen (so steht manchmal erst eine Information über technische Studiemöglichkeiten an, während es in anderen Fällen um eine Bestätigung bereits getroffener (Vor)-Entscheidungen geht). Die Evaluierung betont eine gewisse Unschärfe bei den Zielsetzungen der Initiative.

Wichtige **Erfolgsindikatoren** der Evaluierung beziehen sich auf die Umsetzung und die Akzeptanz der Maßnahmen sowie auf eine Sensibilisierung der Zielgruppen für die Technik/die Naturwissenschaft. Als genereller wirkungsorientierter Erfolgsindikator wurde die Erhöhung des Frauenanteils in technisch-naturwissenschaftlichen Studien gewählt, wobei die Erreichbarkeit dieses Ziels durch die Maßnahmen eher in Frage gestellt wird – dafür wären viel massivere Maßnahmen nötig. Eine qualitative Analyse des Einflusses des Programmes auf die Berufswahl wurde durchgeführt (vgl. Schlussfolgerungen).

Die **Übernahme der Ergebnisse** in weitere politische Maßnahmen ist noch nicht absehbar, da die Evaluierung erst 2009 abgeschlossen wurde.

### Schlussfolgerungen

Als **Hindernisse** haben sich herausgestellt, dass teilweise die Schulen nicht zugänglich sind, weil sie mit zu vielen außerschulischen Angeboten konfrontiert sind; weiters, dass bürokratische Regelungen der Projektabwicklung oft großen Aufwand erfordern sowie dass die übergeordneten Institutionen nur teilweise unterstützend tätig sind, was aber insbesondere in der Anfangsphase der Kontaktaufnahme in einer (neuen) Region sehr wichtig ist. Der ursprünglich punktuelle Ansatz – Veranstaltungen zu bestimmten Zeitpunkten anzubieten – wurde in manchen Regionen bereits in Richtung eines Ganzjahresprojektes erweitert, was aufgrund der laufenden Tätigkeiten die Kontakte erleichtert und verbessert.

Eine generelle **Herausforderung** des Programmes besteht darin, dass es versucht, „von außen“ in das Schulwesen einzuwirken. Damit sind einerseits verschiedene Barrieren verbunden, die überhaupt die Bedingungen der Kontaktnahme betreffen (organisatorischer Aufwand, Unterstützung durch Bürokratie und Schulleitungen etc.). Die Wirksamkeit ist aber auch wesentlich vom Umfeld an den Schulen selbst abhängig, insbesondere inwieweit Aktivitäten zur Berufsorientierung und -information im Schulleben verankert sind und dies überhaupt als Aufgabe wahrgenommen wird. Die Schulen haben sich in dieser Hinsicht als sehr heterogen herausgestellt. Wenn aber die nötigen Umfeldvoraussetzungen nicht gegeben sind, reichen die Interventionen nicht aus, um Effekte zu erzielen. Um Einflüsse auf die Studienwahl erreichen zu können, wird auch angemerkt, dass die Interventionen in einem noch jüngeren Alter der Schülerinnen beginnen und dass auch die Eltern und die Lehrkräfte stärker einbezogen werden sollten. Teilweise ist dies schon geschehen, indem z.B. die Zielgruppe von den 18-Jährigen zu den 16-Jährigen vorverlegt wurde. Für die breitere Einbeziehung der Eltern und Lehrkräfte reichten die Ressourcen jedoch noch nicht aus. Auch werden durch die zweite Initiative in fForte, d.h. durch „mut - Mädchen und Technik“ (vgl. 8.3), bereits jüngere Schülerinnen angesprochen; die dritte Initiative „IMST-Gender Netzwerk“ befasst sich mit den Lehrkräften für Mathematik und Naturwissenschaften.

Im Hinblick auf die Ausgangsfragestellungen kann festgestellt werden, dass die Intention des Programmes sicher geeignet ist, einen Beitrag zur Lösung der grundlegenden Problematik Erhöhung der Studierenden und Absolvent/innen von technischen und naturwissenschaftlichen Studien zu leisten. Auch die Evaluierung ist ein Schritt, dieser Zielsetzung näher zu kommen. Insgesamt ergibt sich jedoch, dass der Beitrag dieses Programmes nur klein sein kann, da viele Probleme im Vorfeld, die beeinträchtigende Wirkungen auf den Zugang von jungen Frauen in technische und naturwissenschaftliche Studien und Berufe haben, viel zu wenig geklärt sind. Um Antworten auf die Frage nach den geeigneten Reaktionen der Berufsbildung auf den technischen Fortschritt zu finden, sind sicherlich noch viele weitere Initiativen erforderlich.

## 5. Quellen

Programm fForte-Frauen in Forschung und Technologie: <http://www.fforte.at/unterseite/10/fforte-schule.html#h1>

FIT: <http://www.bmukk.gv.at/fit>, Programm mut: <http://www.mut.co.at/>, IMST-Gender Netzwerk: [http://imst.uni-klu.ac.at/programme\\_prinzipien/gender/](http://imst.uni-klu.ac.at/programme_prinzipien/gender/)

Leitner, Andrea; Wroblewski, Angela et al. (2009): Entscheidungsprozess und Einflussfaktoren der Berufswahl. Schülerinnenbefragung im Rahmen der FIT-Evaluierung, Studie im Auftrag des BMUKK, Wien: IHS.

Wroblewski, Angela; Leitner, Andrea et al. (2009a): Vertiefende Analyse der Umsetzung von FIT. Ergebnisse von Fallstudien an acht Schulstandorten, Studie im Auftrag des BMUKK, Wien: IHS.

Wroblewski, Angela; Leitner, Andrea et al. (2009b): FIT – Frauen in die Technik aus Sicht der Schülerinnen, Lehrkräfte und FIT-Botschafterinnen, Studie im Auftrag des BMUKK, Wien: IHS.

Wroblewski, Angela; Leitner, Andrea und Osterhaus, Ingrid (2009): Evaluierung von FIT. Bestandsaufnahme der Umsetzung von FIT, Studie im Auftrag des BMUKK, Wien: IHS.

### 1.3 Auswirkungen der demographischen Veränderungen und der internationalen Migration auf die Berufsbildung

Die **österreichische Bevölkerung** ist ebenso wie viele andere einem Alterungsprozess unterworfen, sie kreierte ihr Wachstum vorwiegend durch **Immigration**. Die Migrationsströme sind regional sehr unterschiedlich verteilt, beispielsweise zwischen Stadt und Land, sodass auch das Bevölkerungswachstum in Wien z.B. viel höher ist als in anderen Regionen. Gleichzeitig wird sehr vorsichtig mit den Möglichkeiten der Immigration umgegangen. Aufgrund der Umstände der Immigration in den letzten Jahrzehnten sind bestimmte Gruppen von Einwanderer/innen deutlich weniger qualifiziert als der Durchschnitt der Bevölkerung. Darüber hinaus besteht das Problem, dass im Ausland erworbene Qualifikationen nicht anerkannt und die Menschen dequalifiziert eingesetzt werden. In den letzten Jahren ist eine Umschichtung in den Migrationsströmen dahingehend vor sich gegangen, dass zu den traditionellen (Arbeits-)Immigrant/innen aus den Ländern Ex-Jugoslawiens und der Türkei auch die Zuwanderung aus EU-Ländern zugenommen hat.

Das Bildungswesen ist in manchen Bereichen mit neuen Umständen konfrontiert: beispielsweise hat sich in Wien der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich erhöht. Die Anpassungen an diese neuen Herausforderungen gehen aber nur langsam vor sich, sodass sich die realen Bildungsmöglichkeiten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund beträchtlich von jenen der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Auch die erworbenen Kompetenzen differieren signifikant, wie die PISA-Erhebungen zeigen. Da oft die Bildungslaufbahn nach der Pflichtschule nicht fortgesetzt wird, sind die Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund in der allgemeinbildenden Pflicht-

schule höher als in der Berufsbildung. Der Anteil an Schüler/innen mit Migrationshintergrund gemessen an der gesprochenen Alltagssprache beträgt im allgemeinbildenden Schulwesen 18%, während dieser Anteil in der Berufsbildung nur bei 10% liegt (vgl. Specht 2009, Band 1, Indikator B4). Von den verschiedenen Bereichen der Berufsbildung sind es v.a. die berufsbildenden mittleren Schulen, die viele Jugendliche mit Migrationshintergrund aufnehmen (20%, im kaufmännischen Bereich sogar 37%). In der Lehrlingsausbildung ist ihr Anteil viel geringer (8%). In manchen Regionen sind immer noch Tendenzen sichtbar, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Sonderschulen zu transferieren. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund viel schwieriger zu bewältigen als für jene ohne Migrationshintergrund. Der gegenwärtige Umgang mit den Herausforderungen der Demografie und Migration ist dadurch gekennzeichnet, dass das Thema nicht mehr nur von Interesse einschlägiger Spezialist/innen, sondern von allgemeinerer Aufmerksamkeit geworden ist. Dem entspricht, dass die Situation empirisch stärker aufgearbeitet und auch statistisch besser dokumentiert wird.<sup>1</sup> Seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) wurde mit der Abteilung „Migration, interkulturelle Bildung und Sprachenpolitik“ ebenfalls eine Einrichtung geschaffen, die sich mit dem Thema der Migration im Schulwesen befasst und die Aktivitäten in diesem Bereich koordiniert.

Insgesamt ist klar, dass Österreich zur Aufrechterhaltung des Bevölkerungsstandes ein gewisses Maß an Zuwanderung braucht, wobei diese Thematik politisch stark umstritten ist und auch von politischen Parteien innerhalb des Parlamentarismus für populistische Politik genutzt wird (nicht selten werden auch direkt feindselige Äußerungen gegen die Zuwanderung oder gegen ZuwanderInnen im Rahmen des offiziellen Politikspektrums getätigt). Daher ist es insbesondere wichtig, durch eine Aufbereitung des gesellschaftlichen Klimas den Boden für eine integrative Politik zu nutzen und auch beispielsweise die erforderliche Akzeptanz für Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu schaffen. Auf politischer Ebene gibt es Diskussionen und Maßnahmen, die sich einerseits auf die gezielte Auswahl von Migrant/innen beziehen und relativ hohe Schranken z.B. bei den Sprachfähigkeiten einziehen, und die andererseits auch die frühe Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund betonen. Im **Schulwesen** gibt es eine Vielzahl von **Förderansätzen**, deren Umsetzung jedoch keiner gemeinsamen Linie entspricht.

Das **Jahr des interkulturellen Dialogs** (2008) wurde genutzt, um einerseits Akteur/innen, die in diesem Bereich tätig sind, stärker zu vernetzen und Aktivitäten neu auszulösen bzw. auch um vorhandene Aktivitäten zu verstärken und zu bündeln. Andererseits wurde es zum Anlass genommen, eine breitere Bewusstseinsbildung über die Vorteile der Interkulturalität sowie eine Stärkung der Akteur/innen in diesem Bereich durch Förderung und Multiplikatoreffekte zu erreichen.

---

<sup>1</sup> Es gibt in jüngerer Zeit einige Studien und Forschungsergebnisse, die die Probleme in diesem Bereich herausarbeiten. So war die Thematik das Schwerpunktthema der Ersten Österreichischen Konferenz für Berufsbildungsforschung (vgl. Biffl 2009, Bock-Schappelwein, Bremberger, Huber 2009, Sprung 2009). Im ersten Nationalen Bildungsbericht Österreichs (vgl. Specht 2009) wurde der Thematik ebenfalls beträchtliche Aufmerksamkeit gewidmet (vgl. die statistische Aufbereitung durch die Indikatoren in NBB-Band 1: A3, B4, B5, F3, F4, F8; sowie Herzog-Punzenberger und Unterwurzacher 2009, Feyerer 2009, Steiner 2009, Schneeberger 2009).

## Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs – der Beitrag Österreichs

**Hintergrund** der Maßnahme war die Beteiligung Österreichs am EU-Jahr des interkulturellen Dialogs 2008.

„Das **Hauptziel** war es, bewusst zu machen, dass kulturelle Diversität eine Bereicherung und ein Innovationspotenzial für die Gesellschaft darstellt. Bildungspolitisch wurden die Reformen unterstützt, in deren Mittelpunkt Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung stehen, kulturpolitisch wurde im Sinne von „Empowerment“ und Partizipation ein starkes Signal an die Zivilgesellschaft gesetzt.“ (BMUKK 2009).

Eine der wichtigen **Zielgruppen** der Aktivitäten waren Schüler/innen und andere Personengruppen, die mit dem Bildungswesen verbunden sind, v.a. die Lehrpersonen.

Die Initiative ist im Laufe des Jahres 2008 durchgeführt worden und ist abgeschlossen. Im Rahmen der **Implementierung** wurden Hunderte Veranstaltungen und Schulprojekte zu dieser Thematik gefördert. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) stellte ca. drei Millionen Euro dafür zur Verfügung. Darüber hinaus wurde mittels Medienkooperationen, darunter insbesondere mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) sowie mit der Zeitung „Der Standard“ und mit nicht-kommerziellen Radiostationen Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Es wurde auch eine „Dialogtour“ durchgeführt, in deren Rahmen Veranstaltungen in den Bundesländern mit Kulturschaffenden durchgeführt wurden. Im ersten Halbjahr stand diese Arbeit im Mittelpunkt, im zweiten Halbjahr wurde eine Vielzahl von Aktivitäten um den Schwerpunkt Mehrsprachigkeit durchgeführt. Es wurden im Zusammenhang mit den Projekten ca. 3.000 Veranstaltungen organisiert. Die Zahl der Einreichungen für Projektaktivitäten im Rahmen des Unterrichtsprinzips des „interkulturellen Lernens“ hat sich im Jahr 2008 fast verdoppelt. Folgende „Flagship-Projekte“ wurden im Bereich der Bildung durchgeführt: (1) Entwicklung länderübergreifender Kulturprojekte im Rahmen von Schulpartnerschaften zwischen Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowakei und Slowenien mit Schüler/innen im Alter von zehn bis 14 Jahren, Lehrer/innen und Kulturschaffenden, (2) Entwicklung von Konzepten zum nachhaltigen Umgang mit sprachlicher Vielfalt (<http://www.projekt-querdenken.eu/en/index>) im Rahmen von länderübergreifenden Schulteams aus EU- und Westbalkanländern, der Türkei und Russlands, (3) Aufbau eines internationalen Schulnetzwerks zwischen EU- und Mittelmeerländern, (4) Durchführung von zehn Projekten, in denen Lehrlinge in Projektteams mit Kulturschaffenden und Expert/innen aus der Wirtschaft zu den Themen Arbeitsmarkt, Schlüsselkompetenzen und Interkulturalität arbeiteten und ihre Ergebnisse in öffentlichen Veranstaltungen vorstellten, (5) Aufbau eines mobilen interaktiven Kulturcafés (<http://www.cafemelange.net/>), (6) Popularisierung von Migrant/innensprachen (<http://www.bmukk.gv.at/europa/lnds/index.xml>; dieses Projekt wird auch weiterhin fortgesetzt), (7) Veranstaltungen zur Kultur der Türkei als einem der traditionell wichtigsten Herkunftsländer von Migrant/innen (<http://www.tuerkischekulturwochen.at/>), (8) Einreichung von kulturellen Projekten oder Einzelarbeiten über kulturelle Identitäten in einem Wettbewerb des Projektes Europa 2008 durch 4.000 Schüler/innen (<http://www.projekt-europa.at/>; auch dieses Projekt wird weitergeführt). Neben diesen „Flagship-Projekten“ wurde das Thema der Interkulturalität auch in vielen anderen Programmen und Aktivitäten eingebracht, die an sich nicht nur diesem Thema gewidmet sind: So wurden im Rahmen der insgesamt 2.500 geförderten Schulprojekte 55 Projekte zum Unterrichtsprinzip „Interkulturelles Lernen“ durchgeführt (<http://ikl.bmukk.gv.at/projreport.aspx?ID=46>); 280 Schulen haben 700 Projekte im Rahmen der Programmlinie „Schulkulturbudget“ eingereicht, die über die Beschäftigung mit Kunst und Kultur einen Beitrag zum interkulturellen Dialog leisten sollten; 73 Veranstaltungen wurden im Rahmen der „Globalen Bildungswochen“ durchgeführt (<http://www.oneworld.at/globaleducationweek/>); im Rahmen der Aktionstage „Politische Bildung“ wurden 43 von insgesamt 100 Projekten dem Thema des interkulturellen Dialogs gewidmet; im „Media Literacy Award“ wurden 50 Arbeiten dem

Thema gewidmet. Der Stadtschulrat für Wien, wo der Migrant/innenanteil im Schulwesen am höchsten ist, hat ca. 75 Projekte an Schulen gefördert, wovon 13 im Bereich der Berufs- und Lehrer/innenbildung angesiedelt waren. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag jedoch im Bereich der Allgemeinbildung. Beispiele im Bereich der Berufsbildung sind Schulpartnerschaften, Schüler/innenaustausche, Auslandspraktika, Diversitätskompetenz für Lehrkräfte, Unterrichtsmodule, kulturspezifische Informationen, Schulnachbarschaften, interkulturelle Events. Schließlich wurden auch über 200 Veranstaltungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Schulen oder gemeinsam mit Schulen durchgeführt (z.B. interkulturelle Camps, Workshops über Rassismus und Anti-Rassismus).

### Wirkungsbereich

Der **Wirkungsbereich** lag auf nationaler Ebene, es wurden aber auch die regionalen und lokalen Ebenen einbezogen, sektoral waren v.a. Bildung, Kultur und Medien involviert. Unmittelbar war es eine von der europäischen Ebene angestoßene **Einzelmaßnahme**. Diese wurde aber genutzt, um viele verschiedene Aktivitäten im Bereich der interkulturellen Bildung einzubeziehen und zu verstärken, teilweise auch mit zusätzlichen Mitteln des BMUKK.

Hauptakteure/-akteurinnen waren das BMUKK als National Coordinating Body (NCB). Die weiteren Mitglieder des NCB waren Institutionen der Verwaltung, der Sozialpartner, Organisationen von Kulturschaffenden sowie wichtige Medienpartner/innen, und viele Aktivist/innen an der Basis.

### Evaluierung

Es wurde ein Evaluierungsbericht für das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs angefertigt und veröffentlicht (vgl. BMUKK 2009b).

Die Aktivitäten werden darin überaus positiv **bewertet**. Die Bewertungen beziehen sich jedoch hauptsächlich auf input-seitige Kriterien. Es wurde nicht versucht, Wirkungen auf die Einstellungen der Beteiligten oder auf die Bevölkerung zu erfassen, was auch überaus schwierig wäre.

Als **Erfolgsindikatoren** dienen die Reichweiten bei den Medienaktivitäten, die Zahl und die Teilnahme an Veranstaltungen, die Zahl und Entwicklung der Projekte, die Internationalität der Partnerschaften sowie die Einbeziehung der verschiedenen Akteur/innengruppen, im Schulbereich v.a. der Schüler/innen und der Lehrkräfte. Größere Medienereignisse hatten eine geschätzte Reichweite von 27 % (1,9 Mio. Menschen), für Werbespots in Fernsehen und Rundfunk wird eine Reichweite von 47 % und für die Berichterstattung von 14 % geschätzt. In Printmedien ist die Reichweite mit 68 % höher. Fast 900 Personen (Multiplikator/innen, Politiker/innen, Kulturschaffende) haben in der Dialogtour mitgewirkt.

Eine **Übernahme** der Ergebnisse in weitere politische Maßnahmen hat stattgefunden, indem einerseits die institutionelle Basis für die Arbeit des BMUKK durch die Gründung der Abteilung für Migration, interkulturelle Bildung und Sprachenpolitik verbessert wurde, und andererseits indem verschiedene Projekte bzw. Projektschwerpunkte weitergeführt wurden (vgl. BMUKK-IKM, BMUKK-MU).

### Schlussfolgerungen

**Hindernisse**, die bei der Durchführung der Maßnahme aufgetreten sind, werden nicht berichtet.

**Herausforderungen**, die noch zu bewältigen sind, bestehen sicherlich in einer stärkeren gleichberechtigten Einbindung von Organisationen der Zivilgesellschaft in derartige Aktivi-

täten. Die größte Herausforderung besteht weiterhin darin, den Boden für mehr Akzeptanz und eine bessere Integration von Migrant/innen in Österreich zu festigen.

Im Hinblick auf die Ausgangsfragestellungen ist festzustellen, dass mit der Maßnahme eine Europäische Initiative aufgegriffen und umgesetzt wurde. Dies geschah nicht auf der Basis von tiefergehenden Analysen der Problemlage. Auch wenn keine Information über messbare Wirkungen verfügbar ist, ist die Initiierung einer breiten Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und insbesondere auch im Bildungswesen mit den positiven Aspekten der Diversität und Interkulturalität sicherlich positiv einzuschätzen – nicht zuletzt da dadurch auch die Akzeptanz für die nötigen Fördermaßnahmen verbessert werden kann.

#### Quellen

BMUKK (2009a): Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs 2008: Evaluierungsbericht: <http://www.bmukk.gv.at/europa/ejid/evaluierungsbericht.xml> (23.12.2009).

BMUKK (2009b): European Year of Intercultural Dialogue 2008. Contribution of Austria to evaluation and reporting. [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17698/ejid\\_eval.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17698/ejid_eval.pdf) (23.12.2009)

BMUKK-IKM: Website Interkulturalität und Mehrsprachigkeit <http://ikl.bmukk.gv.at/startseite.aspx?ID=34> (23.12.2009).

BMUKK-MU: Website muttersprachlicher Unterricht: <http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/muttersprachlicher-unterricht/index.xml> bzw. [www.muttersprachlicher-unterricht.at](http://www.muttersprachlicher-unterricht.at) (23.12.2009).

## 1.4 Auswirkungen der Ökologisierung der Wirtschaft auf die Berufsbildung

Umweltfragen spielen in Österreich in der politischen Öffentlichkeit eine beträchtliche Rolle (z.B. Atomkraft, Umweltschutz, Gentechnik), wenn sie auch vielleicht die wirtschaftliche und operative Ebene noch nicht so sehr erreicht haben.<sup>2</sup> So hat auch die **Umweltbildung** eine lange Tradition, wenn auch ihre Effekte nicht so klar sind. Bereits 1994 wurden in einem Grundsatzerlass Richtlinien für die Umweltbildung entwickelt. In einem preisgekrönten Internetportal „Forum Umweltbildung“ werden die Erfahrungen, Materialien sowie Partner/innen für Vernetzungsmöglichkeiten präsentiert.

Wichtige Aktivitäten der Umweltbildung sind neben vielen anderen kleineren Projekten ein Netzwerk ökologischer Schulen „ÖKOLOG“, das aktuell über 260 Schulen umfasst ([www.oekolog.at](http://www.oekolog.at); [www.ensi.org](http://www.ensi.org)), ein Umweltzeichen für Schulen und Bildungseinrichtungen ([www.umweltzeichen.at/schule](http://www.umweltzeichen.at/schule)) sowie die Teilnahme an einem EU-Comenius-Projekt „Partnership and Participation for a Sustainable Tomorrow / Partnerschaft und Partizipation für eine nachhaltige Zukunft – SUPPORT“ (<http://support-edu.org/>).

In weiterer Folge haben sich die Aktivitäten zur Förderung von Nachhaltigkeit auch von der unmittelbaren Umweltbildung zu anderen Themen erweitert, wie 1997 zu Gesundheitsbildung (BMUKK-Gesundheitsbildung) oder auch zu Wirtschaftserziehung und Verbraucher/innenbildung (BMUKK-Verbraucher/innenbildung).

<sup>2</sup> Die Position Österreichs im EU-Monitoring Bericht ist bei den umweltbezogenen Indikatoren nicht allzu günstig (vgl. EC 2009). Vgl. dazu auch die Indikatoren zur österreichischen Entwicklung <http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/78126/1/25662> (20.12.2009).

Seit einigen Jahren unterstützt die Regierung eine Strategie zur **nachhaltigen Entwicklung**, die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, kurz „Lebensministerium“ genannt) organisiert wird (vgl. BMLFUW 2002). Bildung wird gemeinsam mit Forschung in einem Leitziel im Handlungsfeld „Lebensqualität“ als Herausforderung formuliert. Der Grundgedanke besteht darin, dass für alle Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie (Lebensqualität, Wirtschaft, Raum, Politik) spezifische Bildungsprogramme und Kommunikationsstrategien im Rahmen des gesamten Bildungswesens entwickelt und umgesetzt werden müssen. Die in der Nachhaltigkeitsstrategie vorgeschlagenen Indikatoren (vgl. BMLFUW 2002, S. 41) tragen diesem Anspruch jedoch nicht Rechnung, da lediglich die EU-Benchmarks (Beteiligung am lebenslangen Lernen, early school leavers), ergänzt durch einen nationalen Indikator der beruflichen Weiterbildungsbeteiligung, aufgenommen wurden. Explizit erwähnt wird der Einsatz von Bildungsaktivitäten in einigen Handlungsfeldern bzw. Leitzielen und zwar in Zusammenhang mit der Entwicklung eines nachhaltigen Lebensstils sowie mit Innovationspolitik, im Bereich der regionale Versorgung mit Bildungsangeboten (vgl. dazu 4.1) und im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung.

In diesem Rahmen hat sich auch eine **Initiative „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** gebildet, die eine Nachhaltigkeitsstrategie – parallel zur Lifelong Learning-Strategie – entwickelt hat. Diese Strategie wurde Ende 2008 im Ministerrat beschlossen und verfolgt im Rahmen der Bildungspolitik eine eigenständige Linie, die an die UNO-Dekade für Nachhaltigkeit 2005-2014 angebunden ist. Es wird versucht, die reine Umweltbildung zu überschreiten, indem auch die Nachhaltigkeit der Unterrichts- und Lernprozesse, aber auch jene der Bildungskarrieren einbezogen werden. Damit wird das Ziel verfolgt, nachhaltiges Handeln als Querschnittsmaterie in der Bildungspolitik zu verankern.

#### **Österreichische Strategie zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE)**

**Hintergrund** der Maßnahme ist die UNO-Dekade für nachhaltige Entwicklung. In Weiterführung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie wurde die BNE in einem konsultativen Prozess 2007 entwickelt (BMLFUW, BMUKK und BMWF 2008). 2009 wurde mit der Implementierung begonnen.

Als **Ziele** der BNE sollen „der Bewusstseinswandel in Richtung Nachhaltigkeit bei Lernenden und Lehrenden unterstützt und auch die Akteur/innen vernetzt werden“ (vgl. BMLFUW/BMUKK/BMWF 2008, S. 3). Die BNE verfolgt folgende Ziele: (1) Verankerung des Themenbereichs „Nachhaltigkeit“ im Bildungssystem; (2) Initiierung und Stärkung von Partnerschaften und Netzwerken; (3) Entwicklung von Kompetenzen der Lehrenden; (4) Intensivierung von Forschung und Innovation; (5) Entwicklung von Szenarien für nachhaltige Entwicklungsmodelle; (6) Monitoring und Evaluation.

**Zielgruppen** sind v.a. die Akteur/innen und Institutionen im Bildungswesen, aber auch Vertreter/innen der Wirtschaft und der Gesellschaft sollen zur Förderung des informellen Lernens am Arbeitsplatz und in der sozialen Gemeinschaft beitragen.

Es wurde eine Plattform etabliert („Dekadenbüro“), die organisatorische Aufgaben hat. Im Jahr 2009 wurde der „nachhaltige Konsum“ zum Jahresthema deklariert. Dazu wurden Bildungs- und Multimediaterialien bereitgestellt, Veranstaltungen durchgeführt und Projekte entwickelt (vgl. BNE-NK09). Zur Vernetzung wurde im November 2009 mit dem Aufbau einer „Allianz Bildung für nachhaltige Entwicklung“ begonnen. Dieser Allianz gehören all jene Organisationen und Institutionen an, die sich zu den Standards einer Bildung für nachhaltige Entwicklung bekennen, wie sie in der österreichischen Strategie dargelegt sind. Aktuell gehören dieser Allianz 26 Organisationen unterschiedlicher Größe mit verschiedenen Schwerpunkten an (vgl. BNE-Allianz).

<b>Wirkungsbereich</b>
<p>Der Wirkungsbereich liegt auf <b>nationaler Ebene</b>, die regionalen und lokalen Ebenen werden miteinbezogen. Sektoral liegt der Schwerpunkt im Bildungswesen und im Umweltsektor.</p> <p>Es handelt sich um eine eigenständige <b>bildungspolitische Strategie</b> im Anschluss an die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie, die versucht, in das Bildungswesen hineinzuwirken.</p> <p><b>Hauptakteure/-akteurinnen</b> sind einerseits die drei fördernden Ministerien (neben dem BMLFUW auch noch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) sowie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung), andererseits das Dekadenbüro und v.a. die vielen Aktivist/innen und deren Organisationen (die so genannte BNE-Allianz).</p>
<b>Evaluierung</b>
<p>Es gibt noch <b>keine formelle Evaluierung</b>. Im Rahmen der UNECE-Berichterstattung (United Nations Economic Commission for Europe) wird in einem interaktiven Prozess an einer Bestandaufnahme gearbeitet (vgl. BNE-Reporting). Eine <b>Bewertung</b> der Effizienz/Effektivität bzw. der Auswirkungen ist zum gegenwärtigen Stand noch nicht möglich.</p> <p><b>Erfolgsindikatoren</b> sind die entwickelten und durchgeführten Projekte sowie die Vernetzung in der Allianz (vgl. BNE-Allianz). Es wird auch ein Prämierungsverfahren im Rahmen der UNESCO-Kommission durchgeführt, 43 prämierte Projekte sind dokumentiert (vgl. BNE-Prämierung). Es wird auf eine gewisse Eigenständigkeit der Strategie Wert gelegt, um die spezielle Perspektive der Nachhaltigkeit schärfer akzentuiert in die Bildungspolitik einbringen zu können.</p>
<b>Schlussfolgerungen</b>
<p>Da die Bildung für nachhaltige Entwicklung einerseits die Integration verschiedener gesellschaftlicher Aspekte (Arbeit, Freizeit und Konsum, Umwelt, Wohlstand, sozialer Zusammenhalt) und andererseits auch die Umsetzung neuer pädagogischer Prinzipien erfordert, sind <b>Hindernisse</b> v.a. in den traditionellen Grenzziehungen und pädagogischen Methoden zu sehen. Es wird daher vorgeschlagen, insbesondere auch in der Lehrer/innenausbildung Schwerpunkte zu setzen.</p> <p>„Für die Berufsbildung ist die Integration nachhaltiger Sichtweisen eine besondere <b>Herausforderung</b>. Insbesondere die duale Berufsbildung (Lehrlingsausbildung) bietet dafür ein ideales Lernfeld: Die Lernenden sind mit betrieblichen Anforderungen konfrontiert und haben diese mit schulischen Lernzielen in Einklang zu bringen. So stoßen Umweltaspekte oder soziale Anliegen auf wirtschaftliche Interessen. Die notwendigen Aushandlungsprozesse stellen wichtige Lernerfahrungen im Sinn dieser Strategie dar.“ (vgl. BMLFUW, BMUKK, BMWF 2008, S. 17).</p> <p>Im Hinblick auf die Ausgangsfragestellungen ist festzustellen, dass durch die Initiative der Boden bereitet werden kann, um verschiedenste Aktivitäten der nachhaltigen Entwicklung auf eine breitere Basis zu stellen. Die interaktive und kollektive Aktivität des BNE-Reporting kann zu verbesserten Grundlagen und Einschätzungen der Problemsituation beitragen. Die Ziele sind breit genug angelegt, um im Prinzip Fortschritte erwarten zu lassen. Die Zukunft wird zeigen, ob ausreichende Mittel für die weitere Umsetzung aufgebracht werden.</p>

**Quellen**

BMLFUW, BMUKK und BMWF (2008) Österreichische Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. <http://www.umweltbildung.at/cms/download/1232.pdf>

BNE-Webauftritt: <http://www.bildungsdekade.at/index.htm>

BNE-NK09: <http://www.umweltbildung.at/cgi-bin/dekadenbuero/af.pl?contentid=12101>

BNE-Allianz: <http://www.umweltbildung.at/cgi-bin/dekadenbuero/af.pl?ref=allianz>

BNE-Reporting: <http://www.umweltbildung.at/cgi-bin/dekadenbuero/af.pl?contentid=12074>

BNE-Prämierung: <http://www.umweltbildung.at/cgi-bin/dekadenbuero/af.pl?ref=projekte>

## 1.5 Weitere Herausforderungen in der Berufsbildung

Als **weitere Herausforderungen in der Berufsbildung**, die durch die vorstehenden vier Themengebiete nicht explizit angesprochen werden, sind v.a. Fragen der Chancengleichheit (vgl. Kap. 5), der Verbindung von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten und der Verhinderung sozialer Ausgrenzung bzw. der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes zu sehen.

In der Auswertung der bildungspolitischen Programmatik kommen diese Herausforderungen durch die folgenden Stichworte zum Ausdruck, denen teilweise auch eine **hohe Priorität** zugeschrieben werden kann:

- Soziale Benachteiligung, soziale Vererbung
- Frühe Verzweigung der Bildungsgänge
- Ganztagsbetreuung
- Durchlässigkeit, Übergänge, Schnittstellen
- Auffangnetz Jugendliche
- Frühförderung
- Basisbildung, Grundkompetenzen
- Sprachkompetenz
- Bildungsabbruch, Drop-outs

Zu dieser Thematik sozialer Chancengleichheit und Ausgrenzung, die bildungspolitisch längere Zeit vernachlässigt war, bestehen teilweise beträchtliche Auffassungsunterschiede zwischen unterschiedlichen Akteur/innen. Vertiefende Analysen wären hier sehr wichtig.



Daniel Köster (ibw)

## 2. Wirtschaftskrise – politische Maßnahmen im Bereich der Berufsbildung zur Bewältigung der Krise

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat ausgehend vom Banken- und Finanzsektor ab dem vierten Quartal 2008 Auswirkungen auf die Realwirtschaft gezeigt und dauert zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes (November 2009) noch an.

Im Bereich der Berufsbildung sind die Auswirkungen der Krise unterschiedlich sichtbar: In der **beruflichen Erstausbildung** (formale Berufsbildung) manifestiert sich die Krise vor allem in sinkenden Lehrstellenzahlen bzw. in einer wahrscheinlich verstärkten Nachfrage nach vollschulischen Ausbildungsplätzen. In der **beruflichen Weiterbildung** (non-formale Berufsbildung) sind krisenbedingte Verschiebungen zwischen Weiterbildungssektoren zu beobachten; insgesamt ist aber der Umfang der beruflichen Weiterbildungsaktivität bis dato relativ stabil geblieben.

Zur Abfederung der krisenbedingten Auswirkungen (Auftrags- und Produktionsrückgang, vor allem in Industriebetrieben) wurden im Hinblick auf die Berufsbildung primär **kurzfristige Sofortmaßnahmen** (vgl. 2.1) gesetzt, um Menschen, die von Kurzarbeit bzw. von Arbeitslosigkeit betroffen sind, durch Schulungen zu unterstützen. Im Bereich der dualen Ausbildung wird dagegen eine **längerfristig angelegte bildungspolitische Maßnahme** forciert (Stichwort Jugendbeschäftigungspakt, vgl. 2.1), die bereits vor der Krise u.a. als Antwort auf die strukturellen Probleme der Lehrlingsausbildung eingeführt wurde (vgl. Text untenstehend).

### *Auswirkungen auf das formale Bildungssystem*

Im Bereich der **berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS)** sind bis dato kaum krisenbedingte Auswirkungen sichtbar. Insgesamt sind solche auch eher unwahrscheinlich, da es in Österreich keine Mechanismen gibt, die den Zugang zu formalen Berufsbildungsgängen im Hinblick auf langfristige Arbeitsmarktrelevanz regeln. Möglich wäre, dass die Krise zu einer verstärkten Nachfrage nach eher „krisenresistenteren“ dienstleistungsorientierten Fachrichtungen (etwa Tourismus, Betriebswirtschaft etc.) führt, während technikfokussierte Richtungen (etwa Bauwesen, Elektronik, Mechatronik etc.) aufgrund ihrer Nähe zur krisenanfälligeren Industrie weniger stark nachgefragt werden. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung wird jedoch als eher gering eingestuft, da die Bildungsentscheidungen in diesem Segment erfahrungsgemäß auf anderen Kriterien basieren (Einfluss der Eltern, eigene Interessen etc.). Da aber die Zahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr gesunken ist (vgl. Text untenstehend), könnte man eine Ausweichbewegung hin zu den berufsbildenden Schulen vermuten. Nachdem die Schulstatistiken aus der relevanten Periode (Anmeldungen zu berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Herbst 2009) noch nicht zugänglich sind, kann dies derzeit aber nicht mit Zahlen belegt werden.

Im Bereich der **Lehre (dualen Ausbildung)** sind hingegen spürbare Auswirkungen zu beobachten. Die Lehre findet zu 80 % in Betrieben statt, die freiwillig und primär bedarfsorientiert ausbilden. Durch krisenbedingte Produktions- und Auftragsrückgänge kam und kommt es immer wieder zu Kurzarbeit und Betriebsschließungen, weshalb die Lehre „krisenexponierter“ ist. Tatsächlich belegen die aktuellsten Zahlen (Oktober 2009) der Lehrlingsstatistik der Wirtschaftskammern Österreichs, dass die Zahl der Neuaufnahmen (Lehrlinge im ersten Lehrjahr) im Vorjahresvergleich deutlich gesunken ist und sich auch die Gesamtzahl aller Lehrlinge verringert hat: So befanden sich per Ende Oktober 2009 österreichweit insgesamt 38.926 Lehrlinge im ersten Jahr ihrer Ausbildung. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang von 3,5 %. Die Anzahl der Lehrlinge ins-

gesamt war zwar im Jahresvergleich ebenfalls rückläufig, der Rückgang fiel aber mit  $-0,3\%$  relativ moderat aus. Für die weitere Entwicklung in den kommenden Monaten gibt es keine wissenschaftlichen Prognosen. Fachleute gehen jedoch davon aus, dass die Jahresabschlusszahlen für 2009 den Abwärtstrend bestätigen werden. Wenn dies eintritt, würde dies bedeuten, dass sowohl die Gesamtzahl der Lehrlinge als auch die Zahl der Neuaufnahmen zum ersten Mal seit 2004 sinken.

Dass dieser **Abwärtstrend in den Lehrlingszahlen** nicht allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, sondern auch andere Gründe hat, zeigen die Zahlen der Lehrstellensuchenden, die (noch) keine Lehrstelle gefunden haben: Obwohl insgesamt die Zahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr sinkt (vgl. Text obenstehend), ist auch die Zahl derjenigen, die beim Arbeitsmarktservice (AMS) als „sofort verfügbare vorgemerkte Lehrstellensuchende“ (d.s. Jugendliche, die bereits als lehrstellensuchend registriert wurden, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Lehrstelle antreten) gemeldet sind, rückläufig. Das heißt, wenn auch nach wie vor die Nachfrage nach Lehrstellen das Angebot übersteigt, so ist die „Lehrstellenlücke“ im Vergleich zum Vorjahr doch etwas geringer geworden.<sup>3</sup>

Insgesamt handelt es sich bei den sinkenden Lehrlingszahlen um eine Überlagerung von **vier Phänomenen**: Neben den Auswirkungen der Wirtschaftskrise spielen der demografische Wandel, die oft geringe Mobilität sowie die häufig mangelnde Qualität der Lehrstellenbewerber/innen eine Rolle. Aufgrund der demografischen Entwicklung – die Zahl der Jugendlichen insgesamt nimmt ab – ist in den nächsten Jahren ohnehin mit sinkenden Lehrlingszahlen zu rechnen. In einzelnen österreichischen Bundesländern (Salzburg, Tirol) sind die Rückgänge bereits darauf zurückzuführen, dass offene Lehrstellen nicht besetzt werden können. Insgesamt fallen die Rückgänge der Lehrlingszahlen allerdings weit höher aus, als aus demografischen Gründen zu erwarten wäre. Dies ist sicherlich eine Auswirkung der Wirtschaftskrise.

Zusammenfassend gesprochen: Die Wirtschaftskrise verstärkt in Österreich die ohnehin bestehenden demografischen und strukturellen Probleme im Bereich der Lehre. Die meisten aktuellen Maßnahmen bekämpfen entweder die **Auswirkungen der Krise** (vgl. 2.1) oder zielen speziell im Bereich der Lehre primär auf eine quantitative Verbesserung der Lehrstellensituation ab (vgl. 4.4, 6.1 und 8.1). Grundlegende Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Rahmenbedingungen und der langfristigen Arbeitsmarktrelevanz der Lehre wurden bisher nicht ausreichend ergriffen. Es werden nicht Berufsbildungsmaßnahmen zur Bewältigung der Krise gesetzt, sondern eher Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise im Berufsbildungsbereich.

#### *Auswirkungen auf das non-formale Bildungssystem*

Neben krisenbedingten Auswirkungen im formalen Bildungsbereich gibt es auch im **non-formalen Bereich** (d.h. im Bereich der Bildung außerhalb formaler Bildungseinrichtungen) Konsequenzen. Schulungsmaßnahmen für Menschen, die von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, wurden ausgebaut oder neu eingeführt (vgl. 2.1). Den Statistiken des AMS zufolge ist die Anzahl der Personen, die sich in Schulungen befinden, im Oktober 2009

---

<sup>3</sup> Nach Angaben des Arbeitsmarktservice (AMS) betrug die Zahl der sofort verfügbaren vorgemerkten Lehrstellensuchenden zum 31.10.2009 insgesamt 6.145 ( $-5,0\%$  im Vergleich zum Vorjahr). Die Anzahl der sofort verfügbar gemeldeten offenen Lehrstellen betrug hingegen nur 3.537 ( $-0,3\%$  im Vergleich zum Vorjahr). Rein rechnerisch fehlten im Oktober 2.608 Lehrstellen. Regional betrachtet kommt es aber zu deutlichen Unterschieden. Während in manchen Bundesländern das Verhältnis von freien Lehrstellen zu Lehrstellensuchenden fast ausgeglichen ist (Oberösterreich), ist gerade in Ballungsräumen die rechnerische Lehrstellenlücke sehr hoch (in Wien kommen auf eine offene Lehrstelle knapp fünf Suchende).

im Vorjahresvergleich um rund 35 % gestiegen. Insgesamt sind 73.797 Menschen in Schulungen im Rahmen der so genannten „aktiven Arbeitsmarktpolitik“.

Trotz dieser Steigerungsraten sind insgesamt jedoch keine verstärkten Weiterbildungsaktivitäten zu beobachten. Vielmehr verzeichneten große Weiterbildungsanbieter von Herbst 2008 bis Herbst 2009 eine mengenmäßige Verschiebung zwischen den Arten von Weiterbildungsmaßnahmen. Während überbetriebliche und firmeninterne Kurse weniger nachgefragt werden, stiegen die Aktivitäten im Auftrag des AMS. Im Schnitt ist die Anzahl der Weiterbildungsmaßnahmen daher **ungefähr gleich**.<sup>4</sup>

## 2.1 Initiativen zur Bewältigung der Krise

Zur Bewältigung der Auswirkungen der Krise im Berufsbildungsbereich sind sowohl **neue Maßnahmen** gesetzt als auch **bestehende Instrumente** weiterentwickelt bzw. verstärkt genutzt worden. Eine zentrale Maßnahme, die allerdings bereits vor der Krise eingeführt wurde (Juni 2008), ist das so genannte „Jugendbeschäftigungspaket“ (vgl. 5.2)<sup>5</sup>. Es beinhaltet einen Maßnahmenmix bestehend aus einer kompletten Neustrukturierung und Aufstockung der Lehrstellenförderung (vor allem quantitativ wirkende Anreize), rechtliche Vereinfachungen bei der Beendigung von Lehrverhältnissen sowie eine so genannte „Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre“ (vgl. 5.2). Diese Garantie sieht vor, dass allen Pflichtschulabsolvent/innen, die keinen weiterführenden Schulplatz haben bzw. keine betriebliche Lehrstelle finden, das Erlernen eines Lehrberufes in einer vom Arbeitsmarktservice (AMS) finanzierten, überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung (Lehrwerkstätte) ermöglicht wird. Diese neuen Maßnahmen greifen erstmals seit dem im Herbst 2008 begonnenen Lehrjahr und wirken damit auch gegen die Folgen der Krise. Da sie aber vor der Krise konzipiert wurden, werden hier exemplarisch **zwei Maßnahmen** geschildert, die erst als Reaktion auf die Krise gesetzt wurden:

### Kurzarbeit mit Qualifizierung

**Hintergrund der Maßnahme:** Im Februar 2009 wurde in Österreich die Kurzarbeit im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise neu geregelt. Unter Kurzarbeit versteht man eine zeitlich begrenzte und durch wirtschaftliche Schwierigkeiten bedingte Herabsetzung der Arbeitszeit und des Arbeitsentgelts. Diese Maßnahme hat den Zweck, die Arbeitskosten temporär zu reduzieren und gleichzeitig die Beschäftigten zu halten, die nach Überwindung der Krise wieder benötigt werden. Im Zuge der Neuregelung der Kurzarbeit wurde u.a. auch die Möglichkeit für Unternehmen geschaffen, neben der Kurzarbeitsbeihilfe eine **Qualifizierungsbeihilfe** in Anspruch zu nehmen. Im Rahmen einer Kurzarbeitsvereinbarung müssen die Betriebe den betroffenen Arbeitnehmer/innen eine Kurzarbeitsunterstützung zahlen, die den erlittenen Verdienstaufschlag zum Teil ausgleichen soll. Für diese Kurzarbeitsunterstützung kann der/die Arbeitgeber/in eine Kurzarbeitsbeihilfe vom Arbeitsmarktservice (AMS) beantragen.

Werden zusätzlich im Rahmen der Kurzarbeit Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, so

<sup>4</sup> Es liegen noch keine Gesamtzahlen aller Weiterbildungsanbieter für den genannten Zeitraum vor. Die geschilderte Entwicklung geht jedoch aus den Zahlen des größten österreichischen Anbieters, des Wirtschaftsförderungsinstituts (WIFI), hervor. Vgl. WIFI-Bildungsstatistik 2008/2009, November 2009.

<sup>5</sup> Die Bundesregierung und die Sozialpartner haben sich im Jänner 2008 unter dem Titel „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010“ auf ein Maßnahmenpaket zur Jugendbeschäftigung und zur Deckung des Fachkräftebedarfs geeinigt, das im Juni 2008 gesetzlich in Kraft trat. Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Arbeitsmarktpolitik in Österreich 2008, Oktober 2009:

[http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/arbeitsmarktpolitik\\_in\\_oesterreich\\_web.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/arbeitsmarktpolitik_in_oesterreich_web.pdf) (abgerufen am 27.11.09)

hat der/die Arbeitgeber/in an den/die an diesen Maßnahmen teilnehmende/n Arbeitnehmer/in eine Qualifizierungsunterstützung mindestens in der Höhe eines festgesetzten Pauschalsatzes zu bezahlen. Zur Teilabdeckung seiner/ihrer dafür entstehenden Kosten kann er/sie beim AMS um Qualifizierungsbeihilfe ansuchen. Die Höhe der Förderung beträgt 60 % der Kursgebühren. Voraussetzung dafür ist, dass die Maßnahmen arbeitsmarktpolitisch sinnvoll sind. Das heißt, es muss sich um „allgemeine Qualifizierungsmaßnahmen“ handeln, die nicht in erster Linie den Arbeitsplatz des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin im kurzarbeitenden Unternehmen betreffen, sondern die Qualifikationen vermitteln, die in hohem Maß auf andere Unternehmen und Arbeitsfelder übertragbar sind. Die Teilnahme an dieser Schulung muss zu Zeiten stattfinden, in denen der/die Arbeitnehmer/in sonst (das heißt, wenn nicht kurz gearbeitet werden würde) zur Arbeitsleistung verpflichtet gewesen wäre.

**Ziele:** Mit der Qualifizierungsbeihilfe sollen Anreize zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen gesetzt werden. Die im Rahmen der Kurzarbeit ausfallende Arbeitszeit soll für arbeitsmarktpolitisch und betrieblich sinnvolle Qualifizierung genutzt werden.

**Zielgruppe:** Arbeitnehmer/innen und Unternehmen in Kurzarbeit

**Status der Implementierung:** Die gesetzliche Grundlage für die Maßnahme wurde durch eine Änderung des Arbeitsmarktservicegesetzes im Jänner und im Juni 2009 geschaffen. Umsetzbar ist die Kombination der Kurzarbeit mit Qualifizierung seit April 2009.

Nach Angaben des AMS waren Mitte Oktober 2009 österreichweit insgesamt 39.461 Beschäftigte in 307 Betrieben in Kurzarbeit. Gegenüber dem Höchststand von 56.860 im Frühjahr 2009 zeigt sich jedoch, dass die Kurzarbeitszahlen in der Tendenz rückläufig sind.

Die zusätzliche Qualifizierungsbeihilfe wurde Mitte Oktober von 68 Betrieben in ganz Österreich in Anspruch genommen. Dies sind drei Betriebe weniger als im Vormonat.

Für das AMS entstanden aus der Kurzarbeit und den damit verbundenen Beihilfen für das Jahr 2009 (bis Mitte Oktober) bisher Kosten in der Höhe von 263 Millionen Euro. Finanziert werden die Beihilfe je zur Hälfte aus Mitteln des AMS und des Europäischen Sozialfonds (ESF).

### Wirkungsbereich

**Wirkungsbereich:** Gesetzliche Maßnahme auf Bundesebene. Es handelt sich um eine **gezielte Maßnahme** als Reaktion auf die Krise. Die Maßnahme ist zeitlich nicht befristet. Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahme nach Beendigung der Krise in eine längerfristige bildungspolitische Strategie zur Abfederung wirtschaftlich schwieriger Zeiten übergeführt wird.

**Hauptakteure:** AMS, von Krise betroffene Unternehmen.

### Evaluierung

**Effizienz/Effektivität:** Etwa 1/5 der Kurzarbeiter/innen nutzen derzeit (November 2009) diese Qualifizierungsmöglichkeit. Die Anzahl der teilnehmenden Betriebe ist verhältnismäßig gering (rund 70). Inwiefern die durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen tatsächlich, wie vom Gesetzgeber beabsichtigt, arbeitsmarktpolitisch sinnvoll bzw. nicht nur arbeitsplatzbezogen sind, sondern Qualifikationen vermitteln, die in hohem Maß auf andere Unternehmen und Arbeitsfelder übertragbar sind, kann derzeit nicht ausreichend beantwortet werden. Zum einen hat das AMS die Daten zu den Inhalten der Qualifizierungen nicht systematisch aufbereitet, zum anderen ist es in Anbetracht der bisher kurzen Laufzeit der Maßnahme (seit April 2009) zu früh ist, mittelfristige Arbeitsmarktwirkungen festzustellen. Zudem steht eine Evaluierung dieser Maßnahme noch aus.

**Erfolgsindikatoren:** Vgl. dazu „Status der Implementierung“

**Weitere politische Maßnahmen:** Das zuständige Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) plant bei einer Fortsetzung oder Verstärkung der Krise einen weiteren Ausbau dieser Qualifizierungsanreize.

### Schlussfolgerungen

Konzeptuell hat die Maßnahme ein **hohes Synergiepotenzial**, da die durch die krisenbedingten Auftragsausfälle entstehenden Leerzeiten in den Betrieben sinnvoll genutzt werden können. Die Qualifizierungsförderung hat einen doppelten Effekt: Sie ist sowohl ein Incentive für die Fortbildung der Arbeitnehmer/innen, als auch ein Instrument zur wirtschaftlichen Überbrückung der Auswirkungen der Krise auf die Unternehmen.

De facto hat die Maßnahme bisher **keine quantitative Breitenwirkung** erreicht. Nichtsdestotrotz ist sie sinnvoll. Die qualitative Wirkung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht evaluiert werden. Als Schwierigkeit stellte sich jedoch mitunter heraus, dass die jeweiligen Qualifizierungsmaßnahmen und Kursangebote sehr passgenau auf den jeweiligen Kurzarbeitszeitplan zugeschnitten werden müssen, der in manchen Betrieben, je nach Auftragslage, sehr flexibel gestaltet wird.

Nach der Einführung im Jänner (Gesetz) / April (Umsetzung) 2009 wurde die Maßnahme im **Juni 2009 überarbeitet**. U.a. wurde der administrative Aufwand bei der Anmeldung von Kurzarbeit verringert.

### Quellen

Bundesrichtlinie Beihilfen bei Kurzarbeit und bei Kurzarbeit mit Qualifizierung:

[http://www.ams.at/docs/kua\\_rili\\_amf\\_18\\_2009.pdf](http://www.ams.at/docs/kua_rili_amf_18_2009.pdf) (26.11.2009)

Info des AMS Wien:

[http://www.ams.at/docs/Kundeninfo\\_KUA\\_Wien\\_inkl\\_QfB\\_KUA\\_April\\_09.pdf](http://www.ams.at/docs/Kundeninfo_KUA_Wien_inkl_QfB_KUA_April_09.pdf)

Zusammenfassung der Wirtschaftskammer Österreich zu Kurzarbeit mit Qualifizierung:

[http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?AngID=1&StID=467299&DstID=0&BrID=37](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=467299&DstID=0&BrID=37) (26.11.2009)

Presseaussendung des AMS zur Kurzarbeit:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091020\\_OTS0152/korrektur-der-ots0175-mitte-oktober-waren-39461-personen-in-kurzarbeit](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091020_OTS0152/korrektur-der-ots0175-mitte-oktober-waren-39461-personen-in-kurzarbeit) (26.11.2009)

<p><b>„Pakt für Lehrlinge“</b></p> <p><b>Hintergrund der Maßnahme:</b> Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der Befürchtung, die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen könnte aufgrund dessen abnehmen, initiierte das österreichische Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Juni 2009 eine Vereinbarung („Pakt“) mit Lehrlingsausbildungsbetrieben. In dieser Vereinbarung verpflichteten sich die teilnehmenden Unternehmen, im Ausbildungsjahr 2009/2010 ihren Lehrlingsstand zumindest konstant zu halten, „das erfolgreiche österreichische duale System [in der Lehre] weiterzuführen und als moderne Ausbildung zu gestalten“. Die Initiative wurde vom Ministerium zunächst gemeinsam mit den 15 größten Lehrlingsausbildungsbetrieben Österreichs begonnen. In der Folge traten weitere Unternehmen diesem „Pakt“ bei. Die 15 Unternehmen, die den Pakt zu Beginn unterzeichneten, bilden rund 11.000 Lehrlinge aus.</p> <p><b>Ziele:</b> Mit der Maßnahme soll die Anzahl der Lehrlingsausbildungsplätze in Österreich gehalten werden. Gleichzeitig wird auch eine Signalwirkung für Lehrstellenbewerber/innen und eine Steigerung der Motivation für andere Unternehmen, weiterhin auszubilden, angestrebt. Insgesamt soll auch das Image der Lehre gestärkt werden.</p> <p><b>Zielgruppe:</b> Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden</p> <p><b>Status der Implementierung:</b> Seit Beginn der Initiative im Juni 2009 sind mehr als 1.000 weitere Betriebe dem „Pakt“ beigetreten. Bis Mitte November 2009 haben sich insgesamt 1.209 Unternehmen verpflichtet, ihren Lehrlingsstand bis 2010 zumindest konstant zu halten.</p>
<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p><b>Wirkungsbereich:</b> nationale Maßnahme</p> <p>Da die Selbstverpflichtung der Betriebe vor allem deklaratorischen Charakter hat und im Streitfall kaum Rechtswirkung entfalten wird, liegt die Wirkung der Maßnahme vor allem in der <b>Bewusstseinsbildung</b> und der <b>Anerkennung des Engagements</b> der ausbildenden Betriebe. Die Maßnahme ist keine Einzelmaßnahme, sondern steht im inhaltlichen Kontext des bereits vor der Krise beschlossenen <b>Jugendbeschäftigungspakets</b> (vgl. 5.2) mit dem neue Fördermöglichkeiten und größere Flexibilität bei der Lösung von Lehrlingsverträgen eingeführt wurden.</p> <p><b>Hauptakteure:</b> BMWFJ, teilnehmende Betriebe</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p><b>Effizienz/Effektivität:</b> Ob das Ziel, die Anzahl der Lehrplätze in den paktteilnehmenden Betrieben im Lehrjahr 2009/2010 zu halten, erreicht werden wird, kann erst zum Ende des Lehrjahres evaluiert werden. Das Ziel der Erhöhung der Signalwirkung bzw. der Bewusstseinsbildung dürfte jedoch erreicht werden. Die Tatsache, dass nach der Erstunterzeichnung durch 15 Unternehmen über 1.200 weitere Betriebe dem „Pakt“ beigetreten sind, deutet auf eine breite öffentliche Resonanz und Sichtbarkeit hin.</p> <p><b>Erfolgsindikatoren:</b> Statistiken, die Rückschlüsse auf den Erfolg dieser Maßnahme geben könnten, liegen erst im Verlauf des Jahres 2010 vor. Die Anzahl der beigetretenen Betriebe zeigt jedoch eine positive Resonanz der Wirtschaft auf diese Initiative.</p>

**Schlussfolgerungen**

Die Maßnahme hat in erster Linie bewusstseinsbildenden Charakter und ist zur Vertrauensbildung und Imagesteigerung der Lehre durchaus sinnvoll. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich nicht sagen, ob sie in eine breitere bildungspolitische Strategie einfließt. Begleitende Maßnahmen zur Abfederung struktureller und demografischer Probleme im Bereiche der Lehre wären jedoch ebenfalls notwendig.

**Quellen**

Presseaussendung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) zur Erstunterzeichnung des „Pakt für Lehrlinge“, 08.06.2009:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20090608\\_OTS0156/mitterlehner-pakt-fuer-lehrlinge-ist-eine-signalwirkung-an-die-jugendlichen-bild#](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090608_OTS0156/mitterlehner-pakt-fuer-lehrlinge-ist-eine-signalwirkung-an-die-jugendlichen-bild#)

Internetseite des BMWFJ für Unternehmen, die beitreten wollen:

<http://www.bmwfj.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Unternehmen/BerufLehrling/lehrlingspakt.htm>



*Karin Luomi-Messerer und Monika Prokopp (3s research laboratory)*

### **3. Effekte und Auswirkungen der Arbeit an den europäischen Prinzipien und Instrumenten**

#### **3.1 Auswirkungen der Arbeit an den europäischen Prinzipien und Instrumenten auf die nationale Lifelong Learning Strategie und auf die Entwicklungen in der Berufsbildung**

Die österreichische **Strategie zum Lebenslangen Lernen (LLL)** liegt seit 2007 in Form von Leitlinien vor, die von einem Expert/innenkonsortium erarbeitet wurden (vgl. BMUKK 2008 und Tritscher-Archan und Mayr 2008, S. 21ff). Zu diesem LLL-Strategiepapier wurde von Juni bis November 2008 ein Konsultationsprozess unter Einbeziehung aller Stakeholder/innen durchgeführt. Seit Jänner 2009 arbeitet ein fünfköpfiges, unabhängiges Wissenschaftler/innenteam an der Auswertung der eingelangten Stellungnahmen sowie an Empfehlungen für die nächsten Handlungsschritte zur Umsetzung der LLL-Strategie. Die Ergebnisse des Konsultationsprozesses sollen dem Ministerrat offiziell zur Kenntnis gebracht und ein ressortübergreifender Beschluss hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise herbeigeführt werden. Weiters ist eine Disseminations- und Motivationsveranstaltung im Rahmen eines ganztägigen Kongresses geplant, bei dem die Ergebnisse des Konsultationsprozesses von den mit der Auswertung beauftragten Wissenschaftler/innen präsentiert und auch die geplanten nächsten Schritte vorgestellt und diskutiert werden sollen. Auch wenn die Ergebnisse des Konsultationsprozesses zurzeit noch nicht vorliegen, so ist doch zu beobachten, dass die fünf LLL-Leitlinien mittlerweile breit anerkannt sind und in zahlreichen Teilstrategien sowie Planungsdokumenten unterschiedlicher Verwaltungsbereiche und Organisationen ihren Niederschlag gefunden haben (vgl. BMUKK und BMWF 2009, S. 21f).

Die nationale Strategie für **Lifelong Guidance** ist in engem Zusammenhang mit der Entwicklung und Implementierung einer nationalen LLL-Strategie zu sehen, da sie als eine der fünf Leitlinien darin verankert ist. Sie wird als Grundlage für die Planung zahlreicher Maßnahmen herangezogen, etwa den Ausbau anbieterneutraler Angebote in der Bildungsberatung für Erwachsene und die weitere Professionalisierung der Berater/innen, eine Intensivierung der Maturant/innenberatung, verschiedene Projektförderungen und die Etablierung von bereichsübergreifenden Koordinations- und Kooperationsmechanismen im nationalen Forum für Lifelong Guidance (vgl. Krötzel 2009). Im Rahmen des „Projektverbunds Bildungsberatung“ wurde 2009 eine Studie zur Struktur von Beratungsinstitutionen in Österreich und deren Nutzung veröffentlicht (vgl. öibf 2009). 2009 wurden zudem drei regionale, bundesländerübergreifende Veranstaltungen zum Thema „Regionale Kooperations- und Koordinationsmechanismen“ an verschiedenen Standorten durchgeführt.

Die **Europass Tools** finden immer weitere Verbreitung, wie sich anhand aktueller Daten zeigt. So hat sich die Zahl der monatlichen Zugriffe auf die Europass Homepage von ca. 30.000 im Jahr 2007 auf 43.000 im Jahr 2009 erhöht. Bei den **Europass Mobilitätsnachweisen** liegt die Zahl der Registrierungen derzeit (Ende Oktober 2009) bei insgesamt 7.270. Dabei wurden von Jänner bis Anfang November 2009 2.097 Registrierungen vorgenommen. Dies ist bereits mehr als im gesamten Jahr 2008, in dem sich knapp 1.800 Personen für einen Mobilitätsnachweis registriert haben. In der Datenbank zu den **Europass Zeugnis-erläuterungen** sind 1.550 Dokumente enthalten. Diese Zahl hat sich gegenüber 2008 um ca. 100 erhöht, da eine Reihe von Erläuterungen zu Abschlüssen in der Datenbank aufgenommen wurden, die zwar nicht mehr erworben werden können (z.B. Lehrberufe oder Fachrichtungen in berufsbildenden Schulen, die ausgelaufen sind), dennoch aber noch anerkannt werden. Eine Umfrage an österreichischen Hochschulen ergab, dass 97 % der Hochschulen bei Studienabschluss den Absolvent/innen einen **Europass Diplomzusatz**

aushändigen. Ab 2010 sollen alle österreichischen Hochschulen dieses Dokument zur Verfügung stellen. An 85 % der Hochschulen werden die Diplomzusätze sowohl in Englisch als auch in Deutsch ausgestellt, bei 10 % ausschließlich in Englisch, bei den restlichen 5 % nur auf Deutsch. In 37 % der Hochschulen werden auch andere Europass Dokumente verwendet, dabei wird am häufigsten der **Sprachenpass** angegeben.<sup>6</sup>

Bei der **Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR)** für Österreich sind seit 2008 (vgl. Tritscher-Archan und Mayr 2008, S. 56ff) weitere Fortschritte zu verzeichnen. Mittlerweile ist der Konsultationsprozess zum NQR abgeschlossen, ein Expert/innengremium analysierte die rund 270 Stellungnahmen, die zwischen Jänner und Juni 2008 von österreichischen Stakeholder/innen abgegeben worden waren. Im November 2008 wurden diese Ergebnisse, daraus gezogene Schlüsse und entsprechende Empfehlungen (vgl. Aff et al. 2008) der nationalen Steuerungsgruppe sowie einem breiten Publikum im Rahmen einer Konferenz präsentiert. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse und weiterer Diskussionen bereiten derzeit (Stand: November 2009) das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWFF) ein politisches Grundsatzpapier vor, in dem die Strategie für die weitere Entwicklung und Implementierung des österreichischen NQR festgehalten wird.

In Bezug auf einer Reihe von **Merkmale**n, über die der österreichische NQR verfügen sollte, gibt es weitgehend Einigung unter den Stakeholder/innen: So soll der NQR beispielsweise der Orientierung und nicht der Reglementierung dienen. Es werden hierzu jedoch auch Bedenken angemerkt, dass diese Orientierungsfunktion mittel- bzw. langfristig regulierende Implikationen haben könnte. Weitgehend Übereinstimmung gibt es auch hinsichtlich der Anzahl der Niveaus: Acht Niveaus scheinen zur Abbildung der österreichischen Qualifikationslandschaft geeignet zu sein. Bei der Entwicklung der Deskriptoren soll auf die Deskriptoren des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) aufgebaut werden. Im Bericht der Expert/innengruppe wird auch die Verbesserung der Kommunikation zwischen den einzelnen Bildungsbereichen empfohlen sowie die weitere Arbeit an der Anerkennung von nicht-formal und informell erworbenen Lernergebnissen.

Der Konsultationsprozess hat aber auch gezeigt, dass es in Bezug auf eine Reihe von Fragen noch **Klärungsbedarf** gibt. Dazu zählen u.a. folgende Aspekte (vgl. Luomi-Messerer 2009a):

- Ziel und Funktionen des NQR: Soll der NQR (lediglich) ein Transparenz- und Orientierungsinstrument sein oder soll er auch als Anstoß für nationale Reformen genutzt werden? In diesem Zusammenhang sind die mittel- und langfristigen Implikationen der Entwicklung eines NQR weiter zu diskutieren.
- Künftigen Einbindung der Stakeholder/innen: Wer soll auf welche Weise eingebunden werden, wie soll Verantwortlichkeit verteilt werden, wie soll Ownership entwickelt werden?
- Lernergebnisorientierung: Welche Konzepte und Methoden zur Beschreibung von Lernergebnissen sowie für die Überprüfung und Validierung von Lernergebnissen sollen verwendet werden?
- Zuordnung von Qualifikationen zum NQR: Wie soll das Prinzip der „Gleichwertigkeit, nicht Gleichartigkeit“ oder das Prinzip des „best fit“ umgesetzt werden? Welche Qualifikationen oder Qualifikationstypen sollen überhaupt in den NQR aufgenommen werden? Welche Verfahren und Strukturen sind dafür erforderlich?

---

<sup>6</sup> E-Mail Auskunft des NEC – Nationales Europass Zentrum Österreich. Da diese Erhebung 2009 zum ersten Mal durchgeführt wurde, liegen für die vergangenen Jahre keine vergleichbaren Daten vor.

Zur weiteren Diskussion dieser offenen Fragen und zur Vorbereitung der Entscheidungen im Hinblick auf das weitere Vorgehen wurden 2009 vom BMUKK verschiedene **Aktivitäten** gesetzt. So wurde beispielsweise ein viertes „NQR Pilotprojekt“ im Elektrobereich (nach Bau, Gesundheit und Tourismus, durchgeführt im Jahr 2008) in Auftrag gegeben (vgl. Beispiel untenstehend). Zudem wurden „NQR Diskussionszirkel“ durchgeführt, in deren Rahmen Themen wie Deskriptoren für den österreichischen NQR, Zuordnungsprozesse und Strukturen diskutiert wurden. Darüber hinaus wird der Austausch mit anderen europäischen Ländern gesucht und gefördert – z.B. durch die Beteiligung an europäischen Projekten (etwa EQF-Ref – [www.EQF-Ref.eu](http://www.EQF-Ref.eu) oder ZOOM – [www.zoom-egf.eu](http://www.zoom-egf.eu)), die Kooperation mit so genannten „like-minded countries“ (Deutschland, Dänemark, Luxemburg, Schweiz) sowie in einer „NQR expert group“ mit Polen und Kroatien.

In Österreich ist derzeit geplant, **ECVET** zunächst als Instrument zur Förderung der transnationalen Mobilität in Aus- und Weiterbildung einzusetzen; weitere Verwendungen sind im Moment nicht vorgesehen. Österreich wird bei der Umsetzung der Empfehlung der Europäischen Kommission eine Variante wählen, die den Erfordernissen des Berufsbildungssystems auf Sekundarstufe II am besten entspricht (vgl. Nöbauer 2009). Vom BMUKK wurde eine informelle ECVET Expert/innengruppe eingesetzt, deren Aufgabe es ist, Ideen und Vorstellungen zur Umsetzung von ECVET in Österreich zu diskutieren und Informationen (z.B. über Erfahrungen in ECVET Pilotprojekten) auszutauschen. Im Juni 2009 veranstaltete das BMUKK gemeinsam mit der Bundesarbeitskammer und der Nationalagentur Lebenslanges Lernen (OeAD GmbH) eine Konferenz zum Thema „ECVET – Ein Europäisches Kreditpunktesystem für die Berufsbildung“, bei der mögliche Umsetzungsszenarien von ECVET in Europa und in Österreich mit einem größeren Kreis an Stakeholder/innen diskutiert wurde. Österreichische Institutionen sind auch – teilweise mit zusätzlicher Unterstützung des BMUKK – an europäischen ECVET Pilotprojekten beteiligt (z.B. M.O.T.O. – <http://ecvet-moto.isfol.it> und SME MASTER Plus – [www.sme-master.eu](http://www.sme-master.eu)). Weiters wurde vom BMUKK ein Projekt zur Erstellung eines österreichischen Leitfadens zur Implementierung von ECVET zum Zwecke von Mobilitätsaustauschen in Auftrag gegeben (vgl. 3.2).

In Zusammenhang mit der Etablierung eines NQR wird, wie bereits erwähnt, die **Validierung von nicht-formalem und informellem Lernen** diskutiert. Im Bezug auf nicht-formales Lernen wurde eine Strategie- und eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die im September 2009 ein Strategiepapier vorgelegt hat (vgl. Schlögl 2009b). Darin wird vorgeschlagen, so genannte „qualifikationsverantwortliche Stellen“ (QVS) als Regulatoren für sektoral und/oder national gültige Qualifikationen ohne Entsprechung im formalen Bildungssystem einzurichten, die die Validierungsfunktion übernehmen sollen. Vor allem in der Frage der Feststellung von Lernergebnissen wird eine enge Zusammenarbeit mit Bildungsträgern empfohlen. Behörden, Kammern, Verbände und ähnliche Institutionen, die bereits jetzt für die Vergabe von Zertifikaten zuständig sind, können QVS-Funktionen übernehmen. Eine noch zu schaffende Akkreditierungsbehörde soll QVS mit der Aufgabe betrauen, einzelne oder mehrere nationale Qualifikationen zu vergeben. Bei dieser Akkreditierung sollen sektorenübergreifende Standards für Validierungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren berücksichtigt werden. Weiters wird vorgeschlagen, einen Kriterienkatalog für die Zulassung von QVS zu erarbeiten und methodische und verfahrenstechnische Aspekte einer nationalen Strategie zur Validierung nicht-formal und informell erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten zu diskutieren. Anfang 2010 sollen dazu auch Ergebnisse aus laufenden Pilotprojekten vorliegen. In einem dieser Projekte geht es um die Möglichkeiten der Zuordnung von Angeboten nicht-beruflicher Erwachsenenbildung zum NQR, in einem anderen um eine Fallstudie zu konkreten Berufen, den Buchhaltungsberufen, die bestimmte Zertifikate voraussetzen, die außerhalb des formalen Ausbildungssystems erworben werden. Basierend auf den Erfahrungen aus diesen Projekten sollen die bereits vorliegenden Strategieüberlegungen und -vorschläge evaluiert und verfeinert werden, danach soll die Implementierung beginnen.

Auch wenn es schwierig ist, die Veränderungen im österreichischen Bildungssystem auf einzelne europäische Instrumente oder Strategien zurückzuführen, kann festgestellt werden, dass die europäischen Initiativen in vielen Bereichen zu einer dynamischen Entwicklung oder zumindest einer intensiveren Diskussion geführt haben. Vor allem die zunehmende Bedeutung der **Orientierung an Lernergebnissen** und die begonnene Implementierung entsprechender Instrumente (etwa der Bildungsstandards, vgl. 8.4 und 9.1) führen auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Bildungssystems zu einem Umdenkprozess. In der Berufsbildung findet derzeit etwa eine konkrete Entwicklungsdiskussion hinsichtlich einer lernergebnisorientierten und kompetenzbasierten Neuausgestaltung der Curricula statt (vgl. BMUKK und BMWF 2009, S. 16). 2009 wurde auch die Pilotierung der Bildungsstandards in der Berufsbildung fortgeführt und das Projekthandbuch dazu aktualisiert (vgl. BMUKK 2009).

Die Einbindung einer **Vielzahl von Stakeholder/innen** in die beschriebenen Prozesse ist sicherlich positiv zu bewerten, weil sie eine höhere Akzeptanz bei der Anwendung der europäischen Prinzipien und Instrumente gewährleisten wird. Die Herausforderung besteht jedoch darin, angesichts der verschiedenen Interessenlagen und Ziele innerhalb einer vertretbaren Zeitspanne entsprechende Einigungen zu finden.

### NQR Pilotprojekte

Im Rahmen der Entwicklung eines NQR in Österreich wurden bis dato (2008 und 2009) vier **NQR Pilotprojekte** in den Bereichen Bau (Tritscher-Archan 2008; 2009a), Elektrotechnik (Tritscher-Archan 2009b), Tourismus (Luomi-Messerer et al. 2008; Luomi-Messerer und Lengauer 2009) und Gesundheit (Schlögl 2009a) durchgeführt. Ein weiteres Projekt, das Qualifikationen im kaufmännisch-administrativen Bereich (Handel-Büro) zum Inhalt hat, wird im März 2010 gestartet.

**Ziel** der bisherigen Pilotprojekte war es, zu erproben, wie ausgewählte Qualifikationen aus den genannten Sektoren auf Basis der EQR-Deskriptoren einem Niveau zugeordnet werden könnten. Ebenfalls analysiert wurde die Frage, ob die EQR-Deskriptoren für die Klassifikation österreichischer Qualifikationen ausreichend wären oder ob es zusätzlicher Erläuterungen, Ergänzungen oder österreichspezifischer Deskriptoren bedürfte. Aus den Ergebnissen sollten weitere Hinweise für die künftige Strategie der NQR-Entwicklung abgeleitet werden.

Vier NQR Pilotprojekte sind bereits **abgeschlossen**. Drei dieser Projekte (im Bau-, Tourismus- und Gesundheitsbereich) wurden parallel zum NQR Konsultationsprozess (vgl. Text obenstehend) durchgeführt, eines (im Elektrobereich) im Anschluss daran. Die Ergebnisse der ersten drei Projekte sind u.a. in einem Sammelband enthalten, in dem eine Reihe von Forschungsarbeiten, die im Zuge der NQR-Entwicklung erstellt wurden, publiziert sind (vgl. Markowitsch 2009).

Im **Zentrum** der Pilotprojekte stand die Ausarbeitung und Erprobung der bereits im NQR Konsultationspapier beschriebenen Vorgehensweise zur Zuordnung bestehender Qualifikationen in den NQR. In jedem der Projekte wurden Workshops mit Fachexpert/innen und Stakeholder/innen durchgeführt, deren Aufgabe es war, ausgewählte Qualifikationen im Hinblick auf das Niveau der damit verbundenen Lernergebnisse zu analysieren. Die Lernergebnisse wurden mit den Deskriptoren der EQR Niveaus verglichen. Dieses „Matching“ sollte die Grundlage für die Zuordnungsentscheidungen bilden. In einem weiteren Schritt wurde diskutiert, ob die getroffene Einstufung prototypisch für den jeweiligen Qualifikationstyp (z.B. Lehrabschluss oder bestimmte schulische Abschlüsse) sei oder ob es hier unterschiedliche Einordnungen geben sollte. Schließlich wurde erörtert, ob die Deskriptoren des EQR für die Zuordnung der Qualifikationen ausreichend seien oder ob Ergänzungen, Erläuterungen oder eigene österreichspezifische Deskriptoren erforderlich wären.

<b>Wirkungsbereich</b>
<p>Die Erfahrungen und Ergebnisse der Pilotprojekte sollen bei der weiteren Entwicklung und Implementierung des NQR Berücksichtigung finden. Sie können daher einen Beitrag zur Vorbereitung einer <b>bildungspolitischen Strategie</b> in Bezug auf den NQR leisten. Die maßgeblichen <b>Akteur/innen</b> in den Pilotprojekten waren Expert/innen aus den jeweiligen Bereichen, die Zuordnungsentscheidungen diskutiert, vorgenommen und argumentiert haben. Sie wurden dabei unterstützt durch Bildungsforscher/innen, deren Aufgabe es war, die Workshops zu moderieren und weitere Expertise in Bezug auf EQR und NQR einzubringen.</p>
<b>Evaluierung</b>
<p>Es wurden <b>keine explizite Evaluierung</b> dieser Pilotprojekte durchgeführt. Den Projektberichten ist jedoch zu entnehmen, dass das gewählte Arbeitsdesign von den Workshopteilnehmer/innen positiv beurteilt wurde.</p>
<b>Schlussfolgerungen</b>
<p>Einige <b>zentrale Ergebnisse</b> der Pilotprojekte sowie <b>Herausforderungen</b> für die weitere Arbeit am NQR sollen hier kurz skizziert werden:</p> <p>Die acht Niveaus des EQR scheinen für die Klassifikation österreichischer Qualifikationen ausreichend zu sein. Es wurde jedoch festgestellt, dass die Qualität der vorliegenden Lernergebnisbeschreibungen sehr unterschiedlich ist und in diesem Bereich noch weitere Entwicklungen notwendig sind, um Zuordnungen zum NQR auf Basis von Lernergebnissen zu ermöglichen. Derzeit scheint es erforderlich zu sein, zusätzliche Informationen heranzuziehen (z.B. in Bezug auf den Stellenwert einer Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt), um eine Zuordnungsentscheidung treffen zu können. Insbesondere für die Zuordnung von Qualifikationen, die in nicht-formalen oder informellen Lernkontexten erworben werden, scheint es notwendig zu sein, die Lernergebnisorientierung weiter voran zu treiben und Methoden zur Validierung von Lernergebnissen zu entwickeln.</p> <p>Im Hinblick auf die Frage nach einer prototypischen Zuordnung gibt es allgemeine Zustimmung in Bezug auf formale Qualifikationen, allerdings liegen auch zum Teil unterschiedliche Zuordnungsentscheidungen aus verschiedenen Arbeitsgruppen vor.</p> <p>Die Pilotprojekte bestätigen weitgehend, dass eine österreichspezifische Deskriptorentabelle zur Einstufung von in Österreich erwerbbaaren Abschlüssen nicht zwingend erforderlich ist. Das hohe Abstraktionsniveau der EQR Deskriptoren wurde nicht als Hindernis für die Zuordnung gesehen – auch wenn sich dadurch ein gewisser Interpretationsspielraum ergibt, der mitunter dazu führen kann, dass eine Qualifikation von verschiedenen Expert/innen unterschiedlichen Niveaus zugeordnet werden würde. Im Rahmen des Pilotprojektes zur Probezuordnung von Qualifikationen aus dem nicht-ärztlichen Gesundheitsbereich (vgl. Schlögl 2009a) wurde allerdings angemerkt, dass ein eindeutiges Zuordnen bestehender Qualifikationen zurzeit vielfach nicht möglich sei, da die generischen Deskriptoren des EQR unterbestimmt seien und keine eindeutige Passung zuließen (vgl. dazu auch Luomi-Messerer 2009b).</p> <p>In den Pilotprojekten (wie auch im Zuge des Konsultationsprozesses und in den anschließenden Diskussionen) wurde immer wieder der Bedarf an zusätzlichen Erläuterungen formuliert. Mögliche Aspekte, die in eine „Erläuterungstabelle“ einfließen könnten, sind beispielsweise die Klärung zentraler Begriffe der EQR Deskriptoren (z.B. Erstellung eines „nationalen Glossars“, in dem die Termini auch anhand von Beispielen aus dem österreichischen Qualifikationssystem erläutert werden), „typische Qualifikationen“ zur Illustration der Anforderungen eines Niveaus (z.B. Qualifikationen aus dem formalen Qualifikationssystem, die hohen Bekanntheitswert haben) sowie weitere Kriterien und Prinzipien zur Zu-</p>

ordnung zu den einzelnen Niveaus (z.B. Klärung des Prinzips „best fit“).

### Quellen

Luomi-Messerer, Karin (2009b): Materialien und Überlegungen zur Gestaltung der Deskriptoren des Nationalen Qualifikationsrahmen für Österreich. 3s Working Paper 01/2009. Online: [http://www.3s.co.at/pdf/3slab\\_artikel/3s\\_Working\\_Paper\\_01-1009\\_Luomi-Messerer\\_Deskriptoren\\_NQR.pdf](http://www.3s.co.at/pdf/3slab_artikel/3s_Working_Paper_01-1009_Luomi-Messerer_Deskriptoren_NQR.pdf) (11.11.2009).

Luomi-Messerer, Karin; Lengauer Sonja und Markowitsch, Jörg (2008): NQR Tourismus: Projekt zur Vorbereitung der Einordnung von Qualifikationen aus dem Bereich Tourismus in den NQR. Endbericht. Wien: 3s research laboratory. Online: [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17384/nqr\\_konf08\\_2\\_tourismus.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17384/nqr_konf08_2_tourismus.pdf) (11.11.2009).

Luomi-Messerer, Karin und Lengauer, Sonja (2009): Der Nationale Qualifikationsrahmen im Bereich Tourismus. Ergebnisse eines Pilotprojekts. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 205-225.

Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009): Der Nationale Qualifikationsrahmen in Österreich. Beiträge zur Entwicklung. Studies in Lifelong Learning, Band 3. Wien, Berlin: LIT Verlag

Tritscher-Archan, Sabine (2008): Der Nationale Qualifikationsrahmen in der Praxis: Am Beispiel des Baubereichs. Endbericht. Wien: ibw. Online: [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17385/nqr\\_konf08\\_2\\_bau.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17385/nqr_konf08_2_bau.pdf) (11.11.2009).

Tritscher-Archan, Sabine (2009a): Der Nationale Qualifikationsrahmen in der Praxis: Am Beispiel des Baubereichs. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 185-203.

Tritscher-Archan, Sabine (2009b): NQR in der Praxis. Am Beispiel des Elektrobereichs. Wien: ibw. Online: <http://www.ibw.at/media/ibw/fb147.pdf> (11.11.2009).

Schlögl, Peter (2009a): Lernergebnisorientierte Lernniveaus in den nichtärztlichen Gesundheitsberufen – eine ex ante Prüfung auf Machbarkeit und Funktionalität. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 227-240.

### 3.2 Förderung der transnationalen Mobilität von Lernenden und Lehrenden in der Berufsbildung

Grundsätzlich kann zwischen Mobilität zum **Zweck** des Lernens (etwa einer Fremdsprache) und des Arbeitens (etwa in Form eines Auslandspraktikums) unterschieden werden, wobei aber oft keine eindeutige Trennung möglich ist (vgl. Tritscher-Archan und Lenger 2010, S. 8ff).

**Informationen** über Möglichkeiten der Mobilität und der Förderungen gibt es bei den einzelnen Institutionen (z.B. Schulen, Universitäten etc.), bei Vermittlungsvereinen, im Internet etc. Eine bundesweite, trägerübergreifende Informations- oder Koordinierungsstelle zu Mobilitätsaufenthalten existiert jedoch nicht.

Mobilität wird in Österreich überwiegend über EU-Fördergelder **finanziert**. Es gibt zwar auch nationale, regionale und lokale Programme, aber kaum zentral zugängliche Daten über deren Finanzgebarung oder die Zahl der Mobilitäten, die über diese Programme gefördert wurden (vgl. Tritscher-Archan und Lenger 2010, S. 21ff). Die Summe der beantragten Fördermittel aus dem Programm Leonardo da Vinci ist zwischen 2000 und 2009 von knapp über 2,3 Millionen Euro auf knapp 4,3 Millionen Euro gestiegen, das entspricht einer Steigerung von 87 %. Entsprechend stieg die Summe der verbrauchten Fördermittel von 1,32 Millionen Euro im Jahr 2000 auf 2,5 Millionen Euro im Jahr 2009, das sind 89 % (vgl. OeAD 2009, S. 10).

**Daten zur Mobilität** von Lernenden und Lehrenden in Österreich liegen, wie bereits beschrieben, zentral gesammelt nur für Mobilitäten vor, die über EU-Programme gefördert werden (vgl. OeAD 2009). Da es auch Mobilitäten gibt, die nicht über die EU-Programme finanziell unterstützt werden, diese Daten aber nur schwer eruiert sind, sind keine exakten Aussagen über den tatsächlichen Umfang von Mobilitätsbewegungen in Österreich möglich.

In der **beruflichen Erstausbildung** gab es auf Basis der Daten der EU-Förderprogramme zwischen 2000 und 2009 insgesamt eine Steigerung der Auslandsaufenthalte von 1.262 auf 2.011. Interessant ist dabei die Verteilung nach Ausbildungsarten. Während bei der Mobilität von Schüler/innen mit einer Steigerung von 846 im Jahr 2000 auf 1.742 im Jahr 2009 mehr als eine Verdoppelung der Anträge zu verzeichnen war, ging diese Zahl bei Lehrlingen von 413 im Jahr 2000 auf 269 im Jahr 2009 zurück. Die Zahlen der tatsächlich durchgeführten Auslandsaufenthalte sind nur bis 2006 aussagekräftig, da entsprechende Projekte seit 2007 zum Teil noch nicht abgeschlossen sind. Zwischen 2000 und 2006 stieg die Zahl der Mobilitäten bei Lehrlingen von 227 auf 244 nur in sehr geringem Umfang, bei Schüler/innen gab es mehr als eine Verdoppelung von 471 auf 1.084.

Bei **jungen Arbeitnehmer/innen** wurden im Jahr 2000 224 Mobilitäten beantragt und 32 durchgeführt. Danach ging die Zahl der Anträge stark zurück, 2001 gab es nur noch 81 Anträge, 2006 gab es 90 Anträge. Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Auslandsaufenthalte stieg von 32 im Jahr 2000 auf 45 im Jahr 2006. Die Daten bis 2009 zeigen – nach einem neuerlichen Rückgang der Anträge im Jahr 2007 auf nur 76 – eine Steigerung auf 123 im Jahr 2009. Bei den tatsächlichen Mobilitäten war ein kontinuierliches Wachstum von 58 im Jahr 2007 auf 92 im Jahr 2009 zu verzeichnen.

Bei den **Ausbildner/innen** gab es seit dem Jahr 2000 fluktuierende Antragszahlen (zwischen 100 und 300 Anträge). Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Auslandsaufenthalte stieg jedoch von 154 im Jahr 2000 auf 173 im Jahr 2009.

#### **Erstellung eines österreichischen Leitfadens zur Implementierung von ECVET und zur Unterstützung der transnationalen Mobilität**

Mit dem Ziel der **Unterstützung der transnationalen Mobilität** wurde vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) ein Projekt zur **Erstellung eines österreichischen Leitfadens zur Implementierung von ECVET** beauftragt.

Im Anschluss an die bisherigen Aktivitäten zu **ECVET auf nationaler Ebene** – insbesondere aufbauend auf der Studie „Umsetzung von ECVET in der beruflichen Erstausbildung in Österreich“ (Luomi-Messerer und Tritscher-Archan 2007) – sowie auf den diskutierten Grundsätzen zur Umsetzung von ECVET in Österreich (Nöbauer 2009) sind weitere Schritte zur konkreten, praktischen Umsetzung erforderlich. Ziel des Projektes ist es daher, **Lösungsvorschläge für die praktische Umsetzung von ECVET**, die für das österreichische Berufsbildungssystem passend sind, zu erarbeiten. Daher soll ein **österreichischer Leitfaden zur Implementierung von ECVET zum Zwecke von Mobilitätsaustauschen** erstellt werden.

Dazu sollen zum einen **Beispiele guter Praxis** im Hinblick auf die drei Hauptelemente von ECVET (Einheiten von Lernergebnissen zur Beschreibung von Qualifikationen, Zuordnung von ECVET Punkten und Abschluss von Partnerschaftsübereinkommen) aus EU-Projekten und bestehenden Mobilitätsaustauschen analysiert, zum anderen ein **Workshop mit Praktiker/innen** zur Diskussion und anschließenden Weiterentwicklung des Leitfadens organisiert werden.

Die **Zielgruppe** des Projektes sind **Personen aus Einrichtungen der beruflichen Bil-**

**derung, die transnationale Mobilitätsprojekte durchführen** (wollen) (z.B. Lehrer/innen, Mobilitätsverantwortliche, Projektträger/innen aus berufsbildenden Schulen, Berufsschulen, Lehrbetrieben, Sektororganisationen).

Das Projekt wurde **Ende 2009 gestartet** und soll bis **Mitte 2010** abgeschlossen werden.

### Wirkungsbereich

Die Ergebnisse des Projektes sollen auf **nationaler Ebene** bei der **Anwendung von ECVET in transnationalen Mobilitätsprojekten** genutzt werden.

Dafür wurde es als sinnvoll erachtet, **nationale Expertise** in diesem Bereich zu **vernetzen** und **Know-how-Transfer** anzustreben. Die bisherigen Erfahrungen, die in Österreich mit ECVET bzw. mit der Anrechnung von Lernergebnissen im Rahmen von transnationalen Mobilitätsprojekten gemacht wurden, sollen daher analysiert werden. Es sollen abgeschlossene bzw. bestehende ECVET- und Mobilitätsprojekte im Hinblick auf deren Operationalisierung der drei Hauptelemente von ECVET – Einheiten von Lernergebnissen, ECVET Punkte und Partnerschaftsübereinkommen – analysiert werden. Der Fokus soll dabei auf Projekte unter österreichischer Koordination bzw. mit österreichischer Partnerbeteiligung gerichtet werden. Falls erforderlich, sollen auch weitere Projekte ohne österreichische Involvierung Berücksichtigung finden. Ziel ist es, Beispiele guter Praxis zu beschreiben, um die Ergebnisse für den österreichischen ECVET-Leitfaden nutzbar zu machen (als Beispielsammlung, auf die in der weiteren Anwendung von ECVET zurückgegriffen werden kann).

Im Rahmen eines Workshops sollen **Praktiker/innen** die Erstversion des österreichischen ECVET-Leitfadens sowie die analysierten Beispiele von ECVET-Hauptelementen aus relevanten Projekten diskutieren und Vorschläge zur Optimierung des Leitfadens vorbringen. Die Teilnehmer/innen sollen aus Einrichtungen der beruflichen Bildung kommen und mit den Grundsätzen von ECVET vertraut sein bzw. über Erfahrungen mit transnationalen Mobilitätsprojekten in der beruflichen Bildung verfügen.

Auf Basis der Ergebnisse aus der Projektanalyse und der Diskussion mit Praktiker/innen soll der österreichische **ECVET-Leitfadens** finalisiert werden. Das Endprodukt soll sich an Praktiker/innen wenden, die die Prinzipien von ECVET in Mobilitätsprojekten einsetzen wollen, um so die Anerkennung von Lernzeiten und -leistungen im Ausland für Lernende in der Berufsbildung zu erleichtern.

### Evaluierung

Eine Evaluierung ist derzeit nicht vorgesehen. Es ist jedoch angedacht, den Leitfaden auf Basis der tatsächlich gemachten Erfahrungen mit Mobilitätsaufenthalten bzw. mit der Implementierung von ECVET zu einem späteren Zeitpunkt zu verbessern, falls sich die Notwendigkeit aus der Praxis ergibt.

### Schlussfolgerungen

Da das Projekt erst Ende 2009 beauftragt wurde, liegen noch keine Ergebnisse vor und können auch keine Schlussfolgerungen gezogen werden.

### Quellen

Luomi-Messerer, Karin und Tritscher-Archan, Sabine (2007): Umsetzung von ECVET in der beruflichen Erstausbildung in Österreich. Studie im Auftrag des BMUKK, November 2007.

Nöbauer, Reinhard (2009): ECVET in Österreich. Grundsätze, Umsetzung und Einführung. Wien, BMUKK.

Stefan Vogtenhuber (Institut für Höhere Studien)

## 4. Stärkung der Verbindung zwischen der Berufsbildung und dem Arbeitsmarkt

### 4.1 Identifizierung des künftigen Qualifikationsbedarfs

Grundsätzlich gibt es drei Ansätze zur Identifizierung und Prognose des **zukünftigen Qualifikationsbedarfes** in Österreich, die von drei verschiedenen Institutionen entwickelt worden sind (vgl. Zuckersteinova und Strietska-Ilina 2007):

1. Projektion des Qualifikationsbedarfs und -angebots des Instituts für Höhere Studien
2. Projektion des Qualifikationsbedarfs des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
3. Arbeitsmarktprognosen der Synthesis Forschung, die regelmäßig für das Arbeitsmarktservice (AMS) durchgeführt werden

Zusätzlich bringen sich auch andere Forschungsinstitute (z.B. ibw, öibf, 3s, AMS etc.) mit verschiedenen Produkten in die Qualifikationsbedarfsdiskussion ein. Eines dieser Produkte ist das **AMS-Qualifikations-Barometer** (AMS-QB). Das seit 2002 bestehende Online-System fasst Aussagen über aktuelle und absehbare Arbeitsmarkttrends und Qualifikationsbedarfe zusammen und macht sie in strukturierter Form via Internet einer breiten Öffentlichkeit zugänglich ([www.ams.at/qualifikationsbarometer](http://www.ams.at/qualifikationsbarometer)). Bei der Sammlung von Informationen werden bestehende schriftliche Daten (z.B. aus Qualifikationsbedarfsstudien) genutzt und zusammengeführt. Bei Bedarf werden Interviews mit Expert/innen aus den verschiedenen Berufsbereichen und -feldern geführt. Das AMS-QB ist daher primär ein Darstellungs- und weniger ein Analyseinstrument. In Form von **AMS-Qualifikationsstrukturberichten** werden die Ergebnisse des AMS-QB auch in schriftlicher (gedruckter) Form jährlich veröffentlicht. Diese Berichte liegen sowohl für ganz Österreich als auch für jedes Bundesland vor.

Das ebenfalls 2002 vom AMS in Leben gerufene AMS-Forschungsnetzwerk ([www.ams-forschungsnetzwerk.at](http://www.ams-forschungsnetzwerk.at)) dient dem Informationsaustausch und der Nutzung von Synergien zwischen einer Reihe von österreichischen Forschungsinstituten, u.a. auch im Bereich der Qualifikationsvorschau. Zwischen 2002 und 2008 gab es über das AMS-Forschungsnetzwerk jährlich eine Veranstaltung zum **Qualifikationsbedarf der Zukunft**, die gemeinsam mit den Sozialpartnern zu spezifischen Themenstellungen (z.B. Qualifikationsbedarf im Bereich Gesundheit und Soziales, Qualifikationsbedarf von Jugendlichen und älteren Arbeitnehmer/innen) abgehalten wurde. 2009 wurde diese Veranstaltungsreihe zugunsten regelmäßiger Sitzungen des so genannten **Standing Committee** abgelöst (vgl. Beispiel in 4.3).

Das **AMS-Großbetriebs-Monitoring** ist eine regelmäßige Vollerhebung des AMS Österreichs bei allen österreichischen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten (insgesamt über 20.000 Betriebe). Unter anderem werden im Rahmen dieses Monitorings die Aspekte Bedarfsentwicklung und Qualifikation (wichtigste im Unternehmen nachgefragte Berufe, retrospektive Nachfrageentwicklung in den vergangenen zwei Jahren, grobe Bedarfsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten, Qualifikationsentwicklung und -bedarf in den jeweils nachgefragten Berufen) sowie die Weiterbildung der Mitarbeiter/innen (Themen für interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen) erhoben. In der Vergangenheit wurde der Fragebogen für das AMS-Großbetriebs-Monitoring von ca. einem Drittel der kontaktierten Unternehmen als Feedback-Möglichkeit für das AMS Österreich genutzt. Das entspricht einem Rücklauf von ca. 7.000 bis 8.000 Fragebögen pro Erhebung. Die Befragung wird alle zwei Jahre – zuletzt 2009 – durchgeführt.

Lassnigg und Markowitsch (2005) haben sich in einer **Grundsatzstudie zu Antizipationsmechanismen und Qualitätssicherung** mit dem Zusammenspiel zwischen Ausbildung und Beschäftigung (Matching) sowie mit existierenden Ansätzen und Methoden der Antizipation in der österreichischen Berufsbildung beschäftigt. Eines der Ergebnisse dieser Studie war ein Vorschlag für Qualitätsindikatoren zur Erfassung von Angebot und Nachfrage, insbesondere im Hinblick auf die Ausrichtung der Berufsbildung am Arbeitsmarkt (vgl. auch Lassnigg 2008). Im Anschluss daran wurde eine Ausbildungsklassifikation entwickelt und aufbauend darauf ein Monitoring-System der Beziehung zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt vorgeschlagen. Das Monitoring-System zielt auf eine regelmäßige Berichterstattung ab, die eine einheitliche Informationsbasis für die beteiligten Institutionen, Ministerien, Sozialpartner und Forschungseinrichtungen darstellen soll. Einige der Indikatoren wurden im nationalen Bildungsbericht veröffentlicht (vgl. Lassnigg und Vogtenhuber 2009).

In der **Lehrlingsausbildung** wird der Qualifikationsbedarf des Wirtschaft hauptsächlich durch die Einbeziehung von Fachleuten aus den Betrieben erhoben. Bei Bedarf werden zusätzlich wissenschaftliche Analysen und Bewertungen eingeholt (vgl. 4.2 und 4.3).

Im Bereich der **vollschulischen Berufsausbildung** (berufsbildende mittlere und höhere Schulen, BMS und BHS) wird neben der Verbesserung der Kommunikation mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung durch **Absolvent/innenbefragungen** versucht, arbeitsmarkt-relevante Qualifikationsdimensionen zu erheben (so wurden etwa im kaufmännischen und technischen Bereich Studien in Auftrag gegeben). Zum Beispiel haben Schneeberger et al. (2008) eine explorative Online-Befragung unter Absolventen/innen von technischen BHS (so genannten höheren technischen Lehranstalten, HTL) durchgeführt, um die empirische Grundlage zu Fragen des fachlichen Spezialisierungsgrades in der Lehrplangestaltung sowie des Bedarfs an Zusatzqualifikationen zu verbessern. Die Studie zeigte die Grenzen einer zu engen Spezialisierung in der beruflichen Erstausbildung auf und betonte die Notwendigkeit einer breiten fachlichen und überfachlichen Qualifizierung. Künftig sollen auch im Rahmen der Bildungsstandardinitiative (vgl. 8.4 und 9.1) entsprechende Befragungen über den Nutzen der in den Schulen vermittelten Kompetenzen am Arbeitsmarkt durchgeführt werden.

Der **Fachhochschulsektor** wurde von Beginn an auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes hin ausgerichtet. Einem Antrag auf Akkreditierung eines Studienganges sind **Bedarfs- und Akzeptanzanalysen** beizulegen. Die Bedarfsanalyse hat anhand von makroökonomischen Kennzahlen über die wirtschaftliche Entwicklung und den für den Studiengang relevanten Arbeitsmarkt sowie durch qualitative Erhebungen (Interviews mit Arbeitsmarktexpert/innen sowie Personalverantwortlichen von Unternehmen) die Arbeitsmarktchancen der Absolvent/innen darzustellen und zu bewerten. Bei der Erstakkreditierung eines Studienganges sind Bedarfs- und Akzeptanzanalysen von einem unabhängigen Institut durchzuführen, für die Reakkreditierung nach fünf Jahren können sie auch vom Antragsteller durchgeführt werden (vgl. [www.fhr.ac.at](http://www.fhr.ac.at)).

Mit der Aufnahme der Maßnahme „**Lernende Regionen**“ in das ländliche Entwicklungsprogramm im Rahmen der EU-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 wurde das Thema Bildungs- und Qualifikationsbedarf stärker in den regionalen Kontext eingebunden. „Lernende Regionen“ sind ein Instrument zur Stärkung des lebenslangen Lernens und zum Aufbau von Wissensmanagement im ländlichen Raum. In einer „Lernenden Region“ bilden wichtige Akteure/Akeurinnen einer Region rund um das Thema „Lernen“ ein Netzwerk. Das Netzwerk erarbeitet innerhalb von drei bis neun Monaten eine Strategie, um den Bewohner/innen der Region passende und attraktive Lernmöglichkeiten zu bieten. Es legt Schwerpunkte fest und entwickelt Projekte im Bildungsbereich. Danach werden die Projekte von allen oder von einzelnen Partnern umgesetzt. Das Netzwerk bleibt als gestaltendes Organ bestehen.

Als Unterstützung zur Entwicklung einer „Lernenden Region“ wurden vom Österreichischen Institut für Erwachsenenbildung ([www.oieb.at](http://www.oieb.at)) in Zusammenarbeit mit Expert/innen aus den Bereichen Bildung und Regionalentwicklung eine Reihe von Handbüchern erstellt, u.a. auch zu Bildungsbedarfserhebungen.

<p><b>Handbuch Regionale Bildungsbedarfsprognosen</b></p> <p>Bei der Planung von regionalen Bildungs- und Lernangeboten dominiert häufig das Prinzip „trial and error“. <b>Ziel</b> der Initiative regionaler Bildungsbedarfsprognosen ist die Verbesserung der Planbarkeit von Bildungs- und Kompetenzerwerbsprozessen in so genannten „Lernenden Regionen“ durch eine systematische Erfassung der Ausgangslagen, der Bildungsbedürfnisse und Barrieren. Damit soll die Planung auf eine empirische Grundlage gestellt werden, wobei in den Prozess der Erhebung alle wesentlichen Stakeholder/innen eingebunden werden sollen.</p> <p>Das Handbuch richtet sich an <b>Bildungseinrichtungen</b> (Erwachsenenbildungsorganisationen, Universitäten und Fachhochschulen), an <b>Unternehmensberater/innen</b>, an das <b>Arbeitsmarktservice</b>, an <b>Regionalentwickler/innen</b>, an <b>Vereine</b> etc.</p>
<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p>Bisher wurden eine Reihe von regionalen Bildungsbedarfserhebungen in <b>verschiedenen Regionen</b> und für verschiedene Sektoren durchgeführt. Im Handbuch werden einige dieser Erhebungen zusammenfassend dargestellt. Künftigen Erhebungen wird zudem ein Leitfaden geboten, der ausführliche Informationen für das Erhebungsdesign sowie für die Auswahl adäquater Methoden bereitstellt.</p> <p>Die Maßnahme ist eingebettet in das „<b>Österreichische Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes</b>“ (LE07-13) des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW). Wesentliche Akteure/Akteurinnen sind das Österreichische Institut für Erwachsenenbildung sowie die Regionen selbst, bei denen die Kompetenz für die Entwicklung und Umsetzung von regionalen Bildungsbedarfserhebungen liegt.</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p>Evaluierungen sind <b>integraler Bestandteil</b> des Konzeptes regionaler Bildungsbedarfserhebungen. Durch Gegenüberstellung der Bildungsmaßnahmen mit den Bedarfshypothesen soll das Ausmaß der Zielerreichung überprüft werden und Erkenntnisse für weitere Bedarfserhebungen abgeleitet werden.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p>Bildungsbedarfserhebungen sind mit <b>Unsicherheiten und Einschränkungen</b> verbunden, denn es gibt nicht <u>den einen</u> Bedarf, der zu erheben ist sondern der Bedarf ist immer an einen Kontext gebunden und stellt sich für unterschiedliche Gruppen innerhalb einer Region unterschiedlich dar. Außerdem ist der Bildungsbedarf einem zeitlichen Wandel unterworfen, weshalb es gilt, diesen laufend zu erheben und die Daten aktuell zu halten. Eine erfolgreiche Bildungs- und Qualifikationsentwicklung in der Region bedarf zudem der Einbindung in zusätzliche Maßnahmen, um etwa die Bedarfslagen mit den verschiedenen individuellen Bildungs- und Weiterbildungsmotiven zusammenzuführen.</p>

**Quellen**

OIEB (2009): Regionale Bildungsbedarfserhebung. Theorien, Prozesse und Methoden für eine partizipative Umsetzung. Wien. Online:

[http://www.netzwerk-land.at/leader/veranstaltungen/downloads-veranstaltung/lernende-regionen-bildungsbedarfserhebung/handbuch\\_bbe\\_einseitiger\\_druck](http://www.netzwerk-land.at/leader/veranstaltungen/downloads-veranstaltung/lernende-regionen-bildungsbedarfserhebung/handbuch_bbe_einseitiger_druck) (4.12.2009).

Lernende Regionen: <http://www.netzwerk-land.at/leader/lernende-regionen>

## 4.2 Berücksichtigung des künftigen Qualifikationsbedarfs in der Berufsbildung

Die Forschungsergebnisse über Qualifikationsbedarfsprognosen des Arbeitsmarktservice (AMS) werden im Bereich der **Berufsbildung** hauptsächlich für **AMS-Qualifizierungsmaßnahmen** (personenbezogene Schulungsmaßnahmen und Förderungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) bzw. für die **überbetriebliche Lehrlingsausbildung** genutzt.

Im Bereich der **Lehre** werden künftige Qualifikationsanforderungen durch Einführung neuer Lehrberufe sowie durch die Modernisierung bestehender Lehrberufe berücksichtigt. Die Initiative zur Änderung der Lehrberufslandschaft geht in der Regel von den Sozialpartnern aus, die über ihre Arbeit im Landes- und im Bundesberufsausbildungsbeirat die Inhalte von Lehrberufen (d.h. welche Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden), aber auch die Struktur (z.B. Gestaltung der Lehrberufe als Modullehrberufe, vgl. Beispiel untenstehend) wesentlich mitbestimmen.

Einschlägige **Studien und Beratungen** schlagen sich in wichtigen Inputs der Sozialpartner zur arbeitsbezogenen Gestaltung der Aus- und Weiterbildung nieder, so zuletzt etwa in der Neugestaltung der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrstellenförderung (vgl. 8.1). Ebenfalls relevant in diesem Zusammenhang sind Papiere, die von Sozialpartnern erarbeitet werden, z.B. „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010 – Vorschläge der Sozialpartner für ein Maßnahmenpaket zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Jugendbeschäftigung“ (ÖGB et al., 2007), „CHANCE BILDUNG – Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabon-Strategie“ (ÖGB et al., 2007) oder „Aktionsplan für ältere ArbeitnehmerInnen“ (ÖGB et al., April 2008).

Berufsrelevante Qualifikationsaspekte unter Einbeziehung empirischer Befunde stellen zunehmend auch ein wichtiges Prinzip für die Entwicklung arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen im **vollschulischen Bereich** dar. Dementsprechend werden die Lehrpläne für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMS, BHS) aufgrund der Einschätzung von Expert/innen sowie auch auf Basis der Ergebnisse von Absolvent/innenbefragungen laufend adaptiert und neue Ausbildungen geschaffen. So haben etwa die Studienergebnisse über den arbeitsmarktbezogenen Qualifikationsbedarf von Absolvent/innen höherer technischer Lehranstalten (HTL, Schneeberger et al. 2008) dazu beigetragen, dass neue Fachrichtungen mit einer eher breiten fachlichen und überfachlichen Qualifizierung eingerichtet wurden. Eine bestehende Schwachstelle ist die mangelnde Berücksichtigung der Ergebnisse AMS-basierter Prognose- und Qualifikationsforschung in der schulischen Berufsausbildung. Zum einen sind die Ergebnisse dieser Arbeit nicht unmittelbar für die Weiterentwicklung der schulischen Berufsausbildung im Hinblick auf die Curriculumentwicklung oder zur Einrichtung neuer Fachrichtungen anwendbar (die Berücksichtigung würde eine wissenschaftliche Aufarbeitung mit speziellem Fokus auf die schulische Berufsausbildung erfordern), zum anderen fehlt generell eine institutionalisierte Kooperation zwischen dem AMS und den für den Schulbereich zuständigen Ministerien.

### Modularisierung der Lehrlingsausbildung

Modulare Lehrberufe (MLBs), die seit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes 2006 möglich sind, gliedern sich in ein Grundmodul sowie in Haupt- und Spezialmodule. Bei einer maximalen Gesamtausbildungszeit von vier Jahren bestehen vielfache Gestaltungsmöglichkeiten, und zwar sowohl inhaltlicher als auch organisatorischer Art. Die Modularisierung soll eine Verbesserung der Bildungsplanung vor dem Hintergrund permanenter Veränderungen am Arbeitsmarkt ermöglichen. **Ziel** der Modularisierung ist die **Flexibilisierung** der Berufsausbildung, das bessere Eingehen auf **Branchenbedürfnisse**, die Schaffung einer zusätzlichen Zahl potenzieller neuer Lehrbetriebe sowie eine bessere Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung. Darüber hinaus soll durch die Maßnahme die Zahl der Einzelberufe (derzeit gibt es etwa 260 Lehrberufe) reduziert und die Übersichtlichkeit der Lehrberufslandschaft gesteigert werden. Außerdem soll die Attraktivität der Ausbildung durch ein modernes System sowohl unter den Betrieben als auch unter den Jugendlichen erhöht werden.

Die Modularisierung ist eine Möglichkeit der **Gestaltung von Lehrberufen**. Die Sozialpartner bzw. das Wirtschaftsministerium können weiterhin Lehrberufe auch als Einzel-, Schwerpunkt- oder Gruppenlehrberufen konzipieren (vgl. Archan 2006, S. 14ff).

### Wirkungsbereich

Initiiert wurde die Debatte um die Einführung der Modularisierung von der Wirtschaftskammer, die einen Vorschlag für ein Konzept erstellt hat. Dieses wurde von den Sozialpartnern, von den für die Lehre verantwortlichen Ministerien sowie von den Ländern diskutiert und weiterentwickelt. Im Jänner **2006** trat schließlich die Novelle des Berufsausbildungsgesetzes in Kraft, mit der die Modularisierung gesetzlich verankert wurde.

Die Schaffung von Modullehrberufen ist in **ganz Österreich** möglich.

### Evaluierung

Derzeit gibt es **vier MLBs**; zahlreiche weitere befinden sich in Diskussion bzw. in Ausarbeitung. Eine Evaluierung des Modularisierungskonzeptes bzw. der vier MLBs liegt noch nicht vor, da die Ausbildungen noch nicht abgeschlossen sind. Eine ex-ante Evaluierung des Modularisierungskonzeptes (vgl. Archan 2006) hat jedoch gezeigt, dass die Wirtschaft diesem Ansatz grundsätzlich positiv gegenübergestanden ist. Zahlreiche Vorschläge zur Modularisierung bestehender Lehrberufe zeugen ebenfalls davon, dass dieses Konzept entsprechende Resonanz findet.

### Schlussfolgerungen

Im Anschluss an Gruber (o.J.) kann Modularisierung als wichtiger Motor der Modernisierung des österreichischen Berufsbildungssystems verstanden werden, um einerseits den unterschiedlichen Bedürfnissen heterogener Biografien und andererseits der erforderlichen beruflichen Flexibilität und Mobilität besser entsprechen zu können. Am Beispiel eines Berufes spricht sich Gruber für integrierte Qualifizierungsmodelle aus, die „sowohl die Erstausbildung und die Vorbereitung auf einen Berufsabschluss auf dem Zweiten Bildungsweg (Fortbildungsberufe) als auch die berufliche Weiterbildung in einem flexiblen System vernetzen“ (Gruber, o.J., 20). Ein Ziel, das durch die Modularisierung erreicht werden soll besteht neben der Gewinnung zusätzlicher Lehrbetriebe und Lehrstellen demnach in der Überbrückung der Kluft zwischen Erstausbildung und Weiterbildung sowie in der Bewältigung der Herausforderung, die Lehrlingsausbildung für den Zweiten Bildungsweg besser nutzbar zu machen.

### Quellen

Archan, Sabine (2006): Modularisierung der Lehrlingsausbildung. Status quo Analyse und Expertenbefragung. ibw-Schriftenreihe Nr. 130. Wien. Online: [http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product\\_details&flypage=flypage.tpl&category\\_id=6&product\\_id=27](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product_details&flypage=flypage.tpl&category_id=6&product_id=27).

Gruber, Elke (o.J): Modularisierung als Grundprinzip eines Strukturmodells künftiger beruflicher Bildung – dargestellt am Beispiel der Kompetenzentwicklung im bühnen- und veranstaltungstechnischen Bereich. Online: <http://www.g.uni-klu.ac.at/ifeb/eb/Modularisierung.pdf> (01.12.2009).

Pilz, M. (Hg.) (2009): Modularisierungsansätze in der Berufsbildung. Deutschland, Österreich, Schweiz sowie Großbritannien im Vergleich. Bertelsmann: Bielefeld.

## 4.3 Involvierung von Stakeholder/innen des Arbeitsmarktes in der Berufsbildung

Die Einbindung von Stakeholder/innen des Arbeitsmarktes in die Prozesse der Berufsbildung läuft hauptsächlich über institutionalisierte Kooperationen zwischen den zuständigen nationalen und regionalen Behörden und den Sozialpartnern. Die Zusammenarbeit gestaltet sich je nach Bildungsbereich unterschiedlich (vgl. dazu auch Tritscher-Archan und Mayr 2008).

In der **Lehrlingsausbildung** bilden Bundes- und Landes-Berufsausbildungsbeiräte ständige Gremien, die Vorschläge für neue Lehrberufe, neue Ausbildungsordnungen und -formen erarbeiten und Empfehlungen zur Finanzierung der Ausbildung abgeben. Unter Einbeziehung von Fachleuten aus Unternehmen und im Bedarfsfall von Forschungsinstitutionen werden Vorschläge für gesetzliche Neuregelungen durch das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) erstellt. Die **Berufsschule** als schulischer Teil der dualen Ausbildung wird vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) geregelt und im Hinblick auf veränderte Anforderungen (neue Curricula) weiter entwickelt. In den Bundesländern erfolgt die Anpassung der Lehrinhalte und der Lernformen durch Kooperationen der Berufsschulinspektor/innen und Direktor/innen mit Vertreter/innen der Wirtschaft.

In der **vollschulischen Berufsausbildung** (berufsbildende mittlere und höhere Schulen) werden Expert/innenmeinungen aus den Betrieben eingeholt sowie spezielle Erhebungen (Absolvent/innenbefragungen, vgl. 4.1) durchgeführt. Darüber hinaus werden Lehrplanentwürfe den Sozialpartnern zur Begutachtung vorgelegt. Zum Teil werden Branchenvertreter/innen in die Kuratorien der Lehranstalten kooptiert.

In der **beruflichen Weiterbildung** werden die Anforderungen des Arbeitsmarktes durch verschiedene Kooperationen in die Entwicklung des Weiterbildungsangebotes eingebracht, etwa durch Einbeziehung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in die relevanten Gremien oder durch die im Forschungsnetzwerk des Arbeitsmarktservice (AMS) versammelten wissenschaftlichen Einrichtungen. Eine neue Initiative ist z.B. das Standing Committee zum Qualifikationsbedarf (vgl. Beispiel untenstehend).

Die Mittel für die **Qualifizierungsmaßnahmen** von Arbeitslosen durch das AMS wurden in den vergangenen Jahren stark ausgeweitet. Da diese Mittel aus den Beiträgen von Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen stammen, werden sie beinahe zur Gänze im Interesse der Sozialpartner bzw. der Betriebe und Erwerbspersonen verwendet. Die Sozialpartner kooperieren dabei auf Bundes- und Landesebene mit den zuständigen Regierungseinrichtungen.

Mit der Einrichtung von **Fachhochschulen** (FH), bei denen rund 40 % der Studienangebote für Berufstätige angelegt sind, ist eine starke Arbeitsmarktorientierung auf Hochschulebene entwickelt worden. Die Sozialpartner sind im Fachhochschulrat vertreten und wirken damit an der am Arbeitsmarktbedarf und an der Akzeptanz seitens der Studierenden orientierten Begutachtung und Genehmigung von Anträgen zur Einrichtung von FH-Studiengängen und deren Qualitätssicherung mit.

<p><b>Standing Committee zum Qualifikationsbedarf</b></p> <p>Auf Vorschlag des AMS-Verwaltungsrates (des obersten Verwaltungsgremiums des Arbeitsmarktservice, AMS) wurde im Oktober 2009 eine Plattform (= Standing Committee) gegründet, der Vertreter/innen des AMS (Verwaltungsrat, Vorstand, Fachabteilung für Qualifikation, Landesgeschäftsführer/innen) der Sozialpartner, relevanter Ministerien sowie der großen Weiterbildungsträger der Sozialpartner – des Wirtschaftsförderungsinstituts (WIFI) und des Berufsförderungsinstituts (bfi) – angehören. Dieses Gremium entscheidet über die Einrichtung von <b>Spezialist/innengruppen</b> (Personal- und Bildungsverantwortliche aus großen Schlüsselunternehmen) zu bestimmten <b>Berufsbereichen</b> (z.B. Bau, Tourismus, Elektro, Chemie, Kfz etc.), die sich in mehreren Fokusgruppensitzungen zu Fragen der Beschäftigungs- und Qualifikationsentwicklung austauschen. Durch die direkte Beteiligung großer Weiterbildungseinrichtungen sollen die Ergebnisse dieser Sitzungen möglichst rasch in Bildungsangebote einfließen.</p> <p><b>Hintergrund</b> dieser Initiative ist die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Erfassung und Abschätzung des Qualifikationsbedarfs der Zukunft auf Basis einer möglichst breiten Einbindung aller Stakeholder/innen.</p>
<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p>Die Initiative besteht aus themenspezifischen Spezialist/innengruppen, die sich zu bestimmten Berufsbereichen auf <b>nationaler Ebene</b> zusammenfinden. Im Jahr 2009 wurden Sitzungen zu den Bereichen Maschinen/KFZ/Metall und Chemie/Kunststoff durchgeführt. Für 2010 sind Diskussionen in den Bereichen Elektrotechnik und Telekommunikation, Büro und Verwaltung, Gesundheit und Tourismus, Bio- und Medizintechnik, Bau, Marketing und Werbung geplant.</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p>Da diese Initiative erst im Oktober 2009 gestartet hat, liegen derzeit noch <b>keine Evaluierungsergebnisse</b> vor. Die hohen Beteiligungsraten bei den bisherigen Treffen zeugen jedoch von einem großen Interesse aller Stakeholder/innen.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p>Die Initiative zielt auf die Bewältigung zentraler Herausforderungen in den einzelnen Berufsbereichen ab. Diese stellen sich vor allem im Hinblick auf die zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlichen Innovationen. Vor dem Hintergrund des fachlichen Qualifikationsbedarfes ist vor allem das Innovationspotenzial durch die <b>Schaffung von konkreten Aus- und Weiterbildungsangeboten</b> zu forcieren und die Zuständigkeiten der einzelnen Stakeholder/innen zu klären.</p>
<p><b>Quellen</b></p> <p>Hofstätter, Maria (2009): Standing Committee zum Qualifikationsbedarf, Aspekte der Sektoranalysen der EU und Innovationsschulung für arbeitssuchende Fachkräfte. Präsentation im Rahmen des Kontaktseminars zur Berufsbildungsforschung, AMS.</p>

#### 4.4 Förderung von arbeitsplatzbezogenem Lernen

In der **beruflichen Erstausbildung** im oberen Sekundarbereich nimmt das arbeitsplatzbezogene Lernen einen sehr hohen Stellenwert ein. In der **Lehrlingsausbildung** finden etwa 80 % der gesamten Ausbildung am betrieblichen Arbeitsplatz statt, die restlichen rund 20 % umfassen den schulischen Teil der Ausbildung in der Berufsschule. In **berufsbildenden mittleren und höheren Schulen** (BMHS) sind verpflichtende Praktika in Firmen vorgesehen, die in der unterrichtsfreien Zeit zu absolvieren sind. So sind etwa in höheren technischen Lehranstalten (technische BHS) vor Eintritt in die letzte Jahrgangsstufe (fünfter Jahrgang) Pflichtpraktika im Ausmaß von mindestens acht Wochen nachzuweisen.<sup>7</sup>

In der **Förderung** des arbeitsplatzbezogenen Lernens geht es sowohl um die quantitative als auch um die qualitative Ausweitung bzw. Verbesserung der Berufsausbildung. Im Bereich der **Lehrausbildung** wird arbeitsplatzbezogenes Lernen durch die betriebliche und überbetriebliche Lehrstellenförderung, die in den letzten Jahren ausgeweitet und im Jahr 2008 grundlegend reformiert wurde, gefördert (vgl. 4.4, 5.2, 6.1 und 8.1).

Die **betriebsbezogenen Lehrstellenförderungen** werden seit der Reform von den Lehrlingsstellen der Wirtschaftskammern unter Einbindung der Arbeitnehmervertreter/innen abgewickelt. Im Wesentlichen besteht die neue Förderung aus einer Basisförderung sowie aus einer Reihe von zusätzlichen qualitäts- und arbeitsmarktbezogenen Förderungen (vgl. 8.1). Diese sollen einerseits Anreize zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen geben und andererseits zur Steigerung der Qualität in der Lehrausbildung beitragen. Qualitätsbezogene Förderkriterien sind z.B.

- der Qualitätsbonus für Betriebe, deren Lehrlinge zur Mitte der Lehrzeit einen Ausbildungsnachweis erbringen können (vgl. Beispiel untenstehend),
- Förderung von Ausbildungsverbundmaßnahmen sowie Zusatzausbildungen für Lehrlinge, die über das gesetzlich vorgeschriebene Berufsbild hinausgehen,
- Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung und die Berufsreifeprüfung während der Lehrausbildung,
- Unterstützungsmaßnahmen für Lehrlinge mit Lernschwierigkeiten,
- Prämien für Lehrabschlussprüfungen mit ausgezeichnetem und gutem Erfolg und
- Förderung der Weiterbildung von Ausbilder/innen.

Die **personenbezogenen Förderungen** fallen weiterhin in den Zuständigkeitsbereich des Arbeitsmarktservices (AMS). Im Zuge der Einführung der „Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre“ (vgl. 2.1 und 5.2) wurde beginnend mit dem Ausbildungsjahr 2008/09 die überbetriebliche Lehrausbildung als gleichwertiger und regulärer Bestandteil der dualen Berufsausbildung neben dem nach wie vor prioritären betrieblichen Lehrstellenangebot etabliert. Durch die Neuerung wurde auch die soziale Absicherung der Teilnehmer/innen deutlich verbessert: Die bislang in unterschiedlicher Höhe gewährte Ausbildungsentschädigung wurde auf ein gemeinsames Niveau angehoben, die geförderten Jugendlichen werden nunmehr ins System der Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Die Zielgruppen wurden ebenfalls erweitert, indem zusätzlich zu den sozial benachteiligten und lernschwachen Jugendlichen vermehrt auch Bildungsabbrecher/innen und „ältere“ Jugendliche angesprochen werden. Mit diesen Änderungen hat man einige der Ergebnisse und Empfehlungen der durchgeführten Evaluierungen von Jugendbeschäftigungsmaßnahmen in Österreich entsprochen (z.B. Huber et al. 2005).

---

<sup>7</sup> In technischen BMS und BHS erfolgt zwar der gesamte Unterricht in der Schule, ein wesentlicher Teil findet jedoch in Form von praxisnaher Ausbildung in Werkstätten und Labors statt. In BMS umfasst dieser fachpraktische Anteil etwa ein Drittel der gesamten verpflichtenden Unterrichtsstunden, in BHS etwa 20 %.

<b>Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit</b>
<p><b>Hintergrund</b> der Maßnahme ist, neben grundsätzlichen Anreizen zur Schaffung betrieblicher Lehrstellen, die Verbesserung der <b>Qualität</b> der Ausbildung.</p> <p><b>Ziel</b> ist die Erhöhung der Zahl von Unternehmen, die qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze anbieten sowie eine generelle Steigerung der Qualität der betrieblichen Ausbildung.</p> <p><b>Zielgruppen</b> sind die ausbildenden Betriebe sowie die Lehrlinge dieser Betriebe. Die Maßnahme ist seit Mitte 2008 in Kraft, die entsprechenden Förderrichtlinien wurden im April 2009 beschlossen (vgl. 8.1).</p>
<b>Wirkungsbereich</b>
<p>Die Maßnahme ist Teil der betrieblichen Lehrstellenförderung. Förderbar sind alle Ausbildungsbetriebe in ganz Österreich. Voraussetzung ist die Ablegung eines <b>Praxistests</b> aller Lehrlinge des Betriebes sowie die Führung einer <b>Ausbildungsdokumentation</b> zum Nachweis der im Betrieb vermittelten Kenntnisse und Fertigkeiten. Bestehen alle Lehrlinge eines Jahrganges den Praxistest, so erhält der Betrieb eine <b>Förderung</b> in Höhe von 3.000,- Euro für jeden Lehrling.</p>
<b>Evaluierung</b>
<p>Da diese Maßnahme erst mit Inkrafttreten der Förderrichtlinie im April 2009 gestartet wurde, liegen bis dato noch keine Evaluierungsergebnisse vor.</p>
<b>Schlussfolgerungen</b>
<p>Die Maßnahme stellt einen wesentlichen Anreiz zur Hebung der <b>betrieblichen Ausbildungsqualität</b> dar. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Bedingung, dass – mit bestimmten Ausnahmen – alle Lehrlinge eines Betriebes den Praxistest bestehen müssen, ein Erfolgshindernis darstellt und wie sich diese Maßnahme auf die Aufnahme von Lehrlingen auswirkt.</p>
<b>Quellen</b>
<p>BBAB, BMWFJ (2009): Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen gemäß § 19 c BAG: <a href="http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?angid=1&amp;docid=885933&amp;stid=414085">http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?angid=1&amp;docid=885933&amp;stid=414085</a> (1.12.2009).</p> <p>Wirtschaftskammer Österreich: <a href="http://www.lehre-foerdern.at/">http://www.lehre-foerdern.at/</a> (1.12.2009).</p>



Norbert Lachmayr (öibf)

## 5. Schaffung von Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und aktiver Staatsbürgerschaft

### 5.1 Schaffung von Chancengleichheit in der Berufsbildung

Im ersten **Nationalen Bildungsbericht Österreich 2009** (vgl. Specht Hrsg. 2009) schließt sich Österreich der Tradition einer faktenbasierten Entscheidungsfindung („evidence based policy“) an. Die Thematik der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit nimmt in diesem Bericht einen großen Stellenwert ein, indem „Gerechtigkeit als Ergebnis“ und „Qualitätsindikatoren“ ausführlich behandelt werden.

In Österreich wird die Schaffung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit über verschiedene Ansätze umzusetzen versucht: einerseits durch **Implementierung konkreter Initiativen** (z.B. durch „Lehre und Matura“ – vgl. 6.3, durch die „Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre“ – vgl. 2.1 und 5.2, durch diverse Frauenförderungsprogramme etc.), andererseits durch **finanzielle Förderungen** (z.B. Gratisangebot von „Lehre und Matura“ für Lehrlinge – vgl. 6.3) Letztendlich herrscht in der österreichischen Bildungspolitik Übereinstimmung darüber, dass es zur Schaffung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit ganz wichtig ist, allen Lernenden dieselben Chancen zu ermöglichen, gerade aufgrund der Vielfalt des österreichischen Bildungssystems und der vergleichsweise frühen Differenzierung.

Als entsprechender Beitrag für einer **Verbesserung der Bildungschancen der 10- bis 15-Jährigen** wurde vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) eine **Expert/innenkommission** zur Erarbeitung von Strategien für die Schulorganisation eingerichtet. Die Aufgaben dieser Kommission reichen von der Beurteilung bestehender Schulmodelle bis hin zu bildungspolitischen Innovationen und gesellschaftspolitischen Aspekten. Als besonders wichtige Punkte wurden unter anderem die Förderung der Durchlässigkeit des Schulsystems, die Schaffung eines flächendeckenden Angebotes von ganztägigen Schulformen sowie Erleichterungen zur Nachholung von Pflichtschulabschlüssen identifiziert (vgl. [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16253/ek\\_zwb\\_02.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16253/ek_zwb_02.pdf)).

Als Maßnahme zur Steigerung der Flexibilisierung und Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Bildungsangeboten und -optionen ist 1997 die Berufsreifeprüfung (BRP) eingeführt worden. Seit Herbst 2008 gibt es durch eine Novelle des BRP-Gesetzes die Möglichkeit, parallel zur Lehrausbildung die BRP zu absolvieren („**Lehre und Matura**“, vgl. dazu auch 6.3). Für Lehrlinge, die im ersten Lehrjahr in die Vorbereitung zur BRP einsteigen, ist diese kostenlos. Drei der vier Teilprüfungen (Deutsch, lebende Fremdsprache, Mathematik und ein Fachbereich aus dem jeweiligen Lehrberuf) können bereits vor der Lehrabschlussprüfung abgelegt werden, die letzte Teilprüfung mit Erreichen des 19. Lebensjahres. Bisher war die Absolvierung der BRP für Lehrlinge erst nach Lehrabschluss möglich und mit Kosten für die Betroffenen verbunden.

Im Bereich der Anerkennung nicht-formal und informell erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten ist die **ausnahmsweise Zulassung zur Lehrabschlussprüfung** anzuführen, bei der fachrelevante Praxiszeiten und Kursbesuche anerkannt werden und die formale Lehrzeit ersetzen. In der Erwachsenenbildung gibt es ebenfalls Beispiele zur Anerkennung von nicht-formalen und informellen Lernprozessen, etwa im Rahmen der **Weiterbildungsakademie** (<http://www.wba.or.at/>).

Speziell zur Schaffung von Gleichstellung hinsichtlich geschlechts(un)typischer Berufswahl ist das Projekt „**Frauen in Forschung und Technologie**“ (fFORTE, [www.fforte.at](http://www.fforte.at)) er-

wähnenswert. fFORTE ist ein von vier Ministerien getragenes Förderprogramm für Frauen in Naturwissenschaft, Technik und Technologie, das zeigen soll, wie man weibliches Potenzial in männerdominierten Wissenschaftsbereichen erfolgreich nutzen kann. fFORTE wurde im Februar 2002 auf Empfehlung des Rates für Forschung und Technologieentwicklung ins Leben gerufen, seither wird die Initiative laufend ausgebaut und adaptiert. Das Konzept ist einzigartig hinsichtlich der Breite an Zielgruppen, die angesprochen werden, sowie hinsichtlich seiner anspruchsvollen wissenschaftspolitischen Anliegen. Es verleiht dem Entwicklungspotenzial hoch qualifizierter Forscherinnen neue Impulse und steigert die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Nach fünfjähriger erfolgreicher Pilotphase (2002-2007) wird fFORTE in seiner neuen Entwicklungsperiode (2009-2012) ausgeweitet und ausgebaut.

Auch das **Arbeitsmarktservice (AMS)** unterstützt Frauen und Mädchen bei der Berufswahl und Qualifizierung, bei der Suche nach einer existenzsichernden Arbeit und beim Wiedereinstieg nach der Babypause (vgl. [www.ams.at/sfa/14073.html](http://www.ams.at/sfa/14073.html)). Neben zahlreichen Broschüren und Websites bietet das AMS auch persönliche Beratungen für Frauen und Mädchen an. Darüber hinaus trägt das AMS mit gleichstellungsorientierten und diskriminierungsfreien Dienstleistungsangeboten zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und zur Chancengleichheit für alle Arbeitskräfte bei.

Die Bemühungen um Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit sollen aber zu einem möglichst frühen Zeitpunkt beginnen. Um allen Kindern beste Bildungsmöglichkeiten und Startchancen in das weitere Bildungs- und spätere Berufsleben unabhängig von ihrer sozio-ökonomischen Herkunft zu ermöglichen, sollen Kinder im letzten Jahr vor der Schulpflicht zum Besuch von geeigneten institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen verpflichtet werden. Dieses **verpflichtende letzte Kindergartenjahr** wird im Herbst 2010 vor allem vor dem Hintergrund einer sprachlichen Schulung eingeführt.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit ist die **Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre** (vgl. 5.2): Lernende, die nach der Pflichtschule keinen Schul- oder Lehrplatz bekommen, erhalten eine Lehrausbildung in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte und haben so einen Anspruch auf Ausbildung bis 18 Jahre. Auf die **Integrative Berufsausbildung (IBA)**, die zu Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen eingeführt wurde, wird im nächsten Kapitel ausführlich eingegangen.

#### **Modellversuch Neue Mittelschule (NMS)**

**Hintergründe:** Die bisherige Praxis in Österreich, Schüler/innen im Alter von zehn Jahren vor die Wahl zwischen „akademischer“ Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule (AHS-Unterstufe) und „praktischem“ Hauptschul-Bildungsweg zu stellen, wurde als pädagogisch und gesellschaftlich zu früh erkannt. In diesem Alter sind Begabungen und Talente der Kinder noch schwer abschätzbar, was zu falschen Bildungswegentscheidungen und folglich zu hohen Drop-out-Quoten und Nachhilfekosten führen kann. Die Schulwahl orientiert sich häufig an den Vorstellungen der Eltern, wodurch insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten hierbei benachteiligt sind.

**Ziele/Zielgruppen:** Die NMS ist eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die moderne pädagogische Konzepte und eine leistungsorientierte Lehr- und Lernkultur umsetzt. Pädagogische Schwerpunkte sind Individualisierung und Differenzierung, Integration, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, Förderung von Kreativität, Sport, eLearning, ganztägige Betreuung sowie die Öffnung der Schule nach außen.

Für die NMS gilt der Lehrplan der AHS-Unterstufe. Eine verpflichtende Orientierung an den Bildungsstandards schafft die Grundlage für eine objektive Bewertung und Vergleichbarkeit des Leistungsstandes der Schüler/innen und trägt zur Qualitätssicherung bei. Der Unterricht

erfolgt durch Lehrer/innen der Hauptschule und der AHS, auch gemeinsam im Team (team-teaching). Die Schüler/innenzahl pro Klasse beträgt höchstens 25 Kinder.

**Status der Implementierung:** Eingeführt wurde der NMS-Modellversuch im Schuljahr 2008/2009 (als so genannte „Generation 1“) an 67 Standorten mit 331 Klassen in vorerst fünf österreichischen Bundesländern. Im Schuljahr 2009/2010 („Generation 2“) wurde die Teilnahme auf insgesamt 244 Standorte mit 801 Klassen (inklusive der aufsteigenden ersten Klassen und nunmehr zweiten Klassen aus dem Schuljahr 2008/09) und auf ganz Österreich ausgeweitet. Bis zum Schuljahr 2011/2012 können weitere Standorte zu den bereits bestehenden dazu kommen. Die Entwicklungsarbeit in den Pilotschulen umfasst jeweils den Durchlauf eines Schülerjahrgangs, d.h. der Modellversuch dauert bis Ende des Schuljahrs 2014/2015 an.

### Wirkungsbereich

Seit dem Schuljahr 2009/10 bieten Standorte **in ganz Österreich** den NMS-Modellversuch an und nehmen damit an der Entwicklungsarbeit teil. Von den 801 Klassen (inkl. aufsteigender Klassen) sind nur 38 an einer AHS, die überwiegende Mehrheit ist an Hauptschulen angesiedelt. Inwiefern tatsächlich eine gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige umsetzbar ist und nicht „nur“ eine Aufwertung der Hauptschulen vorgenommen wird, wird sich erst zeigen.

### Evaluierung

Das Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE) führt in mehreren Teilprojekten eine **Evaluierung** und wissenschaftliche Begleitforschung des NMS-Modellprojektes durch. **Erste Ergebnisse** einer Befragung der Schulleiter/innen nach einem Jahr NMS liegen bereits vor (September 2009). Diese zeichnen eine **positive Bilanz** von Seiten der Schulen: sowohl Rahmenbedingungen als auch mit dem Modellversuch einhergehende Veränderungen (insbesondere im Bereich pädagogische Gestaltung des Unterrichts und Arbeitsmotivation) werden positiv bewertet. Lediglich beim Fortbildungsangebot, das insgesamt als befriedigend bewertet wird, zeigen sich Defizite in einzelnen Bereichen.

Für 2010 ist eine **Elternbefragung an Zubringervolksschulen** für NMS-Standorte geplant, mit der vor allem der Bekanntheitsgrad der NMS bei der Zielgruppe (Eltern) und die Gründe für oder gegen die Wahl der NMS hinterfragt sowie generell Einflussfaktoren auf die Entscheidung für die NMS analysiert werden sollen. Weiters werden vertiefende Peer Evaluierungen an ausgewählten Standorten durchgeführt.

Ob und in welcher Form der Modellversuch in den Regelbetrieb übergeführt werden wird, ist derzeit noch nicht absehbar und wird von den Ergebnissen weiterer Evaluierungsschritte abhängen.

### Schlussfolgerungen

Die wesentliche Herausforderung für eine tatsächlich gemeinsame Schule für die 10- bis 14-Jährigen ist die Einbindung von Hauptschulen und AHS. Wenngleich die Anzahl der teilnehmenden AHS-Klassen im zweiten Durchgang leicht gesteigert werden konnte (von 3,6 % an ersten Klassen NMS im Schuljahr 2008/09 auf 5,5 % im Schuljahr 2009/10), ist der Anteil insgesamt dennoch äußerst gering (4,7 %).

### Quellen

Specht, Werner (2009): Zwischenbilanz des Modellversuchs „Neue Mittelschule“. Erste Ergebnisse einer Befragung der Schulleiter/innen nach einem Jahr NMS.  
Website der NMS des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur: [www.neuemittelschule.at](http://www.neuemittelschule.at)  
BIFIE: Neue Mittelschule: Kooperative Begleitforschung. <http://www.bifie.at/neue-mittelschule->

[kooperative-begleitforschung](#) (24.11.2009)

## 5.2 Unterstützung von Benachteiligten

In den letzten zehn Jahren konzentrierten sich die Anstrengungen zur **Förderung der Integration von Jugendlichen** in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem auf vier Bereiche (vgl. BMASK 2009):

- Maßnahmen zur Erhöhung des Angebots an Lehrstellen und Ausbildungsplätzen (neue Lehrberufe, Integrative Berufsausbildung, finanzielle Anreize für Ausbildungsbetriebe wie Lehrstellenförderung Neu mit Praxistest, Blum-Bonus, finanzielle und organisatorische Unterstützung von Ausbildungsverbänden bei lehrlingsausbildenden Betrieben in einzelnen Bundesländern)
- Maßnahmen zur Erleichterung des Einstiegs von Jugendlichen in eine Berufsausbildung (Berufsorientierung, nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses, Förderung der Basisbildung)
- Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme für Jugendliche zwischen 19 und 24 Jahren (Sonderprogramm zur Jugendbeschäftigung, SPJU), JOBS FOR YOU(TH))
- Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz (JASG) bzw. die überbetriebliche Lehrausbildung

Maßnahmen in Hinblick auf die Reduktion von **frühen Schulabgänger/innen** zielen im Wesentlichen auf zwei Bereiche ab: auf die Steigerung des Anteils der Schüler/innen mit Sekundarabschluss II sowie auf die Festigung von Schlüssel- und Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) im Vorfeld einer Ausbildung. Wichtige Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind eine stärkere Professionalisierung des Lehrpersonals in Richtung Peer-Mediation und Lernerfolgsförderung, die Reduktion der Klassenschüler/innenzahl auf 25, Initiativen im Bereich der Leseförderung (z.B. „Lesefit“), der Aufbau einer pädagogischen Stützstruktur für lernschwache Schüler/innen (z.B. zielgruppengerechtes Unterrichtsmaterial) sowie Maßnahmen zur Alphabetisierung und Basisbildung.

Durch eine weitere Reform 2009 im Rahmen des Arbeitsmarktpakts II (vgl. BMASK 2009) wurde die Arbeitsstiftung um eine **Jugendstiftung** erweitert. Von der Stiftung profitieren Jugendliche, die ihren Job verlieren und davor zumindest drei Monate bei Klein- und Mittelbetrieben oder Arbeitskräfteüberlassern beschäftigt waren. Den Jugendlichen werden individuell abgestimmte Unterstützungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht und neue berufliche Perspektiven eröffnet. Voraussetzung für die Stiftungsteilnahme ist, dass sich der Betrieb pro Person mit 1.000 Euro an der Stiftung beteiligt. Während der Dauer der Jugendstiftung wird der Arbeitslosengeldbezug verlängert. Stiftungsteilnehmer/innen treten dadurch nicht in Langzeitarbeitslosigkeit über. Zusätzlich erhalten die Jugendlichen ein Stiftungsstipendium in der Höhe von 100 Euro pro Monat. In Reaktion auf die Krise (vgl. Kap. 2) wurde im Rahmen des Arbeitsmarktpakets II die gesetzliche Verankerung einer Arbeitsstiftung mit besonderem Schwerpunkt auf Jugendliche vorgenommen. Die Jugendstiftung soll gezielt für insgesamt 2.000 19-24-Jährige eingesetzt werden. Damit wurde eine zusätzliche Möglichkeit zur Qualifizierung mit vorrangiger Ausrichtung auf die besonderen Bedürfnisse junger Arbeitsloser, von denen viele aufgrund der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft ihr Arbeitsverhältnis z.B. bei einem Überlassungsunternehmen verloren haben, geschaffen. Die Gesamtkosten der Jugendstiftung können maximal zehn Millionen Euro betragen, wobei zwei Millionen Euro von den Unternehmer/innen getragen werden. Der Rest wird aus Mitteln des Insolvenzentgeltfonds sowie vom Arbeitsmarktservice (AMS) und den Ländern finanziert.

Maßnahmen für Schüler/innen und Personen mit **Migrationshintergrund** umfassen beispielsweise Sprachförderkurse, Deutschkurse für Eltern von Schul- und Kindergartenkindern, muttersprachliche Lehrpläne und interkulturelles Lehrpersonal in allgemeinbildenden sowie in mittleren und höheren kaufmännischen berufsbildenden Schulen, Maßnahmen zur Alphabetisierung und Basisbildung, Förderung der vorschulischen Bildung, berufsorientierte Förderkurse oder Bildungsangebote im Rahmen der Weiterbildung. In vielen Fällen erfolgt eine finanzielle Unterstützung seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK).

**Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter** betreffen gezielte Berufsorientierungsmaßnahmen für Frauen und Mädchen sowie technikspezifische Frauenprogramme, z.B. „Frauen in Handwerk und Technik“ (2006-2008). Die Initiative „mut! – Mädchen und Technik“ (vgl. 8.3) war ursprünglich auf den Zeitraum von 2002 bis 2009 befristet und wurde von 13.342 Mädchen in Anspruch genommen (vgl. [www.mut.co.at](http://www.mut.co.at)). Aufgrund des Erfolges wurden für das Schuljahr 2009/10 erneut Mittel für mut!, dieses Mal zur Förderung von Aktivitäten im Bereich der Lehrer/innenausbildung und -weiterbildung an den Pädagogischen Hochschulen (PHs) auf Bundeslandebene, von der Abteilung für Gender Mainstreaming/Gender und Schule des BMUKK in Aussicht gestellt. mut! hat sich seit 2002 von einem Pilotprojekt hin zu einem Programm entwickelt, das neben Maßnahmen für die Zielgruppe Mädchen auch Akteur/innen aus deren Umfeld (v.a. Familie und Schule) direkt einbezieht. Damit soll unterstrichen werden, dass geschlechtssensible Berufsorientierung von gesellschaftlicher und gesellschaftspolitischer Relevanz ist, der ein hoher Stellenwert innerhalb des Schulsystems zukommt.

Weiters ist die Schaffung von attraktiven Lernangeboten für bildungsferne und benachteiligte Frauen in ländlichen Regionen ein wesentlicher Ansatz. **Lernungewohnte und bildungsferne Frauen**, die aufgrund ihres Alters, Bildungs- und Qualifikationsniveaus sowie aufgrund mangelnder IKT-Kenntnisse besondere Diskriminierung erfahren, werden gezielt angesprochen und vor Ort über spezielle Bildungsangebote **informiert und beraten** (vgl. BMUKK und BMWF 2009).

Die Projektpartnerschaft „learn forever II – Lebensbegleitendes Lernen (LLL) im Zeitalter der Informationsgesellschaft 2007-2013“ (vgl. <http://www.learnforever.at>) erarbeitet und implementiert Projekte, um **bildungsbenachteiligte Frauen zur Teilnahme an Weiterbildungen zu motivieren**. Zielsetzung ist, dass Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe und Zugang zu LLL und zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erhalten. Unabhängig von Alter sowie sozialer und regionaler Herkunft sollen Frauen und Männer gleichermaßen an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben. Hierbei soll die Kluft geschlossen werden zwischen jenen, die in der Lage sind, Lernen als Prinzip des aktiven (Lebens-)Gestaltens für sich in Anspruch zu nehmen und jenen, denen aufgrund ungleicher Voraussetzungen der Zugang zu Bildung und Weiterbildung verschlossen bleibt. Learn forever II setzt hier gezielt Aktivitäten, um bildungsbenachteiligte Frauen in den LLL-Prozess zu integrieren. Das Thema Lernen soll einen Platz im Alltag der Frauen finden, die Akzeptanz neuer Medien erhöhen und Frauen in ihrem Selbstbewusstsein als Lernende stärken und motivieren. „Learn forever II“ ist ein mehrjähriges Projekt, bei dem sich frauenpolitische Non-Profit Unternehmen und Bildungseinrichtungen zusammengeschlossen haben, um innovative Projekte in den Bundesländern Steiermark, Salzburg, Oberösterreich, Wien und Kärnten umzusetzen. 2008 war „learn forever II“ unter den nominierten Projekten für den Österreichischen Staatspreis für Erwachsenenbildung in der Kategorie „Innovation 08“. In mobilen „IKT Lernwerkstätten“ oder im Bildungsmodell „Lernarrangement“ erwerben Frauen Computerkompetenz, Lernkompetenz, Selbstorganisation und entwickeln Kooperationsbereitschaft sowie Eigeninitiative. Begleitend dazu werden Bildungsberatung mit Potenzialanalysen und Coaching angeboten. Die Bildungsmodelle für diese Zielgruppe werden derzeit in der Steiermark, Salzburg, Oberösterreich und Wien umgesetzt, den Bedürfnissen vor Ort angepasst und

gleichzeitig weiterentwickelt. Längerfristiges Ziel ist es, LLL für lernungsgewohnte Frauen strukturell und bildungspolitisch in der Erwachsenenbildung zu verankern.

**Maßnahmen der beruflichen nationalen Mobilität** umfassen Beihilfen zu den Kurskosten, zu den Kursnebenkosten sowie zur Deckung des Lebensunterhaltes. Die Bestandszahlen zeigen, dass Bildungsmaßnahmen und Beihilfen zu Kursnebenkosten mit rund 40.000 Förderfällen im Jahresdurchschnitt 2006 und rund 33.000 Förderfällen im Jahresdurchschnitt 2008 zu den quantitativ bedeutendsten Maßnahmen gehören.

Mehrere Bundesländer haben Initiativen zur Unterstützung Benachteiligter gesetzt. An dieser Stelle sollen **niederschwellige Ansätze zur Bildungsberatung und Berufsinformation** genannt werden. In Salzburg, Wien und Tirol werden angehende Maturant/innen erstmals von speziell geschulten Beratungslehrer/innen bei ihrer Entscheidung für Studium oder Beruf beraten. „**Studienchecker**“ heißen die speziell ausgebildeten Lehrer/innen, die bei der Wahl der weiteren Ausbildung helfen sollen (vgl. [http://www.schulpsychologie.at/uploads/media/Studienchecker\\_Info\\_01.pdf](http://www.schulpsychologie.at/uploads/media/Studienchecker_Info_01.pdf)). Außerdem sollen u.a. Vertreter/innen der Hochschülerschaft und des AMS Einblicke in Studium und mögliche Berufsfelder geben. Das Projekt wurde gemeinsam von der Schulpsychologie und der Psychologischen Studierendenberatung initiiert und soll in weiterer Folge schrittweise auf ganz Österreich ausgeweitet werden. Seit Anfang November 2009 (Schuljahr 2009/10) sind 41 Schulen aus den genannten Bundesländern an diesem Pilotprojekt beteiligt. Rund 4.000 Schüler/innen werden von Unterlagen, Schulungen und Beratungen profitieren. **BerufsFindungsBegleiter/innen** sind in erster Linie Anlaufstelle für steirische lehrstellensuchende Jugendliche bzw. für jene Jugendliche, die sich im Berufs- oder Bildungswahlprozess befinden und Informations- und Unterstützungsbedarf haben (vgl. [www.berufsorientierung.at](http://www.berufsorientierung.at)). Durch Begleitung und Unterstützung wird es jungen Menschen leichter gemacht, sich für eine weitere Ausbildungsoption (Schule oder Lehre) zu entscheiden. Daher sind die wesentlichen Elemente dieser Initiative einzelne Informationsgespräche bzw. längerfristige individuelle Begleitungen der Jugendlichen. BerufsFindungsBegleiter/innen bieten den Jugendlichen Begleitung und Orientierung und bestärken sie, mit der eigenen Zukunft, mit Entscheidungen, auch mit Unsicherheiten zuversichtlich umzugehen. Auch der intensive Kontakte mit Eltern sowie die Zusammenarbeit mit Unternehmen und regionalen Institutionen sind wesentliche Anliegen des Projektes, welches vom BMUKK und dem Land Steiermark gefördert wird.

Die hohen Drop-out-Raten an österreichischen Universitäten einerseits und der akute Fachkräftemangel andererseits lassen darauf schließen, dass die Bildungs- und Berufswahl der Jugendlichen nicht immer treffsicher ist. Auf nationaler Ebene soll deshalb im Rahmen einer verpflichtenden und professionellen Berufs- und Bildungsorientierung in allen Schularten rechtzeitig die Vorbereitung auf die Berufswelt begonnen und eine gezielte Entscheidungsfindung unterstützt werden. Es wurde daher eine interministerielle Arbeitsgemeinschaft, die **Task Force „Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung“**, ins Leben gerufen und beim BMUKK angesiedelt ist. Unter anderem wird geschlechtssensible Berufsorientierung (mit Schwerpunkt Mädchen und Technik sowie Buben und nicht-traditionelle Berufe) thematisiert. Ab dem Schuljahr 2009/2010 gilt der „Katalog verbindlicher Maßnahmen im Bereich Information, Beratung, Orientierung der siebten und achten Schulstufe“ (vgl. [www.bmukk.gv.at/Medienpool/18542/2009\\_17.pdf](http://www.bmukk.gv.at/Medienpool/18542/2009_17.pdf)).

<b>Überbetriebliche Lehrlingsausbildung – „Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre“</b>
<p>Unter dem Titel „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010“ wurde beschlossen, sowohl das Ziel einer anforderungsgerechten Weiterentwicklung der Fördersysteme für betriebliche Berufsausbildung als auch eine <b>Ausbildungsgarantie aller Jugendlichen bis 18</b> umzusetzen. Als Instrument zur Erfüllung dieser „Ausbildungsgarantie“ wurde die überbetriebliche Lehrausbildung ausgebaut.</p> <p><b>Voraussetzung</b> für die Durchführung einer überbetrieblichen Berufsausbildung war die Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) im Jahr 2008. Bis dahin war es dem Arbeitsmarktservice (AMS) nicht möglich, eine durchgehende Berufsausbildung im Sinne des BAG zu fördern. Zwar wurden bereits seit 1998 durch das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz (JASG) Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung ermöglicht. Diese Maßnahmen waren jedoch immer zeitlich begrenzt und dienten dazu, Teilqualifikationen im Bereich einer Berufsausbildung zu erwerben bzw. auf eine duale Berufsausbildung vorzubereiten und den Einstieg in den regulären Lehrstellenmarkt zu erleichtern. Nun wurde gesetzlich verankert, dass die gesamte Lehrlingsausbildung in einer überbetrieblichen Einrichtung möglich und förderbar ist. Somit wurde mit der Novellierung des BAG das System der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung als gleichwertiger und regulärer Bestandteil der dualen Berufsausbildung eingerichtet.</p> <p>Als Zielgruppen gelten in erster Linie <b>Jugendliche</b>, die ihre Schulpflicht beendet haben und keinen Schulplatz in einer weiterführende Schule erhalten bzw. keine reguläre betriebliche Lehrstelle finden. Vermehrt sollen neben sozial benachteiligten und lernschwachen Jugendlichen auch Bildungsabbrecher/innen, „ältere“ Jugendliche (also Jugendliche, deren Erfüllung der Schulpflicht schon mindestens ein Jahr zurückliegt) sowie Jugendliche mit Berufswünschen, die im Rahmen des betrieblichen Lehrstellenangebotes nicht abgedeckt werden können, in das Programm miteinbezogen werden.</p> <p>Besteht die Möglichkeit und der Wunsch, während der Ausbildung in eine betriebliche Ausbildung zu wechseln, ist dies unter voller Anrechnung der bereits zurückgelegten Ausbildungszeit jederzeit möglich.</p>
<b>Wirkungsbereich</b>
<p>Die Maßnahme wird in <b>ganz Österreich</b> angeboten. In die Umsetzung der Maßnahme ist vor allem das <b>Arbeitsmarktservice Österreich (AMS)</b> involviert.</p>
<b>Evaluierung</b>
<p>Eine <b>erste Evaluierung</b> ist derzeit (November 2009) gerade in Gang. Im Mittelpunkt dieser (begleitenden) Evaluierung steht die Qualität und Zielgruppenadäquatheit der überbetrieblichen Ausbildungsangebote, die vor allem anhand der Zufriedenheit der Teilnehmer/innen sowie der für die Vermittlungsleistungen verantwortlichen Lehrkräfte und Ausbilder/innen beschrieben werden soll. Besondere Aufmerksamkeit wird zudem auch der Frage nach dem Umfang, den Ursachen und den Konsequenzen (Verbleib) von Ausbildungsabbrüchen bzw. -wechseln gewidmet.</p>
<b>Schlussfolgerungen</b>
<p>Erste Ergebnisse der begleitenden Evaluierung werden für 2010 erwartet.</p>
<b>Quellen</b>
<p>Arbeitsmarkt – Zukunft 2010. Vereinbarung der Sozialpartner mit der Bundesregierung zur Jugendbeschäftigung und zur Deckung des Fachkräftebedarfs. Wien 2008.</p> <p>Helmut Dornmayr, Birgit Lenger (ibw), Roland Löffler (öibf): Jugendliche in überbetrieblichen Aus-</p>

bildungsgängen. Eine Evaluation. Laufend. Erscheinungsjahr: 2010.

### Integrative Berufsausbildung (IBA)

Die **IBA** ist im Berufsausbildungsgesetz (BAG) geregelt und gilt seit 2003. Für die IBA kommen Personen in Betracht, die das Arbeitsmarktservice (AMS) nicht in ein reguläres Lehrverhältnis vermitteln konnte, und die entweder

- am Ende der Pflichtschule sonderpädagogischen Förderbedarf hatten und teilweise nach dem Lehrplan einer Sonderschule unterrichtet wurden oder
- keinen oder einen negativen Hauptschulabschluss haben oder
- „behindert“ im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes bzw. des jeweiligen Landesbehindertengesetzes sind oder
- von denen im Rahmen von Berufsorientierungsmaßnahmen oder auf Grund der nicht erfolgreichen Vermittlung in ein reguläres Lehrverhältnis angenommen werden muss, dass für sie aus ausschließlich in der Person gelegenen Gründen in absehbarer Zeit keine reguläre Lehrstelle gefunden werden kann.

Die IBA sieht entweder eine **Verlängerung** der gesetzlich vorgesehenen Lehrzeit um ein Jahr, in Ausnahmefällen um bis zu zwei Jahren vor oder eine **Teilqualifizierung**, bei der das Berufsbild auf Teile des Lehrberufs eingeschränkt wird.

### Wirkungsbereich

Die IBA gilt **österreichweit** seit 2003.

In der Umsetzung der Maßnahme sind die folgenden Akteure/Akteurinnen vorgesehen:

- Das **Arbeitsmarktservice (AMS)** versucht, alle lehrstellensuchenden Jugendlichen in reguläre Lehrstellen zu vermitteln. Wenn dies nicht möglich ist, sucht das AMS für jene Jugendlichen, für die eine der oben genannten Bedingungen zutrifft, Ausbildungsplätze im Rahmen der IBA. Eine Förderung für Lehrbetriebe, die Jugendliche im Rahmen der IBA aufnehmen, ist in den Förderrichtlinien des AMS vorgesehen.
- Die **Berufsausbildungsassistenz** berät und unterstützt die Jugendlichen und die Ausbildungsbetriebe vor und während der Ausbildung. Sie übernimmt auch die Funktion der „Drehscheibe“, der Koordination aller Beteiligten.
- Die Lehrlingsstellen bei den **Wirtschaftskammern** tragen die Ausbildungsverträge bzw. Lehrverträge ein, wenn alle Voraussetzungen vorliegen (AMS-Zuweisung, Berufsausbildungsassistenz) und organisieren die Abschlussprüfungen.
- Die Aufsicht über die IBA hat das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).

### Evaluierung

Die 2006 abgeschlossene **erste Evaluierung** analysierte die Implementierungsphase. Die 2008 durchgeführte **zweite Evaluierung** identifizierte neue Entwicklungen, untersuchte inwieweit sich die IBA als neue Ausbildungsform etabliert hat und erarbeitete Perspektiven sowie Optionen zur Weiterentwicklung v.a. auch in Hinblick auf mögliche legislative Adaptierungen.

Die bisherigen Erfahrungen der durchführenden Institutionen und ausbildenden Unternehmen mit der IBA sind **durchaus zufriedenstellend**. Trotz des erhöhten Betreuungsaufwandes in den Unternehmen sind 82 % der befragten Betriebe mit der Ausbildungsform zufrieden und in mehr als einem Fünftel der Unternehmen hat die IBA sogar zu einer Steigerung des sozialen Engagements der Mitarbeiter/innen geführt.

Auch die Berufsausbildungsassistent/innen ziehen eine positive Bilanz. Ein wesentliches Erfolgskriterium ihrer Arbeit ist die **intensive Betreuung** aller involvierten Akteure/Akteu-

rinnen, insbesondere der Lehrlinge. Die Jugendlichen konnten nach Meinung der Assistent/innen **große Entwicklungsschritte** durch diese Form der Ausbildung machen, wobei sie vor allem die Integration in den ersten Arbeitsmarkt reifen lässt. Die integrativen Lehrlinge sind mit ihrer Ausbildung generell sehr zufrieden. Bei ihrer Berufswahl sind die Jugendlichen jedoch sowohl durch ihre Beeinträchtigungen als auch durch das Lehrstellen- bzw. Ausbildungsangebot eingeschränkt.

Ende 2007 standen **3.410 oder 2,6 % der fast 130.000 Lehrlinge** in einer integrativen Lehrausbildung. Damit hat sich die Zahl der IBA-Lehrlinge gegenüber 2004 in etwa verdreifacht. 65 % dieser IBA-Lehrlinge absolvierten eine verlängerte Lehre, 35 % eine Teilqualifizierung.

### Schlussfolgerungen

Die IBA **steigert die Jugendbeschäftigung** und **bekämpft** erfolgreich **soziale Exklusionen** bzw. Benachteiligungen. Es handelt sich dabei um eine bundesweite Maßnahme, die 2008 ins Regelausbildungswesen überführt wurde. Aufgrund der steigenden Nachfrage sind allerdings teilweise Betreuungsengpässe erkennbar, zudem zeigt die Evaluierung Optimierungsmöglichkeiten hinsichtlich Engagement der Betriebe bei der Integration ihrer Lehrlinge.

### Quellen

KMU Forschung Austria und ibw (2006): Integrative Berufsausbildung. Evaluierung von § 8b des Berufsausbildungsgesetzes. Endbericht. Wien. Online: <http://www.kmuforschung.ac.at/de/Projekte/Integrative%20Berufsausbildung/Integrative%20Berufsausbildung.pdf> (24.11.2009)

KMU Forschung Austria und ibw (2008): Evaluierung der integrativen Berufsausbildung (IBA), Endbericht. Wien. Online: [http://www.bmwfj.gv.at/Berufsausbildung/LehrlingsUndBerufsausbildung/Documents/Endbericht\\_IBA.pdf](http://www.bmwfj.gv.at/Berufsausbildung/LehrlingsUndBerufsausbildung/Documents/Endbericht_IBA.pdf) (24.11.2009)

## 5.3 Aktive Staatsbürgerschaft

Im europäischen Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen (vgl. Europäische Kommission 2005) wird **Bürger/innenkompetenz** gemeinsam mit interpersoneller, interkultureller und sozialer Kompetenz zusammengefasst.

Initiativen im Bereich **aktiver Staatsbürgerschaft** sind eng mit dem Bereich der Politik verknüpft. Zu den Maßnahmen zählen Beispiele wie die Gewerkschaftsschule (Verband österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, VÖGB) und die politische Basisbildung (BHW NÖ), die seit 2008 in Niederösterreich vom Bildungs- und Heimatwerk (BHW, [www.bhw-n.eu](http://www.bhw-n.eu)) kostenlos angeboten wird. Durch ein zielgruppenorientiertes Angebot an politischer Bildung in der Basisbildung lernen Teilnehmer/innen die demokratiepolitische Dimension des eigenen Handelns besser zu erkennen. Sie können individuelle Möglichkeiten entwickeln, um am gesellschaftlichen und politischen Leben stärker teilzuhaben (vgl. [www.alphabetisierung.at/fileadmin/pdf/Projekte/08\\_01\\_08\\_Infotext\\_Websites.pdf](http://www.alphabetisierung.at/fileadmin/pdf/Projekte/08_01_08_Infotext_Websites.pdf)). Im Projektbericht und in der Evaluation (vgl. Wittmann 2009) wird hervorgehoben, wie wichtig es den Teilnehmer/innen war, „mitreden zu können“ und das Wissen zu Mitbestimmungsmöglichkeiten zu erweitern. Ausgebildet werden die Trainer/innen von der österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung, die 2007 im Rahmen eines Pilotprojekts ein entsprechendes Trainingsprogramm entwickelt hat. Der Pilotkurs zu „politischer Basisbildung in der Basisbildung“ fand 2008 in St. Pölten mit 32 dreistündigen Einheiten statt. Das dahinterstehende Konzept orientiert sich zu einem großen Teil an den Ergebnissen des Grundtvig 1-Programms „Politische Partizipation durch gesellschaftliche Kompetenz“ (110622-CP-1-2003-1-DE-Grundtvig-G1). Didaktisch

wurde viel Raum für Diskussionen und spielerische Erarbeitung eingeräumt, dazu kamen Exkursionen und eine Diskussionsveranstaltung.

Angebote zur **Reflexion gesellschaftlicher Prozesse und Empowerment** der Teilnehmer/innen werden seit einigen Jahren auch in Österreich erfolgreich umgesetzt, so z.B. der zweijährige Lehrgang universitären Charakters „Wirtschaft-Politik-Zivilgesellschaft. Entwicklungsraum sozialer Verantwortung“. Der Pilotlehrgang der Katholischen Sozialakademie Österreichs ([www.ksoe.at](http://www.ksoe.at)) wurde 2007 mit dem Innovationspreis des Forums Katholische Erwachsenenbildung in Österreich ausgezeichnet. Besonders gewürdigt wurde, dass die ksoe mit diesem Lehrgang gesellschaftlichen Tendenzen der Ökonomisierung und Entsolidarisierung entgegenwirkt, indem sie ein breites Verständnis von sozialer Verantwortung vertritt. Ziel des Lehrgangs ist es, die Teilnehmer/innen zu befähigen, Entwicklungsprozesse sozialer Verantwortung im beruflichen, sozialen und politischen Umfeld zu initiieren und zu begleiten. Im Laufe des Lehrganges findet die Umsetzung eines konkreten sozial-innovativen Projektes statt. 21 Teilnehmer/innen haben den ersten Lehrgang (2004-2006) absolviert, 20 den Lehrgang 2006-2008. Sie haben ihre Kompetenzen in Bereichen wie Lobbying, Konfliktmanagement, Ökonomie, Politik, zivilgesellschaftliches Handeln und Sozialethik erweitert. Zahlreiche unterschiedliche Methoden der Bildungsarbeit wurden angewendet, so etwa „Diskurscafés“, „action learning“ oder ein „Perspektivenwechsel“, um die jeweils anderen Gesellschaftsbereiche an konkreten Orten kennen zu lernen.

Ein weiteres Beispiel für akademische Lehrgänge im Bereich der **Gemeinwesenarbeit und der Regionalentwicklung** ist der Lokale Agenda 21-Ausbildungslehrgang: Ziel der Lokalen Agenda 21 ist es, durch eine nachhaltige Entwicklung auf Gemeindeebene unter Einbindung möglichst vieler Bürger/innen und Akteure/Akteurinnen die Lebensqualität vor Ort auf Dauer zu sichern bzw. noch weiter auszubauen. Damit in den Gemeinden ein nachhaltiger Entwicklungsprozess in Gang gesetzt werden kann, ist es notwendig den Prozess durch externe Beratung und Moderation zu begleiten. Aus diesem Grund startete z.B. in Kärnten mit April 2002 die Ausbildung zum LA21-Moderator/zur LA21-Moderatorin. Der Ausbildungskurs beinhaltete sowohl Grundlagen einer Nachhaltigen Entwicklung und der Lokalen Agenda 21, als auch die praktische Begleitung einer Lokalen Agenda 21 Pilotgemeinde. Damit wird auch der soziale Zusammenhalt innerhalb und zwischen Stadtteilen und Dörfern gefördert. Das Sozialkapital stellt eine notwendige Bedingung für Nachhaltige Entwicklung dar. Die OECD unterstreicht die Bedeutung dieses Themas und führt zur Messung von Sozialkapital internationale Forschungsprojekte durch. Daher wurde Socialcap.at, ein überdisziplinäres Netzwerk von Institutionen und Expert/innen aus Wissenschaft und Praxis in Österreich, ins Leben gerufen. Socialcap.at verbindet die Grundlagenforschung (policy research) und die Entwicklung, Messung und Aktivierung (action research) von Sozialkapital in Gemeinschaften und Sozietäten.

Letztendlich ist noch auf die politische Bildung in der schulischen Ausbildung hinzuweisen: Mit der Schaffung des **Pflichtgegenstandes „Geschichte und Politische Bildung“** im Rahmen einer Novelle zum Schulunterrichtsgesetz (BGBl. II Nr. 290/2008) ist Politische Bildung in Österreich seit dem Schuljahr 2008/09 in der achten Schulstufe verpflichtend verankert. Dies ist insofern von Bedeutung, da in Österreich 2007 das aktive Wahlalter von 18 auf 16 Jahren herabgesetzt wurde (vgl. BGBl. I Nr. 27/2007).

### **Pflichtgegenstand „Geschichte und Politische Bildung“ (Demokratiepolitische Bildung)**

Die österreichische Schule kann die im Schulorganisationsgesetz u.a. formulierte Zielsetzung, wonach „Schülerinnen und Schüler [...] zu selbstständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden [sollen], am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken“, nur erfüllen, wenn sie **(demokratie-)politische Bildung bei Kindern und Jugendlichen** entsprechend berücksichtigt.

Wesentliche **Anliegen** dieses Gegenstandes sind die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewusstsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existenziellen Probleme der Menschheit getragen ist.

Ein **Hauptziel** der (demokratie-)politischen Bildung ist die Förderung einer Kultur der Demokratie und der Menschenrechte, die jede/n Einzelne/n befähigt, am kollektiven Vorhaben Gemeinschaften zu entwickeln, mitzuwirken. Das primäre Anliegen ist daher die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, des gegenseitigen Verständnisses und der Solidarität.

Politische Bildung setzt sich mit **politischen Fragestellungen** der Gegenwart, ihren historischen Zusammenhängen und den Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen auseinander. Sie ist eine Voraussetzung sowohl für die Entwicklung individueller Kompetenzen als auch für die Sicherung und Weiterentwicklung der Gesellschaft insgesamt. In einer Zeit, die durch steigende Komplexität in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, bedeutet Politische Bildung einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.

Was den **Ansatz** betrifft, so wird das Hauptaugenmerk auf individuelle Erfahrungen und auf praktische Zugänge gelegt, die dazu geeignet sind, das Zusammenleben in der Gemeinschaft zu fördern. Es geht um zwischenmenschliche Beziehungen, um die Entwicklung individueller und kollektiver Identitäten sowie um die Bedingungen des Zusammenlebens, um nur einige Punkte zu nennen.

Daher umfasst (demokratie-)politische Bildung **Praktiken und Aktivitäten**, die sich im Zuge einer Bottom-Up-Methode entwickelt haben. Sie zielt darauf ab, Schüler/innen zu befähigen, aktiv und verantwortungsbewusst bei den Entscheidungsfindungsprozessen in ihrem Umfeld mitzuwirken. Partizipation ist der Schlüssel zur Förderung und Stärkung einer demokratischen Kultur, die auf dem Bewusstsein gemeinsamer Grundwerte, wie Menschenrechte und -freiheiten, Gleichheit in Verschiedenheit (Minderheitenrechte) und Rechtsstaatlichkeit, sowie dem Engagement für diese Werte beruht.

### **Wirkungsbereich**

Der Gegenstand wurde auf **nationaler Ebene** in allen Schultypen als Pflichtgegenstand verankert.

### **Evaluierung**

Mit der „International Civics and Citizenship Education Study“-Studie wird in Österreich erstmalig das hier geltende Unterrichtsprinzip Politische Bildung **evaluiert**. Wie werden Schüler/innen im Alter von 13 bis 14 Jahren in verschiedenen Ländern in der Schule darauf vorbereitet, ihre Rolle als (aktive) Bürger/innen wahrzunehmen? Das ist die Kernfrage der Studie, an der 39 Länder aus allen Teilen der Welt teilnehmen. Ergebnisse werden für

Herbst 2010 erwartet (<http://iccs.acer.edu.au/>).

### Schlussfolgerungen

Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, im Sinne eines (selbst)reflexiven politischen Denkens und Handelns **politisches Denken selbstständig zu entwickeln** und aufzubauen, sowie an politischen Prozessen eigenverantwortlich und aktiv teilzunehmen (vgl. Krammer 2008).

### Quellen

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur:

[http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische\\_bildung.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml)

[http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15683/pb\\_grundsaterlass.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15683/pb_grundsaterlass.pdf)

Judith Proinger (öibf)

## 6. Qualität, Exzellenz und Attraktivität der Berufsbildung

### 6.1 Verbesserung der Qualität in der Berufsbildung

Ausgehend von einem breit geführten öffentlichen Diskurs, zahlreichen Projekten und Pilotversuchen seit Mitte der 1990er Jahre haben sich **Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung** in den letzten Jahren als zentrale bildungspolitische Ziele im **vollschulischen Berufsbildungsbereich** etabliert. Dem internationalen Trend entsprechend zeichnet sich dabei auch in Österreich eine Schwerpunktverlagerung von zentraler Inputsteuerung zu Prozess- und Outputsteuerung ab. Daraus folgen auch grundlegende Veränderungen im Selbstverständnis der Steuerungsebenen.

Zu den Maßnahmensträngen in diesem Bereich zählt an vorderster Stelle die Einführung einer Qualitäts- und Feedbackkultur, die alle Ebenen des Schulsystems erfasst – von den Lehrer/innen über die Schule als pädagogische Handlungseinheit bis zur regionalen und bundesweiten Verwaltung (vgl. Weißbuch 2003). Um das Reformziel „Schule und Unterricht systematisch verbessern“ zu erreichen, wird der Qualitätsentwicklung in den Schulen Priorität vor Strukturreformen eingeräumt (vgl. Abschlussbericht der Zukunftskommission, kritisch zu ausbleibenden Strukturreformen auch Schmid/Pirolt 2005; Lassnigg et al. 2007). Selbstevaluierung, Entwicklungsplanung, Berichtslegung und Zielvereinbarungen sind die grundlegenden Elemente dieses neuen Qualitätsverständnisses.

Im Rahmen des Projekts **Qualität in Schulen (Q.I.S.)**, das 1999 lanciert wurde, sollten vorerst die Schulen angeregt und darin bestärkt werden, selbst ihre Qualität zu hinterfragen, zu kontrollieren und weiter zu entwickeln. Herzstück der Entwicklung in Q.I.S. ist das Schulprogramm, das das Leitbild der Schule, Aussagen zum Ist-Stand sowie konkrete Ziele und Maßnahmen in verschiedenen Qualitätsbereichen enthält. Interne Evaluation ist mit dem Schulprogramm untrennbar verbunden. Q.I.S. ist ein Serviceangebot an die Schulen mit Materialien, Informationen, Erfahrungsaustausch sowie Diskussions- und Präsentationsmöglichkeiten in einem virtuellen Qualitätsnetzwerk ([www.qis.at](http://www.qis.at)).

Die Umsetzung von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherungsmaßnahmen an Schulen erfolgt auf **freiwilliger Basis**. Es gibt bis dato keine gesetzliche Verpflichtung zur internen oder externen Evaluierung wie in anderen Ländern. Eine sehr allgemein gehaltene rechtliche Verankerung von Qualitätssicherung im Schulwesen, aus der sich allerdings nicht bestimmte Maßnahmen zwingend ableiten lassen, wurde 2005 vorgenommen (vgl. B-VG BGBl. I 31/2005; Art. 14, Abs. 5a).

Im Bereich der berufsbildenden Schulen wird Qualitätsentwicklung seit 2005/2006 durch die **Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB)** unterstützt. QIBB ist die erste österreichische Initiative, in die alle Ebenen des Systems – neben den Schulen auch die Schulaufsicht und die Verwaltung – systematisch eingebunden sind. Trotz der Freiwilligkeit ist der Umsetzungsgrad in Bezug auf interne Elemente der Qualitätsentwicklung wie Leitbild- und Schulprogrammerstellung sowie Selbstevaluierung im vollzeitschulischen Bereich mittlerweile generell relativ hoch (vgl. Gutknecht-Gmeiner et al. 2007, S. 33, 67, 93).

Flankiert werden interne Evaluierung und Qualitätsmanagement durch die Einführung von **Bildungsstandards** in den Hauptgegenständen und darauf beruhenden Testierungen an Schulen (vgl. 8.4 und 9.1). Diese Initiative hat 2002 im allgemeinbildenden Bereich ihren Ausgang genommen, die verbindliche Einführung der Bildungsstandards in der Volksschule und Sekundarstufe I auf gesetzlicher Basis erfolgte per 1. Jänner 2009 (BGBl. II Nr. 1/2009).

Mit der Entwicklung von Bildungsstandards für das berufsbildende Schulwesen wurde zeitversetzt ab 2004/2005 begonnen, wobei in einem ersten Schritt allgemeinbildende und in einem zweiten Schritt die berufsfeldbezogenen Kernkompetenzen für die 13. Schulstufe durch Standards definiert wurden. Die Pilotierung erfolgt(e) in drei Pilotphasen (Oktober 2007 bis Juni 2010).

Eng in Zusammenhang mit der Einführung der Bildungsstandards stehen Reformen der Lehrpläne/Curricula und der Reifeprüfung, wo derzeit ebenfalls eine Kompetenzorientierung stattfindet. Die neue **teilzentrale Matura** wird erstmals 2014 an allen allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) umgesetzt, die berufsbildenden höheren Schulen (BHS) folgen ein Jahr später. Die neuen Regelungen werden auch für Externistenmatura und Berufsreifeprüfung gelten. Die dafür notwendige Novelle des Schulunterrichtsgesetzes (BGBl. I Nr. 112/2009) ist seit 17. November 2009 in Kraft. Die neue Matura besteht aus drei Säulen: Eine vorwissenschaftliche Arbeit, standardisierte schriftliche Klausuren (bundesweit an einem Tag) in den Pflichtfächern Deutsch, Mathematik und erster lebender Fremdsprache sowie die mündlichen Prüfungen, die in der Kompetenz der Schule bleiben. Schulautonome Schwerpunkte müssen bei mindestens einer der drei Säulen berücksichtigt werden. Die Beurteilung der schriftlichen Pflichtklausuren erfolgt nach einem zentral vorgegebenen Notenschlüssel. Mit der Reform soll höhere Qualität, stärkere Vergleichbarkeit und Fairness sowie generell einen Wandel in der Lehr- und Lernkultur erzielt werden (vgl. Website des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, BMUKK: Virtuelle Pressestelle, 22.10.2009).

Im Oktober 2007 wurde ARQA-VET (Austrian Reference Point for Quality Assurance in Vocational Education and Training), die **Österreichische Referenzstelle für Qualität in der Berufsbildung**, geschaffen, die als Anlaufstelle und Serviceeinrichtung für alle Fragen zum Thema Qualität in der Berufsbildung dient und die Sektion II Berufsbildung des BMUKK bei der Umsetzung von QIBB und der nationalen und europäischen Aktivitäten des ENQA-VET (European Network for Quality Assurance) unterstützt ([www.arqa-vet.at](http://www.arqa-vet.at)).

Zum Thema **Professionalisierung** sind die in QIBB verankerten Maßnahmen „**Leadership Academy**“, ein österreichweites institutionenübergreifendes Qualifizierungsprojekt des BMUKK für Schulleiter/innen und Führungspersonen der Schulverwaltung, und die Entwicklung einer „**Quality Academy**“ zur Anerkennung von Kompetenzen im Bereich Qualitätsmanagement und Evaluation durch die Donau Universität Krems, zu nennen.

Im **Bereich der dualen Ausbildung (Lehrlingsausbildung)** gibt es seit Juni 2008 eine neue Förderung für Lehrbetriebe, die den Anspruch eines freiwilligen Qualitätssicherungssystems hat: den **Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit** (vgl. Beispiel untenstehend und 4.4). Gemäß der Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen (vgl. § 19c des Berufsausbildungsgesetzes, BAG) sind Betriebe förderbar, wenn deren Lehrlinge zur Hälfte der Lehrzeit erfolgreich an einem qualitätsbezogenen Ausbildungsnachweis (Praxistest) teilnehmen. Dazu haben Betriebe mehrere Voraussetzungen zu erfüllen, wie etwa das Führen einer Ausbildungsdokumentation zum Nachweis der Praxis hinsichtlich der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten des Berufsbildes und die positive Absolvierung eines Praxistests durch den Lehrling innerhalb eines festgelegten Zeitraumes während der Ausbildung.

In der Lehrlingsausbildung tragen weiters **überbetriebliche Ausbildungsverbände** zur Steigerung der Ausbildungsqualität bei. Primäres Ziel eines Ausbildungsverbandes ist, den Lehrstellenmangel zu bekämpfen. Durch Vernetzung in der Ausbildung erhalten auch spezialisierte Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit, Lehrlinge auszubilden, auch wenn sie die im jeweiligen Berufsbild festgelegten Positionen (Kenntnisse und Fertigkeiten) nicht zur Gänze vermitteln können, wodurch Lehrstellenplätze geschaffen werden können. Tatsächlich wurde jedoch nicht im erhofften Maße die Zahl der Lehrstellen erhöht, sondern stark an der Qualitätsschraube gedreht: Freiwillige Ausbildungsverbände, die zur Vertiefung

und Ergänzung der Kenntnisse und Fertigkeiten über das Berufsbild hinaus eingerichtet werden können, sorgen für eine qualitative Verbesserung der Lehrlingsausbildung. Aus heutiger Sicht ist diese Entwicklung besonders wichtig, um die Lehre im Konkurrenzumfeld der schulischen Ausbildung, aber auch unter dem Aspekt „Facharbeitermangel“ als sinnvolle und qualitativ hochwertige Ausbildung zu positionieren. In Österreich sind nach Schätzungen rund 5.000 Lehrbetriebe bzw. 15.000 Lehrlinge an Ausbildungsverbänden beteiligt (vgl. Lachmayr und Dornmayr 2008).

### Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB)

**Hintergrund:** QIBB wurde 2005/2006 als umfassendes Qualitätsmanagementsystem eingeführt, um die Qualität der berufsbildenden Schulen zu sichern und weiter zu entwickeln. Rahmenbedingungen, Anlässe und Herausforderungen für die Entwicklung von QIBB sind in der zunehmenden Autonomisierung der Schulstandorte, der Partizipation von Interessengruppen an der Weiterentwicklung des Schulwesens sowie in internationalen bzw. europäischen Diskursen und Entwicklungssträngen zu sehen. QIBB versteht sich explizit als die Umsetzung des auf europäischer Ebene entwickelten „Gemeinsamen Bezugsrahmens zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung“ (CQAF) (vgl. BMBWK 2006, 16 und 18-21).

Als **Ziele** von QIBB werden insbesondere genannt: Hilfe für Schulentwicklung, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, Professionalisierung; QIBB soll kein Überwachungsinstrument sein (vgl. BMBWK 2006, 12f.).

**Zielgruppen:** QIBB umfasst alle Bereiche des berufsbildenden Schulwesens der Sekundarstufe II, d.h. die Schulen, die Schulaufsicht und die zuständigen pädagogischen Fachabteilungen des Unterrichtsministeriums. QIBB baut auf dem 1999 lancierten Projekt „Qualität in Schulen“ (Q.I.S.) auf (vgl. 6.1.1).

**Status der Implementierung:** Im Schuljahr 2006/2007 wurde QIBB bereits nahezu flächendeckend an den Schulstandorten aller BMHS-Bereiche in ganz Österreich umgesetzt. Der Kern von QIBB liegt in der internen Selbstevaluierung und der systematischen Qualitätsentwicklung der Schulen (sowie der anderen Systemebenen). Bundesweite (bzw. auf die einzelnen Schultypen oder Regionen abgestimmte) Evaluationsschwerpunkte sowie Zielvereinbarungen auf Schul-, Schulaufsichts- und BMUKK-/Sektion Berufsbildungs-Ebene machen Entwicklungsschritte verbindlich. Eine Reihe von Instrumenten (vgl. Text untenstehend; weiters wäre die Online-Plattform für Feedback von Schüler/innen, LehrerInnen, Eltern zu nennen) wurde entwickelt, um die Aktivitäten in QIBB zu unterstützen und durch Vereinheitlichung vergleichbar zu machen.

Die zentralen Elemente von QIBB umfassen

- das Leitbild,
- die Q-Matrix (Prozesse/Qualitätsfelder, Indikatoren),
- die interne Evaluierung,
- die Qualitätsberichte,
- die Management und Performance Reviews sowie
- die externe Evaluierung.

Sämtliche dieser Elemente (bis auf die externe Evaluierung) wurden bereits für alle Systemebenen erarbeitet, wobei die Zielformulierungen im Sinne eines logischen Modells von der übergeordneten Ebene auf die untergeordneten herunter gebrochen sowie mit für die Ebene bzw. für den jeweiligen Schultyp spezifischen Details angereichert wurden.

Seit Herbst 2009 besteht mit „Peer Review in QIBB“ für berufsbildende Schulen ein erstes Angebot zur externen Evaluation auf Schulebene ([www.peer-review-in-qibb.at](http://www.peer-review-in-qibb.at)), welches im

Schuljahr 2009/2010 erstmals im Regelbetrieb an ca. zehn Schulen durchgeführt wird. Das Verfahren basiert auf einem auf europäischer Ebene entwickelten formativen, d.h. entwicklungsorientierten Peer-Review-Verfahrens für Schulen (vgl. die Europäischen Peer Review Projekte [www.peer-review-education.net](http://www.peer-review-education.net)), das in Österreich im Schuljahr 2008/2009 im Rahmen eines Peer Review Pilotprojekts mit sieben berufsbildenden Schulen erprobt und adaptiert wurde. Peer Review unterstützt gleichzeitig die Implementierung des CQAF/EQARF.

### Wirkungsbereich

QIBB gilt für das **gesamte berufsbildende System**. Ein offizieller Zusammenhang ist zwischen QIBB, der Entwicklung von Bildungsstandards und der Schaffung des Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR) ausgewiesen (vgl. QIBB-Website, [www.qibb.at](http://www.qibb.at)). Weiters steht QIBB inhaltlich in Zusammenhang mit anderen Vorhaben im Bildungsbereich, insbesondere mit Fragen der Weiterentwicklung der Schulautonomie, der Lehrplanentwicklung (Aktualität, „matching supply and demand“) etc.

Aufgrund der **Integration aller institutionellen Ebenen des Schulsystems** in QIBB ist grundsätzlich eine synergetische Nutzung von Informationen oder Entwicklungsmaßnahmen für andere bildungspolitische Vorhaben möglich. Es gibt allerdings keine öffentlich zugänglichen Informationen, ob und wie dies umgesetzt wird. Selbiges gilt auch für Kooperationen im Bereich der Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik.

### Evaluierung

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor von QIBB ist die **hohe Beteiligung** der Schulen von durchschnittlich 75 %, in den meisten Schultypen liegt der Anteil an QIBB umsetzenden Schulen bei 90 % oder mehr (Stand März 2007, vgl. Gutknecht-Gmeiner et al. 2007, S. 93). Dies ist insbesondere in Anbetracht der Freiwilligkeit der Teilnahme ein sehr hoher Wert: Es wurde in der Implementierungsphase mit Pull- und Motivationsfaktoren und einer schulnahen Implementierungsarchitektur (z.B. schulische Landesqualitätsprojektmanager/innen (LQPM) als Promotor/innen auf regionaler Ebene) gearbeitet und so relativ rasch eine kritische Masse an Teilnehmenden erzeugt.

Es liegen jedoch keine öffentlichen Informationen vor, welche Entwicklungsschritte an den Schulen bzw. auf der Systemebene tatsächlich durch QIBB ausgelöst und welche Wirkungen dadurch erzielt wurden. Dies ist insgesamt im Zusammenhang mit einer noch **fehlenden Metaevaluierung** zu sehen, die darüber Auskunft geben könnte, ob die Zielsetzungen von QIBB – unbürokratische Entwicklungsunterstützung, Beteiligung der verschiedenen Interessengruppen und Transparenz – aus Sicht der Betroffenen und Beteiligten erreicht wurden.

### Schlussfolgerungen

Die Implementierung von QIBB kann insgesamt als sehr erfolgreich bezeichnet werden, es ist ein hoher Grad der Umsetzung an den Schulen zu verzeichnen. Allerdings bleiben einige Fragen offen: Dies betrifft die Einführung von (weiteren) Maßnahmen zur externen Evaluierung auf allen Ebenen, die Metaevaluierung der QIBB-Implementierung sowie die systematische Nutzbarmachung der Initiative für andere Policy Bereiche. Längerfristig steht auch eine Neudefinition der Funktion der Schulaufsicht an.

### Quellen

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hg.) (2006): Qualitätsinitiative Berufsbildung, Wien.

Gutknecht-Gmeiner, Maria; Lachmayr, Norbert; Strasser, Christina und Gottwald, Regina (2007): Profilbildung in der Sekundarstufe. Bundesweite Erhebungen und Befragung von Schulleitungen, im

Auftrag der Arbeiterkammer Wien, August 2007.

[www.qibb.at](http://www.qibb.at)

[www.peer-review-in-qibb.at](http://www.peer-review-in-qibb.at)

[www.arqa-vet.at](http://www.arqa-vet.at)

[www.peer-review-education.net](http://www.peer-review-education.net)

### Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit

**Hintergrund:** Während mit QIBB seit 2005/2006 ein Qualitätsmanagementsystem für die vollzeitschulischen beruflichen Ausbildungen zur Verfügung steht, gab es für die duale Berufsausbildung (Lehrlingsausbildung) bis 2008 noch keine derartige Initiative. Mit dem Praxistest wurde nun auch in der dualen Ausbildung eine Art freiwillige Qualitätssicherung eingeführt.

Der Praxistest zur Mitte der Lehrzeit wird für alle Lehrberufe von den Lehrlingsstellen der Bundesländer organisiert. Die berufsbezogenen Inhalte und Standards der Praxistests wurden für jeden Lehrberuf vom Förderausschuss des Bundes-Berufsausbildungsbeirates beschlossen. Die Praxistests umfassen die Kenntnisse und Fertigkeiten des ersten Lehrjahres. **Ziel** ist es festzustellen, ob ein erwartbares Mindestniveau der Ausbildung zur Mitte der Lehrzeit erreicht ist.

**Zielgruppe:** Für alle Lehrlinge, die nach dem 27. Juni 2008 mit ihrer Ausbildung begonnen haben, besteht für deren Lehrbetriebe die Möglichkeit, die Förderung „Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit“ in Höhe von 3.000 Euro pro Lehrling zu erhalten. Damit wird die qualitativ hochwertige Ausbildung von Lehrbetrieben gefördert. Folgende Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein:

- Pro Lehrling ist eine Ausbildungsdokumentation (AD) zu führen.
- Der Lehrling muss einen Praxistest zur Mitte der Lehrzeit erfolgreich ablegen.
- Alle Lehrlinge eines Jahrganges im Lehrbetrieb müssen zum Praxistest antreten.
- Der Förderantrag muss bei der Lehrlingsstelle eingebracht werden.

Wie für die Lehrabschlussprüfung gibt es eine Prüfungsordnung für den Praxistest: die Praxistestordnung. Die Jury für den Praxistest besteht aus zwei Expert/innen aus dem jeweiligen Lehrberuf, ähnlich der Lehrabschlussprüfungskommission. Es handelt sich um je eine/n Arbeitgeber- und eine/n Arbeitnehmervertreter/in.

Die ersten Praxistests wurden im Herbst 2009 durchgeführt, es liegen noch keine Daten dazu vor.

### Wirkungsbereich

Der Praxistest ist ein **bundesweites** Angebot für **alle Lehrberufe**. Organisiert werden die Praxistests von den Lehrlingsstellen der Bundesländer. Die Förderung kann von allen **Betrieben** beantragt werden, die berechtigt sind, Lehrlinge nach dem Berufsausbildungsgesetz (BAG) oder dem Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz (LFBAG) auszubilden.

### Evaluierung

Derzeit (Stand: Nov. 2009) liegen noch keine Daten zu Beteiligung und Auswirkung des Praxistests vor.

### Schlussfolgerungen

Die Förderung der Lehrbetriebe mit dem Praxistest zur Mitte der Lehrzeit und der Aus-

bildungsdokumentation stellt die Weichen für eine Bewegung in Richtung Qualität der Ausbildung.
---

<b>Quellen</b>
----------------

<a href="http://wko.at">http://wko.at</a> und <a href="http://www.lehre-foerdern.at">www.lehre-foerdern.at</a>
--

## 6.2 Förderung der Exzellenz in der Berufsbildung

Für nahezu alle bestehenden Berufssparten finden landesweite **Berufswettbewerbe bzw. Lehrlingswettbewerbe** statt (in Wien z.B. bereits seit 1953, durchgeführt von der Arbeiterkammer gemeinsam mit den Gewerkschaften und Berufsschulen). Dabei findet eine Überprüfung der Kenntnisse und Fertigkeiten statt, die Lehrlinge in Berufsschule und Betrieb vermittelt werden. Die Besten werden zum/zur Landessieger/in gekürt. Die Berufswettbewerbe sind somit eine „Leistungsschau“ und gleichzeitig eine Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung (im Rahmen der dualen Ausbildung) bzw. die Abschlussprüfung (in der vollschulischen dreijährigen Berufsausbildung). Auch bei **internationalen Berufswettbewerben** wie „WorldSkills“ (Berufsweltmeisterschaften), die all zwei Jahre ausgetragen wird, werden regelmäßig sehr gute Ergebnisse von den österreichischen Teilnehmer/innen erzielt. Hierbei sind die Wettbewerbe in den einzelnen Berufen auch als ein Wettstreit der Berufsbildungssysteme zu sehen. So trifft das duale Berufsausbildungssystem, welches auf einige mitteleuropäische Länder beschränkt ist, auf rein schulische Systeme (vorwiegend in Nordeuropa und Asien) oder das im Wesentlichen unternehmensspezifische Bildungssystem der USA und anderer Länder. Seit 2007 ist Österreich auch Mitglied bei ESPO (European Skills Promotion Organisation). ESPO organisierte im Jahr 2008 den ersten EuroSkills-Wettbewerb, der seit diesem Zeitpunkt alternierend zu WorldSkills alle zwei Jahre in einem EU-Mitgliedsstaat stattfindet (vgl. Website von Skills Austria, [www.worldskills.at](http://www.worldskills.at), 16.10.2009).

Seit 2008 wird jährlich der **Staatspreis „Beste Lehrbetriebe – Fit for Future“** auf Basis eines, im Jahr 2000 vom Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) ins Leben gerufenen Wettbewerbs vom Wirtschaftsministerium vergeben. Ziel des Staatspreises ist die Stärkung von Qualität, Innovation und Nachhaltigkeit in der Lehrlingsausbildung. Im Besonderen soll der Staatspreis ein starkes Signal für die Qualität in der Lehre setzen, die österreichische Wirtschaft für ihre herausragende Arbeit auf dem Gebiet der Jugendausbildung auszeichnen, dazu beitragen, neue Betriebe für die Lehrlingsausbildung zu gewinnen sowie Eltern und Jugendliche auf die gute Ausbildung in Österreichs Betrieben und das breite Spektrum von Lehrberufen aufmerksam machen (vgl. BMWA 2008 und [www.ibw.at/fitforfuture](http://www.ibw.at/fitforfuture)).

Im Bereich der vollschulischen Ausbildung ist die **Begabtenförderung** ein Anliegen der österreichischen Bildungsarbeit. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) hat in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung (öbzf) einen Grundsatzterlass zur Begabtenförderung erstellt, der mit Anfang des Schuljahres 2009/10 an alle Schulen erging und in dem die bildungspolitische Strategie der Begabungs- und Begabtenförderung festgelegt ist. Weiters definieren sich einige Schulen explizit als „Pilotschulen für Begabungs- und Begabtenförderung“ ([www.begabtenzentrum.at](http://www.begabtenzentrum.at)). Darunter finden sich auch Schulen der Sekundarstufe II, wenngleich die Beteiligung in diesem Sektor im Vergleich zur Primarstufe gering erscheint.

### 6.3 Höheres Qualifikationslevel in der Berufsbildung

In Ergänzung zur bisherigen Berufsreifeprüfung (BRP), die im Jahr 1997 erfolgreich implementiert wurde und seither regen Zuspruch erfährt, wurde im September 2008 das Ausbildungsmodell „**Lehre und Matura**“ gestartet. Dieses verfolgt das Ziel, die bisherige Form der Berufsreifeprüfung parallel zur Lehre oder mittleren Berufsausbildung zu absolvieren (vgl. Beispiel untenstehend).

Im Bereich der **Gesundheitsberufe** wurden die postsekundären Ausbildungen zu gehobenen medizinisch-technischen Diensten (z.B. Diätolog/in, Logopäd/in, Physiotherapeut/in) sowie zur Hebamme 2006 in tertiäre Fachhochschulen (FH) überführt (dieser Prozess dauert noch an). Mit der Integration in den FH-Sektor wurde u.a. eine Qualitätssteigerung der Ausbildung angestrebt (vgl. Beschluss des Fachhochschulrates vom 3. Juli 2004). Die Ausbildungen betragen weiterhin drei Jahre und schließen mit dem hochschulischen Titel Bachelor (BA) ab. Die ersten diesbezüglichen Abschlüsse wurden 2009 erworben.

Ebenso wurde die **Ausbildung von Lehrkräften** für Volks-, Haupt- und Berufsschulen mit Inkrafttreten des Hochschulgesetzes 2005 (BGBl. I Nr. 30/2006) in eine hochschulische Ausbildung umgewandelt. Seit 2007/08 erfolgt sie nunmehr an **Pädagogischen Hochschulen** (vormals Pädagogischen bzw. Berufspädagogischen Akademien), die mit dem Titel Bachelor (BA) abschließen (vgl. auch 6.5).

#### Lehre und Matura (Berufsmatura)

**Hintergrund/Ziele:** Nach der erfolgreichen Implementierung der Berufsreifeprüfung (BRP) im Jahr 1997, die regen Zuspruch erfährt, wurde im September 2008 auf Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und der Sozialpartner das Ausbildungsmodell „Lehre und Matura“ (auch als Berufsmatura bezeichnet) in einer österreichweiten Pilotphase gestartet. Während die bisherige BRP auf dem Abschluss einer Lehre, drei- bzw. vierjährigen berufsbildenden mittleren Schule, Krankenpflegeausbildung etc. aufbaut, ist durch eine Novelle des BRP-Gesetzes in dem neuen Modell eine parallele Vorbereitung auf den beruflichen Abschluss und die Matura möglich. Durch ein zusätzliches Förderprogramm ist diese Vorbereitung sowie auch der Antritt zur Prüfung für Lehrlinge kostenlos. Die Finanzmittel werden durch das BMUKK bereitgestellt.

Die wichtigsten Neuerungen im Detail:

- Die Vorbereitung auf die BRP erfolgt parallel zur Lehrlingsausbildung „im ersten Bildungsweg“.
- Drei der vier BRP-Teilprüfungen können schon vor dem Lehrabschluss abgelegt werden, die letzte Teilprüfung – wie bisher – nicht vor vollendetem 19. Lebensjahr.
- Die Fachbereichsprüfung (eine der vier BRP-Teilprüfungen) kann auch im Rahmen der Lehrabschlussprüfung (LAP) abgelegt werden.
- Für die drei Teilprüfungsfächer Deutsch, Englisch und Mathematik wurden einheitliche, kompetenzbasierte Curricula entwickelt.
- Die Teilprüfung Deutsch wird um einen mündlichen Prüfungsteil ergänzt (Qualitätssicherung).
- Eine projektorientierte Fachbereichsarbeit (aus der betrieblichen Praxis) ist möglich.

**Status der Implementierung:** Bereits im ersten Pilotjahr 2008/09 nahmen 3.000 Lehrlinge das Angebot „Lehre und Matura“ wahr. Im Jahr 2009/10 wird eine Ausweitung auf 4.000 Teilnehmer/innen angestrebt (vgl. Website des BMUKK: Virtuelle Pressestelle, 04.03.2009).

<b>Wirkungsbereich</b>
Das <b>österreichweite Modell</b> baut auf positiven Erfahrungen auf lokaler Ebene, die mit Pilotprojekten gemacht wurden, auf. Es wird damit auch ein weiterer Schritt in Richtung einer Verschränkung der betrieblichen und der vollschulischen beruflichen Ausbildung geleistet.
<b>Evaluierung</b>
Inwiefern die damit erworbene Hochschulzugangsberechtigung zu faktisch höheren Übertrittsquoten in tertiäre Ausbildungen führen wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen. Die Befunde der bisher bereits bestehenden BRP, die auch weiterhin im Zuge des Zweiten Bildungsweges erworben werden kann, zeigen hier, dass eine grundsätzliche Verbesserung erreicht werden konnte, wenngleich auf einem quantitativ eher niedrigem Niveau. Jedenfalls wird erreicht, dass das Ansehen dieser beruflichen Ausbildungen grundsätzlich verbessert werden kann, da formal <b>verbesserte vertikale Durchlässigkeit</b> ermöglicht wird.
<b>Schlussfolgerungen</b>
Insgesamt lässt sich an dieser Initiative zur weiteren vertikalen Durchlässigkeit erkennen, dass diesem Bereich seitens der Akteure und Akteurinnen des dualen Ausbildungssegments, aber auch auf Regierungsebene, hohe Aufmerksamkeit hinsichtlich struktureller Verbesserungen geschenkt wird.
<b>Quellen</b>
<a href="http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/bm/berufsmatura.xml">www.bmukk.gv.at/schulen/bw/bm/berufsmatura.xml</a> <a href="http://www.bic.at/bic_thema.php?id=1&amp;menu=51">www.bic.at/bic_thema.php?id=1&amp;menu=51</a> <a href="http://www.ausbilder.at/ausbilder/htm/pdf/bm_folder_schueler.pdf">www.ausbilder.at/ausbilder/htm/pdf/bm_folder_schueler.pdf</a> <a href="http://portal.wko.at/wk/startseite_dst.wk?DstID=8505">http://portal.wko.at/wk/startseite_dst.wk?DstID=8505</a>

#### 6.4 Erhöhung der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit im (Berufs-)Bildungssystem

In Österreich existiert eine breit ausgebaute, sehr differenzierte und allgemein hoch akzeptierte berufliche Erstqualifizierung auf der oberen Sekundarstufe. Durch die Differenzierung der beruflichen Bildungswege erwächst zunehmend Bedarf an der **Verbesserung der Durchlässigkeit** zwischen den unterschiedlichen Pfaden der beruflichen Erstausbildung (horizontale Durchlässigkeit) sowie durchgängige Möglichkeiten, Zugangsvoraussetzungen zu weiterführenden Bildungsangeboten zu erlangen (vertikale Durchlässigkeit).

Eine Verbesserung der Schnittstelle zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II wird mit dem **Modellversuch der Neuen Mittelschule (NMS)**, einer gemeinsamen Schule für alle 10- bis 14-Jährigen, angestrebt. Dieser startete im Schuljahr 2008/09. Derzeit besteht in Österreich die im europäischen Vergleich ungewöhnliche Praxis, Schüler/innen im Alter von zehn Jahren vor die Wahl zwischen „akademischer“ Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule (AHS-Unterstufe) und „praktischem“ Hauptschul-Bildungsweg zu stellen. Dieser Weg wurde als pädagogisch und gesellschaftlich zu früh erkannt. Die Schulwahl orientiert sich häufig an den Vorstellungen der Eltern, wodurch insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten benachteiligt sind. Mit der NMS soll der schichtspezifische Zugang zu Bildung aufgelöst und damit Maßnahmen zur Verbesserung des Schulwechsels an den „Nahtstellen“ gesetzt werden. Der Modellversuch befindet sich gegenwärtig im zweiten Jahr (vgl. Kap. 5.1).

Mit einer Novelle des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) im Jahr 2006 wurden gesetzliche Grundlagen für die **Modularisierung der Lehrlingsausbildung** (duale Ausbildung) geschaffen (vgl. Beispiel untenstehend). Diese hat die Flexibilisierung und Erhöhung der horizontalen Durchlässigkeit innerhalb der dualen Berufsausbildung, das bessere Eingehen auf Branchenbedürfnisse, die Steigerung der Zahl der Ausbildungsbetriebe sowie die Verzahnung von Erstausbildung und Spezialisierung in Berufen zum Ziel. Zudem werden im Sinne eines lebenslangen Lernens die Berufsschulen für die berufsbegleitende Weiterbildung geöffnet, womit auch nach Beendigung der Lehrzeit die von den Berufsschulen modular angebotenen Inhalte zur Weiterbildung genutzt werden können.

Mit dem Modell „**Lehre und Matura**“ wurde 2008 eine Initiative gestartet, die das Ziel verfolgt, die bisherige Form der Reifeprüfung im Anschluss an eine Lehre oder mittlere Berufsausbildung stärker in die Erstausbildung zu integrieren und damit die Lehre attraktiver zu machen sowie die vertikale Durchlässigkeit zu erhöhen (vgl. Kap. 6.3).

In der Entwicklung des Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR) kommt der **Anerkennung und Integration von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen** ein wesentlicher Stellenwert zu. Diesen Lernkontexten soll darin im Sinne des Lebenslangen Lernens grundsätzlich die gleiche Bedeutung wie den formalen Lernprozessen eingeräumt werden. Da die Verfahren und Methoden jedoch noch wenig etabliert sind, wird hier eine andere zeitliche Vorgabe angesetzt. Die praktische Umsetzung hat durchaus mehrjährige Erfahrungen (seit 1998) vorzuweisen, erfolgt gegenwärtig jedoch vielfach in lokalen oder regionalen Initiativen und zumeist auf Projektbasis. Hier können einzelne Projekte im Rahmen des EU-Programms Leonardo da Vinci identifiziert werden oder mehrere Portfolio-Projekte insbesondere zu Kompetenzaspekten der ehrenamtlichen Tätigkeit, EQUAL-Entwicklungspartnerschaften, Migrant/inneninitiativen, die Weiterbildungsakademie (vgl. Beispiel untenstehend), Kompetenzbilanz des Zukunftszentrums Tirol, etc. (für eine umfassendere Darstellung vgl. Zürcher 2007, 115f).

Ein Best Practice-Modell eines auf Kompetenzen aufgebauten Akkreditierungs- und Anerkennungssystems ist die **Weiterbildungsakademie (wba)**: Sie zertifiziert und diplomiert seit 2007 Erwachsenenbildner/innen, in dem sie Kompetenzen, Inhalte und Standards vorgibt und deren Nachweise überprüft und anerkennt. Die wba vergibt einen zweistufigen beruflichen Abschluss mit Zertifikat und Diplom und unterstützt die Durchlässigkeit zwischen Erwachsenenbildung und universitärer Aus- und Weiterbildung ([www.wba.or.at](http://www.wba.or.at)) (vgl. BMUKK und BMWF 2009, 37f).

#### **Weiterbildungsakademie (wba)**

**Hintergrund/Ziele:** Die wba zertifiziert und diplomiert seit 2007 **Erwachsenenbildner/innen** in einem speziellen Standardisierungs- und Anerkennungsverfahren, in dem sie Kompetenzen, Inhalte und Standards vorgibt und deren Nachweise überprüft. In der Erwachsenenbildung tätige Personen können über die modular aufgebauten Abschlüsse ihre in vielfältiger Weise erworbenen Kompetenzen und Praxiszeiten anrechnen lassen. Sie erhalten ein anerkanntes Zertifikat bzw. Diplom. Die noch ausständigen Kompetenzen erwerben Erwachsenenbildner/innen in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen für Erwachsene. Die Entwicklungsarbeiten wurden in einem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und ESF finanzierten Projekt geleistet, in dem alle zentralen Erwachsenenbildungsverbände sowie Vertreter/innen der Wissenschaft eingebunden waren.

**Zielgruppe:** Als Zugangsvoraussetzungen zur wba gelten eine abgeschlossene Berufsausbildung (z.B. Lehrabschluss) oder ein über das Pflichtschulniveau hinausgehender Schulabschluss (allgemeinbildender oder berufsbildender Schulen). Zudem muss Praxis im Erwachsenenbildungsbereich nachgewiesen werden.

<p>Folgender <b>Ablauf</b> ist vorgesehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Information und Beratung Interessierte erhalten erste Auskünfte und Informationen zum Modell der wba bei Berater/innen in den Bundesländern.</li> <li>2. Standortbestimmung Die Standortbestimmung ist der erste Schritt zum/r „Zertifizierten bzw. Diplomierten Erwachsenenbildner/in“. Sie bietet die Möglichkeit, bereits erworbene Kompetenzen von der wba überprüfen und anerkennen zu lassen.</li> <li>3. Bildungsplan Mit einem/einer speziell geschulten Berater/in in der wba werden die bereits erfüllten und die noch offenen Anforderungen für den Abschluss als „Zertifizierte/r Erwachsenenbildner/in“ geklärt.</li> <li>4. Kompetenzerwerb Im Anschluss erwerben die Kandidat/innen die noch fehlenden Kompetenzen. Ihr/e Berater/in in der wba unterstützt bei der Suche nach passenden Angeboten.</li> <li>5. Abschluss „Zertifizierte/r Erwachsenenbildner/in“ Wenn die dreitägige Zertifizierungswerkstatt absolviert und alle geforderten Kompetenzen nachgewiesen wurden, erhält man das wba-Zertifikat I.</li> <li>6. Abschluss „Diplomierte/r Erwachsenenbildner/in“ Wenn das Abschlusskolloquium bestanden und alle für das wba-Zertifikat II geforderten Kompetenzen nachgewiesen wurden, erhält man das wba-Zertifikat II.</li> </ol>
<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p>Abschlüsse der wba bieten <b>Anschlussmöglichkeiten hin zur universitären Aus- und Weiterbildung</b>. So werden z.B. für den Master-Lehrgang „MAS Career Management – Laufbahnberatung“ an der Universität Klagenfurt, der sich speziell an Erwachsenenbildner/innen mit Schwerpunkt Beratung richtet, 40 ECTS-Punkte des Diploms der wba angerechnet.</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p>Die wba zeichnet sich durch Antizipation wichtiger europäischer bildungspolitischer Ziele (Anerkennung von nicht-formal und informell erworbenem Wissen, Einordnung von Qualifizierungen in ein Referenzmodell, Zielgruppe Schlüsselpersonen des LLL etc.) aus. Der Innovationswert der wba liegt – so zeigt sich – nicht vorrangig in einem neuen Ausbildungskonzept oder neuen Inhalten, sondern in einer Verschränkung von Anerkennung erworbener Kompetenzen einerseits und einer beratungsunterstützten Vervollständigung des Kompetenzprofils von Einzelpersonen im Hinblick auf eine verbandsübergreifend akzeptierte Qualifikation „Erwachsenenbildner/in“ andererseits. Insofern ist dies ein <b>Unikatsangebot in Österreich</b>, das bestehende Angebote aufgreift, Angebotslücken identifiziert, diese füllen hilft und Lernergebnisse zusammenführt bzw. sie transparent macht.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p>Die wba könnte einen wesentlichen Impuls für die Professionalisierung von Lehrenden in der außerschulischen Erwachsenenbildung leisten. Die Entwicklung der kommenden Jahre wird zeigen, ob die Zertifikate bzw. Diplome nachhaltig bei Bildungseinrichtungen und Lehrenden auf Akzeptanz stoßen.</p>
<p><b>Quellen</b></p> <p>Schlögl, Peter; Gutknecht-Gmeiner, Maria und Schacherbauer, Eva (2006): Machbarkeitsstudie zu einem modularen Qualifizierungssystem „Weiterbildungsakademie“ für lehrende und pädagogisch-planende Personen in der Erwachsenenbildung, BildungsberaterInnen und BibliothekarInnen, i.A. des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Projektbericht des ÖIBF.</p> <p><a href="http://www.wba.or.at">www.wba.or.at</a></p>

## 6.5 Lehrende in der Berufsbildung

Die **Ausbildung von Lehrkräften in berufsbildenden Aus- und Weiterbildungsprogrammen** ist in Österreich, je nach Bildungspfad, unterschiedlich geregelt. Neben der universitären Ausbildung gab es bisher postsekundäre Akademien und Erwachsenenbildungseinrichtungen.

2006 wurde im Zuge einer Reform der Lehrer/innenaus- und -weiterbildung für den Pflichtschulbereich die bis dahin postsekundären (Berufs-)Pädagogischen Akademien in **tertiäre Pädagogische Hochschulen (PH)** umgewandelt. Aus den 51 Instituten wurden neun öffentliche und fünf private PHs. Die neuen PHs wurden konform zur Bologna-Studienarchitektur aufgebaut und bieten Bachelor-Studienprogramme (hochschulischer Grad „Bachelor of Education“) an. Sie haben weiters gesetzliche Aufträge zur Kooperation mit Universitäten sowie zur Durchführung angewandter, berufsfeldbezogener Forschung.

Für die berufliche Bildung in Österreich sind hier zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: erstens, dass nunmehr auch Lehrer/innen des dualen Systems (Berufsschullehrer/innen) hochschulisch ausgebildet werden, und zweitens, dass ein umfassendes Fort- und Weiterbildungsprogramm der Lehrkräfte aller berufsbildenden Schulen (auch der mittleren und höheren Vollzeitschulen) an diesen neuen Hochschulen angeboten wird.

Die **universitäre Lehrer/innenausbildung** befindet sich gegenwärtig ebenfalls im Umbruch, in erster Linie bedingt durch die Umsetzung der Bologna-Architektur in den Studienprogrammen. Dies betrifft primär die Ausbildungen der Lehrkräfte in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Für die **betrieblichen Ausbilder/innen** im Rahmen der Lehrlingsausbildung gab es seit Beginn des Kopenhagen Prozesses keine gesetzlichen Änderungen. Die Neuerungen in diesem Bereich beziehen sich eher auf regionale und überregionale Vernetzungen oder Weiterbildung der Ausbilder/innen, beispielsweise:

- [www.ausbilder.at](http://www.ausbilder.at) (vgl. Beispiel untenstehend);
- Tiroler Ausbilderforum ([www.ausbilderforum.at](http://www.ausbilderforum.at)), das seit 2000 in Kooperation des Landes Tirol und der Sozialpartner (Arbeiterkammer, Berufsförderungsinstitut, Gewerkschaft, Wirtschaftsförderungsinstitut) bei der Tiroler Arbeitsmarktförderungsgesellschaft m.b.H (AMG) besteht und das Imagestärkung der Lehre und Lehrlingsausbildung, Weiterbildung sowie Vernetzung anbietet;
- Ausbilder/innenforum der Arbeiterkammer (AK) Wien und des Berufsförderungsinstituts (bfi) Wien, das seit 2006 regelmäßig kostenlose Informationsabende zu aktuellen Themen anbietet.

Die **Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in der Gesundheits- und Krankenpflege** wurde bisher durch krankenanstalteninterne Lehrgänge, Universitätslehrgänge oder Lehrgänge universitären Charakters, die behördlich anerkannt waren, durchgeführt. Seit 2007 werden diese Ausbildungen – zumindest in einzelnen Bundesländern – zunehmend in den Fachhochschulsektor übergeführt und im Rahmen von Bachelor- oder Masterstudienprogrammen umgesetzt. Inwiefern eine vollständige Überführung stattfinden wird, lässt sich zurzeit jedoch nicht abschätzen.

Anfang 2009 wurde vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) sowie vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWFF) eine Arbeitsgruppe zur **Neugestaltung der Lehrer/innenausbildung und deren Rahmenbedingungen** eingesetzt. Die aus nationalen und internationalen Expert/innen bestehende AG soll die zentralen Eckpunkte für eine moderne Ausbildung für Lehrer/innen erarbeiten. Die Grundlagen dafür bilden: eine Ausbildung auf tertiärem Niveau für alle im Lehrberuf Tätigen (inkl.

Kindergartenpädagog/innen), höchstes pädagogisches und inhaltliches Niveau während der gesamten Ausbildung, Aufnahmeverfahren als Orientierungshilfen und zur Qualitätssicherung, eine verstärkte Durchlässigkeit zwischen den Schultypen sowie die Möglichkeit des Quereinsteigens. Die Vorschläge der Expert/innengruppe sollen im ersten Halbjahr 2010 mit allen Betroffenen und Interessengruppen diskutiert werden. Im Anschluss soll mit der Erarbeitung der neuen Rahmenbedingungen wie z.B. der Weiterentwicklung des Universitätsgesetzes 2002 und des Hochschulgesetzes 2005 begonnen werden. Parallel dazu soll auch ein neues Dienst- und Besoldungsrecht ausgearbeitet werden (Website des BMUKK: Lehrer/innenausbildung neu, 26.02.2009).

<b>Informationsplattform <a href="http://www.ausbilder.at">www.ausbilder.at</a></b>
<p><b>Hintergrund:</b> Die Informationsplattform <a href="http://www.ausbilder.at">www.ausbilder.at</a> ist ursprünglich aus den nationalen Initiativen des TNet Austria hervorgegangen. Im Rahmen eines konzeptionellen Relaunch im Jahr 2007 wurde ein zeitgemäßes Layout sowie aktuelle Möglichkeiten des Mediums Internet genutzt, um es serviceorientiert zu gestalten. Die redaktionelle Betreuung erfolgt durch das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw).</p> <p><b>Ziele:</b> Das Online-Informationsangebot für betriebliche Ausbilder/innen bietet eine umfangreiche Ressourcensammlung für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen, relevante Unterlagen sowie aktuelle Informationen über Weiterbildungsmöglichkeiten und einschlägige Veranstaltungen sowie Beispiele guter Praxis an. Träger der Initiative ist die Wirtschaftskammer Österreich sowie das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).</p> <p><b>Zielgruppen:</b> Lehrlingsausbilder/innen, Lehrbetriebe</p> <p><b>Status der Implementierung:</b> <a href="http://www.ausbilder.at">www.ausbilder.at</a> stellt eine durch die redaktionelle Betreuung gut gewartete Website dar, die für die betriebliche Bildungspraxis zugeschnittene Informationen sowie detaillierte Daten und Berichte bietet, aber auch darüber hinaus Interessantes in gebündelter Form aufbereitet. Eine Weiterentwicklung in inhaltlicher und grafischer Hinsicht ist für das erste Halbjahr 2010 geplant.</p>
<b>Wirkungsbereich</b>
Die <b>öffentlich zugängliche Website</b> bietet nationale rechtliche Grundlagen, Daten und Fakten zur Lehrlingsausbildung und zum Bildungswesen allgemein sowie zu europäischen Berufsbildungsinitiativen (ECVET, EQF, LLL etc.). Weiters werden Praxismaterialien für die betriebliche Ausbildung (Auswahl von Lehrlingen, Leitfäden etc.) sowie Beispiele guter Praxis geboten. Eine Sammlung von sektorspezifischen Evaluierungsergebnissen, Studien und einschlägigen Publikationen zum Themenfeld, die direkt als Downloads zur Verfügung stehen, machen die Plattform sehr nutzer/innenfreundlich.
<b>Evaluierung</b>
<b>Rückmeldungen</b> von User/innen zu den Inhalten der Website sowie zu deren Benutzerfreundlichkeit werden vom Redaktionsteam laufend gesammelt und bei Updateschritten entsprechend implementiert. Eine Weiterentwicklung in inhaltlicher und grafischer Hinsicht ist für das erste Halbjahr 2010 geplant.
<b>Schlussfolgerungen</b>
Die <b>kontinuierliche Erreichung der Ausbilder/innen</b> in den knapp 40.000 Ausbildungsbetrieben im gesamten Bundesgebiet stellt eine große Herausforderung dar. Die Unterstützung bei Ausbildungsprozessen sowie die Aktualität von Informationen und Daten lassen sich aber über das Internet entscheidend verbessern. Die Praxis der betrieblichen Ausbilder/innen ist oftmals davon gekennzeichnet, dass ad hoc Herausforderungen zu

lösen sind oder möglichst aktuelle Informationen benötigt werden.

**Quellen**

[www.ausbilder.at](http://www.ausbilder.at)



Daniel Köster (ibw)

## 7. Stärkung der Kreativität und Innovation

In Österreich gab es im Zeitraum von 2000 bis 2010 **keine längerfristigen strukturellen bildungspolitischen Maßnahmen** zur Erhöhung der Kreativität und Innovation, aber eine große Zahl von einzelnen **Projekten, Initiativen, Partnerschaften und Förderungen** mit sehr unterschiedlichen Ansätzen, Wirkungsbereichen und Laufzeiten.

Die Bedeutung von Kreativität, Innovation und Unternehmergeist wird auf einer theoretischen Ebene von einer großen Mehrheit der Stakeholder/innen in Österreich (Politik, Bildungsanbieter, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter/innen) als Schlüsselfaktor für wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit erkannt. Konkrete Maßnahmen in diesem Bereich sind aber zwei Schwierigkeiten ausgesetzt:

1. Kreativität und Innovation lassen sich nicht „verordnen“, sondern erwachsen aus geeigneten strukturellen Rahmenbedingungen.
2. Das österreichische Bildungssystem ist sehr segmentiert.

Deshalb kann es in diesem Bereich naturgemäß wenig Maßnahmen geben, die nur auf gesetzlicher Ebene eingreifen. Tatsächlich gibt es im Berichtszeitraum in Österreich keine gesetzlichen Neuerungen, die im Berufsbildungssystem die Rahmenbedingungen dahingehend verändert hätten, dass nun in höherem Maße als zuvor eigenständiges Denken, Eigeninitiative sowie das Erkennen und die Aktivierung ungenutzter Ressourcen begünstigt und gefördert würde. Die in Österreich historisch bedingte Segmentierung in akademische und nicht-akademische/berufsbildende Bildungswege und innerhalb des Berufsbildungssystems in Sektoren ist stark im Bewusstsein und in der öffentlichen Wahrnehmung verankert. Neue Ansätze, bereichsübergreifende Initiativen und die Umsetzung von innovativen Ideen in der Berufsbildung werden dadurch nicht begünstigt.

Nichtsdestotrotz gibt es eine große Zahl von Projekten, Initiativen, Partnerschaften, Förderungen etc., die darauf abzielen, kreative Fähigkeiten, Innovationspotenziale und Unternehmergeist zu stärken. Dieser vor allem **projektbasierte Ansatz** in Österreich ist in Anbetracht der oben genannten Schwierigkeiten folgerichtig und geeignet. Im nachfolgenden Abschnitt werden exemplarisch Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen beschrieben.

Im Zusammenhang mit Kreativität und Innovation sind zwei österreichische Besonderheiten zu nennen: zum einen die Schulautonomie, zum anderen die duale Ausbildung (Lehrlingsausbildung).

**Schulautonomie:** Sowohl im Pflichtschulbereich als auch im Bereich der berufsbildenden Schulen überlässt das Schulrecht (Schulorganisationsgesetz, SchOG u.a.) den Schulen die Möglichkeit, innerhalb von bestimmten Vorgaben, schulautonome Lehrplanbestimmungen vorzunehmen. Im internationalen Vergleich ist diese Autonomie relativ hoch. Für viele Initiativen und Projekte im Bereich der Förderung von Kreativität und Innovation ist diese Autonomie der Rahmen und das Instrument, das die Schulen für eigene Maßnahmen verwenden. Im Wesentlichen wurde die Schulautonomie in den 1990er Jahren eingeführt. Im Berichtszeitraum der vorliegenden Studie gab es keine Änderungen der Schulautonomie, die die Grundvoraussetzung für Initiativen im Bereich Kreativität/Innovation ändern würden.

**Duale Ausbildung (Lehrlingsausbildung):** Das Konzept der dualen Ausbildung grenzt sich von rein schulischen Ausbildungen durch die starke betriebliche Anbindung ab. Durch den regelmäßigen Wechsel der Lehrlinge zwischen praxisbezogenem Lehrbetrieb und eher theoretisch ausgerichteter Berufsschule wird der ständige Wechsel von Theorie zur Praxis

und von praktischen Fertigkeiten zurück auf eine systematische Reflexionsebene eingeübt. Verschiedene neue Studien belegen empirisch, dass das System der dualen Berufsausbildung in Österreich ein hohes Potenzial zur Innovationsbildung hat und insbesondere auch unternehmerisches Denken durch die dem System immanente Anforderungsvielfalt und Eigenverantwortlichkeit fördert (vgl. Ebner et al. 2008, S. 207ff).

Die Lehre und die Möglichkeiten der Schulautonomie sind **Stärken des österreichischen Berufsbildungssystems**. Dennoch ist eine weitere Überprüfung der Rahmenbedingungen und der Struktur des Berufsbildungssystems auf ihre Kreativitäts- und Innovationstauglichkeit hin notwendig.

## 7.1 Kreativität, Innovation und Entrepreneurship in der Berufsbildung

Wie oben dargelegt gibt es im Berichtszeitraum keine Änderungen in der Struktur des Berufsbildungssystems oder in den Curricula, die sektorenübergreifende Fähigkeiten, Innovation, Kreativität oder Unternehmertum grundlegend stärker in den Vordergrund stellen würden als zuvor. Unter den Projekten, die durchaus zahlenmäßige Breitenwirkung entfalten, wird hier eine Initiative beschrieben, deren besonderer Fokus auf der Stärkung der unternehmerischen Kompetenzen liegt.

### Unternehmerführerschein / Entrepreneur's Skills Certificate

**Hintergrund der Maßnahme:** Fundiertes Wirtschaftswissen, Entrepreneurship und unternehmerische Kompetenz sind kein Spezialwissen für Fachleute, sondern müssen in einer wettbewerbsfähigen und dynamischen wissensgestützten Gesellschaft Teil einer umfassenden Allgemeinbildung sein. Deshalb entwickelte die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) den so genannten „Unternehmerführerschein“ (UF), **ein Lernprogramm und ein einheitliches, zertifiziertes Prüfungssystem**, das von Schüler/innen freiwillig absolviert werden kann.

**Ziele:** Die wirtschaftliche Kompetenz von Schüler/innen soll gestärkt werden, um **unternehmerisches Denken als Grundkompetenz** langfristig zu fördern. Gleichzeitig soll die Zusatzqualifikation, die durch den Unternehmerführerschein erworben wird, auf einem einheitlichen Standard beruhen, der auch von arbeitgebenden Unternehmen anerkannt wird. Deshalb war es auch beabsichtigt, bei der Entwicklung der Lern- und Prüfungsmodule einen einheitlichen Standard von wirtschaftlichem / unternehmerischem Grundwissen zu definieren.

**Zielgruppe(n):** Schüler/innen, Schulen, Unternehmen

**Status der Implementierung:** Im Schuljahr 2004/2005 wurde der UF erstmals als Modellinitiative durchgeführt. Viele Schulen bieten den UF im Rahmen des regulären Geografie- und Wirtschaftskundeunterrichts, eines Wahlpflichtfaches oder einer unverbindlichen Übung an. Für die Schulen ist dies auch eine Möglichkeit, im Rahmen der oben geschilderten Schulautonomie eigene Schwerpunkte zu setzen. Der UF besteht aus vier Teilmodulen: drei Basismodule (Modul A ab der achten Schulstufe, Module B und C in der Oberstufe für 14-19-jährige) und ein weiterführendes Aufbaumodul („UP“, das auch nach Schulabschluss an einer Erwachsenenbildungsinstitution absolviert werden kann). Im November 2009 waren es österreichweit insgesamt 147 Schulen, an denen im Jahr 2009 UF-Prüfungen abgelegt wurden. Die Zahl der Schulen, an denen UF-Module unterrichtet werden, ist wahrscheinlich noch höher, da statistisch nur Prüfungen registriert werden. Seit der Einführung 2004 sind 16.380 Modulprüfungen in Österreich abgelegt worden.

<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p>Der Unternehmerführerschein ist eine <b>freiwillige Zusatzqualifikation</b>, die Schulen und Schüler/innen in ganz Österreich angeboten wird.</p> <p>Ursprünglich war der UF primär für allgemeinbildende höhere Schulen (AHS) konzipiert, d.h. für Schulen die keine fachliche berufsbildende Ausrichtung haben. De facto verzeichnet die Wirtschaftskammer aber ein wachsendes Interesse auch von Polytechnischen Schulen und land- und forstwirtschaftlichen Schulen. 110 der 147 teilnehmenden Schulen sind Gymnasien. Dies entspricht ca. <b>einem Drittel aller österreichischen Gymnasien</b>.</p> <p><b>Hauptakteure/-akteurinnen:</b> Wirtschaftskammer Österreich, teilnehmende Schulen und Schüler/innen</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p>Inwieweit die unternehmerische Kompetenz der Schüler/innen, die die UF-Prüfungen ablegen, tatsächlich gewachsen ist bzw. wächst, ist bisher nicht evaluiert worden. Zur Evaluierung der Effizienz können deshalb nur zwei indirekte Indikatoren herangezogen werden: die <b>Zahl der erfolgreichen Prüfungen</b> und die <b>Zahl der teilnehmenden Schulen</b>. Beide Zahlen (vgl. Text obenstehend) wachsen seit Projektbeginn kontinuierlich und deuten auf einen Erfolg hin. In Anbetracht der reinen Freiwilligkeit der Maßnahme ist die Teilnahme eines Drittels der österreichischen Gymnasien beachtenswert. Die Übernahme des Modells des UF in anderen Ländern (Deutschland, Frankreich, Irland, Tschechien, Russland, Schweiz, Luxemburg, Polen und im Kosovo) ist ein weiterer Hinweis auf die Signifikanz des Konzeptes.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p>Die steigenden Teilnehmer/innenzahlen am UF deuten darauf hin, dass das Angebot einem Bedarf entspricht und die Teilnahme für die Schüler/innen (bzw. die Eltern) einen (gefühlten) Nutzen hat.</p> <p>In Anbetracht der Tatsache, dass das Projekt nach fünf Jahren nun beginnt, Breitenwirkung an den österreichischen Gymnasien zu entfalten, wäre eine umfassende <b>Evaluierung</b> lohnend, insbesondere im Hinblick auf tatsächlich erworbene Kompetenzen und den Mehrwert am Arbeitsmarkt.</p>
<p><b>Quellen</b></p> <p>Homepage des Unternehmerführerscheins: <a href="http://www.unternehmerfuehrerschein.at/">http://www.unternehmerfuehrerschein.at/</a></p> <p>Presseaussendung der Wirtschaftskammer Österreich zum fünfjährigen Bestehen des UF: <a href="http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091201_OTS0227/schmied-und-leitl-in-linz-5-jahre-unternehmerfuehrerscheinsind-5-jahre-foerderung-des-unternehmergeists/channel/politik">http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091201_OTS0227/schmied-und-leitl-in-linz-5-jahre-unternehmerfuehrerscheinsind-5-jahre-foerderung-des-unternehmergeists/channel/politik</a></p>

## 7.2 Verbesserung der Qualität des Unterrichts

Das österreichische Schulwesen ist sehr segmentiert. Die Schulverwaltung ist durch eine unübersichtliche Kompetenzenlage gekennzeichnet. Entscheidungen werden sowohl auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Gemeinde- und Schulebene getroffen. Komparative Studien der OECD weisen auf einen geringen Effizienzgrad im Verhältnis von Bildungsausgaben zu schulischem Erfolg hin (vgl. Gonand, Journard, Price 2007). Dies betrifft allgemeinbildende und berufsbildende Schulen gleichermaßen. Initiativen zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts finden unter diesen Rahmenbedingungen statt.

### Cooperatives offenes Lernen („COOL“)

**Hintergrund der Maßnahme:** COOL (Cooperatives Offenes Lernen) ist ein Unterrichtskonzept, das auf verschiedenen reformpädagogischen Ansätzen, vor allem aber auf dem von Helen Parkhurst in den USA entwickelten Dalton-Plan basiert und das 1996 auf Initiative engagierter Lehrer/innen an einer Handelsschule in Steyr (Oberösterreich) als Schulversuch gestartet wurde. Anlass für diesen Schulversuch war die ausgeprägte Heterogenität der Schüler/innen in den ersten Klassen im Hinblick auf Altersstufen, Entwicklung, Leistungsfähigkeit, Lernmotivation und -geschwindigkeit, die eine herkömmliche, rein lehrer/innenzentrierte Unterrichtsarbeit nahezu unmöglich machte. Zudem wurde seitens der Arbeitswelt zunehmend die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung von Soft Skills in der schulischen Ausbildung laut. Aufgrund des Erfolges dieses Schulversuches wurde dieses Konzept bisher von rund 90 berufsbildenden Schulen (Stand: Juni 2009) übernommen und hat bereits Eingang in die Lehrpläne gefunden.

**Ziel:** COOL ist eine neue Form des Lehrens und Lernens, bei dem die Förderung und Entwicklung von mehr **Selbstständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teamfähigkeit** bei den Schüler/innen im Vordergrund steht. Dies geschieht durch ein größtmögliches Maß an **Freiheit für das Individuum im Lernprozess** bei gleichzeitiger Verantwortung für die **Gemeinschaft**. Dabei sollen in besonderer Weise die Ressourcen und Potenziale des Einzelnen gefördert werden, nicht im Sinne einer Elitebildung, sondern durch eine **Differenzierung der Lernmethoden**.

Die wesentlichen **Merkmale** von COOL sind:

- Die Lehrer/innen kooperieren in Klassenlehrerteams. Das schließt regelmäßige Team-sitzungen, Einstiegsklausuren zu Beginn des Schuljahres und so genannte „Coolzilien“, Zusammenkünfte von Delegierten der Klassenlehrerteams zwecks Reflexion und Weiterentwicklung des COOL-Projektes, ein.
- Die Schüler/innen arbeiten mit schriftlichen, oft auch fächerübergreifenden Assignments (Arbeitsaufträgen). In bis zu einem Drittel der Unterrichtszeit haben die Schüler/innen die Wahlfreiheit, wann, wo und wie sie die gestellten Aufgaben (aus sechs bis acht Fächern) bis zu den vorgegebenen Terminen bewältigen wollen.
- Die Lehrenden werden zur Moderator/innen, zu Coaches, zu Begleiter/innen des Lernprozesses und können so auf die einzelnen Schüler/innen eingehen und sie gezielt fördern.
- Durch so genannte „Feedbackbögen“ zum Arbeits- und Sozialverhalten werden Schüler/innen zur kritischen Selbstreflexion angeregt.
- In der wöchentlich bzw. vierzehntägig stattfindenden Klassenratssitzung besprechen die Schüler/innen ihre Anliegen, trainieren Gesprächsregeln und Protokollführung und erlernen Moderationstechniken.
- In mehrmals pro Semester stattfindenden Lehrer/innen-Schüler/innen-Foren (je ein/e gewählte/r Lehrer- und Schülervertreter/in pro Klasse) werden gemeinsame Regeln des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens im COOL-Bereich erarbeitet und in „Verträge“ festgeschrieben.
- Die Eltern werden in die schulische Unterrichts- und Erziehungsarbeit eingebunden. In regelmäßigen Elternabenden (mindestens drei Mal pro im Jahr) werden Anregungen, Wünsche und Befürchtungen zum Thema gemacht.

**Zielgruppe:** Lehrer/innen, Schüler/innen, Eltern

**Status der Implementierung:** Die Anfänge dieser Initiative gehen auf das Jahr 1996 zurück. Seither wurde die Idee kontinuierlich weiterentwickelt. Im Jahr 2001 wurde ein COOL-Impulszentrum durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) zum Zwecke der Weiterentwicklung, Verbreitung und Vernetzung von COOL an berufsbildenden Schulen gegründet. 2002 wurde ein bundesweiter COOL-Akademielehr-

<p>gang für Lehrende eingerichtet, die COOL als Unterrichtskonzept an ihren Schulen implementieren möchten. Seit 2006 wird verstärkt daran gearbeitet, die COOL-Methode auf E-Learning anzuwenden (eCOOL Initiative).</p>
<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p>COOL kann, auf freiwilliger Basis, in <b>Schulen in ganz Österreich</b> implementiert werden.</p> <p><b>Hauptakteure/-akteurinnen:</b> Impulszentrum „Cooperatives Offenes Lernen“, teilnehmende Schulen, Schüler/innen, Lehrer/innen, Eltern</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p><b>Effizienz/Effektivität:</b> Das COOL-Konzept wurde bereits <b>mehrfach evaluiert</b> (vgl. Greimel-Fuhrmann 2006). Mehrere Studien bestätigen die positiven Effekte vor allem auf die Entwicklung von Soft Skills bei den Schüler/innen und auf die Berufssituation der Lehrkräfte. Eine empirische Untersuchung (vgl. Maderthaler und Altrichter 2007) hebt insbesondere die wahrgenommene Wirkung des Projektes an den teilnehmenden Schulen auf die <b>Zusammenarbeit im Lehrerkollegium</b> und die <b>Selbstorganisation von Lern- und Arbeitsprozessen</b> hervor.</p> <p><b>Erfolgsindikatoren:</b> Erfolgsindikatoren, die dem COOL-Konzept in den Evaluierungen zugeschrieben wurden, sind eine vergleichsweise niedrige Anzahl von Fehlstunden unter den Schüler/innen, eine sinkende Zahl von Repetent/innen und ein leicht verbesserter Notendurchschnitt. Zudem zeigen die Evaluierungsergebnisse, dass der Wille von Schüler/innen in COOL-Klassen, die Schule tatsächlich abzuschließen, deutlich ausgeprägter war, als bei Schüler/innen in Nicht-COOL-Klassen. Unterrichtsthemen, die häufig als uninteressant eingestuft wurden, wurden durch das COOL-Konzept positiver aufgenommen. Die Leistungen der Schüler/innen in COOL-Klassen verbesserte sich auch in jenen Fächern, für die dieses Unterrichtskonzept nicht vorgesehen ist. Die Studien stellen fest, das COOL zu mehr Teamgeist, Zusammenhalt, zu einer stärkeren sozialen Integration und einer höheren Motivation sowohl bei den Schüler/innen als auch bei den Lehrer/innen geführt. Die positiven Erfahrungen mit COOL haben Anstoß dazu gegeben, das Konzept auch in den Lehrplänen zu verankern.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p>Der Erfolg dieses Konzeptes ist ein Hinweis auf <b>möglicherweise existierende strukturelle Defizite</b> der schulischen Rahmenbedingungen für die Ausbildung der oben genannten Kompetenzen der Schüler/innen und die Kooperation unter Lehrer/innen.</p> <p>Da der Erfolg des Projektes auch wesentlich mit der Freiwilligkeit der Teilnahme zusammenhängt, wäre eine verpflichtende Teilnahme nicht im Sinne des Projektes.</p> <p>Nichtsdestotrotz wäre eine umfassende Evaluierung der <b>Korrelation von schulischen Rahmenbedingungen und bestimmten sozialen Kompetenzen</b> ein wichtiger Ausgangspunkt für zukünftige weitere Verbesserungen der Qualität von Unterrichtsmethoden.</p>
<p><b>Quellen</b></p> <p>COOL-Homepage: <a href="http://www.cooltrainers.at/">http://www.cooltrainers.at/</a></p> <p>Informationen zu COOL: <a href="http://www.act.at/upload/1694_Zusammenstellung%20Booklet.pdf">http://www.act.at/upload/1694_Zusammenstellung%20Booklet.pdf</a></p> <p>Greimel-Fuhrmann, Bettina (2006): Was ist und was kann Cooperatives Offenes Lernen (COOL)? Neues Unterrichtskonzept. Charakteristika, Chancen und Risiken. In: wissenplus 3-06/07. Online: <a href="http://www.wissenistmanz.at/wissenplus/zeitschrift/archiv/heft-3-2006-07/wp3_0607_imfokus.pdf">http://www.wissenistmanz.at/wissenplus/zeitschrift/archiv/heft-3-2006-07/wp3_0607_imfokus.pdf</a> (13.11.2009).</p>

Maderthaler, Paul und Altrichter, Herbert (2007): Kooperatives, offenes Lernen in kaufmännischen Schulen: Entwicklung und Stand einer Unterrichtsinnovation. In: Erziehung & Unterricht, 157 (2007) 5/6, S. 518-528.

### 7.3 Innovationsfördernde Einrichtungen

Der oben geschilderte eher projektbasierte Ansatz der Maßnahmen zur Förderung von Kreativität und Innovation bringt notwendigerweise eine gewisse Unübersichtlichkeit der Angebote und Möglichkeiten mit sich. Dies kann ein Zugangshindernis sein. Die im Folgenden dargestellte Initiative ist vor diesem Hintergrund von Bedeutung. Sie zielt nicht speziell auf den Berufsbildungsbereich ab, sondern bezieht alle für **Innovation und Kreativität** relevanten gesellschaftlichen Player mit ein.

#### „kreativ & innovativ“: Zukunft in der Schule gestalten

**Hintergrund der Maßnahme:** Die Ausrufung des Jahres 2009 zum Themenjahr der Kreativität und Innovation (EJKI 2009) durch die Europäische Union war für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) Anlass, eine Plattform in Kooperation mit anderen relevanten Playern ins Leben zu rufen (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschaftskammer Österreich, Kulturkontakt Austria, Industriellenvereinigung, Nationalagentur Lebenslanges Lernen, Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft etc.).

**Ziel der Plattform** ist der Zugang zu und der Austausch von aktuellen Informationen über Veranstaltungen, Projekte und die neuesten Entwicklungen im Bereich Kreativität/Innovation in Österreich und in Europa. Bestehende Initiativen sollen gebündelt und einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Die Themenfelder reichen von Naturwissenschaften, Umwelt, Technik und Forschung über soziale Kompetenz, Interkulturalität und Gesellschaft sowie Bildung und Lebensbegleitendes Lernen bis hin zu Kunst und Kultur, Kreativitätswirtschaft und Unternehmertum als auch neue Informations- und Kommunikationstechnologien.

**Zielgruppen:** allgemeine Öffentlichkeit, interessierte Bildungsvermittler und Lernende

**Status der Implementierung:** Die Plattform ist mit einer Internetseite als Informationsportal seit Beginn des Jahres 2009 öffentlich zugänglich. Außer Veranstaltungshinweisen ist ein wichtiger Bestandteil die **Auflistung aller relevanten Programme und Initiativen** zur Förderung des kreativen und innovativen Potenzials von Jugendlichen. Im Herbst 2009 wurde zu Schuljahresbeginn zum zweiten Mal ein umfassender Überblick über die vielen Projekte in Form einer Broschüre veröffentlicht.

#### Wirkungsbereich

**Wirkungsbereich:** nationale Informationsplattform

Es handelt sich nicht um eine eigene inhaltliche Maßnahme, sondern um eine **Bündelung und Bekanntmachung bestehender Initiativen**.

**Hauptakteure:** BMUKK und Kooperationspartner, Schulen, Schüler/innen

<p><b>Evaluierung</b></p> <p><b>Effizienz/Effektivität:</b> Das Ziel der Sammlung von und Ermöglichung des Zugangs zu Informationen ist durch die Internetplattform erreicht. Es gibt keine Untersuchungen, wie sehr und auf welche Weise diese Informationen genutzt werden.</p> <p><b>Erfolgsindikatoren:</b> Die Anzahl der Zugriffe auf die Informationen im Internet wurde bisher nicht veröffentlicht. In Anbetracht der strategischen Bedeutung des Themas ist die Plattform aber sicherlich noch zu wenig bekannt.</p> <p>Es ist geplant, die Plattform über das europäische Jahr der Kreativität und Innovation hinaus <b>weiterzuführen und auszubauen</b>.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p>In Anbetracht der in der Natur des Themas liegenden Informationsvielfalt und der sich aus dem projektbasierten Ansatz ergebenden Unübersichtlichkeit sind Maßnahmen zum Informationsaustausch nicht nur sinnvoll, sondern hochgradig notwendig. Zum weiteren Ausbau der Maßnahme wird nicht nur eine <b>verstärkte Einbeziehung der Kooperationspartner</b> erforderlich sein, sondern auch eine gezielte <b>Bekanntmachung der Plattform als Ganzes</b> in einer breiteren, allgemeinen Öffentlichkeit.</p>
<p><b>Quellen</b></p> <p>Plattform kreativ &amp; innovativ <a href="http://www.kreativinnovativ09.at">http://www.kreativinnovativ09.at</a></p> <p>Sammlung der Programme und Initiativen „Zukunft in der Schule gestalten“: <a href="http://www.kreativinnovativ09.at/projekte/?no_cache=1&amp;cid=561&amp;did=447&amp;sechash=a7efca07">http://www.kreativinnovativ09.at/projekte/?no_cache=1&amp;cid=561&amp;did=447&amp;sechash=a7efca07</a></p>

## 7.4 Förderung von Kooperationen

Kreativität und Innovation entstehen auch durch Vernetzung und Kooperationen von Partnern, die bei einer herkömmlichen Herangehensweise nicht zusammenarbeiten würden. Gerade **Migration** wird aus zwei Gründen immer mehr zu einer Schlüsselfrage für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit:

1. Qualifizierte Migration ist notwendig, um dem sich immer deutlicher abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
2. Personen mit Migrationshintergrund haben ein hohes wirtschaftliches Innovationspotenzial für die österreichische Wirtschaft.

Deshalb wird hier ein **Kooperationsprojekt** dargestellt, das zwar keine Berufsbildungsmaßnahme im engeren Sinne ist, aber durch Partnerschaften zwischen Migrant/innen und Unternehmen Kompetenzen sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite fördert und Innovationspotenziale eröffnen soll.

<p><b>Mentoring für Migrant/innen</b></p> <p><b>Hintergrund der Maßnahme:</b> Wirtschaft und Gesellschaft werden zunehmend internationaler. Migration wird in der öffentlichen Wahrnehmung häufig primär als Problem wahrgenommen. In Österreich leben mehr als 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. In den letzten Jahren machte die Zuwanderung bereits 95 % des Bevölkerungswachstums in Österreich aus. Gleichzeitig gibt es schon jetzt in bestimmten Sektoren in Österreich einen Fachkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren verschärfen wird. Ohne Zuwanderung würde laut OECD allein bis zum Jahr 2025 die Zahl der 20- bis 24-</p>
---

jährigen Menschen um ein Viertel zurückgehen. Deshalb sind **Migration und Integration** Schlüsselthemen für den Standort Österreich. In Österreich werden bereits mehr als die Hälfte aller Waren und Dienstleistungen exportiert, auch die Mobilität steigt. Viele in Österreich lebende Personen mit Migrationshintergrund haben ihre Wurzeln in den Wachstumsregionen Ost- und Südosteuropas. In Wien weist sogar rund ein Drittel der Bevölkerung ost- oder südosteuropäischen Migrationshintergrund auf. Die **Potenziale von Personen mit Migrationshintergrund für die Wirtschaft** werden zum Teil deutlich unterschätzt. Insbesondere für international agierende Unternehmen sind Sprachenkenntnisse, Auslandserfahrung und Mobilität wichtige Kriterien bei der Besetzung von offenen Stellen. Zuwander/innen erfüllen viele dieser Voraussetzungen und liefern dadurch mit ihren Ressourcen einen wertvollen Beitrag zur Unternehmensentwicklung. Vor allem die Vertrautheit mit Länderspezifika, wie etwa rechtlichen Rahmenbedingungen, Geschäftsabläufen, Mentalität und Kultur ist für Unternehmen attraktiv. Der Einsatz von Personen mit Migrationshintergrund kann auch die Akzeptanz des österreichischen Unternehmens in den jeweiligen Zielländern steigern.

Vor diesem Hintergrund wurde im Februar 2008 auf Initiative der Wirtschaftskammern Österreichs (WKO) gemeinsam mit den Projektpartnern Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) und Arbeitsmarktservice (AMS) das Projekt „Mentoring für Migrant/innen“ initiiert. Das Projekt vermittelt **Mentoringpaare** bestehend aus einer qualifizierten Person mit Migrationshintergrund (Mentee) und einer Führungskraft aus einem Unternehmen (Mentor).

**Ziel:** Auf diese Weise sollen qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Gleichzeitig trägt das Projekt zur Internationalisierung der österreichischen Unternehmen bei. Den Unternehmen soll erleichtert werden kulturelle Vielfalt als Innovationspotenzial und wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil zu nutzen.

**Zielgruppe(n):** qualifizierte Migrant/innen, Unternehmen

**Status der Implementierung:** In den bis September 2009 vier Durchgängen (davon drei nur in Wien und einer in Wien und Oberösterreich) haben sich mehr als 200 Mentoringpaare gebildet. In den unterschiedlichen Durchgängen haben bis zu 40 % der Mentees während oder nach dem Mentoring Arbeit aufgenommen. 72 % der Mentor/innen sahen auch für sich selbst einen Vorteil – etwa interkulturelle Erfahrung und neue Kontakte. Im September 2009 hat eine neue Runde von Mentoring für Migrant/innen begonnen, diesmal in drei Bundesländern. 2010 soll das Projekt sukzessive auf ganz Österreich ausgeweitet werden.

### Wirkungsbereich

Bisher findet das Projekt in drei Bundesländern (Wien, Niederösterreich und Oberösterreich) statt. Die Maßnahme ist ein **Angebot an interessierte Migrant/innen und Unternehmen**. Hauptakteure sind die Wirtschaftskammer Österreich (WKO), der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF), das Arbeitsmarktservice (AMS) sowie die teilnehmenden Mentor/innen und Mentees. Die Mentees kommen aus allen Altersgruppen, die Kerngruppe liegt im Altersabschnitt zwischen 25 und 40 Jahren. Ungefähr drei Viertel haben einen akademischen Bildungsabschluss, ein Viertel eine Berufsausbildung.

### Evaluierung

**Effizienz/Effektivität:** 40 % der Mentees finden während oder nach dem Mentoring eine Arbeit. Jeder Projektdurchlauf wird mit einer Evaluierung abgeschlossen (Fragebögen sowohl an Mentor/innen als auch an Mentees). Kernthema der Mentoringbeziehung ist die Frage, wie die aus dem Ausland mitgebrachte Berufsqualifizierung in Österreich genutzt werden kann. Außer den Vorteilen für die Mentees (Unterstützung im Bewerbungsprozess,

Herstellen von Kontakten, Motivierung, etc.) gaben 72 % der Mentor/innen an, auch einen Vorteil für sich selbst zu sehen. Inwieweit dadurch konkrete Innovationsmöglichkeiten oder ein wirtschaftlicher Mehrwert für die Unternehmen entsteht, geht aus den Evaluierungen nicht hervor.

**Erfolgsindikatoren:** Der Erfolg des Projektes ist sowohl an der Vermittlungsquote der Mentees, als auch an der Zufriedenheit der Teilnehmer/innen abzulesen. Der (wirtschaftliche) Nutzen für die teilnehmenden Unternehmen ist schwierig zu messen. Mögliche Indikatoren wären die Aufnahme der Mentees in ein Arbeitsverhältnis mit dem Mentor/innenunternehmen bzw. wirtschaftliche Kooperationen der Unternehmen mit den Herkunftsregionen der Mentees. Daten dazu liegen nicht vor.

### Schlussfolgerungen

Die überwiegend positive Resonanz aller Beteiligten – auch der Mentees, die nicht unmittelbar eine Arbeit finden –, deutet auf den **Erfolg des Projektes** hin und hat zu einer Ausweitung dieser Initiative geführt. Trotz des Gesamterfolges ist die **relativ geringe Vermittlungsquote** der Mentees von „nur“ 40 % auffällig. Bei einer Ausweitung und Weiterentwicklung des Projekts ist deshalb eine genaue Untersuchung der **möglichen Hindernisse einer Arbeitsmarkteingliederung** angemessen. Vor allem eine Weiterentwicklung bzw. „Feinjustierung“ des Projektes im Hinblick auf positive Effekte für die teilnehmenden Unternehmen könnte die Attraktivität weiter steigern.

### Quellen

Projekt-Homepage: <http://wko.at/mentoring>

Ergebnisse der Evaluierung des dritten Projektdurchgangs in Wien:

[http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?angid=1&stid=493154&dstid=8769&opennavid=0](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=493154&dstid=8769&opennavid=0)

Darstellung auf der Homepage des Österreichischen Integrationsfond (ÖIF):

[http://integrationsfonds.at/de/betreuung/beruf\\_beim\\_oeif/mentorenprogramm/#c1535](http://integrationsfonds.at/de/betreuung/beruf_beim_oeif/mentorenprogramm/#c1535)



Stefan Vogtenhuber (Institut für Höhere Studien)

## 8. Finanzierung der Berufsbildung

### 8.1 Verbesserung der Effizienz, Chancengleichheit, Finanzierung der Berufsbildung

#### Erstausbildung in Schulen und Hochschulen

Das Finanzierungsmodell in der **vollschulischen beruflichen Erstausbildung**, einschließlich des berufsschulischen Teils der **Lehrlingsausbildung**, ist seit Beginn des Kopenhagen Prozesses weitgehend unverändert geblieben. Die Ausgaben werden nahezu ausschließlich von der öffentlichen Hand (hauptsächlich vom Bund) finanziert. Der Lehrbetrieb im **Hochschulbereich**, der in Österreich im Wesentlichen aus Universitäten und Fachhochschulen (FH) besteht, wird zum überwiegenden Teil ebenfalls öffentlich finanziert. Im Unterschied zu den öffentlichen Universitäten, deren Grundfinanzierung in Form von Globalbudgets bereitgestellt wird, gibt es bei den FHs das Finanzierungskonzept der Studienplatzbewirtschaftung: Auf Basis des jeweils gültigen Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplans übernimmt der Bund die Kosten einer vereinbarten Zahl von Studienplätzen. Darüber hinaus sind die Erhalter von FH-Studiengängen berechtigt, **Studienbeiträge** in der Höhe von 363,36 Euro pro Semester von den Studierenden einzuheben. Im Bereich der **öffentlichen Universitäten** wurden die Studienbeiträge bis zum Studienjahr 2008/09 von allen Studierenden eingehoben. Seit dem Sommersemester 2009 ist eine neue Regelung in Kraft, die die große Mehrheit der Studierenden von der Entrichtung des Studienbeitrages entbindet. Die private Beteiligung an der Finanzierung der öffentlichen Universitäten ist damit stark gesunken. Vor der Änderung haben die öffentlichen Universitäten jährlich rund 150 Millionen Euro an Studienbeiträgen eingenommen, das entsprach rund 5 % des gesamten Universitätsbudgets.

#### Betrieblicher Teil der Lehrlingsausbildung (duales System)

Der **betriebliche Teil der Lehrlingsausbildung** wird hauptsächlich von den Ausbildungsbetrieben finanziert, die einerseits die Ausbildungskosten tragen und andererseits die Lehrlingsentschädigung für die Lehrlinge bezahlen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Förderungen und Maßnahmen: einerseits die betriebsbezogenen Förderungen („Lehrstellenförderung Neu“, vgl. 4.4 und 6.1) und andererseits Maßnahmen für Jugendliche, die keine reguläre Lehrstelle finden konnten (überbetriebliche Lehrlingsförderung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, vgl. 5.2). **Hintergrund der Maßnahmen** war, dass sowohl die Zahl der lehrlingsausbildenden Betriebe als auch die Zahl der angebotenen Lehrplätze seit den 1980er Jahren stark zurückgegangen ist, weshalb immer mehr Jugendliche keine Lehrstelle finden konnten. Laut Arbeitsmarktstatistik des Arbeitsmarktservice (AMS) ist die Zahl der Lehrstellensuchenden bis 2005 im Jahresdurchschnitt auf 6.156 angewachsen, gleichzeitig waren 2.900 Lehrstellen offen. Bis 2008 hat sich die Zahl der Lehrstellensuchenden auf 5.695 etwas verringert, wobei im Jahresdurchschnitt 3.633 mehr Lehrstellen offen waren. Im Rahmen eines umfassenden Jugendbeschäftigungspaketes wurden im Jahr 2008 beide Förderschienen neu geregelt.

Grundlage der „**Lehrstellenförderung Neu**“, die seit dem Ausbildungsjahr 2008/09 in Kraft ist, war ein von den Sozialpartnern erarbeiteter Vorschlag. Alle betriebsbezogenen Förderungen werden nunmehr von den Lehrlingsstellen der Wirtschaftskammern unter Einbeziehung von Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen abgewickelt. Insgesamt werden mit verschiedenen Maßnahmen jährlich rund **265 Millionen Euro** an die ausbildenden Betriebe verteilt. Die Förderungen werden im Nachhinein unter der Voraussetzung gewährt, dass das Lehrverhältnis über das gesamte Ausbildungsjahr aufrecht war. Das neue Fördermodell soll

sowohl die Quantität als auch vermehrt die Qualität der Lehrlingsausbildung in den Betrieben erhöhen. Es besteht aus der Basisförderung sowie aus zusätzlichen Maßnahmen, die sich zum Teil auf qualitätsbezogene Kriterien beziehen:

1. **Basisförderung:** Die neue Basisförderung ersetzt die Lehrlingsausbildungsprämie, die bis 2008 nach einem einheitlichen Satz für jede Lehrstelle gewährt wurde. Das neue differenzierte Modell sieht nach Lehrjahren gestaffelte Beihilfensätze vor, die sich an der kollektivvertraglich vereinbarten Lehrlingsentschädigung orientieren. Im ersten Lehrjahr werden drei, im zweiten Lehrjahr zwei sowie im dritten und im vierten Lehrjahr jeweils eine Lehrlingsentschädigung gewährt.
2. **Neue Lehrstellen:** „Blum-Bonus II“, vgl. Beispiel untenstehend
3. **Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit:** vgl. Beispiel in 4.4 und 6.1
4. **Zwischen- und überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen:** Für vorgeschriebene bzw. freiwillige Ausbildungsverbundmaßnahmen, die der Qualitätssteigerung dienen, sowie für berufsbezogene Zusatzausbildungen werden 75 % der Kurskosten bis zu einer Gesamthöhe von 1.000 Euro pro Lehrling über die gesamte Ausbildungsperiode gewährt. Ebenfalls 75 % der Kosten von Vorbereitungskursen auf Lehrabschlussprüfungen werden bis zu einer Gesamthöhe von 250 Euro gefördert. Die Förderhöhe ist jeweils mit einer Deckelung pro Kalenderjahr und Lehrbetrieb begrenzt. Der Besuch von Vorbereitungskursen auf die Berufsreifeprüfung während der Arbeitszeit wird mit der Bruttolehrlingsentschädigung im Ausmaß der absolvierten Unterrichtseinheiten abgegolten.
5. **Weiterbildung der Ausbilder/innen:** 75 % der Kurskosten von Weiterbildungsmaßnahmen für Ausbilder/innen mit einer Mindestdauer von acht Stunden (maximal 1.000 Euro pro Ausbilder/in und Kalenderjahr).
6. **Ausgezeichnete und gute Lehrabschlussprüfungen:** Lehrberechtigte erhalten 200 Euro wenn deren Lehrabsolvent/innen die Lehrabschlussprüfung mit gutem Erfolg absolviert haben, 250 Euro im Falle eines ausgezeichneten Erfolges.
7. **Maßnahmen für Lehrlinge mit Lernschwierigkeiten:** Ist die Wiederholung einer Berufsschulklasse erforderlich, um die Berufsschule abschließen zu können, wird den Betrieben die Bruttolehrlingsentschädigung während der Zeit des zusätzlichen Berufsschulunterrichtes sowie allfällige Aufwendungen für Unterkünfte abgegolten. Außerdem erhalten Betriebe 100 % der Kosten für Vorbereitungskurse auf Nachprüfungen in der Berufsschule sowie für Nachhilfekosten auf Pflichtschulniveau in Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprache (oder Muttersprache bei Lehrlingen mit Migrationshintergrund). Maximal werden die Betriebe mit 1.000 Euro pro Lehrling über die gesamte Ausbildungsperiode gefördert.
8. **Gleichmäßiger Zugang von jungen Frauen und jungen Männern zu den verschiedenen Lehrberufen:** Jährlich können aus dem gesamten Förderbudget bis zu fünf Millionen Euro für Maßnahmen und Projekte vergeben werden, die eine Verringerung bzw. Aufhebung der geschlechtsspezifischen Segregation des Lehrstellenmarktes zum Ziel haben.
9. **Förderungen für integrative Berufsausbildung – Teilqualifizierungen:** Für diese speziellen Ausbildungsverhältnisse gelangen nur bestimmte Fördermaßnahmen zur Anwendung, jeweils mit höheren Fördersummen bzw. Deckelungen. So beträgt etwa die Basisförderung (vgl. Punkt 1) für jedes Ausbildungsjahr drei Lehrlingsentschädigungen.

Neben den betriebsbezogenen Förderungen wurden seit Ende der 1990er Jahre eine Reihe von Maßnahmen zur **Integration von Jugendlichen** in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem entwickelt und kontinuierlich reformiert. Diese Maßnahmen werden vom AMS im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik finanziert. Das Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG), auch „Auffangnetz“ genannt, wurde 1998 beschlossen und sah Lehrgangplätze sowie Stiftungsplätze für Jugendliche vor, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Ziel der JASG-Maßnahmen war ein Wechsel auf eine reguläre Lehrstelle, weshalb das Auffangnetz Transitcharakter hatte und ursprünglich mit zehn Monaten begrenzt war. Seit dem Ausbildungsjahr 2004/05 wurde die Maßnahmendauer auf bis zu zwölf

Monate mit Verlängerungsoption erweitert. Zusätzlich wurden im Auffangnetz auch überbetriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt. Im Zuge der Reformen im Jahr 2008 haben sich auch in diesem Bereich Änderungen ergeben, das Auffangnetz wurde zur „Ausbildungsgarantie“ ausgeweitet (vgl. 5.2). Seither werden sämtliche spezifischen Maßnahmen des AMS im Rahmen der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung gemäß Berufsausbildungsgesetz (BAG § 30b) zusammengefasst, während die JASG-Maßnahmen mit 1. Jänner 2009 ausgelaufen sind. Damit ist die überbetriebliche Lehrlingsausbildung ein regulärer Bestandteil der dualen Berufsausbildung, in der nun die gesamte Lehrzeit bis zur Lehrabschlussprüfung absolviert werden kann. Zudem wurde die soziale Absicherung durch Einbeziehung der geförderten Personen in die Arbeitslosenversicherung und Anhebung der Ausbildungsentschädigung verbessert. Weiters wurde die Zielgruppe ausgeweitet: zusätzlich zu lernschwachen und sozial benachteiligten Jugendlichen werden Bildungsabbrecher/innen und „ältere“ Jugendliche einbezogen.

### **Berufliche Weiterbildung**

Im Bereich der Weiterbildung ist die Finanzierungssituation seit dem Jahr 2000 ebenfalls weitgehend unverändert geblieben. Der Großteil der Mittel wird von den Betrieben, von den Weiterbildungsteilnehmenden sowie vom AMS im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Qualifizierungsmaßnahmen aufgebracht. Die öffentliche Hand trug im Jahr 2006 rund 12 % der gesamten jährlichen Weiterbildungsausgaben bei (vgl. Lassnigg, Vogtenhuber und Kirchtag 2008). Im Jahr 2007 wurde die öffentliche Finanzierung im Bereich der Erwachsenenbildung um etwa ein Drittel erhöht. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass es in der ESF-Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 im Schwerpunkt 3 (Lebensbegleitendes Lernen) zu einer Umschichtung der Mittel vom Schulbereich hin zum Erwachsenenbildungsbereich gekommen ist. Weiters bestehen eine Reihe von verschiedenen finanziellen Anreizstrukturen sowohl für Unternehmen (z.B. **Bildungsfreibetrag**) als auch für Privatpersonen (z.B. **Bildungsgutscheine** bzw. **Vouchers**) (vgl. dazu Tritscher-Archan und Mayr 2008).

### **Bildungsbausparen bzw. Bildungsdarlehen**

Seit September 2005 können die Bausparkassen **staatlich geförderte Darlehen** für Bildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an Privatpersonen vergeben. Die vier nationalen Bausparkassen haben seither maßgeschneiderte Angebote entwickelt, die teilweise auch in Kooperation mit Bildungsinstitutionen (Erst- und Weiterbildung) angeboten werden. In Bezug auf die Verzinsung gelten die gleichen Bedingungen wie beim Wohnbausparen, d.h. der Zinssatz wird anhand des Euribor ermittelt, wobei eine Zinsobergrenze von maximal 6 % p.a. besteht (bei einer Untergrenze von 3 % p.a.). Während der Ausbildungszeit fallen gar keine oder sehr niedrige monatliche Rückzahlraten an (etwa nur Zinszahlungen), die Tilgungsphase beginnt nach Abschluss der Aus- bzw. Weiterbildung. Verwendet werden können die Bildungsdarlehen für Kurs- bzw. Studiengebühren (Weiterbildungen, postgraduale Ausbildungen, Auslandssemester, Berufs- und Meisterschulen) aber auch für indirekte Kosten, die mit der Bildungsmaßnahme in Zusammenhang stehen (Lernmaterialien, Unterkunft, Fahrtkosten etc.).

In verschiedenen Regionen wurden darüber hinaus eigene **Bildungsdarlehensmodelle** entwickelt. So vergibt etwa das Land Tirol zinsfreie Darlehen für berufsbezogene Bildungsmaßnahmen. Die Gewährung der Förderung ist an bestimmte Einkommensgrenzen gekoppelt. Zinsfreie Darlehen werden bis zu einer Gesamthöhe von 4.000 Euro bzw. 80 % der anrechenbaren Bildungskosten (direkte und indirekte Ausgaben) gewährt, wenn das Haushaltseinkommen des Förderungswerbers/der Förderungswerberin bestimmte Grenzwerte nicht übersteigt.

## Förderung von zusätzlichen Lehrstellen (Blum Bonus) bzw. neue Lehrstellen (Blum Bonus II)

**Hintergrund** der „Förderung zusätzlicher Lehrstellen“ (Blum Bonus – benannt nach dem damaligen Regierungsbeauftragten für Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung) bzw. der reformierten Maßnahme „Förderung neuer Lehrstellen“ (Blum Bonus II) ist der Rückgang der lehrlingsausbildenden Betriebe sowie der angebotenen Lehrstellen. Während sich die Zahl der offenen Lehrstellen verringert hat, ist die Zahl der Lehrstellensuchenden angestiegen. **Ziel** der beiden Maßnahmen ist die Erhöhung der Quantität der betrieblichen Ausbildungsplätze durch ein finanzielles Anreizsystem für Ausbildungsbetriebe.

**Zielgruppe:** Ausbildungsbetriebe aller Fachrichtungen.

**Status der Implementierung:** Die Förderung von zusätzlichen Lehrstellen (Blum Bonus) wurde im September 2005 eingeführt, wobei das Kriterium der Zusätzlichkeit für die Zuerkennung der Förderung ausschlaggebend war. Betriebe erhielten die finanzielle Förderung, wenn sich die Zahl ihrer Lehrlinge gegenüber einem bestimmten Stichtag erhöht hat. Insgesamt konnten die Betriebe auf diese Weise bis zu 8.400 Euro pro Lehrverhältnis an Förderungen lukrieren. An Stelle des Blum Bonus, der als reformbedürftig charakterisiert wurde (vgl. „Evaluierung“), wurde im Zuge der grundlegenden Reformierung im Jahr 2008 ein System der differenzierten und bedarfsgerechten Lehrstellenförderung etabliert. Die Maßnahme „Neue Lehrstellen“ (Blum Bonus II) ging als Teil des Maßnahmenpakets aus dieser Reform hervor. Gefördert werden nunmehr Lehrstellen in neu gegründeten Unternehmen, in Unternehmen, die erstmals Lehrlinge ausbilden, sowie in Unternehmen, die nach einer Pause von mindestens drei Jahren nach Ende des letzten Lehrverhältnisses wieder Lehrlinge aufnehmen.

**Statistik:** Im Jahr 2005 wurden insgesamt 9.479 Lehrstellen durch den ersten Blum Bonus (zusätzliche Lehrstellen) gefördert, im Jahr 2006 waren es 16.895. Für die Förderung neuer Lehrstellen (Blum Bonus II) sind noch keine Zahlen verfügbar.

### Wirkungsbereich

Die Förderung ist **Teil des Maßnahmenpakets zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen** („Lehrstellenförderung Neu“, vgl. Text obenstehend, 4.4 und 6.1) gemäß § 19c des Berufsausbildungsgesetzes (BAG). Der **Wirkungsbereich** der Maßnahmen erstreckt sich über das gesamte Bundesgebiet.

**Hauptakteure** sind die Sozialpartner (Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer) sowie insbesondere die Lehrlingsstellen der Wirtschaftskammern der einzelnen Bundesländer, die als Berufsausbildungsbehörde erster Instanz fungieren. Der Bundes-Berufsausbildungsbeirat, dessen Mitglieder auf Vorschlag der Sozialpartner vom Wirtschaftsminister ernannt werden, hat die Richtlinien für die neue Lehrstellenförderung ausgearbeitet (vgl. BBAB, BMWFJ 2009). Die Richtlinie ist seit April 2009 in Kraft und regelt die neue Lehrstellenförderung im Detail. Seit 2008 sind die Lehrlingsstellen der Wirtschaftskammern für die Abwicklung der gesamten neuen Lehrstellenförderung zuständig, bis Mitte 2008 wurde etwa der Blum Bonus vom Arbeitsmarktservice (AMS) abgewickelt.

### Evaluierung

Für die reformierte Maßnahme „Neue Lehrstellen“ (Blum Bonus II) gibt es noch keine Evaluierung. Über die **Effizienz** des ersten Blum Bonus der Jahre 2005 und 2006 hat die Arbeiterkammer Niederösterreich eine Untersuchung durchgeführt. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Maßnahme einen positiven Einfluss auf die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen hatte, allerdings bei beträchtlichen Mitnahmeeffekten. Auf Basis eines einfachen Regressionsmodells wurde geschätzt, dass knapp drei Viertel aller geförderten Lehrstellen

auch ohne die Förderung bestanden hätten. Als problematisch wurde überdies gesehen, dass alle Lehrstellen pauschal gefördert wurden, unabhängig von regionalen und überregionalen Bedarfslagen sowie innovativen Berufen.

**Erfolgsindikatoren:** Insgesamt sind den Schätzungen zufolge im Jahr 2005 rund 2.800 Lehrstellen durch den Blum Bonus entstanden (neue Lehrstellen gesamt: 38.600 Lehranfänger/innen, Blum Boni gesamt: 9.500), im Jahr 2006 rund 3.800 (39.400, 16.900). Das bedeutet, dass nur ein Bruchteil aller geförderten Lehrstellen tatsächlich aufgrund der Maßnahme zu Stande gekommen ist. Bei einer Förderung von insgesamt 8.400 Euro pro gefördertem Lehrverhältnis über die gesamte Lehrzeit bedeutet dies, dass die Kosten für eine tatsächlich durch den Blum Bonus geschaffene Lehrstelle um ein Vielfaches höher sind: 28.662 Euro pro tatsächlich zusätzlich geschaffener Lehrstelle im Jahr 2005 bzw. 37.813 Euro im Jahr 2006 (Wacker 2007).

### Schlussfolgerungen

Der Blum Bonus hat sein Ziel – die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen – erreicht, wenngleich die Kosten aufgrund der Mitnahmeeffekte sehr hoch erscheinen (vgl. „Evaluierung“). Für den „Blum Bonus II“ (Förderung neuer Lehrstellen) wurde die maximale Förderhöhe pro gefördertem Lehrverhältnis auf 2.000 Euro begrenzt. Ein Kritikpunkt der an der neuen Lehrstellenförderung geäußert worden ist, betrifft den Umstand, dass weiterhin alle Lehrberufe gefördert werden und nicht nur jene, in denen ein Mangel an Fachkräften herrscht.

### Quellen

BBAB, BMWFJ (2009): Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen gemäß § 19 c BAG: [http://portal.wko.at/wk/dok\\_detail\\_file.wk?angid=1&docid=885933&stid=414085](http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?angid=1&docid=885933&stid=414085) (01.12.2009).

Wacker, K. (2007): Teure neue Lehrstelle. Eine Untersuchung zur Effizienz des Blum-Bonus. NÖ Arbeiterkammer, Wien. Online: [http://noe.arbeiterkammer.at/bilder/d57/lehrstellenmarkt\\_studie.pdf](http://noe.arbeiterkammer.at/bilder/d57/lehrstellenmarkt_studie.pdf) (01.12.2009).

<http://www.lehre-foerdern.at/> (01.12.2009)

## 8.2 Einsatz von Mitteln des Programms für Lebenslanges Lernen (LLP)

Neben den Leonardo da Vinci und Grundtvig Individualförderungen (Mobilität), Partnerschaften, multilateralen Projekten zur Innovationsentwicklung in der Berufsbildung sowie zum Transfer von Innovation, Netzwerken und Veranstaltungen sind die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der geförderten Projekte des LLP klar im Bereich der **beruflichen Erstausbildung** anzusiedeln. Die Vorgängerprogramme Sokrates II sowie Leonardo da Vinci II haben wesentlich zu einer **Internationalisierung** der österreichischen Berufsbildungslandschaft und zu verstärkten internationalen **Kooperationen** sowohl der Berufsbildungseinrichtungen und -administration als auch der Berufsbildungsforschung beigetragen. Dies zeigt sich in den geförderten Projekten, die thematisch zum Großteil im Bereich der Vergleichbarkeit und Transparenz von Qualifizierungssystemen, Kompetenzorientierung bzw. -feststellung, Lerner/innenzentrierung und Bildungsberatung sowie Verbesserung der Qualität der Berufsbildung angesiedelt sind (vgl. Gutknecht-Gmeiner und Klimmer 2007). Pro Jahr fließen derzeit etwa **21 Millionen Euro** aus dem LLP in Projekte, die von Österreich aus koordiniert werden. Viele der national koordinierten Projekte sind als unterstützende und begleitende Maßnahmen für die europäischen Initiativen zur Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung konzipiert (Stichwort EQF, ECVET). Ohne die Förderungen aus EU-Mitteln wären viele der Projekte und Initiativen nicht durchgeführt worden.

### Peer Review in der beruflichen Erstausbildung

Das Projekt sowie drei daraus entstandene Folgeprojekte (vgl. „Schlussfolgerungen“) wurden durch das Programm für Lebenslanges Lernen (LLP) finanziert und vom österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) unterstützt. Qualitätssicherung und -entwicklung ist in den letzten Jahren ein zunehmend forciertes Element in der europäischen Berufsbildung geworden. Das traditionelle Setting einer input-orientierten Steuerung in Verbindung mit einer zentralen Kontrolle durch Inspektion wurde dabei als unzureichend eingestuft. Zentrales **Ziel** des Projektes Peer Review in der beruflichen Erstausbildung sowie seiner Folgeprojekte war bzw. ist es, das Instrument des Peer Reviews als externes Evaluationsverfahren – im europäischen Hochschulraum etablierte Praxis im Qualitätssicherungsprozess – auch für die berufliche Bildung nutzbar zu machen.

Der Peer Review-Prozess baut auf bestehende Qualitätssicherungsverfahren auf und soll in vorhandene Qualitätszirkel eingebettet werden. Im Rahmen der Projekte wurde ein speziell auf die Einrichtungen der beruflichen Erstausbildung zugeschnittenes Europäisches Peer Review Verfahren entwickelt, das in länderübergreifenden Pilotversuchen getestet wurde. In der Pilotphase 2006 wurden insgesamt 15 Europäische Peer Reviews in acht verschiedenen Ländern durchgeführt.

Peers sind Expert/innen in dem zu evaluierenden Fachgebiet und den Personen, deren Leistung evaluiert wird, gleichgestellt. Meist handelt es sich um Kolleg/innen aus externen Einrichtungen, die unabhängig und unparteiisch die Qualität unterschiedlicher Bereiche und Aspekte einer anderen beruflichen Bildungseinrichtung beurteilen (z.B. Unterrichtsqualität, Ergebnisse, Wirkungen). Zentrales Anliegen ist die länderübergreifende Kooperation. In der Pilotphase ist jeweils ein Peer immer aus einem anderen europäischen Land gekommen.

### Wirkungsbereich

Die Initiative ist Teil der europäischen Bemühungen um eine Verbesserung der Qualitätssicherungs- und Qualitätsentwicklungssysteme und richtet sich an Institutionen der beruflichen Erstausbildung in ganz Europa (ISCED 3/4).

Peer Review richtet sich an eine Reihe von **Akteur/innen** in Schulen, Trainingszentren und Unternehmen. Darüber hinaus adressiert die Initiative Schüler/innen und Eltern, auf Systemebene Personen in Ministerien, Behörden, politische Parteien, Sozialpartner sowie Bildungsexpert/innen und Wissenschaftler/innen.

Für die Weiterführung von grenzüberschreitenden Peer Reviews auf europäischer Ebene wurde vom „Europäischen Netzwerk für die Qualität in der beruflichen Bildung“ (ENQA-VET) eine thematische Arbeitsgruppe einberufen, die mit der Erarbeitung von Vorschlägen für eine nachhaltige Implementierung betraut wurde.

### Evaluierung

In der Pilotphase fand eine **kontinuierliche Begleitung und Evaluierung** durch die verantwortlichen Projektpartner statt. Sowohl die Peers als auch Verantwortliche an den Pilot-Schulen wurden gebeten, Fragen im Hinblick auf den Ablauf des Reviews, über die Qualität der Durchführung, Stärken und Schwächen, Teilnahmemotivation und persönliche Zufriedenheit zu beantworten und Verbesserungsvorschläge zu machen. Zusätzlich erfolgte eine externe Evaluation auf Basis von Monitoringdaten sowie Befragungen von Projektbeteiligten und externen Stakeholder/innen (vgl. Speer 2007).

Generell wurde das Konzept und das entwickelte Instrument von den Beteiligten als sehr positiv für die Weiterentwicklung der institutionellen Qualität bewertet. Der Mehrwert im Vergleich zu anderen Evaluationsverfahren wurde insbesondere darin gesehen, dass der Review-Prozess als „freundliches“ Verfahren deutlich weniger angstbesetzt ist und einen

offenerer Austausch ermöglicht. Dadurch kommen auch heikle Themen zur Sprache, die bei anderen Formen der Überprüfung (z.B. Audits oder Inspektionen) tendenziell eher heruntergespielt oder verschwiegen werden. Zu den konkreten Ergebnissen der Reviews im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Qualität an den Pilot-Schulen liegen allerdings kaum Rückmeldungen vor.

### Schlussfolgerungen

Der Erfolg des ersten europäischen Peer Review Projektes sowie das anhaltende Interesse der Berufsbildungseinrichtungen haben zu weiteren europäischen Projekten geführt. Insgesamt drei europäische Projekte unter Leitung des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (öibf) wurden bisher abgeschlossen („Peer Review in der beruflichen Erstausbildung“, „Peer Review Extended“ und „Peer Review Extended II“), ein weiteres ist derzeit in Bearbeitung („Peer Review Impact“). Das Handbuch Peer Review für die berufliche Erstausbildung (vgl. Gutknecht-Gmeiner et al. 2007) wurde mit dem **Lifelong Learning Award 2009** der Österreichischen Nationalagentur Lebenslanges Lernen ausgezeichnet.

In Österreich wurde das Konzept des Peer Review in der beruflichen Bildung bereits in den Qualitätskreislauf integriert und bereichert das bestehende Instrumentarium der Qualitätsentwicklung und -sicherung: Ein auf Basis des europäischen Modells und der Projektergebnisse entwickelte Verfahren wird seit Herbst 2009 den berufsbildenden Schulen im Rahmen der Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB, vgl. 6.1) angeboten.

Auch in anderen europäischen Ländern bzw. Regionen wie Finnland, Italien, Ungarn und Katalonien gibt es das Vorhaben, Peer Review als zusätzliches externes Element der Qualitätssicherungssysteme zu implementieren.

### Quellen

Gutknecht-Gmeiner, Maria et al. (2007): Europäisches Peer Review Handbuch für die berufliche Erstausbildung, Wien, Juni 2007. Online: [http://www.peer-review-education.net/index.php?class=Calimero\\_Webpage&id=14769](http://www.peer-review-education.net/index.php?class=Calimero_Webpage&id=14769) (20.12.2009).

Speer, Sandra (2007): Evaluation report of the Leonardo da Vinci-Project Peer Review in Initial Vocational Education and Training, Köln.

<http://www.peer-review-education.net/>

<http://www.peer-review-in-qibb.at>

## 8.3 Einsatz von Mitteln anderer EU-Programme

Bei den **ESF-Mitteln** fand in der aktuellen Programmperiode 2007-2013 eine Umschichtung hin zur Erwachsenenbildung statt. Im Vergleich zur Vorperiode 2000-2006 wurden die Mittel im Bereich Erwachsenenbildung um fast 22 Millionen Euro auf knapp 50 Millionen Euro aufgestockt. Parallel dazu wurden im Schulbereich die verfügbaren Mittel von knapp 88 Millionen Euro (2000-2006) auf rund 48 Millionen Euro in der aktuellen Periode zurückgefahren. Mit dieser Umschichtung der Mittel wurde der Empfehlung der begleitenden Evaluierung des ESF-Ziel 3 (2000-2006) nachgekommen, die neben einer Klärung grundsätzlicher Fragen der Zuständigkeit und Finanzierung eine Verlagerung der ESF-Mittel vom Schulsystem hin zur Weiterbildung von Erwachsenen nahelegte.

Zu Reformen im **Schulbereich** trugen in der Vorperiode vor allem Qualifizierungsmaßnahmen für Benachteiligte in kaufmännischen Schulen bei („COOL in kaufmännischen Schulen“, vgl. 7.3, und „Teamteaching und offenes Lernen an kaufmännischen Schulen für Berufstätige“) sowie Qualifizierungen für zukunftsträchtige Arbeitsmarktsektoren („Neues

Fachausbildungsmodell mit IT-Qualifikation und Betriebspraktikum“ und „mut! Mädchen und Technik“, vgl. Beispiel untenstehend) bei. Die inhaltlichen Schwerpunkte in der aktuellen Periode liegen im Bereich der **Bekämpfung von Benachteiligungen**. So kommt etwa ein Diagnoseverfahren schwerpunktmäßig an kaufmännischen Schulen im Unterrichtsgegenstand Deutsch zum Einsatz, das die Zahl der im Ausbildungssystem verbleibenden Jugendlichen erhöhen und jene der Schulabbrüche reduzieren soll.

Inhaltlicher Schwerpunkt in der Erwachsenenbildungsförderung bleibt der Ausbau neuer **Lehr- und Lernformen** (Stichwort Lernende in den Mittelpunkt stellen) und begleitender Angebote. Kompetenzfeststellungsverfahren, niederschwelliger Zugang zu Bildungsangeboten für bildungsbenachteiligte Personen (Basisbildung, Vorbereitungskurse zum Nachholen von Hauptschulabschlüssen, Basisbildung für Migrant/innen), Berufsreifeprüfung, Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen sowie überinstitutionelle Bildungsberatungsnetzwerke sind weitere Schwerpunkte der aktuellen ESF-Programmperiode. Weitere Ziele der ESF-Maßnahmen sind Professionalisierung und Qualitätsentwicklung.

### mut! Mädchen und Technik

Das Projekt „mut! Mädchen und Technik“ wurde vom ESF innerhalb des Maßnahmen-schwerpunktes 2 „Qualifizierung für zukunftssträchtige Arbeitsmarktsektoren (insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologien) und verbesserter Übergang von der Erstausbildung in den Arbeitsmarkt“ und mit Unterstützung durch nationale und regionale Behörden und Organisationen gefördert. Seit 30. September 2009 ist das Projekt nach insgesamt siebenjähriger Laufzeit abgeschlossen. Das Projekt gliederte sich in drei Projektphasen (2002-2004, 2004-2007 und 2007-2009).

**Hintergrund** des Projektes ist der sehr niedrige Anteil von Mädchen und Frauen in technischen und handwerklichen Ausbildungsrichtungen und Berufen in Österreich. Dem Projekt lag die Idee zugrunde, in jedem Bundesland eine Anlaufstelle für **geschlechtssensible Berufsorientierung** mit Fokus auf Mädchen und Technik im Schulkontext zu etablieren. Im Rahmen dieser Berufsorientierung sollten Mädchen im technischen/handwerklichen Bereich gefördert werden sowie das Berufswahlspektrum in Richtung technische/handwerkliche Ausbildungen erweitert werden. Insgesamt zielte das Projekt auf eine Erhöhung der Geschlechtersensibilität bei **Lehrenden** und auf eine **Verankerung des Themas** in Aus- und Weiterbildungsinstitutionen sowie auf eine Vernetzung von relevanten Akteure/Akteurinnen ab.

Die innerhalb des Projektes umgesetzten Maßnahmen und Angebote richteten sich hauptsächlich an Lehrende und Direktor/innen im schulischen Bereich, Kindergartenpädagog/innen und Lehramtsstudierende, Ausbildungsinstitutionen, Landes- und Stadtschulräte, Jugendarbeiter/innen und Trainer/innen sowie auch an Mädchen und Buben, Eltern, Lehrlingsverantwortliche und Journalist/innen. Insgesamt wurden in ganz Österreich über 30.000 Personen direkt erreicht.

### Wirkungsbereich

Mit regional unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen wurden unter dem ESF-geförderten Projekt zahlreiche Einzelmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet zwischen 2002 und 2009 durchgeführt. **Projekttträger** war der Verein „Akzente Salzburg“, der als überregionale Anlaufstelle den Zielgruppen Informationen aus dem Schulkontext zu Fragen geschlechtssensibler Berufsorientierung vermittelte. In jedem Bundesland waren zwei bis drei Projektpartner/innen beteiligt (Regionalstellen). Die strategische Steuerung der regionalen Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern erfolgte durch die Frauenreferate der beteiligten Bundesländer.

Seit 2002 wurden österreichweit Methoden entwickelt und erprobt, um Mädchen und junge Frauen auf die Bandbreite ihrer beruflichen Möglichkeiten aufmerksam zu machen und das Vertrauen in ihre eigenen technischen und handwerklichen Fähigkeiten zu stärken. Ein Schwerpunkt war die Arbeit mit und an höheren technischen Lehranstalten (HTLs), die in vielen Fachrichtungen einen sehr geringen Mädchenanteil unter den Schüler/innen aufweisen. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist ein Leitfaden zur Umsetzung des Unterrichtsprinzips „Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ an HTLs (vgl. BMBWK 2006).

In der dritten und letzten Projektphase (2007-2009) stand die nachhaltige Verankerung der erarbeiteten Konzepte im Vordergrund. Die im gesamten Projektverlauf gesammelten Erfahrungen wurden in drei Positionspapieren zusammengefasst, in denen die wichtigsten Empfehlungen formuliert wurden:

1. Mädchen in technischen Ausbildungen ([http://www.mut.co.at/intra/docs/Ruth\\_htl349.pdf](http://www.mut.co.at/intra/docs/Ruth_htl349.pdf), 21.12.2009)
2. Lehrerinnenaus- und -weiterbildung ([http://www.mut.co.at/intra/docs/mut\\_sonstige394.pdf](http://www.mut.co.at/intra/docs/mut_sonstige394.pdf) (21.12.2009)
3. Technischer Werkunterricht in Österreich ([http://www.mut.co.at/intra/docs/mut\\_bericht408.pdf](http://www.mut.co.at/intra/docs/mut_bericht408.pdf), 21.12.2009)

In den beiden ersten Papieren geht es darum, Berufsorientierung und Bildungsberatung künftig auch geschlechtssensibel gestalten zu können bzw. einen Beitrag zur langfristigen Steigerung des Mädchenanteils in technischen Ausbildungen zu leisten. Das dritte Papier befasst sich mit dem Technischen Werkunterricht in Österreich und zeigt Modelle und Möglichkeiten auf, die Zuordnung „Textiles Werken = weiblich“ / „Technisches Werken = männlich“ aufzuheben.

### **Evaluierung**

In der siebenjährigen Laufzeit des Projektes wurden sehr viele Einzelmaßnahmen durchgeführt. Bei der Abschlussveranstaltung im Mai 2009 wurde eine Gesamtschau der Ergebnisse präsentiert und eine Diskussion zu den Themen der Positionspapiere unter Einbeziehung von mehr als 40 Expert/innen durchgeführt. Insgesamt wurden die Initiativen und Ziele des Projektes von vielen Expert/innen im Projektverlauf und im Rahmen der Abschlussveranstaltung als positiv und hilfreich gewürdigt.

### **Schlussfolgerungen**

Obwohl das Projekt abgeschlossen ist, stehen die Bemühungen um eine geschlechtssensible Bildungs- und Berufsberatung erst am Anfang. Denn die konkrete Umsetzung vor Ort an den Schulen und in Unternehmen erwies sich als schwierig: die Lehrenden an technischen Schulen und die Verantwortlichen in technischen Betrieben stehen Frauen oft skeptisch gegenüber und eine Öffnung vollzieht sich nur langsam und punktuell. Die Herausforderung besteht nun darin, die im Projekt erzielten Ergebnisse und Erfahrungen weiter zu nutzen, die entwickelten und teilweise erprobten Konzepte (gendergerechte Sprache, Schulung für Lehrpersonen, optimierte Lehrpläne etc.) tatsächlich anzuwenden und den Bedürfnissen entsprechend bestmöglich weiterzuentwickeln. Neben den Ausbildungseinrichtungen und Betrieben sind insbesondere Politik und Verwaltung angesprochen, denn eine nachhaltige Verankerung erfordert einen top-down-Auftrag.

### Quellen

BMBWK (Hrsg. 2006): Unterrichtsprinzip Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Informationen und Anregungen zur Umsetzung an höheren technischen Lehranstalten, Wien. [http://www.mut.co.at/intra/docs/Ruth\\_bericht185.pdf](http://www.mut.co.at/intra/docs/Ruth_bericht185.pdf) (21.12.2009).

Dokumentation der Abschlussveranstaltung: [http://www.mut.co.at/intra/docs/mut\\_bericht443.pdf](http://www.mut.co.at/intra/docs/mut_bericht443.pdf) (21.12.2009).

<http://www.mut.co.at>

<http://gender.schule.at/>

## 8.4 Verbesserung der Governance der Berufsbildung

Im schulischen Bereich gibt es seit 2000 keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die **institutionellen und administrativen Strukturen der Schulverwaltung**. Das österreichische System der Schulgovernance ist nach wie vor geprägt von einem komplexen föderalen System, das durch behördlich-hierarchische Strukturen stark reguliert ist. Durch die vergleichende Forschung, hauptsächlich im Zusammenhang mit den internationalen Large Scale Assessments (PISA etc. ), entstand ein gewisser Reformdruck, denn das österreichische Schulsystem wurde als vergleichsweise ineffizient und sozial ungerecht charakterisiert (z.B. OECD 2005; Schütz, Ursprung, Wössmann 2005; Hanushek, Wössmann 2006, Gonand et al. 2007, Schmid et al. 2007, Schmid, Ascher, Mayr 2009). Insbesondere seit dem Jahr 2006 setzten – innerhalb der bestehenden Strukturen – Reformschritte ein, die hauptsächlich den Pflichtschulbereich, zum Teil aber auch das berufliche Erstausbildungssystem betreffen.

Die bereits umgesetzten bzw. in Umsetzung befindlichen Reformmaßnahmen umfassen verstärkten **Kleingruppenunterricht** in der neunten Schulstufe und in Berufsschulen, **Sprachförderkurse** für Schüler/innen mit Deutsch als Zweitsprache in berufsbildenden mittleren Schulen und Berufsschulen, Ausbau von **Lehre und Matura** (Berufsmatura, vgl. 6.3), Einführung eines **mittleren Managements** an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie **Bildungsstandards** in der Berufsbildung (vgl. Beispiel untenstehend).

Ein weiterer Reformschritt ist die **neue standardisierte kompetenzorientierte Reifeprüfung**, die ab dem Schuljahr 2013/14 an allen allgemeinbildenden höheren Schulen durchgeführt wird und in der Folge auch an berufsbildenden höheren Schulen kommen soll. Neu daran ist, dass die schriftlichen Prüfungen in zumindest drei Fächern (Deutsch, Mathematik, lebende Fremdsprache) zentral vorgegeben und somit standardisiert sind. Weiterhin schulautonom durchgeführt werden die vorwissenschaftliche Arbeit sowie die mündlichen Prüfungen. Ziel der neuen Reifeprüfung ist die Erhöhung der Objektivität, Transparenz und Vergleichbarkeit von Schüler/innenleistungen sowie die Erhöhung der Aussagekraft von abschließenden Prüfungen. Darüber hinaus soll sie zur Qualitätssteigerung und -sicherung beitragen und den europäischen Vergleich von Abschlüssen vorantreiben (Stichwort NQR und EQR).

In Diskussion befindet sich derzeit ein neues **Lehrer/innendienstrecht** einschließlich neuer Arbeitszeitmodelle sowie das Ausmaß der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften.

Im Bereich der **Weiterbildung** haben die gemeinnützigen Verbände der KEBÖ (Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs) und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) eine **Leistungsvereinbarung** im Zusammenhang mit der öffentlichen Finanzierung abgeschlossen. Die dreijährige Vereinbarung soll zu mehr **Planungssicherheit** über das Budgetjahr hinaus sowie zu mehr Handlungsspielraum und **Qualitätssicherung**

beitragen. Kern der Leistungsvereinbarung sind Zielsetzungen, die einen offenen Zugang, transparente Angebote einschließlich Bildungsinformation und -beratung sowie kontinuierliche, flächendeckende Angebote gewährleisten. Die Umsetzung wird mit Hilfe von Indikatoren im Hinblick auf festgelegte Zielgrößen bewertet. In den Bereichen Basisbildung, Nachholen von Bildungsabschlüssen, politische und kulturelle Bildung, Sozialkompetenzen und Persönlichkeitsbildung wurden konkrete Maßnahmen festgelegt. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Implementierung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Dadurch sollte auch die bisher mangelhafte statistische Erfassung wesentlich verbessert werden.

### Bildungsstandards in der Berufsbildung

In den letzten Jahren wurde v.a. im Rahmen der europäischen Kooperation die Ergebnis- und Kompetenzorientierung bei der Steuerung von Bildungsprozessen zunehmend ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Bildungsstandards stellen ein Kernelement der verstärkten Hinwendung zu einer an den Ergebnissen und Wirkungen orientierten Governance in Österreich dar.

Die Bildungsstandards in der Berufsbildung legen fach- und fächerübergreifende Kernkompetenzen fest, die für weitere Bildungs- und Berufswege bedeutend sind. Sie bestehen aus Kompetenzmodellen, die entlang der Dimensionen Handlung und Inhalt Deskriptoren für die jeweiligen Fächer bzw. Fachbereiche formulieren.

Bildungsstandards bauen auf die jeweils geltenden Lehrpläne auf, insbesondere auf die darin festgelegten Bildungsziele sowie Bildungs- und Lehraufgaben. Die erwarteten Lernergebnisse nehmen die gesamte Bildungswirkung des Unterrichtsgegenstandes bzw. des Fachbereiches in den Blick. Erklärtes Ziel ist die **Sicherstellung gemeinsamer Kernkompetenzen aller Schüler/innen** eines Schultyps, der sich auf die Abschlussqualifikation eines berufsbildenden Bildungsganges bezieht. Damit soll u.a. die Transparenz und Vergleichbarkeit sowie die Qualität von Bildungsabschlüssen verbessert werden. Angestrebt wird eine umfassende **Rückmeldung** an das österreichische Berufsbildungssystem, um in der Folge gezielt Fördermaßnahmen anzuschließen und evidenzbasierte Hinweise für die Weiterentwicklung und laufende Qualitätsverbesserung des Unterrichts zu erhalten (vgl. BMUKK 2009).

Die Bildungsstandards sollen vier zentrale Funktionen erfüllen:

1. **Orientierungsfunktion** für einen kompetenzorientierten Unterricht
2. **Evaluierungsfunktion** des berufsbildenden Unterrichts auf Systemebene
3. **Steuerungsfunktion** durch ein ergebnis- und wirkungsorientiertes Bildungsmanagement
4. **Informationsfunktion** durch Erhöhung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlussqualifikationen

### Wirkungsbereich

Die Bildungsstandards in der Berufsbildung befinden sich derzeit in der dritten und letzten **Pilotierungsphase**, die bis Juni 2010 abgeschlossen sein soll. Zunächst werden die Standards für die berufsbildenden höheren Schulen entwickelt, in weiterer Folge soll die Initiative auf das gesamte berufsbildende Schulwesen ausgeweitet werden. Die Bildungsstandards sind ein wichtiges Teilprojekt der österreichischen Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB, vgl. 6.1) und in Zusammenhang mit den Bildungsstandards in der Allgemeinbildung zu sehen. Letztere werden erstmals im Frühjahr 2012 für die achte Schulstufe und 2013 für die vierte Schulstufe überprüft.

Die Bildungsstandards im Bereich der Berufsbildung werden von Arbeitsgruppen aus erfahrenen Lehrer/innen, Fachdidaktiker/innen sowie Fachwissenschaftler/innen erarbeitet. Die Koordination und Leitung obliegt der Steuerungsgruppe im zuständigen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK). Darüber hinaus wird das Projekt wissenschaftlich

begleitet.
<b>Evaluierung</b>
In der derzeitigen Pilotierungsphase werden die erarbeiteten Unterrichtsbeispiele an ausgewählten Pilotschulen getestet, um vorab die Qualität und Verständlichkeit der Beispiele zu gewährleisten. In dieser Phase erfolgt die Verbesserung, Revision und Auswahl der Beispiele. Auf Basis dieser Erfahrungen werden anschließend die Unterrichtsbeispielsammlungen erstellt.
<b>Schlussfolgerungen</b>
Mit der Bildungsstandardinitiative wird der Aspekt der Performanz im Governance des österreichischen Bildungswesens wesentlich verstärkt. Die Performanz stellt ein zentrales Merkmal der Ergebnisorientierung dar, ist jedoch in den geltenden Vorschriften und Regelungen fast vollständig ausgeklammert (vgl. Lassnigg und Vogtenhuber 2009). Es ist jedoch klar, dass die Standards nur einen – wenn auch sehr wichtigen – Teil der Gesamtheit der Bildungswirkung eines Gegenstandes bzw. Fachbereiches abdecken und erfassen können. Einer Reduktion des schulischen Lernens auf die in den Bildungsstandards überprüfbaren Lernergebnisse sowie auf das „leicht Messbare“ muss daher vorgebeugt werden, um Bildungsziele, die nicht direkt durch Standards überprüft werden können, nicht zu gefährden (Stichwort „Teaching to the Test“).
<b>Quellen</b>
BMUKK (2009): Projekthandbuch „Bildungsstandards in der Berufsbildung“. Wien. <a href="http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/fileadmin/content/bbs/Handbuch_BIST_Nov09.pdf">http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/fileadmin/content/bbs/Handbuch_BIST_Nov09.pdf</a> (21.12.2009).
Lassnigg, Lorenz und Vogtenhuber, Stefan (2009), Von Lehrplänen zu Lernergebnissen: Ergebnisorientierte Beschreibung von Qualifikationen des formalen Bildungssystems in Österreich. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg.): Der Nationale Qualifikationsrahmen in Österreich. Beiträge zur Entwicklung, Studies in Lifelong Learning 3, Lit Verlag, Wien, S. 71-96.
<a href="http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at">http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at</a>

Arthur Schneeberger (ibw)

## 9. Fortschritte in der Modernisierung europäischer Berufsbildungssysteme im Rahmen des Kopenhagen Prozesses und Prioritäten für künftige Kooperationen

### 9.1 Auswirkungen der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung auf die Entwicklungen der nationaler Bildungspolitik

Seit dem Einsetzen **europäischer Berufsbildungspolitik**, die durch die „Copenhagen Declaration“ vom 29. und 30. November 2002 inspiriert und angestoßen wurde, hat sich die Bildungspolitik in Österreich mit den wesentlichen **Prioritäten** einer verstärkten Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung befasst. Es waren und sind dies die Stärkung der europäischen Dimension der Aus- und Weiterbildung, die Verbesserung der Transparenz der Qualifikationsnachweise, die Unterstützung im Aufbau von Information und Berufsberatung und -orientierung, die verbesserte Anerkennung von Kompetenzen, die auf unterschiedlichen Wegen erworben wurden, und nicht zuletzt die mit der Transparenz und Anerkennungsthematik verbundene verstärkte Bemühung um Qualitätssicherung der Prozesse und der Outcomes (Qualifikationsnachweise) in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die auch den Weiterbildungsbedarf der Trainer/innen und Lehrer/innen umfasst.

Zur Erreichung dieser prioritären Ziele wurden eine **Vielzahl von Aktionen und Initiativen** in Österreich gesetzt. Im Zentrum steht dabei die Stärkung der europäischen Dimension der Aus- und Weiterbildung, insbesondere die Verbesserung der Transparenz der Berufsbildungsabschlüsse, die Förderung der Sprachkenntnisse, die Kooperation von Lehrkräften in Projekten und Netzwerken sowie der Austausch von Lehrlingen, Schüler/innen und Lehrenden.

#### Strategischer Rahmen: Qualität und Kompetenzorientierung

Als ein Fokus des strategischen Rahmens der Sektion II (Berufsbildung) im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) ist das Thema „**Qualität der Berufsbildung**“ ein zentrales. Bereits 2005 wurde eine Qualitätsinitiative ins Leben gerufen und damit ein wesentlicher Gedanke des Kopenhagen-Prozesses in Österreich institutionell und mental verankert (vgl. 6.1). Ein Teilbereich war dabei das „Bildungsstandard-Projekt“ für alle berufsbildenden Vollzeitschulen. Dieses ist durch Orientierung des Lehrens und Lernens am Kompetenzbegriff und damit auch am Lernergebniskonzept gekennzeichnet (vgl. Beispiel untenstehend). Der frühe Start mit Qualitätsprojekten und Kompetenzorientierung in der schulischen Berufsbildung hat den Boden für ein breites Verständnis des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) bereitet.

#### Zukünftige Prioritäten: Durchlässigkeit, Flexibilität, Partnerschaft, Chancengleichheit

Für die Zukunft werden curriculare und strukturelle Veränderungen im Zeichen der leitenden bildungspolitischen Konzepte **Durchlässigkeit und Flexibilität** der beruflichen Bildungsgänge ins Zentrum der Arbeit des BMUKK gestellt. Damit verbunden soll eine Niveauanhebung der Lernergebnisse auf breitest möglicher Basis werden. Dies wird eine neue Qualität in der Partnerschaft zwischen involvierten Stakeholder/innen (betroffene Ministerien, Sozialpartner) und den verschiedenen Berufsbildungsanbietern erfordern. Der EQR und der EQARF sollen als unterstützender Bezugsrahmen fungieren.

Durchlässigkeit, Flexibilität und starke Partnerschaft in der beruflichen Bildung quer über die Anbieter sollen dem übergreifenden Ziel der Inklusion aller Jugendlichen in eine Ausbildung bis etwa zum 18./19. Lebensjahr dienen sowie die Tür zum tertiären Bildungsbereich in Form beruflicher Weiterbildung oder hochschulischer Qualifizierung weiter als in der Vergangenheit öffnen. Auch hier wird Partnerschaft zugunsten der Jugendlichen traditionelle Segmentierungstendenzen zu überwinden haben. Damit sollen Wirkfaktoren in Richtung mehr Durchlässigkeit und Chancengleichheit im österreichischen Bildungssystem im allgemeinen und in den beruflichen Bildungsgängen der oberen Sekundarstufe, des Lehrlingswesens und der postsekundären Aus- und Weiterbildung auf eine neue Stufe gehoben werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Prozess zur Errichtung eines funktionsfähigen und die Bildungsbeteiligung und Anrechnung von Lernleistungen fördernden Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR).

## Umsetzungen

Das BMUKK respektive die Sektion II (Berufsbildung) als Zentrum der Aktivitäten im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses setzte auf nationaler und internationaler Ebene auf **Kooperation** bei der Umsetzung von Projekten im Zuge des Kopenhagen-Prozesses.

So werden die Arbeiten zum **Nationalen Qualifikationsrahmen** (NQR) von den beiden Bildungsministerien, dem BMUKK und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF), koordiniert und mit breiter Mitwirkung und Einbeziehung (Konsultation, Erstellung von Expertisen) umgesetzt (vgl. dazu auch 3.1). Es wurde eine nationale **Nationalen NQR-Steuerungsgruppe**, bestehend aus den Bundesministerien sowie den Sozialpartnern und den Ländern, eingerichtet. Aufgabe dieser im Sommer 2007 eingerichteten Steuerungsgruppe war es, anhand von in Auftrag gegebenen Studien („Vertiefende Analysen“) erste Vorschläge zu einem NQR zu entwickeln. Diese Studien wurden abgeschlossen und bis Anfang 2008 wurde ein erstes Konsultationspapier ausgearbeitet, zu welchem alle betroffenen Institutionen Stellung nehmen konnten. Hauptanliegen der Konsultation, die am 30. Juni 2008 zu Ende ging, war es, sachlich begründete Stellungnahmen aller Betroffenen zu Lösungsansätzen zur Erarbeitung und Umsetzung des NQR zu erhalten. Insgesamt sind ca. 270 Stellungnahmen eingegangen. Schlussendlich fand eine Reihe von Veranstaltungen zum NQR statt. Ziel der Veranstaltungsreihe war es, den EQR und NQR den betroffenen Personen zu erläutern, sowie eine Möglichkeit zu geben, Stellung zum Konsultationspapier und allgemein zum NQR zu nehmen. Die Stellungnahmen wurden von Bildungsexperten/innen zusammengefasst und kommentiert (vgl. Aff et al. 2008).

Neben dem BMUKK und dem BMWF haben auch die Österreichische Universitätskonferenz und die Fachhochschulkonferenz Veranstaltungen zum Thema abgehalten und eine umfassende Dokumentation publiziert (vgl. Österreichische Universitätskonferenz 2009).

Die Strategie der Entwicklung des NQR durch die Nationale Steuerungsgruppe sah als einen ersten Schritt eine Konzentration auf **formales Lernen** vor. Dies wurde als „Korridor 1“ bezeichnet. Das **non-formale Lernen** („Korridor 2“) wurde aber ebenfalls in Form einer der oben angeführten „vertiefenden Analysen“ behandelt und wird derzeit auch in einem Arbeitskreis thematisiert. Die vielen Stellungnahmen und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen belegen den hohen Stellenwert, welcher der Entwicklung des NQR beigemessen wird.

Die Frage nach der Entwicklung spezifisch österreichischer **Deskriptoren** für die Levels des NQR wurde längere Zeit diskutiert und auch in den vertiefenden Analysen thematisiert. In den Stellungnahmen aus dem Bereich Berufsbildung verneint eine Mehrheit, dass es notwendig wäre, nationale Deskriptoren zu formulieren. Vereinbart wurde allerdings, nationale „Erläuterungen“ zu den Deskriptoren der acht Levels des EQR zu entwickeln, um damit eine Hilfestellung für Anwendende zu geben.

Im Weiteren wurde **sektorbezogene Projekte** zur Umsetzung eines möglichen zukünftigen NQRs zum Bauwesen (ibw), zur Elektrotechnik (ibw), zum Gesundheitswesen (öibf) und zum Tourismus (3s) vom BMUKK bzw. vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegeben. Mit Ausnahme des Berichts über die Elektrotechnik sind alle Projektergebnisse im Sammelband „Der Nationale Qualifikationsrahmen in Österreich. Beiträge zur Entwicklung“ (vgl. Markowitsch 2009) abgedruckt.

Derzeit harren eine Reihe wichtiger Fragen einer Beantwortung, wie insbesondere die Frage, ob ab Level 6 ausschließlich die Hochschulen Qualifikationsnachweise vergeben dürfen. Eine andere wichtige Frage ist die Einstufung der Lehrabschlüsse: einheitlich oder auf verschiedenen Levels. Der hohe Stellenwert der NQR-Entwicklung zeigt sich in der Aufnahme der Thematik in das neue Regierungsprogramm (vgl. Regierungsprogramm 2008, S. 200).

Ebenso wie bezüglich EQR-NQR hat das BMUKK auch zum Transparenzinstrument **ECVET** Informations-/Konsultationsaktivitäten durchgeführt und Studien über Umsetzungsgrundlagen beauftragt. Die Eröffnungsveranstaltung und erste Vorstellung von ECVET in Österreich fand im September 2006 statt, seither wurden einige nationale Konferenzen zur Information und Diskussion von ECVET in Österreich abgehalten. Der innerösterreichische Konsultationsprozess (November 2006 bis Februar 2007) erbrachte 28 Stellungnahmen aus Ministerien, der Sozialpartner, der Universitäten, der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen. Zahlreiche transnationale Pilotprojekte zu ECVET mit österreichischem Koordinator und/oder österreichischer Beteiligung zeigen den Stellenwert des Transparenzinstrumentes auf. 2008 wurde zudem eine „ECVET-Tauglichkeitsstudie“ mit dem Titel „Umsetzung von ECVET in der beruflichen Erstausbildung in Österreich“ durchgeführt (vgl. Luomi-Messerer und Tritscher-Archan 2008), deren Ziel es war, zu zeigen, inwiefern das österreichische Berufsbildungssystem auf ECVET vorbereitet ist.

Der derzeit favorisierte Ansatz zur Umsetzung von ECVET in Österreich sieht dabei insbesondere eine Anwendung im Bereich der **transnationalen Mobilität** vor. Dabei soll den Schulen und Ausbildungsinstitutionen weitgehende Flexibilität bei der Umsetzung eingeräumt werden. Die zentral für Berufsbildung verantwortlichen Institutionen (Ministerien etc.) geben lediglich die Gesamt-ECVET-Punkteanzahl vor und beschränken sich ansonsten auf unterstützende Maßnahmen, insbesondere auf Information und die Entwicklung von Begleitmaterialien. Derzeit entwickeln Expert/innen im Auftrag des BMUKK einen Leitfaden, der praktische Hinweise und Formulare zur Umsetzung von ECVET (in Kombination zum Europass) sowie eine Beispielsammlung enthalten soll. Der österreichische Ansatz findet auch das Interesse der Europäischen Kommission, weil dieser eine unbürokratische und gesamt-europäische Umsetzung von ECVET ermöglicht.

2005 wurde eine nationale Steuerungsgruppe zur Koordination und Strategieentwicklung im Bereich Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf eingerichtet. 2006 wurde (unter Federführung des BMUKK) mit Vertreter/innen aller auf Bundesebene für Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf zuständigen Ministerien und Institutionen im Jahr eine **Nationale Lifelong Guidance Strategie** mit folgenden programmatischen Hauptzielen definiert: Implementierung der Grundkompetenzen für Bildungs- und Lebensplanung in allen Curricula; Fokus auf Prozessorientierung und Begleitung; Professionalisierung der Berater/innen, Trainer/innen; Qualitätssicherung und Evaluation von Angeboten, Prozessen und Strukturen; Zugang verbreitern – Angebote für neue Zielgruppen schaffen. Die Strategie wurde in den folgenden Jahren zahlreichen Maßnahmenplanungen zugrunde gelegt – so dem Ausbau anbieterneutraler Angebote im Bereich Bildungsberatung für Erwachsene mit gleichzeitig verbesserter Koordination und Maßnahmen zur weiteren Professionalisierung der Berater/innen (Projekt „bib-innovation-network 2007-2010“ – [www.bib-infonet.at](http://www.bib-infonet.at)) oder der Intensivierung der Maturant/innenberatung im Rahmen der Initiative key2success (siehe <http://key2success.schulpsychologie.at>) sowie dem BMWF-Projekt „Studienchecker“ ([www.studienchecker.at](http://www.studienchecker.at), vgl. 5.2) . Diese Strategie

umfasst auch die Förderung von Projekten zur Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf in und in Kooperation mit Schulen im Rahmen der Umsetzung des operationellen Programms des ESF-Ziel 2 (2007-2013) und die Etablierung von bereichsübergreifenden Koordinations- und Kooperationsmechanismen im Bereich Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf auf regionaler sowie auf Bundesebene (vgl. [www.lifelongguidance.at](http://www.lifelongguidance.at)).

Sozialpartner-Einrichtungen, Dachorganisationen aus dem Schulbereich und aus dem tertiären Bereich, Elternverbände, Seniorenverbände, Migrant/innenvereine, kirchliche Einrichtungen und Verbände der Erwachsenenbildung nahmen am umfassenden Konsultationsprozess zur **Strategie zum Lebenslangen Lernen** (LLL) teil. Auch die einzelnen Bundesländer und verschiedene Bundesministerien nahmen die Gelegenheit wahr, aktuelle Standpunkte und Entwicklungen einzubringen. Insgesamt langten 64 Stellungnahmen ein, wobei sich alle maßgeblichen Einrichtungen und Institutionen beteiligten. Eine große Disseminations- und Motivationsveranstaltung im Rahmen eines ganztägigen Kongresses wurde 2009 durchgeführt. Dort wurden die Ergebnisse des Konsultationsprozesses von den mit der Auswertung beauftragten Wissenschaftler/innen präsentiert und auch die geplanten nächsten Schritte vorgestellt und diskutiert.

Im Sinne des Kopenhagen-Prozesses hat **Qualitätssicherung** der schulischen und dualen beruflichen Bildung in Österreich als Thema und Zielsetzung von Maßnahmen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Hierzu ist zunächst auf die seit 2005/06 aktive „Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB)“ zu verweisen (vgl. dazu auch 6.1). QIBB wurde als umfassendes Qualitätsmanagementsystem eingeführt, um die Qualität der berufsbildenden Schulen zu sichern und weiter zu entwickeln. QIBB versteht sich explizit als die Umsetzung des auf europäischer Ebene entwickelten „Gemeinsamen Bezugsrahmens zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung“. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor von QIBB ist die hohe Beteiligung der Schulen von durchschnittlich 75 %; in den meisten Schultypen liegt der Anteil an QIBB umsetzenden Schulen bei 90 % oder mehr. Dies ist insbesondere in Anbetracht der Freiwilligkeit der Teilnahme ein sehr hoher Wert.

Mit Thema Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung hängen die Arbeiten zur Umsetzung der **Lernergebnisorientierung** sowie zur **Entwicklung von Bildungsstandards** in den mittleren und höheren berufsbildenden Schulen (BMHS), die international als ISCED 3B (mittlere Schulen), 4A (höhere Schulen) oder 5B (höhere Schulen für Berufstätige) eingestuft werden, zusammen. Seit 2005 wird an der Konzeption von Bildungsstandards im Bereich der berufsbildenden Schulen gearbeitet (vgl. Beispiel untenstehend und 8.4). Um das Erreichen der Abschlussqualifikation sicherzustellen, wurden zunächst für ausgewählte allgemeinbildende Gegenstände sowie für ausgewählte gesamte Fachausbildungen Bildungsstandards für die 13. Schulstufe formuliert. Damit sollen Schnittstellen besser definiert und Übergänge leichter gestaltet werden. Die Arbeiten befinden sich in der Phase der Konzipierung und Pilotierung von Unterrichtsbeispielen, die zur Verbesserung der Unterrichtsqualität beitragen sollen. Derzeit werden in 24 Arbeitsgruppen Kompetenzmodelle, Deskriptoren und prototypische Beispiele entwickelt. Einige Arbeitsgruppen haben bereits die Pilotierung hinter sich. Die überarbeiteten Bildungsstandards werden allen Lehrer/innen und sonstigen Stakeholder/innen kommuniziert. Die ersten Umsetzungsschritte in Form von kompetenzorientiertem Unterricht und kompetenzorientierten Lehrplänen werden gerade realisiert. Die Ergebnisse der Bildungsstandards werden auch in die abschließenden Prüfungen (Reife- und Diplomprüfung) einfließen.

2007 wurde die **Österreichische Referenzstelle für Qualität in der Berufsbildung** (ARQAVET) beim Österreichischen Austauschdienst (ÖAD), der Agentur für Internationale Bildungs- und Wissenschaftskooperation, eingerichtet. Diese Einrichtung soll die Akteure/Akteurinnen der beruflichen Bildung in Österreich mit Angeboten und Know-how im Bereich Qualitätssicherung und -entwicklung unterstützen und insbesondere eine aktive Ver-

mittlerrolle von und zur europäischen Ebene spielen (vgl. [http://www.arqa-vet.at/arqa\\_vet/was\\_machen\\_wir/](http://www.arqa-vet.at/arqa_vet/was_machen_wir/))

2008 wurden gesetzliche Grundlagen durch die Bundesregierung und ein Umsetzungs-konzept der Sozialpartner zur **Förderung von Anzahl und Qualität des Lehrstellen-angebots** geschaffen (vgl. Bundes-Berufsausbildungsbeirat 2008). Dies bedeutet einen Entwicklungsschub in Richtung Qualitätsentwicklung der dualen Berufsausbildung in Österreich. Neben der Dokumentation des Ausbildungsfortschritts und einem Praxistest zur Mitte der Lehrzeit (vgl. 4.4 und 6.1) zielen die neuen Förderungen durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) auf die Erhöhung der Qualifikation der Ausbilder/innen in den Unternehmen ab (vgl. dazu auch 4.4 und 6.1). In der Empfehlung der europäischen Union zur Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung von 2009 werden diese Aspekte ebenfalls beachtet. Die europäische Initiative zur Qualitätssicherung ist vor allem der Versuch, eine verstärkte forschungsbasierende Berufsbildung und ihrer Verbindung mit Arbeitsmarkt und Gesellschaft herbeizuführen. Aufgrund des wachsenden Stellenwertes von „evidence based policy“, insbesondere bezüglich Prozess- und Outcomequalität der beruflichen Bildung, aber auch aufgrund der steigenden öffentlichen Förderungen des betrieblichen Teils der dualen Ausbildung in Österreich ist zu erwarten, dass die Lehrlingsausbildung mittel- oder langfristig viel stärker als in der Vergangenheit von Evaluation begleitet und beeinflusst werden wird.

Weitere Maßnahmen im Zuge des Kopenhagen-Prozesses betreffen die **Förderung von Schlüsselqualifikationen**. Angeregt durch das Schlüsselkompetenzkonzept des Memorandums für lebenslanges Lernen (2001) wurde in den berufsbildenden Schulen ein „Impulszentrum für Entrepreneurship-Education“ (EESI) und eine Multiplikator/innengruppe in allen Bundesländern eingerichtet (vgl. <http://www.eesi-impulszentrum.at/>). Das BMUKK hat weiters eine Informationsplattform eingerichtet, auf der umfassend über aktuelle Veranstaltungen und Projekte anlässlich des **Europäischen Jahrs der Kreativität und Innovation** 2009 in Österreich informiert wird (vgl. 7.4).

### Bildungsstandards in der Berufsbildung

Das Projekt **Bildungsstandards in der Berufsbildung**, das 2007 gestartet wurde, fokussiert auf Abschlussqualifikationen. **Ziele** des Projektes sind die Definition von Kernbereichen des Unterrichts in lernergebnisorientierter Darstellung, um damit Grundlagen für die Implementierung eines kompetenzorientierten Unterrichts (Orientierungsziel für den Unterricht) zu schaffen. Durch die Formulierung von gemeinsamen Kernbereichen und durch kompetenzorientierten Unterricht wird die Voraussetzung für eine österreichweite Evaluierung des berufsbildenden Unterrichts geschaffen (Evaluierungsziel auf Systemebene). In Verbindung mit der Befragung von Absolvent/innen erhält man darüber hinaus ein umfassendes Systemfeedback, das die erforderlichen Hinweise liefert, um steuernd auf das System einwirken zu können (wirkungsorientiertes Bildungsmanagement). Bildungsstandards haben im Bereich der Berufsbildung schließlich auch das Ziel, als Weiterentwicklung der Transparenzinstrumente aufgefasst zu werden, die in Form der Europass Zeugniserläuterungen weitgehend umgesetzt wurden (Informationsfunktion).

Die Bildungsstandards im Bereich der Berufsbildung werden von **Arbeitsgruppen** aus erfahrenen Lehrer/innen, Fachdidaktiker/innen sowie Fachwissenschaftler/innen erarbeitet. Die Koordination und Leitung obliegt der Steuerungsgruppe im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK). Darüber hinaus wird das Projekt wissenschaftlich begleitet.

**Zielgruppen** sind die Lehrenden an den berufsbildenden Schulen und im weiteren deren Schüler/innen, aber auch die Arbeitsmarktparteien (Informationsfunktion der Abschlüsse). Das Projekt befindet sich in der **Pilotphase**, in der die Erprobung von Unterrichtsbeispielen

<p>an ausgewählten Schulen erprobt wird. Die Pilotierung wird durchgeführt, um eine hohe Qualität und Verständlichkeit der Unterrichtsbeispiele zu gewährleisten. Das Ziel der Pilotierung ist demnach die Verbesserung, Revision und Selektion der Unterrichtsbeispiele und die darauf folgende Erstellung der Unterrichtsbeispielsammlungen.</p>
<p><b>Wirkungsbereich</b></p> <p>Der <b>Wirkungsbereich</b> der Projektes und seiner Ergebnisse ist national und bezieht sich auf alle vollzeitschulischen mittleren und höheren Schulen. Durch die Verbindung mit den Transparenzinstrumenten ECVET und EQR ist eine wichtige europäischen Transparenzfunktion zu erwarten.</p> <p>Das Bildungsstandard-Projekt ist ein groß angelegtes Qualitätssicherungs- und Qualitätsentwicklungsprojekt und seinerseits mit der Initiative QIBB (Qualität in der Berufsbildung, vgl. 6.1) verbunden. Das Projekt ist daher <b>Teil einer größeren bildungspolitischen Strategie</b>. Die <b>Hauptakteure/-akteurinnen des Projektes</b> sind die Abteilung Berufsbildung im BMUKK, die berufsbildenden Schulen in allen Bundesländern und Experten/innen der wissenschaftlichen Begleitung.</p>
<p><b>Evaluierung</b></p> <p>Eine Bewertung der <b>Effizienz/Effektivität</b> wird erst bei Vorliegen der Auswirkungen möglich sein: Derzeit ist das Projekt in der Pilotierungsphase, eine Evaluierung wird erst nach Einführung der Bildungsstandards durchgeführt werden. Es ist geplant, die Ergebnisse für die Beschreibung der Lernergebnisse im NQR zu nutzen.</p>
<p><b>Schlussfolgerungen</b></p> <p><b>Hindernisse</b> bei der Durchführung der Maßnahme haben sich vor allem durch die Neuheit der Lernergebnisorientierung im österreichischen Bildungssystem ergeben. Um diese Hindernisse zu bewältigen wurde eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen mit Lehrern/innen, die in der Curriculaentwicklung Erfahrung haben und aktiv sind, durchgeführt und eine wissenschaftliche Unterstützung und Begleitung organisiert. Es wurde viele Informationen und ein Handbuch entwickelt, die auf der Projekthomepage zugänglich sind: (vgl. <a href="http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/de/downloads.html">http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/de/downloads.html</a>).</p> <p><b>Herausforderungen</b>, die noch zu bewältigen sind, liegen in der Entwicklung weiterer sektorspezifischer Pilotprojekte und in deren breiten Umsetzung, inklusiver begleitender Evaluierung.</p>
<p><b>Quellen</b></p> <p><a href="http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/">http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/</a> Arbeitsplattform „Bildungsstandards in der Berufsbildung“, <a href="http://bildungsstandards.qibb.at/">http://bildungsstandards.qibb.at/</a></p>

## 9.2 Governance, Kooperation und Ownership der verschiedenen Stakeholder/innen im Rahmen des Kopenhagen Prozesses auf europäischer Ebene

Das **Zentrum der österreichischen Initiativen und Aktivitäten** im Bereich des Kopenhagen-Prozesses ist die Sektion II, Berufsbildung, des Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK). Viele österreichische Einrichtungen partizipieren in europäischen Aktivitäten zur Verbesserung der Berufsbildung, der Mobilität und des Austausches von Wissen, Erfahrungen und Beispielen in diesem Bereich. Mobilität und Transparenz von Qualifikationen stehen im Mittelpunkt vieler aktueller Kooperationen, an denen sich österreichische Institutionen beteiligen.

Um die europäische Dimension im Bereich der beruflichen Bildung durch Auslandsaufenthalte und deren Organisation und Vorbereitung auf ein solides Fundament zu stellen, wurde 1995 der **Verein IFA (Internationaler Fachkräfteaustausch)** als Servicestelle zur Förderung der Mobilität von Fachkräften gegründet (vgl. [www.ifa.or.at](http://www.ifa.or.at)). Mitglieder des Vereins sind die Wirtschaftskammern, die Industriellenvereinigung, die Junge Wirtschaft und die Junge Industrie. IFA ist mittlerweile eine in Europa führende Einrichtung im Hinblick auf internationale Mobilität. Die Servicestelle fungiert als zentrale Anlaufstelle für Information und Beratung von Jugendlichen, Betrieben und Bildungseinrichtungen in einschlägigen Fragen. IFA organisiert Auslandspraktika, beantragt und vergibt die dafür notwendigen Fördermittel und stellt die Anerkennung der im Ausland erworbenen Kompetenzen sicher. IFA hat sich auf die Betreuung von Nicht-Akademiker/innen spezialisiert und ermöglicht jährlich mehr als 400 Lehrlingen, Schüler/innen aus berufsbildenden Schulen, Arbeitnehmer/innen und Ausbilder/innen ein Praktikum im Ausland. Betrachtet man die unterschiedlichen Leistungen des Vereins, so ist feststellbar, dass IFA jährlich für 2.000 Jugendliche, 150 Unternehmen, Schulen und weitere Bildungseinrichtungen Leistungen erbringt. Die Leistungen von IFA beginnen bereits im Vorfeld des Auslandspraktikums. IFA unterstützt nicht nur interessierte Einzelpersonen bei der Planung ihrer Auslandspraktika, sondern auch Unternehmen und berufsbildende Schulen beim Aufbau und bei der Durchführung von Austauschprogrammen. IFA erfüllt eine europäische Dienstleistungsfunktion, indem der Verein Jugendliche und Erwachsene aus anderen EU-Ländern, die ein Praktikum in Österreich absolvieren, betreut. IFA ist weiters die autorisierte Informationsstelle für den Europass Mobilitätsnachweis in Österreich.

Österreich arbeitet im **Peer Learning Cluster „New Skills for teachers“** (vgl. <http://www.ksll.net/PeerLearningClusters/ClusterDetails.cfm?id=11>) mit Partner/innen aus Spanien, Deutschland, Island, Portugal, Irland, Italien, Slowenien, Rumänien und Estland sowie dem Cedefop und der European Training Foundation (ETF) zusammen. Seit 2006 hat es acht Treffen und drei Peer Learning Aktivitäten gegeben, von denen eine in Wien im Jahr 2007 stattfand. Das Thema dieses Treffens war die Partnerschaft zwischen Schulen, Betrieben und die Rolle von Lehrer/innen und Ausbilder/innen. Österreich hat auch in den weiteren Aktivitäten aktive Mitarbeit in die Zusammenarbeit eingebracht.

Ein Schwerpunkt der Bildungspolitik mit europäischer Ausrichtung bildet seit Jahren die Verbesserung des Zugangs zu Beratungsdiensten, die Entwicklung von entsprechenden Qualitätssicherungssystemen sowie die Koordination und Kooperation auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Genau diese vier Schwerpunktsetzungen finden sich auch im Arbeitsprogramm 2009/2010 des **European Lifelong Guidance Policy Networks (ELGPN)**, einem Zusammenschluss von europäischen Staaten zum Zwecke des Austausches und der Entwicklung von Konzepten zur Etablierung von umfassenden Systemen von Lifelong Guidance (vgl. <http://elgpn.eu>), an dem Österreich mitwirkt.

Nicht unerwähnt bleiben sollen das thematisch einschlägige Projekt **ECGC (European Career Guidance Certificate)** und dessen Vorgängerprojekt MEVOC, die beide auf Initiative des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission und des BMUKK durchgeführt wurden. Im Rahmen dieser Projekte wurden mit verschiedenen Partnerländern Kompetenzstandards und Zertifizierungsgrundlagen für die Berufs- und Laufbahnberatung entwickelt (vgl. [www.ecgc.at](http://www.ecgc.at) und [www.mevoc.net](http://www.mevoc.net)).

Breite Qualifizierung bereits in der Erstausbildung in den **Fremdsprachen** bildet seit mehr als einem Jahrzehnt einen der Schwerpunkte zur Stärkung der europäischen Dimension und zugleich zum Aufbau von Kooperationen und Netzwerken zwischen Österreich und den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Dies betrifft beispielhaft die Mitarbeit und Organisation von Tagungen zum Europäischen Sprachenportfolio (ESP). Im Herbst 2009 war Graz Schauplatz einer großen ESP-Konferenz: Die internationale Tagung mit Expert/innen aus 31 Mitglieds-

staaten des Europarates hatte das Ziel, die zukünftige Entwicklung des Europäischen Sprachenportfolios (ESP) zu diskutieren. Die Tagung wurde von der Sprachenpolitischen Abteilung des Europarats gemeinsam mit dem BMUKK organisiert. Die Veranstaltung bot Gelegenheit, über die bisherigen Ergebnisse des ESP-Projektes Bilanz zu ziehen, den Einfluss in den Mitgliedsstaaten zu bewerten, neue Unterstützungshilfen für ESP-Entwickler/innen zu zeigen und zukünftige Strategien zu diskutieren. Europäische Sprachenportfolios sollen als „Lernbegleiter“ Schüler/innen aller Altersstufen zur individuellen Lernplanung und Selbsteinschätzung motivieren und für interkulturelle Erfahrungen sensibilisieren. Das ESP wurde vom Europarat im Europäischen Jahr der Sprachen präsentiert und erweckt seither großes Interesse in den Mitgliedsstaaten. 102 Modelle wurden vom ESP-Validierungskomitee akkreditiert. Österreich verfügt über acht akkreditierte ESP-Modelle für alle Altersstufen; die nationalen Modelle für Grundstufe, Mittelstufe und Oberstufe wurden im Auftrag des BMUKK am Österreichischen Sprachen-Kompetenz-Zentrum entwickelt (vgl. [www.oesz.at](http://www.oesz.at)).

### Central European Cooperation in Education (CECE)

Bereits seit dem Jahr 1997 werden in regelmäßigem Abstand Regionalkonferenzen auf Beam/innenebene zwischen Österreich, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien abgehalten. Ziel ist eine enge nachbarstaatliche **Kooperation in Bildungsangelegenheiten** und, neben der Durchführung konkreter gemeinsamer Projekte, vor allem der Austausch von Expertise und guter Praxis auf Verwaltungsebene in allen Bereichen des lebenslangen Lernens (z.B. Qualitätsentwicklung, Dezentralisierung und Finanzierung von Bildungssystemen, Abschluss des Arbeitsprogramms 2010, Umsetzung des Strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, Kooperation im Hochschul- und Berufsbildungsbereich, Erstellung von nationalen Qualifikationsrahmen, Entwicklung und Implementierung einer LLL Strategie etc.).

Durch die EU-Erweiterung 2004 und den damit erfolgten Beitritt von Österreichs Nachbarländern erweiterten sich die Bereiche der Zusammenarbeit von der regionalen zunehmend um eine verstärkte inhaltliche und organisatorische Kooperation auf EU-Ebene, insbesondere bei der Umsetzung des EU-Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“, aber auch bei der Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006. Im Rahmen der CECE hat sich damit über die Jahre eine solide und verlässliche Partnerschaft entwickelt, in der sowohl regionale als auch internationale Fragen der Bildungspolitik diskutiert und in weiterer Folge gemeinsam Wege zur weiteren Verbesserung der Bildungssysteme gesucht werden.

Bereits im Februar 2004 wurde im Rahmen einer Minister/innenkonferenz von Österreich, Ungarn, Slowakei und Slowenien ein Joint Memorandum of Understanding unterzeichnet und damit die Kooperation auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene vertieft sowie auf eine verbindlichere Basis gestellt. Nach dem Auslaufen dieses Memorandums wurde 2007 ein weiteres Memorandum of Understanding unterzeichnet, um die Kooperation zwischen den fünf Nachbarländern den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Neben einer Neustrukturierung der Zusammenarbeit auf den verschiedenen institutionellen und administrativen Ebenen der CECE-Länder soll eine Vertiefung des Netzwerks zwischen den CECE-Staaten auch deren Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene erleichtern und unterstützen. Die regelmäßige Durchführung gemeinsamer Konferenzen, Seminare und Expert/innen-Workshops soll dem fortgesetzten „voneinander Lernen“ dienen und nicht zuletzt eine bessere Ressourcenverwertung erlauben: Gemeinsame Forschungsprojekte und Austausch von Expertise können eine bessere Nutzung der in allen beteiligten Ländern begrenzt vorhandenen Wissensressourcen gewährleisten und neue Lösungsansätze aufzeigen. Dieser Prozess wird im Zuge der Umsetzung des auf europäischer Ebene beschlossenen neuen „strategischen Rahmens bis 2020“ fortgeführt.

### 9.3 Externe Dimension der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung

Im Hinblick auf Kooperationen, die über EU-Mitgliedsländer hinausgehen, ist auf zahlreiche Kontakte und Kooperationen mit **EU-Beitrittskandidatenländer** und **Ländern außerhalb der EU** zu verweisen.

#### **Bilaterale Kooperationen Österreichs mit Ländern aus Mittel- und Süd/Osteuropa**

Die Neuorientierung der Berufsbildung ist eines der wichtigsten Anliegen der süd-/ost-europäischen Staaten. Ein gutes Berufsbildungssystem wirkt sich auch positiv auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aus und leistet einen wichtigen Beitrag zu Demokratie und Frieden. In Zusammenarbeit mit der **European Training Foundation (ETF)** und dem Verein **Kulturkontakt** unterstützt die Sektion Berufsbildung (Sektion II des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, BMUKK) Projekte zur Förderung dieser Entwicklungen. Die Betreuung österreichischer Kooperationsprojekte erfolgt durch die „Beauftragten für Bildungskoooperation (BB)“, die vom Unterrichtsministerium entsandt werden. BB gibt es derzeit außerhalb der EU in Serbien, Kroatien, Montenegro, Albanien, Kosovo, Russland und in der Ukraine.

Es wurden zwei große regionale Projekte im Westbalkan durchgeführt: eines betrifft **Übungsfirmen** (virtuelle Unternehmen zu Ausbildungszwecken), das zweite betrifft den Ausbildungsbereich Tourismus. Schulpartnerschaften mit östlichen Nachbarländern der EU werden auch vom Interkulturellen Zentrum gefördert, die Durchführung liegt bei den teilnehmenden Schulen. Beispiele hierfür sind Projekte und die Zusammenarbeit von berufsbildenden Schulen mit ihren Partnern, die Teilnahme an Bildungswettbewerben, Unterrichtsprojekte und gemeinsame Lehrerfortbildung oder die Einladung von Jugendlichen aus den Nachbarstaaten zum Besuch berufsbildender Schulen in Österreich.

Eine spezielle Form der Kooperation besteht in der Teilnahme Österreichs bei **WorldSkills** (vgl. dazu auch 6.2), die heuer in Calgary (Kanada) stattfanden. Sie ermöglichen nicht nur Anerkennung für die Jugendlichen, sondern geben auch Ausbilder/innen und Unternehmen die Gelegenheit, wichtige Kontakte zu knüpfen und insgesamt das Image der Lehre im Land und international aufzuwerten.

#### **Vertiefendes Beispiel: Bildungskoooperation Österreich – Albanien**

Seit 1995 gibt ein Projektbüro in Tirana, das sich mit Aufbau und Durchführung von bilateralen Bildungsprojekten befasst. In enger Zusammenarbeit zwischen den Bildungsinstitutionen Österreichs und Albaniens werden seither zahlreiche Reformprojekte implementiert. Besonders intensiv ist die Kooperation im Bereich der Bildungsberatung sowie insgesamt mit dem Bildungsministerium. Andere zentrale Bildungseinrichtungen, wie die Agentur für Berufsbildung und das Nationale Institut für Curriculaentwicklung, Lehrer/innenfortbildung und Evaluierung sind Ansprechpartner bei den durchzuführenden Reformen. Ergänzt werden diese durch Kooperationen mit diversen internationalen Organisationen, wie der DACHplus-Gruppe, dem Internationalen Deutschen Volkshochschulverband (PARSH), SwissContact, CARDS-VET-Büro und Educational Credential Evaluators (ECE). Schwerpunkte der Kooperation sind die Berufsbildung in mittleren und höheren Schulen (Wirtschaftsschulen, Tourismusschulen, Landwirtschaftsschulen), Deutsch als Fremdsprache sowie Gendersensibilität im Unterricht im Sekundarschulbereich (vgl. <http://www.kulturkontakt.or.at/page.aspx?target=230536>).

## Weitere Kooperationen

Das österreichische Berufsbildungssystem findet auch außerhalb Europas Interesse. Zahlreiche hochrangige **bildungspolitische Delegationen und Schulexpert/innen** besuchen Jahr für Jahr Österreich. Besonders intensive Kontakte gibt es zu China. In den letzten drei Jahren besuchten etwa 200 chinesische Schuldirektoren/innen Österreich, um von der österreichischen Berufsbildung zu lernen. Besondere Beziehungen gibt es zur bevölkerungsreichsten Provinz im Süden des Landes, der Provinz Kanton. Zwischen Österreich und der Provinz Kanton gibt es ein Memorandum of Understanding bezüglich der Kooperation in der beruflichen Bildung. Zahlreiche Lehrer/innen chinesischer berufsbildender Schulen waren zu einer zwei- bis neunmonatigen Fortbildung in Österreich, z.B. an höheren technischen Lehranstalten, an Berufsschulen, in Fachhochschulen etc. Nach ihrer Rückkehr, so zeigen Rückmeldungen und Besichtigungen vor Ort, sind die in Österreich weitergebildeten Lehrer/innen erfolgreich und in wichtigen Positionen in China tätig. Die Bildungs-kooperationen werden auch von Firmenkontakten begleitet.

Darüber hinaus gibt eine Vielzahl von **bilateralen Projekten** im Bildungsbereich, auch auf kommerzieller Basis, z.B. in gehobenen Tourismus-Ausbildungen. Die Sektion II des BMUKK ist in diesen kooperativen Aktivitäten maßgeblich beteiligt.

## Kooperationen mit internationalen Einrichtungen

Das BMUKK kooperiert in verschiedenen **Projekten mit internationalen Organisationen** im Hinblick auf berufliche Bildung. Als eines von vielen Beispielen sei die Beteiligung Österreichs am OECD-Review zur Berufsbildung „Learning for Jobs“ angeführt, an dem zahlreiche Länder auch außerhalb Europas beteiligt sind. Andere aktuelle OECD-Projekte mit österreichischer Beteiligung betreffen z.B. Guidance and Counselling, die Anerkennung von non-formalen und informellen Lernen oder Migration.

Österreich ist auch im Rahmen des ETF (European Training Foundation) aktiv, z.B. durch die Organisation von Study Visits.

Sabine Tritscher-Archan (ibw)

## 10. Berichtsinformationen

### 10.1 Autorinnen und Autoren

Kapitel 1	Lorenz Lassnigg (IHS)
Kapitel 2	Daniel Köster (ibw)
Kapitel 3	Karin Luomi-Messerer und Monika Prokopp (3s research laboratory)
Kapitel 4	Stefan Vogtenhuber (IHS)
Kapitel 5	Norbert Lachmayr (öibf)
Kapitel 6	Judith Proinger (öibf)
Kapitel 7	Daniel Köster (ibw)
Kapitel 8	Stefan Vogtenhuber (IHS)
Kapitel 9	Arthur Schneeberger (ibw)
Kapitel 10	Sabine Tritscher-Archan (ibw)

**Gesamtkoordination:** Sabine Tritscher-Archan (ibw)

### 10.2 Bibliographie

#### Publikationen

#### Kapitel 1:

Biffi, Gudrun (2009): Zur Rolle der Bildung für MigrantInnen in Österreich. In: Lassnigg, Lorenz et al. (Hrsg. 2009), S. 57-77.

BMLFUW (2002): Österreichs Zukunft Nachhaltig Gestalten. Die Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Wien <http://www.nachhaltigkeit.at/filemanager/download/39024/> (English: <http://www.nachhaltigkeit.at/filemanager/download/40505/>) (29.11.2009).

BMUKK-Gesundheitsbildung (o.J.): [http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/Unterrichtsprinzipien\\_Um1605.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/Unterrichtsprinzipien_Um1605.xml)

BMUKK-VerbraucherInnenbildung (o.J.): <http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/wirtschaftserziehung.xml>

BMWfJ (2009a) Wirtschaftspolitisches Datenblatt. Center1/1, Stand 2.12.2009. Online: [http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Documents/WP%20Datenblatt\\_02122009.pdf](http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Documents/WP%20Datenblatt_02122009.pdf) (29.11.2009).

Bock-Schappelwein, Julia; Bremberger, Christoph und Huber, Peter (2009): Hoch qualifizierte Personen aus Drittstaaten in Österreich. In: Lassnigg, Lorenz et al. (Hrsg. 2009), S. 78-92.

EIS (2009): European Innovation Scoreboard 2008. Comparative Analysis of Innovation Performance. January 2009. Online: [http://www.proinno-europe.eu/EIS2008/website/docs/EIS\\_2008\\_Final\\_report.pdf](http://www.proinno-europe.eu/EIS2008/website/docs/EIS_2008_Final_report.pdf) (29.11.2009).

- European Communities (2009): Sustainable development in the European Union. 2009 monitoring report of the EU sustainable development strategy. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-78-09-865/EN/KS-78-09-865-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-78-09-865/EN/KS-78-09-865-EN.PDF) (29.11.2009).
- Feyerer, Ewald (2009): Qualität in der Sonderpädagogik: Rahmenbedingungen für eine verbesserte Erziehung, Bildung und Unterrichtung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. In: Specht, Werner (Hrsg. 2009), Band 2, S. 73-98.
- Herzog-Punzenberger, Barbara und Unterwurzacher, Anne (2009): Migration – Interkulturalität – Mehrsprachigkeit. Erste Befunde für das österreichische Bildungswesen. In: Specht, Werner (Hrsg. 2009), Band 2, S. 161-182.
- Lassnigg, Lorenz (2008): Themen und Prioritäten in der bildungspolitischen Programmatik in Österreich 2005-2008. Manuskript. Wien: equi-IHS <http://www.equi.at/material/Politikprogr08.pdf> (29.11.2009).
- Lassnigg, Lorenz et al. (Hrsg. 2009): Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung. Innsbruck: Studienverlag.
- Peneder, Michael et al. (2007): WIFO-Weißbuch: Technologischer Wandel und Produktivität. Disaggregierte Wachstumsbeiträge seit 1990. WIFO-Monatsberichte 1/2007. S. 33-46.
- Peneder, Michael et al. (2006): WIFO Weißbuch Teilstudie 3: Wachstum, Strukturwandel, Produktivität. Disaggregierte Wachstumsbeiträge für Österreich von 1990 bis 2004. Wien: WIFO.
- Schmid, Kurt (2006): Bildung für eine globalisierte Welt. Halten Österreichs Schulen mit der Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft Schritt? ibw-Schriftenreihe Nr. 132. Wien. Internet: [http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.getfile&file\\_id=158&product\\_id=25](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.getfile&file_id=158&product_id=25) (29.11.2009).
- Schneeberger, Arthur (2009): Bildungsgarantie bis zum 18./19. Lebensjahr. Entwicklungen und Perspektiven in der Berufsbildung. In: Specht, Werner (Hrsg. 2009), Band 2, S. 55-72.
- Specht, Werner (Hrsg. 2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam. Online: [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band1.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band1.pdf) (18.11.2009).
- Specht, Werner (Hrsg. 2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam. Online: [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band2.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf) (18.11.2009):
- Sprung, Annette (2009): Die Seite wechseln? MigrantInnen als TrainerInnen und BeraterInnen in der beruflichen Weiterbildung. In: Lassnigg, Lorenz et al. (Hrsg. 2009), S. 93-114.
- Steiner, M (2009) Early School Leaving und Schulversagen im österreichischen Bildungssystem. In: Specht, Werner (Hrsg. 2009), Band 2, S. 141-160.

## **Kapitel 2:**

- Arbeitsmarktservice Österreich (o.J.): Arbeitsmarktdaten. Online: [http://www.ams.at/ueber\\_ams/14172.html](http://www.ams.at/ueber_ams/14172.html) (27.11.2009).
- Arbeitsmarktservice Österreich (2009): Presseaussendung „Mitte Oktober waren 39.461 Personen in Kurzarbeit“. Online: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091020\\_OTS0152/korrektur-der-ots0175-mitte-oktober-waren-39461-personen-in-kurzarbeit](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091020_OTS0152/korrektur-der-ots0175-mitte-oktober-waren-39461-personen-in-kurzarbeit) (26.11.2009).
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Arbeitsmarktpolitik in Österreich 2008. Online: [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/arbeitsmarktpolitik\\_in\\_oesterreich\\_web.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/arbeitsmarktpolitik_in_oesterreich_web.pdf) (27.11.2009).

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2009): Presseaussendung zum „Pakt für Lehrlinge“. Online: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20090608\\_OTSS0156/mitterlehner-pakt-fuer-lehrlinge-ist-eine-signalwirkung-an-die-jugendlichen-bild#](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090608_OTSS0156/mitterlehner-pakt-fuer-lehrlinge-ist-eine-signalwirkung-an-die-jugendlichen-bild#) (27.11.2009).

Bundesrichtlinie Beihilfen bei Kurzarbeit und bei Kurzarbeit mit Qualifizierung. Online: [http://www.ams.at/docs/kua\\_rili\\_amf\\_18\\_2009.pdf](http://www.ams.at/docs/kua_rili_amf_18_2009.pdf) (26.11.2009).

Tritscher-Archan, Sabine (Hrsg. 2009): Berufsbildung in Europa. Länderbericht Österreich. Bericht im Rahmen von ReferNet Austria. Wien.

WIFI Österreich (o.J.): WIFI Bildungsstatistik 2008. Online: <http://www.wifi.at/DE/News%20%20Presse/News/aktuelle%20Meldungen%20aus%20der3367/WIFI+Bildungsstatistik+2008.aspx> (14.11.2009).

Wirtschaftskammer Österreich (o.J.): Kurzarbeit mit Qualifizierung. [http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?AnglID=1&StlID=467299&DstlID=0&BrID=37](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlID=467299&DstlID=0&BrID=37) (26.11.2009).

Wirtschaftskammern Österreichs (2008): Lehrlinge in Österreich. Ergebnisse der Lehrlingsstatistik der Wirtschaftskammern Österreichs. Online: <http://wko.at/statistik/jahrbuch/Folder-Lehrlinge2008.pdf> (14.11.2009)

### **Kapitel 3:**

Aff, Josef et al. (2008): Bericht der Expertengruppe. Konsolidierung der Stellungnahmen zum Konsultationspapier zum österreichischen Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR). Wien. Online: [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17561/nqr\\_erg\\_ksep.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17561/nqr_erg_ksep.pdf) (27.11.2009).

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (2009): Bildungsstandards in der Berufsbildung. Projekthandbuch – Stand: November 2009. Online: [http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/fileadmin/content/bbs/Handbuch\\_BIST\\_Nov09.pdf](http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/fileadmin/content/bbs/Handbuch_BIST_Nov09.pdf) (27.11.2009).

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (2009): Österreichischer Fortschrittsbericht 2009 über die Umsetzung EU-Arbeitsprogramms „Allgemeine und Berufliche Bildung 2010“. Online: [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/natreport09/austria\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/natreport09/austria_de.pdf) (27.11.2009).

Erler, Ingolf (2009): Die allgemeine Erwachsenenbildung und der nationale Qualifikationsrahmen. Modellprojekt zur Bürger/innenkompetenz. Wien. Online: [http://www.oieb.at/upload/NQR\\_Bericht.pdf](http://www.oieb.at/upload/NQR_Bericht.pdf) (18.11.2009).

Krötzel, Gerhard (2009): Nationale Lifelong Guidance Strategie – Umsetzungsstand 2009. Wien. Online: [http://www.lifelongguidance.at/qjp/mm.nsf/0/A8694DF1ABD3B0E2C12575E000313980/\\$file/Lifelong%20Guidance%202009.pdf](http://www.lifelongguidance.at/qjp/mm.nsf/0/A8694DF1ABD3B0E2C12575E000313980/$file/Lifelong%20Guidance%202009.pdf) (27.11.2009).

Luomi-Messerer, Karin (2009a): EQF Referencing Process – Exchange of Experience. Case Study Austria. Bericht im Rahmen des Projekts EQF-Ref. Online: [www.eqf-ref.eu](http://www.eqf-ref.eu) (27.11.2009).

Luomi-Messerer, Karin (2009b): Materialien und Überlegungen zur Gestaltung der Deskriptoren des Nationalen Qualifikationsrahmen für Österreich. 3s Working Paper 01/2009. Online: [http://www.3s.co.at/pdf/3slab\\_artikel/3s\\_Working\\_Paper\\_01-1009\\_Luomi-Messerer\\_Deskriptoren\\_NQR.pdf](http://www.3s.co.at/pdf/3slab_artikel/3s_Working_Paper_01-1009_Luomi-Messerer_Deskriptoren_NQR.pdf) (11.11.2009)

Luomi-Messerer, Karin; Lengauer Sonja; Markowitsch, Jörg (2008): NQR Tourismus: Projekt zur Vorbereitung der Einordnung von Qualifikationen aus dem Bereich Tourismus in den NQR. Endbericht. Wien: 3s research laboratory. Online: [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17384/nqr\\_konf08\\_2\\_tourismus.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17384/nqr_konf08_2_tourismus.pdf) (11.11.2009).

- Luomi-Messerer, Karin und Lengauer Sonja (2009): Der Nationale Qualifikationsrahmen im Bereich Tourismus. Ergebnisse eines Pilotprojekts. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 205-225.
- Luomi-Messerer, Karin und Tritscher-Archan, Sabine (2007): Umsetzung von ECVET in der beruflichen Erstausbildung in Österreich. Studie im Auftrag des BMUKK. November 2007. Online: [http://www.3s.co.at/pdf/ECVET\\_berufliche%20Erstausbildung%20-%20%20Endbericht%20-%2020071203a.pdf](http://www.3s.co.at/pdf/ECVET_berufliche%20Erstausbildung%20-%20%20Endbericht%20-%2020071203a.pdf) (27.11.2009).
- Nöbauer, Reinhard (2009): ECVET in Österreich. Grundsätze, Umsetzung und Einführung. Wien, BMUKK.
- Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009): Der Nationale Qualifikationsrahmen in Österreich. Beiträge zur Entwicklung. Studies in Lifelong Learning. Band 3. Wien-Berlin: LIT Verlag.
- OeAD (2009): Leonardo da Vinci Mobilitätsprojekte 2000 bis 2009. Zahlen, Daten, Fakten. Österreichischer Austauschdienst GmbH. Wien.
- Schlögl, Peter (2009a): Lernergebnisorientierte Lernniveaus in den nichtärztlichen Gesundheitsberufen – eine ex ante Prüfung auf Machbarkeit und Funktionalität. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 227-240.
- Schlögl, Peter (2009b): Konzept einer Teil-Strategie für die Integration von Lernergebnissen des nicht formalen Lernens in einen künftigen nationalen Qualifikationsrahmen. Endfassung. Wien, öibf.
- Tritscher-Archan, Sabine und Lenger, Brigitte (2010): Kurzfristige Mobilität zu Lern- oder Arbeitszwecken. Ein Überblick. Wien: ibw.
- Tritscher-Archan, Sabine (2008): Der Nationale Qualifikationsrahmen in der Praxis: Am Beispiel des Baubereichs. Endbericht. Wien: ibw. Online: [http://www.ibw.at/component/virtuemart/?page=shop.product\\_details&flypage=flypage.tpl&product\\_id=253&category\\_id=6](http://www.ibw.at/component/virtuemart/?page=shop.product_details&flypage=flypage.tpl&product_id=253&category_id=6) (11.11.2009).
- Tritscher-Archan, Sabine (2009a): Der Nationale Qualifikationsrahmen in der Praxis: Am Beispiel des Baubereichs. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 185-203.
- Tritscher-Archan, Sabine (2009b): NQR in der Praxis. Am Beispiel des Elektrobereichs. Wien: ibw. Online: [http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product\\_details&flypage=flypage.tpl&product\\_id=306&category\\_id=7](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product_details&flypage=flypage.tpl&product_id=306&category_id=7) (11.11.2009).
- Tritscher-Archan, Sabine und Mayr, Thomas (Hrsg. 2008): Berufsbildungspolitik in Österreich. Fortschrittsbericht zu den Entwicklungen 2006 – 2008. Online: <http://www.refernet.at/index.php/publikationen/policy-dokumente> (01.12.2009).

#### **Kapitel 4:**

- Archan, Sabine (2006): Modularisierung der Lehrlingsausbildung. Status quo Analyse und Expertenbefragung. ibw-Schriftenreihe Nr. 130. Wien. Online: [http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product\\_details&flypage=flypage.tpl&category\\_id=6&product\\_id=27](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product_details&flypage=flypage.tpl&category_id=6&product_id=27) (01.12.2009).
- Gruber, Elke (o.J.): Modularisierung als Grundprinzip eines Strukturmodells künftiger beruflicher Bildung – dargestellt am Beispiel der Kompetenzentwicklung im bühnen- und veranstaltungstechnischen Bereich. <http://wwwg.uni-klu.ac.at/ifeb/eb/Modularisierung.pdf> (1.12.2009).
- Huber, Peter et al. (2005): Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006 Ziel 3, Österreich. Aktualisierung der Halbzeitbewertung Programmbezogene Zusammenschau, Wien. Online: [http://www.pakte.at/attach/AktualisierungderESFZiel3Halbzeitbewertung\\_SP6.pdf](http://www.pakte.at/attach/AktualisierungderESFZiel3Halbzeitbewertung_SP6.pdf)
- Lassnigg, Lorenz (2008): Improving the quality of the supply-demand-match in vocational education and training by anticipation and "matching policy". In: European Journal of Vocational Training, Vol. 44 No. 2.

Lassnigg, Lorenz und Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2005): Qualität durch Vorausschau. Antizipationsmechanismen und Qualitätssicherung in der österreichischen Berufsbildung. Innsbruck-Wien: Studienverlag.

Lassnigg, Lorenz und Vogtenhuber, Stefan (2009): Bildungsstatistische Kennzahlen. In: Specht, Werner (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009. Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam. Online: [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band1.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band1.pdf) (03.12.2009).

ÖGB, AK, WKO, LK (2007): Arbeitsmarkt – Zukunft 2010. Vorschläge der Sozialpartner für ein Maßnahmenpaket zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Jugendbeschäftigung, Wien, am 02. Oktober 2007. Online: [http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/20071001\\_Sozialpartner%20Ma%DFnahmenpaketArbeitsmarkt\\_vorl%E4ufigeEndversion.pdf](http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/20071001_Sozialpartner%20Ma%DFnahmenpaketArbeitsmarkt_vorl%E4ufigeEndversion.pdf) (03.12.2009).

ÖGB, AK, WKO, LK: CHANCE BILDUNG – Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabon-Strategie. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Bad Ischl im Oktober 2007. Online: [www.bildungsgrenzenlos.at/texte/doc\\_download/12-chance-bildung.html](http://www.bildungsgrenzenlos.at/texte/doc_download/12-chance-bildung.html) (03.12.2009).

ÖGB, AK, WKO, IV: Aktionsplan für ältere ArbeitnehmerInnen, Wien, am 23. April 2008.

OIEB (2009): Regionale Bildungsbedarfserhebung. Theorien, Prozesse und Methoden für eine partizipative Umsetzung. Wien. Online: <http://www.netzwerk-land.at/leader/lernende-regionen/downloads/handbuecher/handbuch-regionale-bildungsbedarfserhebung> (01.12.2009).

Pilz, Matthias (Hrsg. 2009): Modularisierungsansätze in der Berufsbildung. Deutschland, Österreich, Schweiz sowie Großbritannien im Vergleich. Bielefeld: wbv.

Plaimauer, Claudia und Fingerlos, Astrid (2009): Qualifikationsstrukturbericht des AMS Österreich für 2008. Ergebnisse des AMS-Qualifikations-Barometers. Wien: AMS Österreich. Online: [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/QSB2008\\_bericht\\_Oesterreich.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/QSB2008_bericht_Oesterreich.pdf) (03.12.2009).

Specht, Werner (Hrsg. 2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam. Online: [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band1.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band1.pdf) (18.11.2009).

Specht, Werner (Hrsg. 2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam. Online: [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band2.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf) (18.11.2009):

Tritscher-Archan, Sabine (2007): Modularer Lehrberuf für die Holzindustrie. Expertenbefragung zur Schaffung eines modularen Lehrberuf, ibw-Bildung & Wirtschaft Nr. 40, Wien. Online: [http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.getfile&file\\_id=187&product\\_id=43](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.getfile&file_id=187&product_id=43) (11.12.2009).

Tritscher-Archan, Sabine und Mayr, Thomas (Hrsg. 2008): Berufsbildungspolitik in Österreich. Fortschrittsbericht zu den Entwicklungen 2006 – 2008. Online: <http://www.refernet.at/index.php/publikationen/policy-dokumente> (01.12.2009).

Zuckersteinova, Alena und Strietska-Ilina, Olga (Hrsg. 2007): Towards European skill needs forecasting. Cedefop Panorama series 137, Luxembourg.

## **Kapitel 5:**

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2009): Dokumentation aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich. 1994-Mitte 2009. Online: [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/dokumentation\\_aktive\\_amp\\_in\\_oesterreich\\_1994-2009\\_final\\_juli\\_2009.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/dokumentation_aktive_amp_in_oesterreich_1994-2009_final_juli_2009.pdf) (24.11.2009).

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (2009): Österreichischer Fortschrittsbericht 2009 über die Umsetzung EU-

- Arbeitsprogramms „Allgemeine und Berufliche Bildung 2010“. Online:  
[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/natreport09/austria\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/natreport09/austria_de.pdf) (27.11.2009).
- Dornmayr, Helmut; Lenger, Birgit und Löffler, Roland (2010): Jugendliche in überbetrieblichen Ausbildungsgängen. Eine Evaluation. Wien.
- Erler, Ingolf (2009): Die allgemeine Erwachsenenbildung und der nationale Qualifikationsrahmen. Modellprojekt zur Bürger/innenkompetenz. Wien. Online:  
[http://www.oieb.at/upload/NQR\\_Bericht.pdf](http://www.oieb.at/upload/NQR_Bericht.pdf) (18.11.2009).
- Expert/innenkommission Zukunft der Schule (2008): Zweiter Zwischenbericht. Online:  
[http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16253/ek\\_zwb\\_02.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16253/ek_zwb_02.pdf) (18.11.2009).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005): Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG). Online:  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:394:0010:0018:DE:PDF> (18.11.2009).
- KMU Forschung Austria und ibw (2006): Integrative Berufsausbildung. Evaluierung von § 8b des Berufsausbildungsgesetzes. Endbericht. Wien. Online:  
<http://www.kmuforschung.ac.at/de/Projekte/Integrative%20Berufsausbildung/Integrative%20Berufsausbildung.pdf> (24.11.2009)
- KMU Forschung Austria und ibw (2008): Evaluierung der integrativen Berufsausbildung (IBA), Endbericht. Wien. Online:  
[http://www.bmwfj.gv.at/Berufsausbildung/LehrlingsUndBerufsausbildung/Documents/Endbericht\\_IBA.pdf](http://www.bmwfj.gv.at/Berufsausbildung/LehrlingsUndBerufsausbildung/Documents/Endbericht_IBA.pdf) (24.11.2009)
- Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung Nr. 29. Wien. S. 5-14. Online:  
[http://www.politischebildung.com/pdfs/29\\_basis.pdf](http://www.politischebildung.com/pdfs/29_basis.pdf) (17.11.2009).
- mut! (2009): Endbericht 1.10.2007-30.09.2009. Online:  
[http://www.mut.co.at/intra/docs/mut\\_bericht480.pdf](http://www.mut.co.at/intra/docs/mut_bericht480.pdf) (18.11.2009)
- ÖGB, AK, WKO, LK (2007): Arbeitsmarkt – Zukunft 2010. Vorschläge der Sozialpartner für ein Maßnahmenpaket zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Jugendbeschäftigung, Wien, am 02. Oktober 2007. Online: [http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/20071001\\_Sozialpartner%20Ma%DFnahmenpaketArbeitsmarkt\\_vorl%E4ufigeEndversion.pdf](http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/20071001_Sozialpartner%20Ma%DFnahmenpaketArbeitsmarkt_vorl%E4ufigeEndversion.pdf) (03.12.2009).
- Specht, Werner (Hrsg. 2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam. Online:  
[http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band1.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band1.pdf) (18.11.2009).
- Specht, Werner (Hrsg. 2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam. Online:  
[http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16\\_NBB-Band2.pdf](http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf) (18.11.2009):
- Kapitel 6:**
- Archan, Sabine und Schlögl, Peter (2007). Von der Lehre zur postsekundären Bildung: Eine Studie und Modelle zur Durchlässigkeit im österreichischen Ausbildungssystem. Wien. Online:  
[http://www.ibw.at/images/ibw/pdf/bbs/endbericht\\_von\\_der\\_lehre\\_zur\\_postsekundaeren\\_bildung.pdf](http://www.ibw.at/images/ibw/pdf/bbs/endbericht_von_der_lehre_zur_postsekundaeren_bildung.pdf). (17.11.2009).
- Archan, Sabine; Henkel, Susanna-Maria und Wallner, Josef (2004): Training VET teachers and trainers. Thematische Analyse 6 für Cedefop. Online: <http://www.abf-austria.at/docs/abf%20InfoDoc%204-2004.pdf> (17.11.2009).

- Wien Bundesgesetz über die Organisation der Pädagogischen Hochschulen und ihre Studien (Hochschulgesetz 2005), BGBl. I Nr. 30/2006 vom 13.03.2006
- Aff, Josef et al. (2008): Die Wirtschaftspädagogik an den Universitäten Österreichs. In: bwp@ Spezial 3 – Österreich. Spezial: Berufs- und Wirtschaftspädagogik in Österreich. Oder: Wer „macht“ die berufliche Bildung [www.bwpat.de/ATspezial/aff\\_mandl\\_neuweg\\_ostendorf\\_schurer\\_atspezial.shtml](http://www.bwpat.de/ATspezial/aff_mandl_neuweg_ostendorf_schurer_atspezial.shtml) (11.4.2008)
- Beschluss des Fachhochschulrates (FHR) über die MTD- und Hebammen-Ausbildung im FH-Sektor vom 3.7.2004, GZ: 2004/273
- BMBWK (Hg. 2003): Weißbuch Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen. Wien.
- BMBWK (Hg. 2006): Qualitätsinitiative Berufsbildung, Wien.
- BMUKK und BMWF (2007): Austrian National Report 2007 on the Implementation of the Education and Training 2010 Work Programme. Wien.
- BMWA (2008): Staatspreisbroschüre 2008.
- Bundesgesetz über die Änderung des Berufsausbildungsgesetzes (BGBl I Nr. 5/2006 v. 13.1.2006).
- Bundesgesetz über die Änderung des Schulunterrichtsgesetzes (BGBl I Nr. 112/2009 v. 17.11.2009).
- Bundesgesetz über die Organisation der Pädagogischen Hochschulen und ihre Studien (Hochschulgesetz 2005), BGBl. I Nr. 30/2006 vom 13.03.2006.
- Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz hinsichtlich des Schulwesens geändert wird BGBl. I Nr. 31/2005, 09.06.2005.
- Gutknecht-Gmeiner, Maria et al. (2007): Profilbildung in der Sekundarstufe. Bundesweite Erhebungen und Befragung von Schulleitungen, im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.
- Haider, Günther et al. (2005): Abschlussbericht der Zukunftskommission. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.
- Junge, Kerstin (2005): European Inventory on Validation of non-formal and informal learning: Austria. ECOTEC Research and Consulting. Birmingham. [www.ecotec.com/europeaninventory/publications/inventory/chapters/euro\\_inv\\_austria.pdf](http://www.ecotec.com/europeaninventory/publications/inventory/chapters/euro_inv_austria.pdf) (13.11.2009).
- Lachmayr, Norbert und Dornmayr, Helmut (2008): Ausbildungsverbände in Österreich – Potenzial zusätzlicher Lehrstellen, Projektbericht ÖIBF/ibw, Wien.
- Lassnigg, Lorenz et al. (2007): Ökonomische Bewertung der Struktur und Effizienz des österreichischen Bildungswesens und seiner Verwaltung. Studie im Auftrag des BMUKK. Wien. Online: [www.bmukk.gv.at/medienpool/15515/ihs\\_oekbew.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15515/ihs_oekbew.pdf) (26-11-2009).
- Schlögl, Peter; Gutknecht-Gmeiner, Maria und Schacherbauer, Eva (2006): Machbarkeitsstudie zu einem modularen Qualifizierungssystem „Weiterbildungsakademie“ für lehrende und pädagogisch-planende Personen in der Erwachsenenbildung, BildungsberaterInnen und BibliothekarInnen. Im Auftrag des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Projektbericht des ÖIBF.
- Schmid, Kurt und Pirolt, Richard (2005): Schulgovernance im internationalen Vergleich. ibw-Reihe Bildung und Wirtschaft Nr. 32. Wien. Online: <http://www.ibw.at/html/buw/BW32.pdf> (13.11.2009).
- Stark, Dietmar (2007): Berufspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich. In: bwp@ Spezial 3 – Österreich Spezial: Berufs- und Wirtschaftspädagogik in Österreich. Oder: Wer „macht“ die berufliche Bildung [www.bwpat.de/ATspezial/stark\\_atspezial.shtml](http://www.bwpat.de/ATspezial/stark_atspezial.shtml) (11.4.2008)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über Bildungsstandards im Schulwesen, BGBl. II Nr. 1/2009 vom 2.1.2009. Online:  
[www.bmukk.gv.at/medienpool/17533/bgbl\\_ii\\_nr\\_1\\_2009.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17533/bgbl_ii_nr_1_2009.pdf) (13.11.2009).

Zürcher, Reinhard (2007): Informelles Lernen und der Erwerb von Kompetenzen. Theoretische, didaktische und politische Aspekte. Wien Materialien für Erwachsenenbildung 2/2007. Online:  
[http://erwachsenenbildung.at/downloads/service/nr2\\_2007\\_informelles\\_lernen.pdf](http://erwachsenenbildung.at/downloads/service/nr2_2007_informelles_lernen.pdf) (13.11.2009).

### **Kapitel 7:**

Greimel-Fuhrmann, Bettina (2006): Was ist und was kann Cooperatives Offenes Lernen (COOL)? Neues Unterrichtskonzept. Charakteristika, Chancen und Risiken. In: wissenplus 3-06/07. Online:  
[http://www.wissenstmanz.at/wissenplus/zeitschrift/archiv/heft-3-2006-07/wp3\\_0607\\_imfokus.pdf](http://www.wissenstmanz.at/wissenplus/zeitschrift/archiv/heft-3-2006-07/wp3_0607_imfokus.pdf) (13.11.2009).

Maderthaner, Paul und Altrichter, Herbert (2007): Kooperatives, offenes Lernen in kaufmännischen Schulen: Entwicklung und Stand einer Unterrichtsinnovation. In: Erziehung & Unterricht, 157 (2007) 5/6, S. 518-528.

### **Kapitel 8:**

Gonand, Frédéric; Joumard, Isabelle und Price, Robert (2007): Public Spending Efficiency: Institutional Indicators in primary and secondary Education, OECD Economics Department Working Papers No. 543, 2007, Paris.

Gutknecht-Gmeiner, Maria und Klimmer, Susanne (2007): Endbericht zur Umsetzung und Auswirkungen von Sokrates II und Leonardo da Vinci II in Österreich. Wien. Online:  
[http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user\\_upload/europa/bildungsprogramme/endbericht\\_SOKRATE-S-LEONARDO\\_07\\_06\\_27.pdf](http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/europa/bildungsprogramme/endbericht_SOKRATE-S-LEONARDO_07_06_27.pdf) (02.12.2009).

Hanushek, Eric A. und Wößmann, Ludger (2006): Does Educational Tracking Affect Performance and Inequality? Differences-in-Differences Evidence Across Countries. Economic Journal, Royal Economic Society, vol. 116(510), C63-C76, 03. Online:  
<http://www.zew.de/en/publikationen/dfgflex/WOESSMANN%20Paper.pdf> (02.12.2009).

OECD (2005): School Factors Related to Quality and Equity: Results from PISA 2000. Paris: OECD.

Schmid, Kurt; Hafner, Helmut und Pirolt, Richard (2007). Reform von Schulgovernance-Systemen. Vergleichende Analyse der Reformprozesse in Österreich und bei einigen PISA-Teilnehmerländern ibw-Schriftenreihe Nr. 135. Wien. Online:  
[http://www.ibw.at/html/fb/FB\\_135.pdf](http://www.ibw.at/html/fb/FB_135.pdf) (02.12.2009).

Schmid, Kurt; Ascher, Christoph und Mayr, Thomas (2009): Reformpunkte zum österreichischen Schulgovernance-System. ibw-Kurzexpertise. Wien. Online  
[http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.getfile&file\\_id=347&product\\_id=304](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.getfile&file_id=347&product_id=304) (02.12.2009).

Schütz, Gabriele; Ursprung, Heinrich W. und Wößmann, Ludgar (2005). Education Policy and Equality of Opportunity. CESifo Working Paper No. 1518. Online: [http://www.cesifo-group.de/pls/guestci/download/CESifo%20Working%20Papers%202005/CESifo%20Working%20Papers%20August%202005/cesifo1\\_wp1518.pdf](http://www.cesifo-group.de/pls/guestci/download/CESifo%20Working%20Papers%202005/CESifo%20Working%20Papers%20August%202005/cesifo1_wp1518.pdf) (02.12.2009).

### **Kapitel 9:**

Bundes-Berufsausbildungsbeirat (2008): Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen gemäß § 19c BAK, Beschluss vom: 10. Dezember 2008. Internet:  
<http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/FB254206-1078-4C95-9A91-3193FBA20429/0/RichtlinieStand242009.pdf> (5.11.2009).

European Union (2008): Recommendation of the European Parliament and of the Council on the establishment of the European Qualifications Framework for lifelong learning, Brussels, 29 January 2008, PE-CONS 3662/07.

Europäische Union (2009): Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rats zur Einrichtung eines europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Brüssel, 2. April 2009, PE-CONS 3746/08.

EU Bildungsministerrat (2004): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über den Ausbau der Politiken, Systeme und Praktiken auf dem Gebiet der lebensbegleitenden Beratung in Europa (9286/04). Download: [http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/resolution2004\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/resolution2004_de.pdf) (6.11.2009).

Österreichische Universitätskonferenz (2008): Drei Veranstaltungen zum Nationalen Qualifikationsrahmen, Februar – April 2008, S. 102 – 113. Online: [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16979/nqr\\_sn\\_tb\\_132.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16979/nqr_sn_tb_132.pdf) (6.11.2009).

Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009): Der Nationale Qualifikationsrahmen in Österreich. Beiträge zur Entwicklung. Studies in Lifelong Learning. Band 3. Wien-Berlin: LIT Verlag.

Tritscher-Archan, Sabine (2009a): NQR in der Praxis. Am Beispiel des Elektrobereichs. Wien: ibw. Online: [http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product\\_details&flypage=flypage\\_tpl&product\\_id=306&category\\_id=7](http://www.ibw.at/de/infomaterial?page=shop.product_details&flypage=flypage_tpl&product_id=306&category_id=7)

Tritscher-Archan, Sabine (2009b): NQR in der Praxis: Am Beispiel des Baubereichs. In: Markowitsch, Jörg (Hrsg. 2009), S. 185-203.

Luomi-Messerer, Karin und Tritscher-Archan, Sabine (2007): Umsetzung von ECVET in der beruflichen Erstausbildung in Österreich. Studie im Auftrag des BMUKK. November 2007. Online: [http://www.3s.co.at/pdf/ECVET\\_berufliche%20Erstausbildung%20-%20%20Endbericht%20-%2020071203a.pdf](http://www.3s.co.at/pdf/ECVET_berufliche%20Erstausbildung%20-%20%20Endbericht%20-%2020071203a.pdf) (27.11.2009).

## Websites

Arbeitsmarktservice: [www.ams.at](http://www.ams.at)

ARQA-VET: [www.arqa-vet.at](http://www.arqa-vet.at)

Bildungsstandards Berufsbildende Schulen: [www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at](http://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at)

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: [www.bmask.gv.at](http://www.bmask.gv.at)

Bundesministerium für Gesundheit: [www.bmg.gv.at](http://www.bmg.gv.at)

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: [www.bmukk.gv.at](http://www.bmukk.gv.at)

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: [www.bmwfj.gv.at](http://www.bmwfj.gv.at)

Berufsbildende Schulen: [www.berufsbildendeschulen.at](http://www.berufsbildendeschulen.at)

Bildungssystem in Österreich: [www.bildungssystem.at](http://www.bildungssystem.at)

Cooperatives Offenes Lernen (COOL): [www.cooltrainers.at](http://www.cooltrainers.at)

Europäische Peer Review Projekte: [www.peer-review-education.net](http://www.peer-review-education.net)

Eurostat: [www.ec.europa.eu/eurostat](http://www.ec.europa.eu/eurostat)

Fachhochschulrat: [www.fhr.ac.at](http://www.fhr.ac.at)

Informationsplattform für Ausbilder/innen: [www.ausbilder.at](http://www.ausbilder.at)

Leadership Academy: [www.leadershipacademy.at](http://www.leadershipacademy.at)

Lehre fördern: [www.lehrepoerdern.at](http://www.lehrepoerdern.at)

Neue Mittelschule: [www.neuemittelschule.at](http://www.neuemittelschule.at)

Österreichische Referenzstelle für Qualität in der Berufsbildung: <http://www.arqa-vet.at>

Peer Review in QIBB: [www.peer-review-in-qibb.at](http://www.peer-review-in-qibb.at)

Plattform kreativ & innovativ <http://www.kreativinnovativ09.at>

Qualität in Schulen: [www.qis.at](http://www.qis.at)

QualitätsInitiative Berufsbildung: [www.qibb.at](http://www.qibb.at)

ReferNet Austria: [www.refernet.at](http://www.refernet.at)

Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

Tiroler Ausbilderforum: [www.ausbilderforum.at](http://www.ausbilderforum.at)

Unternehmerführerschein: [www.unternehmerfuehrerschein.at](http://www.unternehmerfuehrerschein.at)

Weiterbildungsakademie: [www.wba.or.at](http://www.wba.or.at)

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Statistik: <http://wko.at/statistik>

Zukunftszentrum Tirol: [www.zukunftszentrum.at](http://www.zukunftszentrum.at)

### 10.3 Abkürzungsverzeichnis

<b>Abkürzung</b>	<b>Deutsche Bezeichnung</b>	<b>Englisch Bezeichnung/Erklärung</b>
abf-austria	Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschung	Austrian Working Group on VET Research
AHS	allgemeinbildende höhere Schule	higher general education school, junior cycle and senior cycle
ALE	Erwachsenenbildung	adult learning
AMS	Arbeitsmarktservice Österreich	Public Employment Service Austria
ARQA-VET	Österreichische Referenzstelle für Qualität in der Berufsbildung	Austrian Reference Point for Quality Assurance in Vocational Education and Training
BAG	Berufsausbildungsgesetz	Vocational Training Act
BBAB	Bundesberufsausbildungsbeirat	Federal Advisory Board on Apprenticeship
BFI	Berufsförderungsinstitut	Vocational Training Institute
BHS	berufsbildende höhere Schule	VET college
BIC	Berufsinformationscomputer	database containing career information, job descriptions etc.
bifie	Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des Bildungswesens	Federal Institute of Educational Research, Innovation and Development of the Educational System
BildokG	Bildungsdokumentationsgesetz	Education Documentation Act
BIZ	Berufsinformationszentrum	vocational information centre
BMF	Bundesministerium für Finanzen	Federal Ministry of Finances
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	Federal Ministry for Health
BMHS	berufsbildende mittlere und höhere Schulen	VET schools and colleges
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Federal Ministry for Agriculture, Forestry, Environment and Water Management
BMS	berufsbildende mittlere Schule	VET school
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	Federal Ministry of Labour, Social Affairs and Consumer Protection
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	Federal Ministry of Education, Arts and Culture
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	Federal Ministry of Economics, Family and Youth

BRP	Berufsreifeprüfung	examination providing access to higher education for skilled workers and graduates of three- and four-year full-time VET schools
CVET	Weiterbildung	continuing vocational education and training
CVTS	Continuing Vocational Training Survey	Continuing Vocational Training Survey
ECVET	Europäisches Leistungspunktesystem	European Credit system for Vocational Education and Training
EQR/EQF	Europäischer Qualifikationsrahmen	European Qualifications Framework
ESF	Europäischer Sozialfonds	European Social Funds
FH	Fachhochschule	university level study programmes of at least three years' duration with vocational-technical orientation;  university of applied science
FHR	Fachhochschulrat	<i>Fachhochschule</i> Council
FHS	Fachhochschul-Studiengang	<i>Fachhochschule</i> course
FHStG	Fachhochschul-Studiengesetz	<i>Fachhochschule</i> Studies Act
GE	Allgemeinbildung	general education
GewO	Gewerbeordnung	Crafts, Trade and Industry Act
HE	Hochschulbildung	higher education
IHS	Institut für Höhere Studien	Institute for Advanced Studies
IBA	Integrative Berufsausbildung	integrative vocational education and training, Integrative VET
ibw	Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft	Institute for Research on Qualifications and Training of the Austrian Economy
ISCED	International Standard Classification of Education	International Standard Classification of Education
IVET	berufliche Erstausbildung	initial vocational education and training
JASG	Jugendausbildungssicherungsgesetz	Youth Training Guarantee Act
KEBÖ	Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs	Austrian Conference of Adult Education Institutes
LAP	Lehrabschlussprüfung	final apprenticeship examination
LBAB	Landesberufsausbildungsbeirat	Regional Advisory Board on Apprenticeship
LFI	Ländliches Fortbildungsinstitut	institute for further education in rural areas
LFS	Labour Force Survey	Labour Force Survey

LLG	Lifelong Guidance	Lifelong Guidance
LLL	Lebenslanges Lernen	Lifelong Learning
MZ	Mikrozensus	micro census
NEC	Nationales Europass Zentrum	National Europass Centre
NQR/NQF	Nationaler Qualifikationsrahmen	National Qualifications Framework
OECD	Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung	Organisation for Economic Co-Operation and Development
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Austrian Trade Union Federation
öibf	Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung	Austrian Institute for Research on Vocational Training
PTS	Polytechnische Schule	prevocational school
SBP	Studienberechtigungsprüfung	higher education entrance examination
SchOG	Schulorganisationsgesetz	School Organisation Act
SchUG	Schulunterrichtsgesetz	School Education Act
VET	Berufsbildung	vocational education and training
WB	Weiterbildung	further education and training

